



Statistisches Bundesamt

# Wirtschaft und Statistik

## Aus dem Inhalt

- Neue Methode der Volkszählung ■ Revision der Anlagevermögensrechnung ■ Ökologischer Landbau
- 50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland
- Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik
- Kommunalfinanzen ■ Ergebnisse der Lohnstatistik
- Lohndiskriminierung von Frauen ■

# 5

Mai

# 2001

— METZLER —  
POESCHEL

## Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

## Schriftleitung:

Johann Hahlen  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann,  
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 20 86
- E-Mail: [wirtschaft-und-statistik@statistik-bund.de](mailto:wirtschaft-und-statistik@statistik-bund.de)

## Verlag:

Metzler-Poeschel, Stuttgart

## Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH  
Postfach 43 43,  
72774 Reutlingen  
Telefon: 0 70 71/93 53 50  
Telefax: 0 70 71/93 53 35  
Internet: <http://www.s-f-g.com>  
E-Mail: [stba@s-f-g.com](mailto:stba@s-f-g.com)

## Druck

Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich  
Erschienen im Juni 2001  
Einzelpreis: DM 21,70; EUR 11,10  
Jahresbezugspreis: DM 222,-; EUR 113,51  
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-01105  
ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unserem Informationsservice  
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 24 05
- Telefax: 0611/75 33 30
- E-Mail: [info@statistik-bund.de](mailto:info@statistik-bund.de)

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

## Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

## Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
. . .	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<b>Inhalt</b>	Seite
Kurznachrichten .....	325
<b>Textteil</b>	
Neue Methode der Volkszählung .....	333
Revision der Anlagevermögensrechnung 1991 bis 2001 .....	342
Ökologischer Landbau 1999 .....	357
50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland ..	367
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerber- leistungsstatistik 1999 .....	372
Kommunalfinanzen 2001 .....	386
Ergebnisse der Lohnstatistik für 2000 .....	389
Preise im April 2001 .....	402
Lohndiskriminierung von Frauen .....	406
Übersicht über die im laufenden Jahr erschiedenen Textbeiträge .....	417
<b>Tabellenteil</b>	
Inhalt .....	1*
Statistische Monatszahlen .....	2*

**Herausgeber**

Statistisches Bundesamt

**Verlag**

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

<b>Contents</b>	<b>Page</b>
News in brief .....	325
 <b>Texts</b>	
New method of the population census .....	333
Revision of fixed asset calculations, 1991 to 2001 .....	342
Ecological cultivation, 1999 .....	357
50 years of fertilizer statistics in Germany .....	367
Results of statistics of public assistance and on benefits for asylum-seekers, 1999 .....	372
Community finances in 2001 .....	386
Results of wage statistics for 2000 .....	389
Prices in April 2001 .....	402
Wage discrimination of women .....	406
List of the contributions published in the current year .....	417
 <b>Tables</b>	
Summary .....	1*
Monthly statistical figures .....	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

## In eigener Sache

### ■ Neu: Schriftenreihe Methodenberichte

Das Statistische Bundesamt startet eine neue Schriftenreihe „Methodenberichte“, die auf die Darstellung mathematischer Methoden der amtlichen Statistik ausgerichtet ist. Die Methodenberichte sollen einerseits über neue mathematisch-statistische Methoden informieren, die zur Lösung aktueller Aufgaben der amtlichen Statistik entwickelt worden sind. Andererseits sollen sie die interessierte Öffentlichkeit, insbesondere die Wissenschaft, zu verstärkter Kommunikation und Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt anregen. Es handelt sich schwerpunktmäßig um die Aufgabenfelder Stichprobenplanung und -analyse, Komponentenzersetzung von ökonomischen Zeitreihen sowie Sicherung der statistischen Geheimhaltung bei Einzeldaten und in Tabellen.

In jedem Heft der Schriftenreihe wird ein aktuelles mathematisch-statistisches Thema behandelt. Jährlich werden in unregelmäßiger Folge ein bis zwei Hefte veröffentlicht. Die Veröffentlichungen sind sowohl in gedruckter Form (Schutzgebühr: 8,- DM zuzüglich Versandkosten) als auch im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes im Internet unter [http://www.statistikbund.de/produkte&service/online\\_publicationen](http://www.statistikbund.de/produkte&service/online_publicationen) als kostenfreier Download verfügbar.

Im ersten Heft der Schriftenreihe, das Ende Mai 2001 erschienen ist, wird ausführlich über das neu entwickelte Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 und die bei seiner Anwendung aufgetretenen Probleme informiert. Das besondere innovative Element des Stichprobendesigns dieser Erhebung ist das von Professor Merz (Universität Lüneburg) entwickelte Hochrechnungsverfahren nach dem Prinzip des minimalen Informationsverlustes, das in der Gruppe Mathematisch-statistische Methoden des Statistischen Bundesamtes in die Stichprobenpraxis umgesetzt worden ist.

## Aus aller Welt

### ■ Tagung der London Group in Voorburg

Die London Group befasst sich seit 1998 im Auftrag der Vereinten Nationen mit der Revision des SEEA-Handbuchs (SEEA = System for integrated Environmental and Economic Accounting). Die Arbeiten wurden auf der nunmehr siebten Tagung vom 7. bis 11. Mai 2001 in Voorburg fortgesetzt.

Der Entwurf für das revidierte SEEA wurde letztmals diskutiert. Er soll in überarbeiteter Form ab August im Internet abrufbar sein. Das revidierte SEEA hat nicht den Charakter eines internationalen Standards, sondern zeigt vielmehr die derzeit gängigen Praktiken und verbindet diese in einem konsistenten Gesamtsystem. Die einzelnen Länder können auf dieser Basis Schwerpunkte setzen, die ihren nationalen Prioritäten entsprechen. Die

bisherigen Arbeiten an den deutschen Umweltökonomischen Gesamtrechnungen haben in das Handbuch voll Eingang gefunden.

Das revidierte SEEA soll der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen auf der 33. Sitzung im Frühjahr 2002 vorgelegt werden.

## Aus Europa

### ■ 10 Jahre Europäischer Beratender Ausschuss für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES)

Der Europäische Beratende Ausschuss für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) feierte sein zehnjähriges Bestehen im Rahmen einer Konferenz am 26. und 27. April 2001 in Brüssel.

Die Konferenz stand unter dem Generalthema „Herausforderungen an die Gemeinschaftsstatistik“ und gliederte sich in vier Themenblöcke.

Der Themenblock 1 „Erweiterung und Vertiefung“ befasste sich mit der Bedeutung der Statistik für die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union.

Aus deutscher Sicht waren besonders die Themenblöcke 2 „Informationsgesellschaft“ und 3 „Soziale Ausgrenzung/ Sozialer Zusammenhalt“ von Interesse. Es wurde deutlich, dass in der Informationsgesellschaft die Aktualität von Statistiken immer stärker an Bedeutung gewinnt. Statistische Ergebnisse müssen aktuell zur Verfügung stehen und die Inhalte von Statistiken müssen sich den Tatbeständen der immer rascher verändernden Wirtschaft und Umwelt sehr schnell anpassen. Prof. Dr. Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank Research, problematisierte u. a. die statistische Erfassung der New Economy. Laut Walter werden in der Informationsgesellschaft die Veränderungen in der ökonomischen Realität mit den traditionellen Methoden der Statistik zu spät und in aller Regel nur unzureichend erfasst. Wegen ihrer Auswirkungen auf die Preisstatistik in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung ist die statistische Erfassung von Qualitätsverbesserungen in der IKT-Branche (Hedonische Preisindizes).

Für den Bereich der Sozialindikatoren (Themenblock 3) bestand in der Diskussion Übereinstimmung, dass es sehr schwierig sein wird, einheitliche Indikatoren zu entwickeln, und die Lösung eher in der Vielfalt der Information liegen wird.

Unter Themenblock 4 „Nachhaltige Entwicklung“ wurde deutlich, dass man auch in diesem Bereich noch weit davon entfernt ist, allgemein akzeptierte Indikatoren vorlegen zu können, zumal der Begriff der Nachhaltigkeit weiterer Klärung bedarf.

In der abschließenden Diskussionsrunde wurden Vorschläge formuliert, wie die Arbeit des CEIES künftig

# Kurznachrichten . . . . .

noch mehr auf die Belange der Nutzer abgestellt und die Stellung des CEIES im europäischen Statistiksistem gestärkt werden kann. Der Vorschlag, die Arbeiten des CEIES stärker in Unterarbeitsgruppen zu organisieren, wurde vom Konferenzleiter, Herrn Vizepräsident Lamel, positiv aufgenommen.

## ■ Europäische Konferenzen zu Weiterentwicklung und Austausch von Technologien für die amtliche Statistik

Vom 18. bis 22. Juni 2001 wird von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, auf Kreta die Konferenz NTTS & ETK 2001 durchgeführt. Es handelt sich dabei um eine Doppelkonferenz von ETK (Exchange of Technology and Know How) und NTTS (New Techniques and Technologies for Statistics). Hauptziel der gekoppelten Veranstaltung ist es, die Einführung und Verbreitung der besten modernen Verfahren und Technologien, die im Rahmen der NTTS vorgestellt werden, zu fördern. Daneben soll die Konferenz ein Forum für einen Gedankenaustausch zwischen Mitarbeitern der amtlichen Statistik und Wissenschaftlern darstellen, die an der Entwicklung von im Bereich der Statistik nutzbaren Methoden und Verfahren arbeiten. Insbesondere soll die Bildung von Konsortien für neue, innovative Projekte angestoßen werden, die auf eine Verbesserung der Qualität und der Effizienz der Arbeit der amtlichen Statistik abzielen.

Schwerpunkte des zum vierten Mal veranstalteten NTTS-Seminars sind die Bereiche Aufbau von Informationssystemen, Datenerhebung und -aufbereitung, sowie Qualität des gesamten statistischen Produktionsprozesses.

Das internationale Seminar ETK wird zum zweiten Mal abgehalten. Wichtig ist Eurostat hier vor allem, dass Strategien zur Verbreitung neu entwickelter Methoden und Verfahren, die bereits Anwendungsreife erreicht haben, und deren Einsatz im Rahmen der amtlichen Statistik erfolgversprechend wäre, erörtert werden. Eine besondere Rolle spielen dabei die Resultate der von Eurostat betreuten europäischen Forschungs- und Entwicklungsprojekte. So wurde im Anschluss an das 1999 veranstaltete erste ETK-Seminar ein Konsortium für ein Paket von Begleitmaßnahmen für diese Projekte gebildet. Im Rahmen dieses von der Europäischen Union (EU) finanzierten Projekts AMRADS (Accompanying Measure to Research and Development in Statistics) ist es eine der Aufgaben von Mitgliedern des Konsortiums, auf der Konferenz für das jeweilige von AMRADS betreute EU-Forschungsprojekt über den Forschungs- und Entwicklungsstand auf dem entsprechenden Gebiet zu berichten und Vorschläge zur Einführung und Verbreitung praxisrelevanter Verfahren zu formulieren. Im Bereich der Statistischen Geheimhaltung ist dies Aufgabe des Statistischen Bundesamtes bzw. des Statistischen Amtes der Niederlande. Im Rahmen der Konferenz wird jedem von AMRADS betreuten Forschungsgebiet mindestens eine Sitzung gewidmet sein.

Das Konferenzprogramm kann von der Internetseite der Konferenz <http://webfarm.jrc.cec.eu.int/etk-ntts/> abgerufen werden.

## ■ Seminar zur Intrahandelsstatistik

Vom 24. bis 27. April 2001 wurde in Wiesbaden im Beisein mit Eurostat ein Seminar mit Vertretern von fünf osteuropäischen Ländern durchgeführt. Außenhandelsstatistiker aus Bulgarien, Estland, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn wurden von den deutschen Kolleginnen und Kollegen in die „Geheimnisse“ der Intrahandelsstatistik eingeführt.

Alle fünf Länder wollen in absehbarer Zeit in die Europäische Union aufgenommen werden. Vor diesem Hintergrund heißt es für die Außenhandelsstatistiker in diesen Ländern, sich auf die speziellen Gegebenheiten in dem dann auch für sie geltenden Binnenmarkt vorzubereiten und einzustellen. Hier konnten die deutschen Außenhandelsstatistiker wertvolle Erfahrungen, Tipps und Hinweise für die Umstellung von der klassischen Zollstatistik auf eine Direktbefragung bei der Intrahandelsstatistik im Binnenmarkt weitergeben. Schließlich stand die deutsche Außenhandelsstatistik vor knapp zehn Jahren zu Beginn des europäischen Binnenmarktes vor ähnlichen Problemen.

Den ausländischen Gästen wurde der gesamte Ablauf der Intrahandelsstatistik von der Erhebung über die Aufbereitung bis hin zur Veröffentlichung vermittelt. Schwerpunkte bildeten der Aufbau und die Funktion des Intrahandelsregisters, die auch im europäischen Vergleich modernen elektronischen und online-Meldeverfahren (z. B. w3stat), das Automatisierte Aufbereitungsverfahren (ASI), die qualitätssichernden Maßnahmen in den Plausibilitätskontrollen, der Einsatz einer modernen Mahndatenbank sowie die rechtliche Abstimmung und organisatorische Vorbereitung auf die Intrahandelsstatistik.

Die deutschen Außenhandelsstatistiker hoffen, die Kolleginnen und Kollegen aus den fünf beitragswilligen Ländern bald im europäischen Binnenmarkt begrüßen zu können. Bis dahin ist in diesen Ländern noch viel Arbeit zu leisten, um den Anforderungen an eine funktionierende Intrahandelsstatistik gerecht zu werden. Das Seminar war ein wichtiger Meilenstein, um die Außenhandelsstatistiker aus Bulgarien, Estland, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn fit für den Binnenmarkt und die Intrahandelsstatistik zu machen.

## ■ Kooperation mit der Russischen Föderation

Die Russische Föderation ist ein wichtiger politischer Partner der Bundesrepublik Deutschland. Die gegenseitigen Interessen erstrecken sich auch auf das Gebiet der amtlichen Statistik. An der internationalen und bilateralen Statistikkoooperation mit der Russischen Föderation beteiligt sich das Statistische Bundesamt intensiv seit dem Jahr 1994. Im Dezember 1999 wurde bereits die zweite

Vereinbarung mit dem Staatlichen Komitee für Statistik der Russischen Föderation (Goskomstat) über die Kooperation im Bereich der amtlichen Statistik unterzeichnet (wir berichteten in WiSta 1/2000).

Seit einigen Jahren wird die Statistikkooperation mit der Russischen Föderation überwiegend im Rahmen des Tacis-Programms der Europäischen Union durchgeführt und – im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat – aus den entsprechenden EU-Budgets finanziert. Neben Deutschland beteiligen sich insbesondere Frankreich, Schweden, Finnland und Italien an den Statistikprojekten mit der Russischen Föderation. In den Jahren 2000/2001 lag der Schwerpunkt auf der Entwicklung des regionalen Systems der amtlichen Statistik der Russischen Föderation (Tacis-Vertrag „Statistics-3“); daran waren auf deutscher Seite auch die Statistischen Ämter der Länder beteiligt, insbesondere das Bayerische Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik. Das Hessische Statistische Landesamt hat außerdem eine Delegation aus der russischen Region Burjatien empfangen. Im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg wird Anfang Juni 2001 ein Studienaufenthalt mit Vertretern von zwei regionalen Statistischen Ämtern Russlands stattfinden (Rostov am Don und Samara).

Dem Statistischen Bundesamt ist die Leitung der Projektkomponente „Ausarbeitung eines Konzeptes für die Erfassung, Verarbeitung, Speicherung und Übertragung statistischer Informationen auf föderaler und regionaler Ebene“ übertragen worden, die die Modernisierung der Ausstattung regionaler statistischer Ämter in Russland mit Informationstechnologie und die Entwicklung von Programmen zu deren Einsatz gemäß international üblichem Standard zum Ziel hat. Neben Schweden war Deutschland auch an der Komponente „Statistische Indikatoren“ beteiligt, in deren Rahmen ein harmonisierter Datenkatalog erarbeitet wurde. Beide Teilprojekte, die als Pilotprojekte zu verstehen sind, werden im Sommer 2001 abgeschlossen sein. Daneben hat das Statistische Bundesamt Kooperations- und Beratungsaufgaben insbesondere in den Bereichen Außenhandels-, Finanz- und Preisstatistik wahrgenommen. Themenvorschläge der russischen Seite für die weitere Zusammenarbeit sind zur jährlichen Sitzung des Tacis-Steuerungsausschusses Mitte Mai 2001 vorgelegt worden und sollen ab der Jahresmitte umgesetzt werden.

Im Frühjahr 2001 sind im Rahmen der deutsch-russischen Kooperation zwei Veröffentlichungen erschienen: „Agrarstatistik auf neuen Wegen“ als Band 10 der vom Statistischen Bundesamt im Rahmen des Tacis-Programms herausgegebenen russischsprachigen Schriftenreihe „Statistische Beiträge des Europäischen Fortbildungszentrums“ sowie die zweisprachige Broschüre „Russische Föderation und Deutschland in Kürze, 2001“ mit statistischen Daten aus beiden Ländern im Vergleich.

Im letzten Jahr hat die Russische Föderation einen Kredit der Weltbank von 30 Mill. US-\$ erhalten, der zur schritt-

weisen umfassenden Modernisierung der amtlichen Statistik, insbesondere in den Regionen Russlands, verwendet werden soll. Dabei ist beabsichtigt, die Ergebnisse der beiden o.g. Tacis-Pilotprojekte zu nutzen. Das Statistische Bundesamt ist kürzlich gebeten worden, in diesem Rahmen die Durchführung von zunächst zwei Fortbildungsvorhaben für russische Statistiker – in den Bereichen der Bau- und Investitionsstatistik – zu übernehmen. Die künftige Mitwirkung an diesem Großprojekt wird wesentlich davon abhängen, inwieweit das Statistische Bundesamt entsprechende Expertenkapazitäten zur Verfügung stellen kann.

## Aus dem Inland

### ■ Das neue DataView-System im Außenhandel

In der Außenhandelsstatistik werden häufig sehr umfangreiche Tabellen benötigt, die bis zu 100 000 Blatt umfassen können. Deshalb ist das Statistische Bundesamt schon sehr früh dazu übergegangen, derartige Tabellen auf Mikrofiches zu verfilmen. Die Bereiche „Auskunftsdienst“, „Veröffentlichungsdienst“, „Tabellenprüfung“ und „Aufbereitung“ erledigen ihre Arbeit mit entsprechenden Mikrofiche-Lesegeräten. Im Zuge der technischen Entwicklung kamen neue Verfahren zur Bereitstellung und Archivierung der Drucktabellen für den Außenhandel auf den Markt. Im Rahmen einer notwendigen Ersatzbeschaffung wurden deshalb neben der bisherigen „Mikrofiches-Lösung“ eine „CD ROM-Lösung“, eine „Kassetten/Robotsystem-Lösung“, eine „Plattenlösung“ sowie eine „Mischlösung“ diskutiert, von denen für die Zwecke des Statistischen Bundesamtes die „Plattenlösung“ die größten Vorteile bietet. Eine entsprechende Ausschreibung führte zu der Software „DataView“.

Die Software besteht aus einer Serverkomponente für Datenhaltung, Indexierung und Jobautomatisierung sowie einer Clientkomponente, die im Wesentlichen einen „Viewer“ für die Druckseiten, ein Retrievalsystem (Suchfunktion für indizierte Merkmale) und Druck-/E-Mail-Funktionen beinhaltet.

Die Daten werden auf der Großrechenanlage in Tabellenform erstellt und der Fachabteilung zur inhaltlichen Prüfung online bereitgestellt. Anschließend werden die Dateien umbenannt, mit einer automatisierten maschinellen Prozedur in ein mit „DataView“ lesbares Format umgewandelt und auf dem Server bereitgestellt. Durch die Einführung der neuen Software wird die Organisation des Datenflusses von der Erstellung der Ergebnisse bis zur Auswertung gestrafft und der eigentliche Zugriff auf die Ergebnisse beschleunigt.

Im Auskunftsdienst des Außenhandels ist die Software „DataView“ seit April 2001 im Einsatz. Gewünschte Informationen können innerhalb von Sekunden aus den auf dem Server vorrätig gehaltenen Tabellen herausgesucht und dem Anrufenden/Anfragenden auf Wunsch gedruckt

# Kurznachrichten . . . . .

bzw. per E-Mail zugeleitet werden. Die Suche innerhalb der Tabellen kann sich entweder nur auf die indexierten Merkmale oder auf den gesamten Tabelleninhalt beziehen. Die gewünschten Daten werden farbig markiert angezeigt. Der Bearbeiter kann einfache Berechnungen direkt innerhalb der Anwendung vornehmen. In naher Zukunft wird der gesamte Tabellenbestand des Auskunftsdienstes elektronisch zur Verfügung stehen.

Eine im Umfang erweiterte CD-ROM-Ausgabe der Fachserie 7 „Außenhandel“, Reihe 2 „Außenhandel nach Waren und Ländern“ wird einschließlich der Software „Data View“ angeboten. Diese Monatsveröffentlichung hat etwa 1 100 Seiten und wird ab dem Berichtsmonat Januar 2001 standardmäßig auf CD-ROM zur Verfügung gestellt.

## ■ Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes grundlegend verbessert

Für gesundheitsbezogene Daten und Informationen gibt es eine zentrale Anlaufstelle im Internet: Das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes unter [www.gbe-bund.de](http://www.gbe-bund.de). Hier erfährt man beispielsweise, dass in Deutschland im Jahr 1998 rund 412,7 Mrd. DM für Gesundheit ausgegeben wurden, das sind 5030 DM je Einwohner. Oder ein Krankenhausaufenthalt im Jahr 1999 nach durchschnittlich 10,5 Tagen endete, 0,3 Tage früher als 1998.

Das Informationssystem wurde überarbeitet und präsentiert sich nun umfassender, nutzerfreundlicher und schneller als bisher. 650 Mill. Daten bilden den Kern des Systems. Sie werden in flexibel gestaltbaren Tabellen abgebildet. Allgemeinverständliche Texte und Grafiken aus den verschiedenen Veröffentlichungen der GBE, wie zum Beispiel aus dem Gesundheitsbericht für Deutschland, den Themenheften der GBE sowie der Gesundheitsausgabenrechnung, runden das Angebot ab. Die Dokumentationen zu rund 200 Datenquellen, mit ihren Erhebungsmerkmalen, Methodiken und Definitionen sowie Ansprechpartnern zum jeweiligen Sachgebiet enthalten zusätzliche wertvolle Hinweise.

Das Angebot wird ständig erweitert und aktualisiert. Ein blinkender Stern unter „Aktuelles“ im Informationssystem weist jeweils gezielt darauf hin.

Wie flexibel das Informationssystem einsetzbar ist, zeigen folgende Beispiele:

- Durch die Anfrage legt der Benutzer fest, welche Informationen bereitgestellt werden sollen. Das Informationssystem bietet gesundheitsrelevante Informationen aus allen Bereichen des Gesundheitswesens von A wie Aids bis Z wie Zuzahlung.
- Es sind verschiedene Suchstrategien möglich: die Suche über Themen, die Freitext-Recherche mit Suchbegriffen oder das „Wandern“ von einer Fundstelle zu einer „inhaltlich verwandten“ anderen. Das Informationssystem antwortet mit einer Fundstellenliste; sie

nennt die Zahl der Treffer (Texte, Tabellen, Grafiken, Definitionen, Sonstige) und ermöglicht den direkten Zugang zur jeweiligen Information.

- Bei vielen Tabellen kann individuell eingestellt werden, wie detailliert die Angaben untergliedert werden sollen, zum Beispiel für Deutschland oder nach Bundesländern, für Frauen und Männer getrennt oder zusammen. Für die jeweilige Fragestellung nicht benötigte Ergebnisse können dabei ausgeblendet werden.
- Alle gefundenen Informationen können unkompliziert auf den eigenen PC übertragen werden. GBE-Tabellen lassen sich zum Beispiel in Kalkulationsprogrammen weiterverarbeiten oder in Grafiken umsetzen, Texte können in eigene Ausarbeitungen integriert werden.
- Häufig gestellte Fragen und ihre Antworten sowie Verweise auf die Internetseiten anderer Informationsanbieter bieten zusätzliche Informationen.
- Weite Teile der Informationen liegen auch in englischer Sprache vor.

Die gesundheitsbezogenen Daten der GBE werden vom Statistischen Bundesamt und von zahlreichen Institutionen außerhalb der amtlichen Statistik zur Verfügung gestellt. Dadurch wird es möglich, Informationen, die sonst nur unzusammenhängend vorliegen oder schwer zugänglich sind, in einem konsistenten System zu präsentieren.

Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes ist gemeinsame Aufgabe des Statistischen Bundesamtes und des Robert Koch-Instituts. Die Zusammenarbeit gewährleistet, dass über valide und aktuelle Daten hinaus fundierte statistische, medizinische und epidemiologische Fachkenntnisse für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes genutzt werden können.

Weitere Auskünfte erteilt

Dr. Winfried Eberhardt, Telefon (0 18 88) 6 43 81 19,  
E-Mail: [winfried.eberhardt@statistik-bund.de](mailto:winfried.eberhardt@statistik-bund.de).

## Kompakt

### ■ Weitere Ergebnisse des Mikrozensus 2000

#### Ehen und nichteheliche Lebensgemeinschaften in Deutschland

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2000, der europaweit größten jährlichen Haushaltsbefragung, zu den Lebens- und Arbeitsverhältnissen in Deutschland lebten im Mai 2000 in Deutschland 22,4 Mill. Familien (April 1991: 22,0 Mill.). Davon waren

- 9,9 Mill. Ehepaare mit ledigen Kindern (1991: 11,1 Mill.),
- 9,6 Mill. Ehepaare ohne Kinder (1991: 8,4 Mill.) und



# Kurznachrichten . . . . .

– 2,9 Mill. allein erziehende Mütter und Väter mit Kindern (1991: 2,5 Mill.).

Trotz der steigenden Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kindern (2000: 0,6 Mill.; 1991: 0,4 Mill.) und ohne Kinder (2000: 1,5 Mill.; 1991: 1,0 Mill.) ist die Ehe nach wie vor die in Deutschland am weitesten verbreitete Form des Zusammenlebens.

## Immer weniger Mütter mit minderjährigen Kindern

Mit 8,9 Mill. lebten in Deutschland im Mai 2000 rund 3% weniger Mütter mit minderjährigen (ledigen) Kindern zusammen als im April 1991 (9,2 Mill.).

Die Zahl der Mütter mit Kindern unter 6 Jahren sank in Deutschland von April 1991 bis Mai 2000 um 14% auf unter 3,5 Mill.; in den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sie sich mit 0,45 Mill. im Mai 2000 gegenüber mehr als 0,9 Mill. im April 1991 fast halbiert. Dagegen gab es im früheren Bundesgebiet mit 3 Mill. Müttern mit Kindern unter 6 Jahren nur 3% weniger als 1991.

Immer weniger Mütter mit minderjährigen Kindern können von ihrem Ehemann bei der Familienarbeit und der Kindererziehung unterstützt werden. So lebten im Mai 2000 nur noch 81% der Mütter mit minderjährigen Kindern mit einem Ehemann zusammen, im April 1991 waren es noch 86% gewesen. Während im früheren Bundesgebiet im Mai 2000 84% der Mütter mit einem Ehepartner zusammenlebten (1991: 88%), lag dieser Anteil in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Mai 2000 nur bei 70%, mehr als 10 Prozentpunkte weniger als 1991.

## Hohe Doppelbelastung von Müttern durch Beruf und Kindererziehung

Von den 8,9 Mill. Müttern im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) mit einem oder mehr minderjährigen Kindern waren fast zwei Drittel erwerbstätig (63%). Gegenüber April 1991, als 59% von 9,2 Mill. Müttern erwerbstätig waren, bedeutet das ein Plus von vier Prozentpunkten. Weitere 7% dieser Mütter bemühten sich um eine Arbeitsstelle (April 1991: 7%). Insgesamt lag damit der Anteil der Mütter, die eine Erwerbstätigkeit ausübten oder suchten, bei 70% (Erwerbsquote im April 1991: 66%).

Im früheren Bundesgebiet waren im Mai 2000 61% der Mütter mit einem oder mehr minderjährigen Kindern erwerbstätig (April 1991: 51%). Weitere 5% dieser Mütter suchten eine Arbeitsstelle (April 1991: 5%), somit betrug die Erwerbsquote 66% (April 1991: 56%). Die Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost entwickelte sich gegensätzlich: Dort waren im Mai 2000 nur noch 72% der Mütter mit mindestens einem minderjährigen Kind erwerbstätig, 11 Prozentpunkte weniger als im April 1991. Weitere 18% dieser Mütter bemühten sich um eine Arbeitsstelle (April 1991: 13%). Die Erwerbsquote lag bei 90% (April 1991: 96%).

Insgesamt wuchsen bei den 8,9 Mill. Müttern im erwerbsfähigen Alter 14,7 Mill. minderjährige Kinder auf (April 1991: 15,1 Mill.). Je mehr minderjährige Kinder in einem Haushalt leben und je jünger die Kinder sind, desto schwerer ist es für die Mütter, Erwerbsleben und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren: So waren in Deutschland im Mai 2000 zwar fast zwei Drittel (63%) der Mütter mit einem minderjährigen Kind erwerbstätig, jedoch weniger als ein Drittel (31%) der Mütter mit vier und mehr minderjährigen Kindern. Bei einer Betrachtung nach dem Alter des jüngsten Kindes ist festzustellen, dass nur jede zweite Mutter (48%) mit einem Kind unter 3 Jahren, jedoch nahezu drei Viertel der Mütter (74%), deren jüngstes Kind 15 bis unter 18 Jahre alt war, im Mai 2000 einer Erwerbstätigkeit nachgingen.

Drei von fünf erwerbstätigen Müttern (61%) mit mindestens einem minderjährigen Kind arbeiteten im Mai 2000 in Deutschland Teilzeit (Wochenarbeitszeit bis unter 36 Stunden). Während von den erwerbstätigen Müttern mit nur einem minderjährigen Kind gut jede Zweite (56%) teilzeitbeschäftigt war, arbeiteten mehr als zwei von drei erwerbstätigen Müttern (69%) mit vier und mehr minderjährigen Kindern Teilzeit.

## Jobs auf Zeit

Gut 2,7 Mill. abhängig Beschäftigte (ohne Auszubildende) hatten im Jahr 2000 in Deutschland einen befristeten Arbeitsvertrag. Dies entsprach einem Anteil von 9% an allen abhängig beschäftigten Erwerbstätigen; 1991 lag diese Quote noch bei 7,5%. In den neuen Ländern standen mit gut 13% (1991: 11%) deutlich mehr Erwerbstätige in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis als in den alten Ländern (knapp 8%; 1991: 6,5%).

Am häufigsten gibt es befristete Arbeitsverträge bei Berufsanfängern. Bei den unter 30-Jährigen hatte in Deutschland im Mai 2000 gut jede(r) fünfte abhängig Beschäftigte (ohne Auszubildende) einen befristeten Arbeitsvertrag (1,3 Mill.).

Männer arbeiteten im Jahr 2000 mit einem Anteil von gut 9% häufiger in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis als Frauen (gut 8%). Gravierender ist der Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Arbeitnehmern. Letztere arbeiteten erheblich öfter (13%) mit einem befristeten Vertrag als ihre deutschen Kollegen (knapp 9%).

Die Ursachen für den Abschluss befristeter Arbeitsverträge sind vielfältig: Knapp 12% nannten als Grund, dass eine Dauerstellung nicht zu finden bzw. nicht gewünscht (gut 2%) sei; 43% der befragten Personen befanden sich in einer Ausbildung, 10% in der Probezeit.

Weitere Auskünfte sind erhältlich unter der Servicrufnummer (0 1888) 6 43 89 55, sowie über die E-Mail-Adresse: [mikrozensus@statistik-bund.de](mailto:mikrozensus@statistik-bund.de).

## ■ Umsatz im Kosmetikfacheinzelhandel

Der Facheinzelhandel mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln gehörte in Deutschland in den letzten fünf Jahren zu den Wachstumsbranchen im Einzelhandel.

Im Zeitraum von 1995 bis 2000 stieg der Umsatz dieser Branche um nominal 49,2% und real 48,4% auf rund 20,2 Mrd. DM; im gesamten Einzelhandel (ohne Kfz-Einzelhandel und Tankstellen) erhöhte sich der Umsatz nominal nur um 3,4% und real um 0,4%. Im Jahr 2000 war der Umsatz des Kosmetikfacheinzelhandels um nominal 9,6% und real 9,7% höher als im Vorjahr.

Auch die Beschäftigung stieg im Kosmetikfacheinzelhandel innerhalb der letzten fünf Jahre beachtlich um 36,3% auf rund 95 000 Personen. Im gesamten Einzelhandel (ohne Kfz-Einzelhandel und Tankstellen) nahm die Beschäftigung hingegen in diesem Zeitraum um 5,1% ab.

Weitere Auskünfte erteilt

Michael Wollgramm, Telefon (06 11) 75 24 23,  
E-Mail: [michael.wollgramm@statistik-bund.de](mailto:michael.wollgramm@statistik-bund.de).

## ■ Trend zu größeren Betrieben im deutschen Hotelgewerbe

Die Betriebe des deutschen Hotelgewerbes (Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis) erhöhten von 1992 bis 2000 ihre Übernachtungskapazitäten um 23,0% von 1,293 Mill. auf 1,590 Mill. Betten.

Dabei steigerten die größeren Betriebe (100 oder mehr Betten) ihre Kapazitäten mit +52,9% überdurchschnittlich. Ihr Anteil an der gesamten Übernachtungskapazität des deutschen Hotelgewerbes nahm in diesem Zeitraum von 29,6 auf 36,7% zu. Diese Entwicklung ging vor allem zu Lasten der kleineren Betriebe mit 9 bis 29 Betten; ihr Anteil an der gesamten Übernachtungskapazität ging von 31,7% (1992) auf 24,8% (2000) zurück.

Der Trend zu größeren Betrieben wird an den Übernachtungszahlen noch deutlicher: Von den 198,1 Mill. Übernachtungen im Jahr 2000 im deutschen Hotelgewerbe entfielen 45,9% (91,0 Mill.) auf Betriebe mit 100 oder mehr Betten (1992: 61,2 Mill. Übernachtungen oder 35,1%). Während der Anteil der mittleren Betriebsgrößenklasse mit 30 bis 99 Betten an der Gesamtzahl der Übernachtungen von 1992 (39,4%) bis 2000 nur leicht auf 36,3% zurückging, sank er bei den kleineren Betrieben mit 9 bis 29 Betten stärker (1992: 25,5%; 2000: 17,8%).

Weitere Auskünfte erteilt

Ulrich Spörel, Telefon (06 11) 75 22 79,  
E-Mail: [ulrich.spoerel@statistik-bund.de](mailto:ulrich.spoerel@statistik-bund.de).

## ■ Im Jahr 2000 wurden 240 Kinder im Straßenverkehr getötet

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 2000 in Deutschland 240 Kinder im Alter von unter 15 Jahren im Straßenverkehr getötet; das waren 77 oder 24% weniger als 1999. Dies war die geringste Zahl seit Einführung der Statistik im Jahr 1953.

Dem größten Risiko, im Straßenverkehr getötet zu werden, waren Kinder als Pkw-Insassen ausgesetzt: 103 (-26% gegenüber 1999) der getöteten Kinder starben im Pkw. 69 (-18%) Kinder wurden als Fußgänger, 55 (-31%) auf dem Fahrrad und 13 (-7%) in sonstigen Verkehrsmitteln getötet.

Insgesamt verunglückten 45 500 (-7%) Kinder im Straßenverkehr, darunter wurden 9 200 (-12%) schwer und 36 100 (-6%) leicht verletzt. Im Durchschnitt kam damit alle 12 Minuten ein Kind im Straßenverkehr zu Schaden. 15 600 (-12%) Kinder verunglückten mit dem Fahrrad, 15 500 (-5%) als Pkw-Insassen, 12 200 (-5%) als Fußgänger und 2 200 (-4%) mit sonstigen Verkehrsmitteln.

Das Unfallrisiko in den einzelnen Bundesländern war recht unterschiedlich: Am stärksten gefährdet waren Kinder in Brandenburg mit 478 verunglückten Kindern je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (456), Bremen (455) und Hamburg (440). Am niedrigsten lagen die Werte in Baden-Württemberg (287), Hessen und im Saarland (jeweils 305). Der Bundesdurchschnitt lag bei 353 verunglückten Kindern je 100 000 Einwohner unter 15 Jahren.

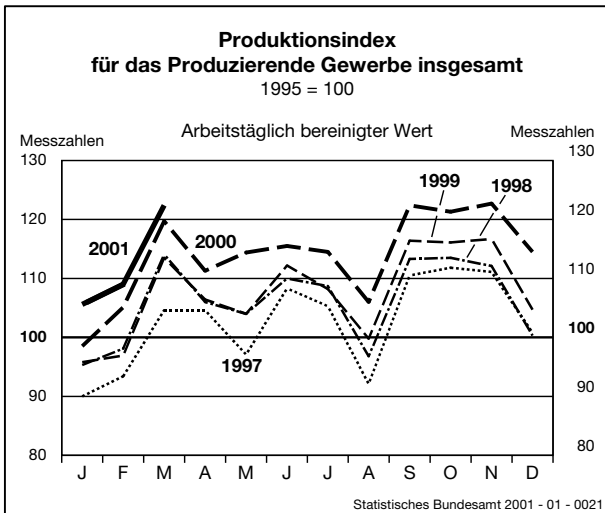
Weitere Auskünfte erteilt

Sigrid Nicodemus, Telefon (06 11) 75 21 45,  
E-Mail: [verkehrsunfaelle@statistik-bund.de](mailto:verkehrsunfaelle@statistik-bund.de).

## Weitere wichtige Monatszahlen

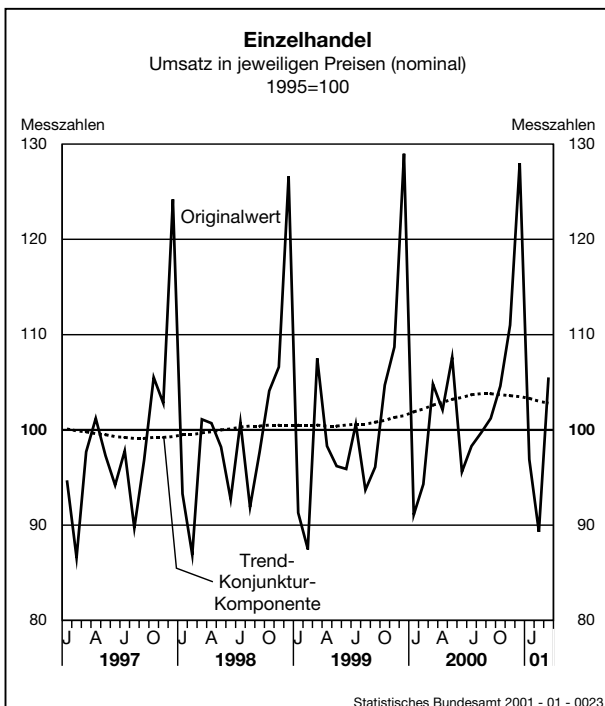
### ■ Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im März 2001 mit einem Stand von 122,4 (1995=100) um 2,3% höher als im März 2000.



### ■ Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im März 2001 nominal 0,7% mehr und real 0,6% weniger als im März 2000 um. Beide Monate hatten jeweils 27 Verkaufstage. In den ersten drei Monaten des Jahres



2001 wurde nominal 1,0% mehr und real 0,3% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Nominale und reale Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahresmonat erzielten im März 2001 der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen (nominal +6,0%, real +3,9%), zu dem sowohl der Versandhandel als auch der Brennstoffhandel zählen, und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken (nominal +4,2%, real +3,3%). Einen nominalen Umsatzzuwachs, aber realen Umsatzrückgang gegenüber März 2000 verzeichnete der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal +0,3%, real -1,6%). Nominal und real unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats blieben der sonstige Facheinzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (nominal -1,0%, real -1,4%) und der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal -1,1%, real -3,8%).

Im März 2001 wurde im Vergleich zum Februar 2001 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 1,2% und real 1,9% weniger abgesetzt. ■



# Neue Methode der Volkszählung

## Der Test eines registergestützten Zensus

Volkszählungen liefern Grunddaten über die Bevölkerung eines Landes sowie über deren Erwerbstätigkeit und Wohnsituation. Die Ergebnisse sind Grundlage für politische wie für wirtschaftliche Planungen und Entscheidungen sowie für wissenschaftliche Untersuchungen. So beruhen beispielsweise die Einteilung der Wahlkreise bei Bundestagswahlen, die Stimmzahl der Länder im Bundesrat sowie der Finanzausgleich auf den amtlichen Bevölkerungszahlen. Die letzte Volkszählung wurde im früheren Bundesgebiet 1987, in der ehemaligen DDR im Jahr 1981 durchgeführt.

Von den Vereinten Nationen wird empfohlen, Volkszählungen im Abstand von etwa zehn Jahren durchzuführen. Um das Jahr 2000 werden daher weltweit Zensen durchgeführt; in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) einer Empfehlung der EU entsprechend mehrheitlich im Jahr 2001. Wegen der Binnenwanderungen vor und nach der deutschen Vereinigung besteht auch in Deutschland Bedarf an einer neuen „Inventur“. Bei einer so großen und kostspieligen Statistik wie einer Volkszählung muss jedoch besonders gründlich geprüft werden, auf welche Art sie durchgeführt werden soll.

Ähnlich wie in anderen Staaten Europas und der Welt wurde deshalb in den vergangenen Jahren auch in Deutschland nach Wegen gesucht, bestehende Datenquellen für Volkszählungen zu nutzen, um die Kosten und die Belastung der Bürger zu reduzieren. Ein registergestützter Zensus, der sich auf vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern und eine postalische Befragung der Gebäudeeigentümer stützt, soll künftig in Deutschland die herkömmliche Volkszählung ersetzen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein Modell entwickelt, das die Nutzung von Melderegistern sowie von Daten der Bundesanstalt für Arbeit vorsieht. Angaben zu Wohnungen und Gebäuden werden schriftlich von den Hauseigentümern erfragt. Die aus diesen verschiedenen Quellen erhobenen Daten sollen im Statistikbereich Plausibilitätsprüfungen unterzogen, dann zu statistischen Haushalten kombiniert und zu einem Datensatz zusammengeführt werden.

Mit diesem Alternativkonzept zur herkömmlichen Volkszählung betritt die amtliche Statistik in Deutschland Neuland. Ein Test mit Qualitätsuntersuchungen der verwendeten Register sowie zur Bewertung und Verbesserung der geplanten Verfahren durch eine Kontrolle der Ergebnisse mittels Befragungen vor Ort sind daher unerlässlich. Einen Gesetzentwurf zur Durchführung eines solchen Tests hat die Bundesregierung im Januar 2001 verabschiedet.

Für die europäische Zählung im Jahr 2001 und die Datenlieferung an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) wird die Bundesrepublik Deutschland zunächst soweit wie möglich auf Daten aus vorhandenen Statistiken, insbesondere aus dem Mikrozensus sowie der Bevölkerungsfortschreibung, zurückgreifen.

---

Dipl.-Volkswirt Dieter Bierau

---

### Vorbemerkung

Die Bundesregierung hat im Januar 2001 den Entwurf eines Gesetzes zum Test eines registergestützten Zensus beschlossen. Der Bundesrat hat im März dem Gesetz inhaltlich zugestimmt, aber eine mindestens 50%ige Beteiligung des Bundes an den Länder- und Gemeindegeldern gefordert. Die Bundesregierung hat in ihrer Gegenäußerung diesem Votum nicht zugestimmt.

Derzeit befindet sich der Gesetzentwurf noch in der parlamentarischen Beratung.

Dem Gesetzentwurf liegt ein Modell zugrunde, das in den vergangenen Jahren von Arbeitsgruppen der statistischen Ämter unter Einbeziehung der Kommunen entworfen wurde. Danach soll – insbesondere aus Gründen der Kosteneinsparung und der Akzeptanz – in Deutschland künftig die herkömmliche Volkszählung durch einen registergestützten Zensus ersetzt werden. Das Modell stützt sich auf vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern, eine postalische Befragung der Gebäudeeigentü-

mer und umfangreiche Verknüpfungen dieser Daten. Vor Einführung der neuen Methode sind zunächst Tests der Qualität der einbezogenen Register sowie der geplanten Verfahren durchzuführen. Die Tests müssen wegen der notwendigen Auskunftspflichten durch Gesetz angeordnet werden.

Dieser Aufsatz beschreibt den internationalen Rahmen von Volkszählungen, die Notwendigkeit der Bereitstellung von Zensusdaten, die Einzelheiten des neuen Modells sowie die Durchführung der verschiedenen Tests.

## 1 Volkszählungen in der Welt und in Europa

Die Vereinten Nationen empfehlen ihren Mitgliedsländern, in den auf Null endenden Jahren, also im Abstand von etwa 10 Jahren, Volkszählungen durchzuführen. Experten der Vereinten Nationen erarbeiten dafür abgestimmte und vergleichbare Definitionskataloge und Auswertungsvorgaben. Die meisten Länder der Welt führen dieser Vorgabe folgend um das Jahr 2000 Volkszählungen durch.<sup>1)</sup>

1) Weitere Informationen sind unter der Seite der United Nations Statistics Division <http://www.un.org/Depts/unsd/demog/cendate/index.html> oder beim US Census Bureau unter <http://www.census.gov/ipc/www/cendates/> abrufbar.

Die Europäische Union hat – entsprechend dieser Empfehlung – eine Leitlinie erlassen, die für den Zeitraum Januar bis Mai des Jahres 2001 Volkszählungen in den Mitgliedsländern vorsieht. Auch viele andere Staaten Europas halten sich an diesen Zeitraum.

Wegen der sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Staaten lässt die Leitlinie Spielräume für die Realisierung: So werden in den Mittelmeerländern hauptsächlich traditionelle Volkszählungen mit Interviewern, in den nordischen Ländern Europas vorrangig Auswertungen vorhandener Register durchgeführt. Viele Länder suchen heute nach Wegen, um die teuren Erhebungen mit Interviewern zumindest teilweise zu ersetzen.

In vielen Ländern gibt es zwischen den Volkszählungen keine oder nur sehr unvollständige Aktualisierungen der Daten. Anders in Deutschland, wo es mit Fortschreibungen der Bevölkerungs- und Gebäudezahlen in den Gemeinden sowie dem jährlichen Mikrozensus ein leistungsfähiges statistisches System gibt, das nach Jahren allerdings auch „Inventuren“ nötig hat.

Deutschland wird die Datenbedürfnisse der Europäischen Union zum vorgesehenen Zeitraum um die Jahreswende 2002/2003 mit Ergebnissen aus diesen laufenden Statistiken zum großen Teil erfüllen.

## 2 Bedarf an Volkszählungsdaten in Deutschland?

Volkszählungen liefern Grunddaten über die Bevölkerung eines Landes sowie über deren Erwerbstätigkeit und Wohnsituation. Die Ergebnisse sind statistische Grundlage für politische wie für wirtschaftliche Planungen und Entscheidungen sowie für wissenschaftliche Untersuchungen. Nur ein Teil der Volkszählungsergebnisse kann fortgeschrieben werden, und dabei sind Abweichungen zum tatsächlichen Bestand im Lauf der Jahre unvermeidlich. Deshalb ist von Zeit zu Zeit eine „Inventur“ nötig. Mit ihr bekommen auch die Stichproben, die zwischen den Volkszählungsjahren Ergebnisse liefern, eine neue Auswahlgrundlage und einen neuen Hochrechnungsrahmen.

Da die letzte Volkszählung im früheren Bundesgebiet 1987, in der ehemaligen DDR im Jahr 1981 durchgeführt wurde, besteht durchaus die Notwendigkeit einer neuen „Eichung“ der Bevölkerungsstatistik.

Der Statistische Beirat, das von § 4 Bundesstatistikgesetz vorgesehene Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten amtlicher Statistiken, hat in seinen Empfehlungen zu Beginn der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik, die er am 11. August 1999 der Bundesregierung übergab, ausgeführt: „Zuverlässige Bevölkerungsdaten sind, nicht zuletzt wegen der demographischen Veränderungen in Deutschland und Europa, auch künftig unverzichtbar. Deshalb empfiehlt der Statistische Beirat – wie von den Vereinten Nationen und in den anderen EU-Staaten vorgesehen – auch in Deutschland wieder eine Volkszählung durchzuführen. Eine traditionelle Zählung kommt aus Kosten- und Akzeptanzgründen nicht in Betracht.“

Die erforderlichen Daten sollten mit einem Methodenwechsel soweit wie möglich unter Rückgriff auf vorhandene Register gewonnen werden.“

Im Volkszählungsurteil von 1983 hat sich das Bundesverfassungsgericht auch grundlegend zum Informationsbedarf, den Statistik und Volkszählung erfüllen, geäußert. Es hat die Bereitstellung von umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Informationen über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge als permanente Aufgabe der Statistik festgeschrieben:

„Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. ... Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen ... für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage ...“

Die Volkszählung muss Mehrzweckerhebung und -verarbeitung, also Datensammlung und -speicherung auf Vorrat sein, wenn der Staat den Entwicklungen der industriellen Gesellschaft nicht unvorbereitet begegnen soll.“

Besonders wichtig sind die nachfolgend genannten Aufgabenbereiche einer Volkszählung:

- Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen

Die amtlichen Einwohnerzahlen werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder für Kommunen, Länder und den Bund bestimmt und sind Grundlage für eine Vielzahl von Entscheidungen und für Finanzausweisungen öffentlicher und privater Stellen im nationalen und internationalen Bereich. Die Volkszählung 1987 führte durch Neufestsetzung der amtlichen Einwohnerzahlen unmittelbar zu Korrekturen im Länderfinanzausgleich und im kommunalen Finanzausgleich. Die Summe der Korrekturen erreichte bereits im ersten Jahr der Neufeststellung der Einwohnerzahl fast die 2 Mrd. DM-Grenze. Die Volkszählung ist somit ein Mittel zu mehr Gerechtigkeit bei der regionalen Verteilung der Finanzen. Bei der Volkszählung 1987 mussten die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen für das Bundesgebiet zwar nur um 75 000 korrigiert werden, die unsaldierten Korrekturen der Einwohnerzahlen in den Ländern betragen zusammen jedoch schon 1,7 Mill.; jede weitere Differenzierung erhöht diese Zahl.

Im Gegensatz zu manchen anderen Ländern werden in Deutschland die aktuellen amtlichen Einwohnerzahlen zwischen den Volkszählungsjahren auf der Basis von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen laufend fortgeschrieben; sie basieren aber auf der jeweils letzten Volkszählung.

Im Bereich der demokratischen Wahlen ist die amtliche Einwohnerzahl die Richtgröße für die Berechnung der Sitze in den kommunalen Vertretungskörperschaften oder für die Berechnung der Stimmen der Länder im Bundesrat. Auf Länderebene ist die amtliche Einwohnerzahl entsprechend Bezugszahl für die Festlegung von Zahl und Größe der Stimmkreise.

- Bereitstellung von Daten zur Wohnsituation

Volkszählungen waren in Deutschland meist mit Gebäude- und Wohnungszählungen verbunden, sodass die Ergebnisse beider Zählungen gemeinsam (z.B. für die durchschnittliche Bewohnerzahl je Wohnung oder andere wohnungspolitisch wichtige Ergebnisse) ausgewertet werden konnten. Die dabei ermittelten neuen Bestandszahlen für Gebäude und Wohnungen bilden die Grundlage für Fortschreibungen im Gebäude- und Wohnungsbereich. Auch diese Ergebnisse benötigen nach mehreren Jahren eine neue Eichung, das heißt eine neue Gebäude- und Wohnungszählung. Bei der letzten Volkszählung 1987 mussten die fortgeschriebenen Wohnungszahlen auf Bundesebene um 1 Mill. nach unten korrigiert werden.

- Bereitstellung kleinräumiger Daten

Statistische Ergebnisse nach einheitlichen Definitionen und zu einem Stichtag für alle regionalen Einheiten des Landes bereitzustellen, ist traditionell eine der Hauptaufgaben einer Volkszählung. Mit Stichproben wie dem Mikrozensus, die in den Jahren zwischen den Volkszählungen durchgeführt werden, lassen sich die gravierendsten Lücken des jährlichen Datenbedarfs nur für größere regionale Einheiten schließen. Das wichtige Ziel einer Volkszählung, gleichartige Ergebnisse für *alle* regionalen Einheiten bereitzustellen, können sie nicht erfüllen.

- Lieferung von Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für Stichproben

Stichproben sind von der Volkszählung auf zwei Weisen abhängig:

- Zum einen liefert die Volkszählung – und nur sie – die Auswahlgrundlage, aus der viele Stichproben überhaupt erst gezogen werden können. Der jährliche Mikrozensus basiert noch immer auf so genannten Vorratsstichproben von aktualisierten Adressen aus der letzten Volkszählung bzw. entsprechenden Auszügen aus dem zentralen Melderegister der ehemaligen DDR.
- Zum anderen werden die Ergebnisse von Stichproben auf die auf der Volkszählung basierenden Fortschreibungswerte von Bevölkerung oder Wohnungen hochgerechnet. Die Bereitstellung eines neuen Hochrechnungsrahmens für Stichproben ist eine der wesentlichen Aufgaben einer Volkszählung.

Die Nutzung der Daten aus der letzten Volkszählung im Jahr 1987 hat diesen Bedarf eindrucksvoll bestätigt. Die Zählung war – ähnlich wie die meisten vorangegangenen Volkszählungen in Deutschland – eine kombinierte Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung. Daraus ergab sich eine Fülle von Auswertungsmöglichkeiten, die dem Bedarf der Nutzer aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend von den statistischen Ämtern durchgeführt wurden. So gab es eine Vielzahl von Auswertungstabellen für alle regionalen Gebietsgliederungen, die zum großen Teil in Veröffentlichungen publiziert wurden. Neben ungezählten Auskünften an Interessierte aus allen Schichten der Bevölkerung wurden von den statistischen Ämtern noch fast 10 000,

häufig sehr umfangreiche kostenpflichtige Sonderauswertungen für die unterschiedlichsten Nutzergruppen und Zwecke durchgeführt.

### 3 Alternative Modellentwicklungen in den neunziger Jahren

Nach dem Abschluss der wichtigsten Arbeiten zur letzten Volkszählung 1987, also seit Anfang der neunziger Jahre, haben Arbeitsgruppen der statistischen Ämter – wie auch vom Bundesverfassungsgericht gefordert – damit begonnen nach „milderen Mitteln der Erhebung“ zu suchen und alternative Modelle der Datenerhebung entworfen. Diese Modelle umfassten zum Beispiel Vorschläge der postalischen Erhebung, von Registerauswertungen, zum Einsatz von Stichproben, zum Aufbau statistikinterner Register bis hin zur so genannten „rollierenden Inventur“.

Insbesondere die Höhe der geschätzten Kosten (je nach Modell zwischen 2 bis etwa 5 Mrd. DM), aber auch die Sorge der politisch Verantwortlichen, dass eine Totalbefragung aller Bürgerinnen und Bürger nur noch schwierig zu organisieren sein würde und wiederum Akzeptanzprobleme auslösen könnte, führten 1996 zu der politischen Entscheidung, nur noch vorhandene Datenquellen auszuwerten. Auf diese Weise sollten die Kosten drastisch gesenkt und die Akzeptanz einer Erhebung bei den Bürgern erhöht werden. Diese Entscheidung wurde später, wegen des Fehlens von Gebäuderegistern, um die Durchführung einer postalischen Gebäude- und Wohnungszählung ergänzt.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben ab 1996 in diesem Rahmen neue Modelle erarbeitet, die sich weitgehend auf Register stützen und doch zu einem zensusähnlichen Datensatz führen. Die Vorschläge enthalten sehr komplizierte Methoden zur Datenprüfung und -verknüpfung, die in der Praxis noch wenig erprobt sind. Diese Verknüpfungen müssen ohne ein Personen-kennzeichen, das in Deutschland aus rechtlichen Gründen nicht zulässig ist, realisiert werden.

Im März 1999 wurde deshalb entschieden, vor der praktischen Durchführung eines Zensus die vorgeschlagenen neuen Methoden und die Statistikauglichkeit der Register intensiv zu testen. Arbeitsgruppen aus Statistikern des Bundes, der Länder und der Kommunen haben diese Vorschläge inzwischen weiter ausgearbeitet und konkretisiert; das Bundeskabinett hat im Januar 2001 einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen.

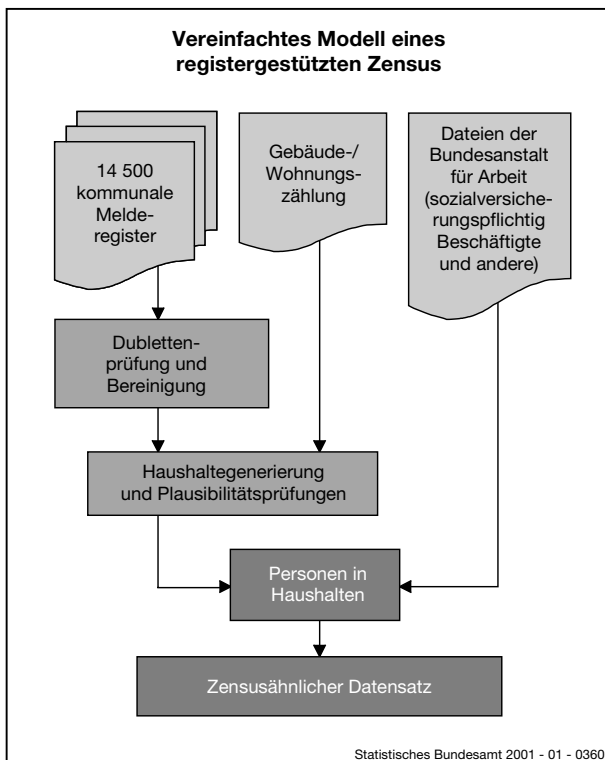
### 4 Das Modell einer neuen Volkszählung

Der *Modellvorschlag* sieht vor:

- auf flächendeckende Begehungen wie in früheren Volkszählungen zu verzichten und stattdessen die Bevölkerungsdaten der Einwohnermelderegister auszuwerten,

- diese Daten vor weiterer Verwendung auf Fehler (Doppeleintragungen) zu untersuchen und durch eventuelle Nachfragen *statistikintern* zu bereinigen,
- verschiedene Dateien, die zum Beispiel bei der Bundesanstalt für Arbeit zur Erwerbstätigkeit vorliegen, *statistikintern* mit den Daten aus den Einwohnerregistern zu verknüpfen,
- eine postalische Gebäude- und Wohnungszählung bei Gebäudeeigentümern durchzuführen und neben Wohnungsangaben auch die Namen der Wohnungsinhaber zu erfragen,
- Haushaltszusammenhänge aus den vorliegenden Informationen maschinell zu erzeugen,
- mit der Kombination verschiedener Datenquellen verbliebene Unplausibilitäten einzelner Datenbestände festzustellen und durch Nachfragen *statistikintern* zu bereinigen.

Schaubild 1



Trotz des tiefgreifenden Methodenwechsels soll das Ziel des neuen Verfahrens – wie bei traditionellen Erhebungen – die Erstellung eines Datensatzes sein, der für jede Person in allen Merkmalskombinationen auswertbar ist und tiefgegliederte Auswertungen für alle regionalen Einheiten ermöglicht.

## 4.1 Die Datenquellen

### 4.1.1 Einwohnerregister der Kommunen

Die Einwohnermelderegister sind in Deutschland schon vor über hundert Jahren entstanden. Ihre Aufgaben wurden im vergangenen Jahrhundert allgemeiner gefasst

und die Inhalte sind annähernd vereinheitlicht worden. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es im Gegensatz zur ehemaligen DDR kein zentrales Einwohnerregister, die Führung der Melderegister ist Aufgabe der Gemeinden.

Heute führt jede der etwa 14 500 Gemeinden der Bundesrepublik ein Einwohnermelderegister, bei dem sich jeder Bürger, der in dieser Gemeinde lebt, anmelden muss. Gespeichert sind u. a. Name und Vorname, Geschlecht, Geburtstag und Geburtsort, der Familienstand (ledig, verheiratet usw.), die Nationalität sowie Wohnort und Adresse. Daneben enthält das Register eine Reihe weiterer Merkmale, zum Beispiel zum Wahlrecht, zu Kindern und Ehegatten oder zu früheren Adressen.

Bei den Volkszählungen vor 1987 bestand eine der wichtigen Aufgaben der Zählung darin, die kommunalen Einwohnerregister mit den Ergebnissen der statistischen Begehung um Buchungsfehler zu bereinigen. Damit konnten Gemeinden und Statistik von denselben Basiszahlen ausgehen. Diese Bereinigung hat das Verfassungsgericht 1983 untersagt.

Über die aktuelle Fehlergröße in den Melderegistern und vor allem über die Fehlerstreuung zwischen den Gemeinden liegen nur (unterschiedliche) Einschätzungen vor, die von unter 1% bis zu 3 bis 4% reichen. Die von den Gemeinden zu liefernden Melderegisterdatensätze sollen deshalb nicht ungeprüft übernommen werden. Vorgesehen sind Prüfungen auf mehrere Hauptwohnsitze in verschiedenen Gemeinden (Dublettenprüfung) und andere Plausibilitätsprüfungen.

### 4.1.2 Register zur Erwerbstätigkeit

Als weiteres Verwaltungsregister gibt es bei der Bundesanstalt für Arbeit eine Datei der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Sie enthält u. a. Namen, Geburtstag, Geschlecht und Adresse. Außerdem existieren dort Dateien zu Arbeitslosen und zu in Weiterbildung befindlichen Personen. Ähnliche Informationen zu Beamten gibt es bei den Finanzministerien von Bund und Ländern.

Die Dateien enthalten zum Teil auch Angaben zu Ausbildungsgängen, die jedoch wegen fehlender Aktualisierungen nicht benutzt werden sollen. Für Bildungsfragen, die in vorangegangenen Zensen meist erfragt wurden, gibt es keine zuverlässige und aktuelle Quelle. Auf ihre Erhebung wird verzichtet.

Damit dürften für etwa 85% aller Personen im erwerbsfähigen Alter Erwerbstätigkeitsangaben vorliegen. Es fehlen dann noch Angaben zu Selbstständigen und zu Arbeitnehmern mit anderen Beschäftigungsverhältnissen. Für sie sieht das Modell eine ergänzende Befragung als 10%-Stichprobe vor. Die Basis dieser Stichprobe sollen alle Personen bilden, die im erwerbsfähigen Alter sind und bei den vorangegangenen Verknüpfungen noch keine Angabe zur Erwerbstätigkeit zugewiesen bekamen.

### 4.1.3 Erhebung zu Gebäuden und Wohnungen

Für Gebäude oder Wohnungen, die bei früheren Volkszählungen meist miterhoben wurden, existieren keine bundesweiten Register. Sie müssen deshalb primärstatistisch (mit Fragebogen) erhoben werden. Wesentlicher



Teil des Modells ist deshalb eine Gebäude- und Wohnungserhebung, die insbesondere aus Kostengründen postalisch bei den Gebäudeeigentümern vorgenommen werden soll. Die Eigentümer oder Verwalter der Gebäude sollen zu Alter und Größe der Gebäude und zur Ausstattung und zur Zahl der bewohnten und unbewohnten Wohnungen Auskunft geben. In dieser Form wurde schon 1995 in den neuen Ländern eine Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt.

Neu ist, dass der Gebäudeeigentümer Angaben zu den Namen der Wohnungsinhaber und – soweit möglich – zur Zahl der Wohnungsnutzer machen soll. Mit Hilfe dieser Angaben sollen maschinell generierte Haushalte (siehe hierzu Abschnitt 4.2.2) bewohnten Wohnungen zugeordnet werden.

## 4.2 Die neuen Verfahren

### 4.2.1 Statistikinterne Datenverbesserung (Dublettenprüfung)

Die von den Gemeinden gelieferten Melderegisterdatensätze werden nicht ungeprüft übernommen, denn es ist nicht auszuschließen, dass im Lauf der Jahre durch fehlerhafte Bearbeitung von Meldedaten Personen mehrfach bei verschiedenen Gemeinden gemeldet sind. Zulässig ist aber nur ein Hauptwohnsitz für jede Person; eine Person mit Nebenwohnsitz muss auch mit einer Hauptwohnung gemeldet sein.

Vorgesehen sind deshalb zentrale Prüfungen aller Meldedaten im Statistischen Bundesamt auf die beschriebenen Fehler. Die statistischen Landesämter klären durch Nachfragen bei den betroffenen Bürgern festgestellte oder auch vermeintliche Doppel- bzw. Fehleintragungen auf. Es ist sichergestellt, dass jeder Fall nur einmal nachgefragt wird. Rückmeldungen an die jeweiligen Gemeinden sind nicht zulässig.

### 4.2.2 Maschinelle Haushalgenerierung

Die Einwohnermelderegister enthalten zwar die Adresse, also die Gebäudezuordnung einer Person, nicht jedoch die Haushaltszugehörigkeit oder die Wohnung, in der die Person lebt. Die Register enthalten jedoch auch Hinweise, wer der Ehegatte ist, welche Kinder zur Familie gehören oder wann und von wo eine Person in das Gebäude eingezogen ist.

Mit diesen und ähnlichen Angaben wird in Städten seit Jahren versucht, Personen zu (Wohn-)Haushalten zu gruppieren. Das funktioniert recht gut in kleineren Gebäuden oder ländlichen Gebieten. In Großgebäuden überschätzen diese Verfahren häufig die Zahl der Haushalte, da aus dem Melderegister die Zahl der Wohnungen im Gebäude nicht bekannt ist.

Die Auskunft der Gebäudeeigentümer zur Zahl der bewohnten Wohnungen im Gebäude und – soweit bekannt – zur Zahl der Wohnungsnutzer soll diese Lücke schließen. Über die zusätzlich erfragten Namen der Wohnungsinhaber werden die generierten Haushalte den richtigen Wohnungen zugeordnet.

### 4.2.3 Statistikinterne Datenverbesserung durch Kombinationsprüfungen

Die Verbindung verschiedener Datenquellen, wie hier der Melderegister und der Befragung der Gebäudebesitzer, wird zu Unplausibilitäten führen, die zum Teil auf Fehlern der Ursprungsangaben beruhen. So ist zum Beispiel eine Zahl von zwanzig gemeldeten Personen in einem Einfamilienhaus unwahrscheinlich. Die Kombination verschiedener Datenquellen wird als Instrument zur gegenseitigen Kontrolle der Angaben genutzt. Es ist vorgesehen, besonders widersprüchliche Angaben durch Befragung der Haushalte vor Ort zu klären. Auch hier wird es keine Rückmeldungen an die Gemeinden oder die Gebäudebesitzer geben.

### 4.2.4 Personenbezogene Verknüpfungen

Alle Personendaten aus den verschiedenen Erhebungsteilen werden personenbezogen verknüpft. Neben der Haushalgenerierung betrifft das die Daten aus anderen Verwaltungsdateien, insbesondere die aus dem Bereich der Erwerbstätigkeit. Hier werden die übermittelten Daten zur Erwerbstätigkeit von Arbeiter/-innen, Angestellten, Beamten/Beamtinnen, Soldaten/Soldatinnen, über Arbeitslose oder in beruflicher Fortbildung befindliche Personen über die Merkmale Namen, Geburtsdatum und Adresse mit den Daten aus den Einwohnermelderegistern verbunden, um so kombinierbar auswertbare Datensätze zu erhalten.

## 5 Warum und wie wird getestet?

Mit dem Alternativkonzept zur herkömmlichen Volkszählung betritt die amtliche Statistik in Deutschland Neuland. Ein Test mit Qualitätsuntersuchungen der verwendeten Register sowie zur Verbesserung und Bewertung der geplanten Verfahren durch eine Kontrolle der Ergebnisse mit Befragungen vor Ort ist daher unerlässlich.

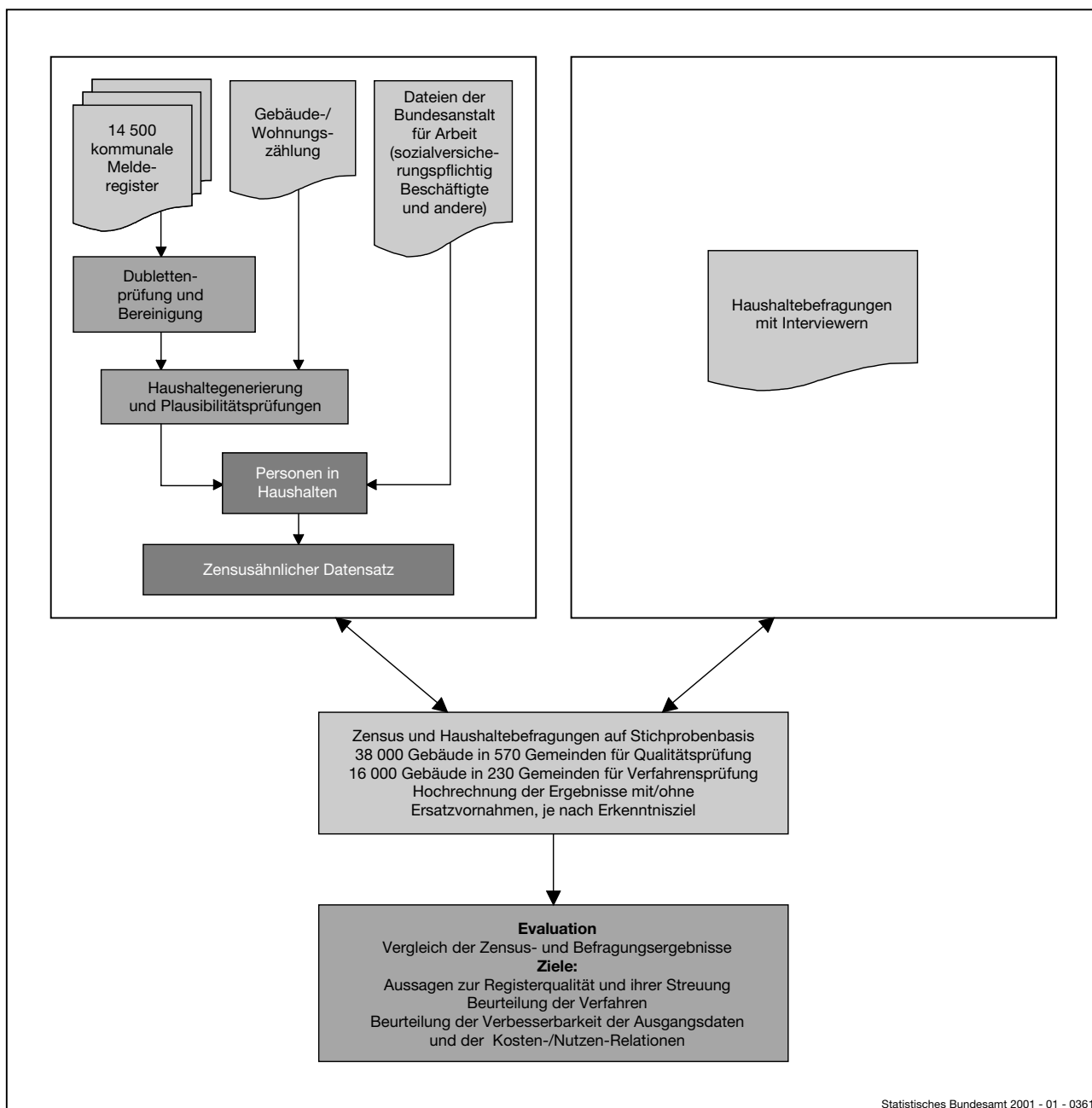
Für den im Gesetzentwurf vorgesehenen Zensustest sind umfangreichere Erhebungen als für den endgültigen registergestützten Zensus erforderlich. Es wird auch untersucht, welche im Testgesetz vorgesehenen Merkmale aus den Registern für das endgültige Verfahren wirklich benötigt werden.

Die Tests sollen auf Stichprobenbasis stattfinden. Die Stichprobe ist so ausgelegt, dass (aus Kostengründen) die Zahl der einbezogenen Gemeinden nicht zu groß wird, aber doch Aussagen für Länder und für Gemeindegrößenklassen möglich sind.

Für den Vergleich mit der Wirklichkeit ist eine Begehung der ausgewählten Gebäude und eine Befragung aller dort lebenden Personen notwendig. Die Ergebnisse dieser Vergleiche werden in keinem Fall an die Meldebehörden zurückübermittelt.

Auch für die Tests ist ein eigenes Gesetz notwendig, weil zum Beispiel die Gemeinden verpflichtet werden müssen, Einwohnerdaten an die statistischen Ämter zu liefern, und auch andere Auskunftspflichten begründet werden müssen.

Schaubild 2



Statistisches Bundesamt 2001 - 01 - 0361

Die Tests umfassen verschiedene Teile mit zum Teil mehreren Zielen, die im Folgenden dargestellt sind.

## 5.1 Prüfung auf Mehrfachfälle in den Einwohnermelderegistern

Wie beschrieben soll im neuen Zensusmodell zentral geprüft werden, ob nur ein Hauptwohnsitz für jede Person bzw. eine Hauptwohnung für eine Person mit Nebenwohnsitz gegeben ist.

Im Test wird das durch eine Stichprobe realisiert. Angefordert werden von allen Meldebehörden die Daten von Bürgern, die an drei zufälligen, aber fest bestimmten Tagen im Jahr Geburtstag haben oder deren Geburtsdaten unvollständig im Melderegister eingetragen sind. Das sind rund 1,5% der Bevölkerung. Die Datensätze wer-

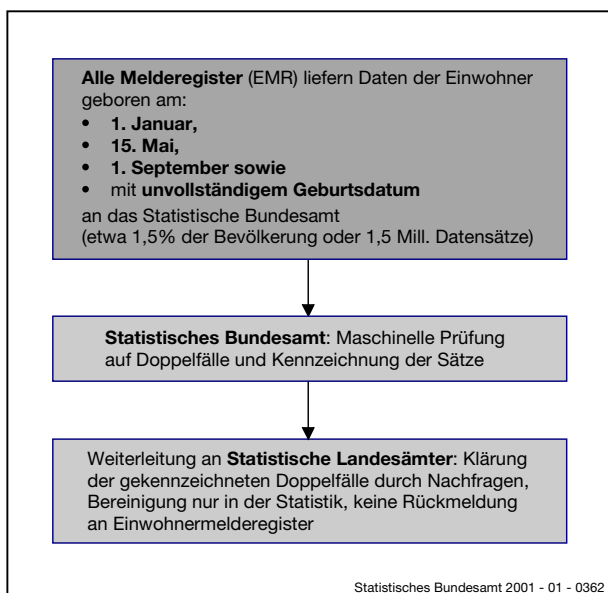
den im Statistischen Bundesamt zentral auf Doppelfälle geprüft, die anschließend von den Statistischen Ämtern der Länder aufgeklärt werden müssen.

Die Einbeziehung von Bürgern mit unvollständigem Geburtsdatum soll Gewissheit darüber bringen, dass bzw. ob auch in diesen schwierigen Fällen Verbesserungsmöglichkeiten im Statistikbereich gegeben sind.

Ein wichtiges Nebenprodukt der Mehrfachfallprüfung ist die Prüfung der Datenübermittlungswege und der Liefermöglichkeiten der Gemeinden: Die Melderegister der rund 14500 Gemeinden werden in etwa 1500 Rechenzentren geführt. Nach derzeitigem Erkenntnisstand gibt es etwa 40 verschiedene Programme zur Führung der Melderegister. Für die Datensätze gibt es eine einheitliche Vorgabe; in der Praxis dürften Programmierarbeiten zur Vereinheitlichung der Datensätze nötig werden. Ob

in jeder Gemeinde tatsächlich immer alle Merkmale des bundeseinheitlichen Datensatzes vorliegen oder ob es Abweichungen von der Norm gibt, wird zu testen sein.

Schaubild 3

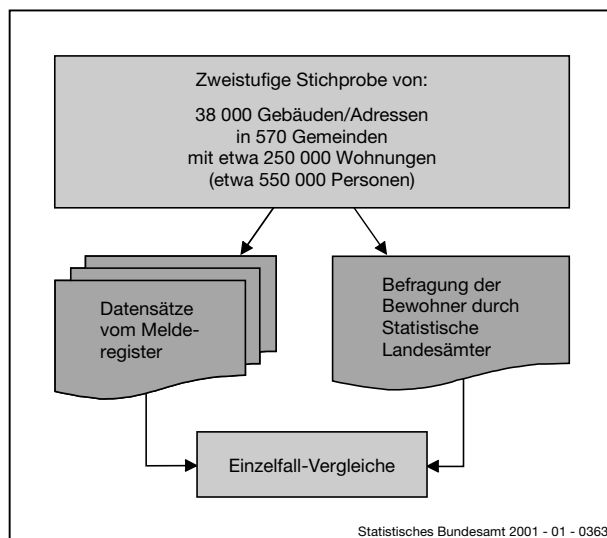


## 5.2 Test der Genauigkeit der Einwohnermelderegister im Vergleich mit einer Gebäudebegehung

In einer zweistufigen<sup>2)</sup> Stichprobe werden etwa 38 000 Gebäude mit etwa 250 000 Wohnungen und 550 000 Personen in etwa 570 Gemeinden unterschiedlicher Größe ausgewählt.

Für die in diesen Gebäuden lebenden Personen werden von den betroffenen Gemeinden die Datensätze angefordert. Durch eine Begehung aller ausgewählten Gebäude durch Zähler der Statistischen Ämter der Länder und einen Vergleich mit den übermittelten Melderegisterdaten

Schaubild 4



wird festgestellt, ob und wie hohe Über- oder Untererfassungen die Melderegister enthalten.

Es ist bekannt, dass die problematischen Fälle des neuen Modells in den großen Städten und dort in großen Gebäuden konzentriert sind, sowohl was die Registerqualität als auch die Schwierigkeiten der Haushaltegenerierung betrifft. Die Stichprobe ist deshalb nicht repräsentativ: Um den Stichprobenumfang klein halten zu können und dabei doch eine ausreichende Aussagefähigkeit zu erhalten, konzentriert sie sich auf die großen Städte und die großen Gebäude.

## 5.3 Test der neuen Verfahren in einer Unterstichprobe

Aus den 38 000 Gebäuden der Stichprobe zum Test der Registerqualität wird eine Unterstichprobe von etwa 16 000 Gebäuden in 230 Gemeinden gezogen. Mit dem Vergleich von Meldedaten und Befragungsergebnissen einer Haushaltebefragung für diese Gebäude werden folgende Verfahren überprüft:

- Test der Auskunftsmöglichkeiten von Gebäudeeigentümern

Für die ausgewählten Gebäude werden die Eigentümer postalisch nach Gebäude- und Wohnungsangaben sowie nach den Namen der Wohnungsinhaber befragt. Bei der Gebäudebegehung werden die dort lebenden Personen ebenfalls nach Wohnungsangaben (Ausstattung, Heizung usw.) befragt. Es wird dann festgestellt, inwieweit die Eigentümer zu einzelnen Wohnungen korrekte Angaben machen können und ob sie die für die Haushaltegenerierung benötigten Namen der Wohnungsinhaber sowie die Zahl der Wohnungsnutzer angeben können.

- Test der maschinellen Haushaltegenerierung

Für die ausgewählten Gebäude werden die von den Einwohnermelderegistern angeforderten Datensätze je Gebäude maschinell zu Haushalten zusammengefügt und über den Namen der Wohnungsinhaber konkreten Wohnungen zugeordnet. Durch die bei der Gebäudebegehung ermittelten Ergebnisse wird die Realitätsnähe der künstlich erzeugten Haushalte überprüft. Dies ist das Kernstück des Modells und der mit Abstand komplizierteste Teil.

Das Zensusstestgesetz gibt den Ämtern zwei Jahre nach dem Stichtag Zeit, um die Methoden zu verfeinern und anhand der Ergebnisse der Gebäudebegehung zu optimieren. Im Test werden mehr Merkmale aus den Registern angefordert als letztendlich für eine Zensusdurchführung nötig sein werden. Grund ist, dass erst in der Optimierungsphase, wenn Daten der Melderegister und Ergebnisse der Haushaltebefragung vorliegen, im Vergleich ermittelt werden kann, welche Merkmale flächendeckend vorhanden sind und welche tatsächlich unverzichtbare Informationen liefern.

2) Um – aus Kostengründen – die Gemeindezahl zu begrenzen, werden in der ersten Stufe die Gemeinden, danach die Gebäude in diesen Gemeinden ausgewählt.

- Test der Datenverbesserungsmöglichkeiten durch Kombinationsprüfungen

Ein weiteres Ziel der Zusammenführung von Melde-registerdaten mit denen der Befragung von Gebäude-eigentümern ist es, Gebäude mit inkonsistenten Ergeb-nissen, die auf versteckte Registerfehler hindeuten, zu ermitteln.

Mit so genannten „primärstatistischen Simulationen“, das sind Vergleiche aus der Haushaltegenerierung mit Befragungsergebnissen, wird festgestellt, in welchem Maß und mit welchem Aufwand bei einem Zensus Verbesserungen der statistischen Datenqualität durch gezielte Befragungen erreichbar sind.

- Test der personenbezogenen Zusammenführungen

Aus drei Verwaltungsregistern der Bundesanstalt für Arbeit werden für die Adressen der in der Unter-stichprobe ausgewählten Gebäude Personendaten angefordert. Diese Datensätze werden über Adresse, Namen und Geburtstag mit den zu Haushalten grup-pierten Personensätzen aus den Einwohnermelde-registern verknüpft. Bei der Begehung der Gebäude und der Befragung der dort lebenden Personen wer-den diese auch zur Erwerbstätigkeit befragt. Diese Angaben werden dann mit den zusammengeführten Ergebnissen verglichen.

Die weiter oben erwähnte Zusatzstichprobe zur Ermittlung der Erwerbstätigkeit nicht in den Verwaltungs-registern enthaltener Personen wird nicht in den Zensustest einbezogen.

## 6 Zensus und Datenschutz

Dem Datenschutz wird bei der Erprobung des Alternativkonzepts besondere Bedeutung beigemessen. Er wird entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 voll gewahrt. Alle für die Testuntersuchungen erforderlichen personenbezogenen Daten werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erhoben und verarbeitet. Die Einzeldaten verbleiben ausschließlich in besonders geschützten Bereichen der statistischen Ämter und fallen unter die statistische Geheimhaltung. Die Hilfsmerkmale, wie beispielsweise Name und Anschrift, werden so bald wie möglich wieder gelöscht. Die Datenüberprüfung und -berichtigung im Rahmen der methodischen Untersuchungen erfolgt ebenfalls ausschließlich in den statistischen Ämtern. Rückmeldungen an die registerführenden Verwaltungsbehörden als Datenquelle sind nicht zulässig.

## 7 Was kostet das?

Traditionelle Volkszählungen sind vor allem wegen der hohen Zahl von einzusetzenden Interviewern immer schwieriger zu organisieren und teuer. Die letzte Volkszählung 1987 im früheren Bundesgebiet hat Bund, Länder und Gemeinden rund 1 Mrd. DM gekostet. Auch wenn allein die nach der Volkszählung durchgeführten Anpassungen der Finanzzuweisungen schnell ein Vielfaches dieser Summe betragen haben, sind das Kosten in Größenordnungen, die in Zeiten knapper Kassen nicht leicht zu beschaffen sind. Eine neue Volkszählung traditioneller Art in Deutschland dürfte mindestens 1,5 Mrd. DM kosten.

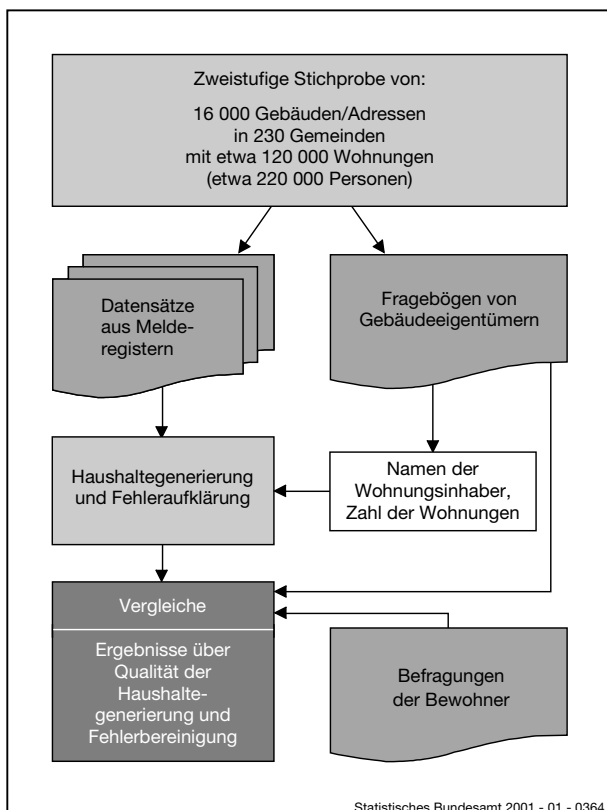
Ein Zensus nach dem neuen Modell wäre erheblich billiger. Zwar enthält er auch primärstatistische Teile, wie die postalische Befragung der Gebäudeeigentümer, die (meist postalische) Aufklärung von Mehrfachfällen oder die gezielte Nachbefragung im Fall einzelner, als unplausibel eingestufte Gebäude. Bei der Verarbeitung von Registerdaten entfällt jedoch der weitaus größte Teil der teuren Begehungen und manuellen Erfassungsarbeiten.

Für den Test wurden Kosten in Höhe von unter 49 Mill. DM bei Bund, Ländern, Gemeinden und der Bundesanstalt für Arbeit geschätzt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die teuren Begehungen der ausgewählten Gebäude im Zensus entfallen und der größte Teil der Entwicklungsarbeiten für den Zensus, insbesondere die Programmerstellungen, schon in den Kosten für den Test enthalten sind.

## 8 Wie sieht der Zeitplan für die Tests aus?

Die verschiedenen Erhebungsteile des Zensustests müssen sich alle auf einen fest definierten Stichtag, der im Zensustestgesetz bestimmt wird, beziehen. Das Gesetz befindet sich derzeit noch in der parlamentarischen Beratung.

Schaubild 5



Einige nötige Vorarbeiten können erst nach der Verabschiedung des Zensusstestgesetzes begonnen werden. Dazu gehört vor allem die Ziehung der Gebäudestichprobe in den jetzt schon ausgewählten Gemeinden, weil dazu die Übermittlung aller Wohnadressen der Auswahlgemeinden notwendig ist. Erst danach kann die Ermittlung der Gebäudeeigentümer, die stichtagsnah befragt werden sollen, stattfinden.

Die Befragung der Bewohner der Auswahlgebäude wird um den Stichtag durchgeführt. Für die Auswertung der Register sind jedoch gewisse zeitliche Abhängigkeiten zu beachten: Register spiegeln – wegen der üblichen An-, Ummelde- und Einstellungszeiten – erst gewisse Zeit *nach* einem Stichtag den damaligen Stand wider. Deshalb werden im Test Daten der Melderegister sogar zweimal angefordert: erstmals einen Monat nach dem Stichtag, zum zweiten Mal vier Monate danach, um Erkenntnisse über das tatsächliche Meldeverhalten der Bevölkerung und damit auch über den günstigsten Termin für die Datenübermittlung bei einem Zensus zu gewinnen. Die Datei der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesanstalt für Arbeit kann sogar erst nach sieben Monaten den Stichtagszustand beschreiben.

Schon vor der Verabschiedung des Gesetzes unternehmen die statistischen Ämter alle Anstrengungen, um die nötigen organisatorischen und technischen Vorbereitungen zu treffen. Der derzeit gültige Zeitplan sieht vor, etwa 18 Monate nach dem Stichtag die Auswertung der Tests abzuschließen. ■

# Revision der Anlagevermögensrechnung 1991 bis 2001

*Im April 1999 sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im Zuge einer umfassenden Revision auf die neuen Konzepte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) umgestellt worden. Auch das Anlagevermögen und die Abschreibungen waren von wesentlichen konzeptionellen Änderungen betroffen. Mit dem vorliegenden Beitrag wird die Berechnung des Anlagevermögens und der Abschreibungen nach Vermögensarten, Wirtschaftsbereichen und Sektoren dargestellt.*

*Anhand der Klassifikation der Vermögensgüter werden die neuen, erweiterten Inhalte von Anlagevermögen und Abschreibungen erläutert. Außer Bauten und Ausrüstungen zählen jetzt auch immaterielle Güter zum Anlagevermögen und die Abschreibungen werden auf alle Anlagegüter einschließlich öffentlicher Tiefbauten berechnet. Anschließend wird ein Überblick über die Kumulationsmethode (Perpetual-Inventory-Methode) gegeben, mit deren Hilfe das Anlagevermögen und die Abschreibungen ermittelt werden. Dafür sind lange Investitionsreihen und Nutzungsdaueransätze für die Anlagegüter erforderlich, deren Ermittlung beschrieben wird. Dabei wird der Zusammenhang der Berechnungen nach Vermögensarten, Wirtschaftsbereichen und Sektoren in Form eines mehrdimensionalen Matrixsystems erläutert, bei dem zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Elemente untereinander abgestimmt sind. Weil für die Berechnung von Anlagevermögen und Abschreibungen weit in die Vergangenheit zurückreichende Investitionsreihen und Nutzungsdaueransätze an die geänderten Konzepte angepasst bzw. neu aufgebaut und die vorhandenen Reihen auf veränderte Klassifikationen umgestellt werden mussten, handelt es sich bei den veröffentlichten Daten um Ergebnisse erster vorläufiger Berechnungen. Im Zusammenhang mit der Rückrechnung der VGR für die Zeit vor 1991 werden die Berechnungen überprüft werden.*

*Bei der Darstellung der Berechnungsergebnisse wird unter anderem die unterschiedliche Zusammensetzung von Anlagevermögen und Abschreibungen nach Vermögensgütern erläutert. Mehr als die Hälfte der Abschreibungen sind Abschreibungen auf Ausrüstungen und immaterielle Anlagen, während deren Anteil am Bruttoanlagevermögen weniger als ein Fünftel beträgt. Über vier Fünftel des Bruttoanlagevermögens sind Bauten, allein 45% Wohnbauten. Damit dominiert das Grundstücks- und Wohnungswesen sehr stark den gesamten Dienstleistungsbereich. Für verschiedene Anwendungen, beispielsweise bei Berechnungen zum Kapitalstock und daraus abgeleiteter Kennziffern wie Kapitalproduktivität und -intensität, ist es daher sinnvoll, das Grundstücks- und Wohnungswesen aus den Betrachtungen herauszulassen. Hinweise für weitere analytische Auswertungen schließen den Beitrag ab.*

---

Dr. Oda Schmalwasser

---

## Vorbemerkung

Die Berechnung des (reproduzierbaren) Anlagevermögens im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) hat bereits eine lange Tradition im Statistischen Bundesamt. Die methodischen Grundlagen und erste Ergebnisse für fünf Wirtschaftsbereiche nach zwei Vermögensarten wurden Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts präsentiert.<sup>1)</sup> Ende der 1970er Jahre wurde der Nachweis für Wirtschaftsbereiche zunächst auf 12 Bereiche und schließlich im Rahmen der Strukturberichterstattung Mitte der 1980er Jahre auf die volle – 58 Wirtschaftsbereiche umfassende – Bereichsgliederung der deutschen VGR ausgedehnt.<sup>2)</sup> In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurde das Anlagevermögen der neuen Länder in die Berechnungen integriert. Hierbei war insbesondere die Bewertung von Altanlagen im Gebiet der ehemaligen DDR mit DM-Preisen mit großen methodischen und praktischen Schwierigkeiten verbunden.

Im April 1999 sind die VGR im Zuge einer umfassenden Revision auf die neuen Konzepte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) umgestellt worden. Auch die Berechnungen des Anlagevermögens – und damit verbunden insbesondere auch der Abschreibungen – waren von wesentlichen konzeptionellen Änderungen betroffen. Zu nennen sind hier insbesondere die Erweiterung des Investitionsbegriffs mit Auswirkungen auf den Umfang und die Klassifikation der Vermögensgüter sowie die Ausdehnung der Bemessungsgrundlage der Abschreibungen auf die gesamten Anlagegüter einschließlich öffentlicher Tiefbauten (mit Ausnahme der Nutztiere). Diese konzeptionellen Änderungen gegenüber dem früheren ESGV 1979, 2. Auflage sind – insbesondere unter dem Aspekt der Auswirkungen der geänderten Berechnungen der Abschreibungen auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts – bereits an verschiedenen Stellen im Kontext der gesamten VGR-Revision beschrieben worden.<sup>3)</sup> Auswirkungen auf die Berechnung und Darstellung des Anlagevermögens und der Abschreibungen haben auch die dort ebenfalls beschriebenen geänderten Klassifikationen der Wirtschaftsbereiche und Sektoren.

Mit der Veröffentlichung erster vorläufiger Daten zum Anlagevermögen in der vollen Wirtschaftsbereichsglie-

1) Siehe Lützel, H.: „Das reproduzierbare Anlagevermögen in Preisen von 1962“ in WiSta 10/1971, S. 593 ff. und Lützel, H.: „Das reproduzierbare Sachvermögen zu Anschaffungs- und zu Wiederbeschaffungspreisen“ in WiSta 11/1972, S. 611 ff.

2) Siehe Stahmer, C.: „Reproduzierbares Anlagevermögen nach Wirtschaftsbereichen“ in WiSta 6/1979, S. 411 ff. und Schmidt, L.: „Reproduzierbares Anlagevermögen in erweiterter Bereichsgliederung“ in WiSta 7/1986, S. 499 ff.

3) Siehe Strohm, W./Hartmann, N./Essig, H./Bleses, P.: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe“ in WiSta 4/1999, S. 257 ff., insbesondere Kapitel 2 „Änderung von Konzepten, Begriffen und Klassifikationen im ESGV 1995“, S. 261 ff.; Essig, H./Hartmann, N./Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998“ in WiSta 6/1999, insbesondere S. 454 f. und S. 471 f. und Statistisches Bundesamt: „VGR-Revision 1999 – Vom ESGV-79 zum ESGV-95“, Arbeitsunterlage.

derung der VGR im April 2001<sup>4</sup>) ist das geplante nationale Veröffentlichungsprogramm zu Anlagevermögen und Abschreibungen nach dem ESVG 1995 erfüllt. Erste Daten zu den Abschreibungen waren bereits im April 1999 und zum Anlagevermögen nach Vermögensarten im September 1999 publiziert worden. Bei allen diesen Daten handelt es sich um Ergebnisse erster, vorläufiger Berechnungen, bei denen teilweise mit groben Schätzungen gearbeitet werden musste. Das resultiert daraus, dass für die Berechnung von Anlagevermögen und Abschreibungen weit in die Vergangenheit zurückreichende Investitionsreihen und Nutzungsdaueransätze an die geänderten Konzepte angepasst bzw. neu aufgebaut werden mussten. Sobald im Rahmen der Rückrechnung der VGR nach dem ESVG 1995 für das frühere Bundesgebiet für die Zeit vor 1991 detailliert rückgerechnete Investitionsreihen vorliegen, werden die Berechnungen überprüft werden.

Ziel dieses Aufsatzes ist eine zusammenhängende Darstellung der Berechnung von Anlagevermögen und Abschreibungen nach Vermögensarten, Wirtschaftsbereichen und Sektoren im Statistischen Bundesamt nach den Konzepten des ESVG 1995. Zunächst werden die Berechnungsgrundlagen und -methoden erläutert, anschließend die Ergebnisse nach Vermögensarten und Wirtschaftsbereichen dargestellt und abschließend einige Hinweise für analytische Auswertungsmöglichkeiten gegeben.

## 1 Berechnungsgrundlagen und -methoden

### 1.1 Definition und Klassifikation des Anlagevermögens und der Abschreibungen

Das ESVG 1995 sieht – abgestimmt auf das revidierte System of National Accounts (SNA 1993) der Vereinten Nationen – erstmalig die Aufstellung von *Vermögensbilanzen* im System der VGR vor. Dabei werden den Vermögenswerten (Aktiva – Vermögensgüter und Forderungen) die Verbindlichkeiten (Passiva) gegenübergestellt. Der Saldo ist das Reinvermögen. Es wird für die Volkswirtschaft insgesamt als Volksvermögen bezeichnet. Finanzielle Vermögensbilanzen zeigen Forderungen, Verbindlichkeiten und als Saldo das Nettogeldvermögen. Sie werden von der Deutschen Bundesbank aufgestellt und sind im Rahmen der verbindlichen Vorschriften des Lieferprogramms an Eurostat – das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften – zu liefern.

Die *Vermögensgüter* umfassen das nichtfinanzielle Vermögen und werden in produzierte und nichtproduzierte Vermögensgüter unterteilt. Insbesondere wegen der Schwierigkeiten, die nichtproduzierten Vermögensgüter zu erfassen und zu bewerten, ist derzeit die Erstellung kompletter Vermögensbilanzen nicht verbindlich vorgeschrieben. Das Lieferprogramm sieht bezüglich der Vermögensgüter nur die Bereitstellung von Daten zum Anlagevermögen vor. Auch Angaben über Vorratsbestände, die in den bisherigen deutschen VGR als Bestandteil des reproduzierbaren Sachvermögens ausgewiesen wurden,

werden nicht verlangt. Deshalb beschränken sich die Berechnungen und auch die Darstellung an dieser Stelle auf die Anlagegüter und damit das Anlagevermögen.

Die Übersicht 1 zeigt die *Anlagegüter* im System der Vermögensgüter anhand der Klassifikation der Vermögensgüter auf der linken Seite. Sie bildet die Grundlage für die Gliederung des Anlagevermögens nach Vermögensarten. Daneben werden auf der rechten Seite die entsprechenden Positionen der Bruttoanlageinvestitionen zugeordnet, sodass auch die wichtigsten Beziehungen zur Klassifikation der Bruttoanlageinvestitionen deutlich werden. Dabei entsprechen die Codes denen des ESVG 1995; kursiv werden gegebenenfalls abweichende bzw. zusätzliche Bezeichnungen bei der Veröffentlichung des Anlagevermögens und der Anlageinvestitionen ausgewiesen.

Das *Anlagevermögen* umfasst alle *produzierten Vermögensgüter*, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft *in der Produktion eingesetzt* werden. Finanzanlagen und nichtproduzierte Sachanlagen, wie Grund und Boden, Bodenschätze und Wasserreserven, sowie nichtproduzierte immaterielle Vermögensgüter, wie Patente und aktivierter Firmenwert, gehören nicht zum Anlagevermögen. Das Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte ist ebenso nicht enthalten. Militärische Gebrauchsgüter sind ins Anlagevermögen einbezogen, wenn sie auch zivil genutzt werden könnten. Rein militärisch nutzbare Güter wie Waffen und gepanzerte Fahrzeuge gehören nicht zum Anlagevermögen. Das Anlagevermögen ist mit Ausnahme der Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden wie die Anlageinvestitionen abgegrenzt. Die Grundstücksübertragungskosten für bebaute Grundstücke werden den Bauinvestitionen zugerechnet, da nicht zwischen dem Teil, der auf das Gebäude und dem, der auf das Grundstück entfällt, differenziert werden kann. Demgegenüber sind die Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden eindeutig als Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter (P.513, siehe Übersicht 1) zu klassifizieren, das heißt sie beeinflussen nicht den Wert des Anlagevermögens, sondern den Wert des nichtproduzierten Sachvermögens. Auch Deiche, Dämme, Staumauern u. Ä., die nur dem Schutz vor Überschwemmungen, Bodenerosion u. Ä. und nicht auch gleichzeitig Produktionszwecken dienen, sind nach der Definition des ESVG nicht Teil des Anlagevermögens. Die Investitionen zu ihrer Errichtung wirken als Bodenverbesserungen (P.5131) werterhöhend auf den Grund und Boden und müssten ebenfalls als Teil der Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter klassifiziert werden. Sie sind jedoch in Deutschland in den Bauten enthalten, da die entsprechenden Investitionen (bisher) nicht aus den Bauinvestitionen herausgerechnet werden können. In Übersicht 1, die sich auf die derzeitigen Berechnungen in Deutschland bezieht, wurden sie deshalb unter P. 513 nicht mit aufgenommen.

In das Anlagevermögen einbezogen sind materielle und immaterielle Güter. Das *Sachanlagevermögen* umfasst die materiellen Anlagen und setzt sich zusammen aus dem Bestand an Ausrüstungen (Maschinen und Geräte, Geschäftsausstattungen und Fahrzeuge), Wohnbauten und Nichtwohnbauten sowie Nutztieren (z. B. Zucht- und

<sup>4</sup>) Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.2 „Konten und Standardtabellen 2000 (Vorbericht)“, Wiesbaden, April 2001.

Milchvieh, Zugtiere) und Nutzpflanzen (z.B. Obst- und Rebanlagen). Wohnbauten zählen auch dann zum Anlagevermögen, wenn sie sich im Eigentum von privaten Haushalten befinden, da sowohl die Vermietung als auch die eigene Nutzung von Wohneigentum durch private Haushalte in den VGR als Produktion von Wohnungsdienstleistungen behandelt werden und somit alle Wohnbauten das Kriterium „dauerhaft in der Produktion eingesetzt“ erfüllen. Zum *immateriellen Anlagevermögen* gehören Computerprogramme und große Datenbanken, Urheberrechte und die Summe der Ausgaben für Suchbohrungen.

In den bisherigen deutschen VGR wurde durch das Adjektiv „reproduzierbares“ vor dem Begriff „Anlagevermögen“ zum Ausdruck gebracht, dass es sich um produzierte und damit reproduzierbare Anlagegüter handelt, also insbesondere Grund und Boden nicht mit enthalten sind. Auf die Voranstellung dieses Adjektivs wird jetzt verzichtet, da Anlagegüter entsprechend der Klassifikation eindeutig Bestandteil der produzierten Vermögensgüter sind.

*Abschreibungen* messen die Wertminderung des Anlagevermögens während einer Periode durch normalen Verschleiß und wirtschaftliches Veralten unter Einschluss des Risikos für Verluste durch versicherbare Schadensfälle. Sie sind entsprechend dem ESVG 1995 auf das gesamte Anlagevermögen mit Ausnahme der Nutztiere sowie auf Bodenverbesserungen und aktivierte Grundstücksübertragungskosten zu berechnen. Damit folgt die Abgrenzung der abzuschreibenden Tatbestände in vollem Umfang der Abgrenzung der Bruttoanlageinvestitionen (siehe auch Übersicht 1). Die kumulierten Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden werden zusammen mit den entsprechenden Bauarten abgeschrieben. Bodenverbesserungen sind – wie oben bereits beschrieben – in den Bauinvestitionen enthalten und werden daher mit dem Bestand an Bauten bereits mit abgeschrieben.

Wie im einzelwirtschaftlichen Rechnungswesen sind auch in den VGR die Abschreibungen nicht direkt messbar. Sie sind vielmehr ein kalkulatorischer Posten, der im Rahmen der Anlagevermögensrechnung nach bestimm-

Übersicht 1: Klassifikation der Vermögensgüter in Verbindung mit der Klassifikation der Bruttoinvestitionen für Deutschland nach dem ESVG 1995

AN	Vermögensgüter (AN.1 + AN.2)	P.5	Bruttoinvestitionen		
<b>AN.1</b>	<b>Produzierte Vermögensgüter</b>				
AN.11	Anlagegüter	Teil aus P.51 P.511	Bruttoanlageinvestitionen (überwiegender Teil) Nettozugang an Sachanlagen <i>Bauinvestitionen</i> <sup>1)</sup> Wohnbauten Nichtwohnbauten <i>Hochbau</i> <i>Tiefbau</i> <i>Ausrüstungsinvestitionen</i> Fahrzeuge <i>Maschinen und Geräte</i> <sup>2)</sup> Nutztiere und Nutzpflanzen Nutztiere Nutzpflanzen		
AN.111	Sachanlagen				
	<i>Bauten (AN.1111 + AN.1112)</i> <sup>1)</sup>				
AN.1111	Wohnbauten				
AN.1112	Nichtwohnbauten				
AN.11121	Nichtwohngebäude				
AN.11122	Sonstige Bauten				
AN.1113	Ausrüstungen				
AN.11131	Fahrzeuge				
AN.11132	Sonstige Ausrüstungen				
AN.1114	Nutztiere und Nutzpflanzen				
AN.11141	Nutztiere				
AN.11142	Nutzpflanzen				
AN.112	Immaterielle Anlagegüter			P.512	Nettozugang an immateriellen Anlagegütern Suchbohrungen Computerprogramme Urheberrechte
AN.1121	Suchbohrungen				
AN.1122	Computerprogramme				
AN.1123	Urheberrechte				
AN.1129	Sonstige immaterielle Anlagegüter				
AN.12	Vorräte	P.52	Vorratsveränderungen		
AN.121	Vorleistungsgüter				
AN.122	Unfertige Erzeugnisse				
AN.1221	Lebende Tier- und Pflanzenvorräte				
AN.1222	Sonstige Halbfertigerzeugnisse				
AN.123	Fertigerzeugnisse				
AN.124	Handelsware				
AN.13	Wertsachen	P.53	Nettozugang an Wertsachen		
AN.131	Edelmetalle und Edelsteine				
AN.132	Antiquitäten und Kunstgegenstände				
AN.139	Sonstige Wertsachen				
<b>AN.2</b>	<b>Nichtproduzierte Vermögensgüter</b>	<b>P.513</b>	<b>Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter</b>		
AN.21	Nichtproduziertes Sachvermögen	P.5132	Grundstücksübertragungskosten (für unbebauten Grund und Boden)		
AN.211	Grund und Boden				
AN.2111	Bauland				
AN.2112	Land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche				
AN.2113	Erholungsflächen				
AN.2119	Sonstige Flächen				
AN.212	Bodenschätze				
AN.2121	Kohle-, Erdöl- und Erdgaslager				
AN.2122	Erzlager				
AN.2123	Sonstige Bodenschätze				
AN.213	Freie Tier- und Pflanzenbestände				
AN.214	Wasserreserven				
AN.22	Immaterielle nichtproduzierte Vermögensgüter				
AN.221	Patente				
AN.222	Nutzungsrechte				
AN.223	Aktivierter Firmenwert				
AN.229	Sonstige immaterielle nichtproduzierte Vermögensgüter				

1) Da keine Unterscheidung möglich: Einschl. solcher Bauten, die laut ESVG 1995 unter P.5131 Bodenverbesserungen als Teil von P.513 Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter zu klassifizieren wären, wie Deiche, Dämme, Staumauern u. Ä., die nicht gleichzeitig auch Produktionszwecken, sondern nur dem Schutz vor Überschwemmungen, Bodenerosion u. Ä. dienen. – 2) Einschl. Textilien, Bekleidung, Holz-, Kunststoff-, Glas-, Keramik-, Eisenwaren u. a.



ten festgelegten Grundsätzen berechnet wird. Ihre Höhe hängt ab von

- der Abgrenzung des Abschreibungsgegenstandes,
- der Art und Weise der Ermittlung des Bestandes an Anlagevermögen,
- der Länge der geschätzten Nutzungsdauer der abschreibbaren Güterarten,
- der Wahl der Abschreibungsmethode und
- der Bewertungsmethode.

In allen Punkten folgt die Berechnung der Abschreibungen in Deutschland den Empfehlungen des ESVG 1995. Für die Abgrenzung des Abschreibungsgegenstandes ist dies bei der Definition bereits beschrieben. Die restlichen Punkte werden anhand des folgenden Abschnitts deutlich.

## 1.2 Berechnungsmethode

### 1.2.1 Die Kumulationsmethode im Überblick

Das ESVG 1995 empfiehlt zur Berechnung des Bestandes an Anlagevermögen die *Kumulationsmethode (Perpetual-Inventory-Methode)*, wenn direkte Informationen über den Bestand an Anlagevermögen fehlen. Da es in Deutschland keine brauchbaren statistischen Unterlagen mit umfassenden und vergleichbaren direkten Angaben zu den Anlagevermögensbeständen gibt, erfolgt die Berechnung von Anlagevermögen und Abschreibungen in den VGR bereits seit Beginn der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts nach dieser indirekten Methode. Dabei wird von der Überlegung ausgegangen, dass sich der heute vorhandene Vermögensbestand aus den Zugängen an Anlagegütern in der Vergangenheit zusammensetzt. Unter Berücksichtigung der Nutzungsdauer der Anlagegüter lässt sich dabei für die Zugänge zurückliegender Jahre berechnen, welcher Anteil sich Anfang des Berichtsjahres noch im Bestand befindet und wann diese Anlagen zukünftig aus dem Bestand ausscheiden. Ist die Abschreibungsmethode vorgegeben, lassen sich daraus auch die Abschreibungen jeder Berichtsperiode ermitteln. Die Anwendung der Kumulationsmethode setzt voraus, dass weit in die Vergangenheit zurückreichende Investitionsreihen vorliegen (siehe Abschnitt 1.3.1) und die durchschnittliche Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegüterarten abgeschätzt werden kann (siehe Abschnitt 1.3.2).

Für alle abschreibbaren Güterarten wird die *durchschnittliche ökonomische Nutzungsdauer* geschätzt. Bei ihrer Bestimmung wird von normalem Verschleiß und wirtschaftlichem Veralten unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts ausgegangen. Das Risiko von Verlusten durch versicherbare Schadensfälle ist bei der Schätzung mit eingeschlossen. Weil es wirklichkeitsfremd wäre anzunehmen, dass alle Güter eines Zugangsjahres mit gleicher durchschnittlicher Nutzungsdauer auch gleichzeitig aus dem Bestand ausscheiden,

werden die Abgänge mit Hilfe einer *Abgangsfunktion* so verteilt, dass sie annähernd glockenförmig um die durchschnittliche Nutzungsdauer streuen. Als Abgangsfunktion wird nach wie vor die Dichtefunktion der Gammaverteilung verwendet.<sup>5)</sup>

Die Abschreibungen werden nach der *linearen Abschreibungsmethode* berechnet. Dies wird auch vom ESVG 1995 empfohlen. Dabei wird der Wert der Anlagezugänge eines Jahres mit jährlich gleichen Beträgen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer auf die Gesamtzeit der Nutzung verteilt. Somit ist der *Abschreibungssatz* eines Investitionsgutes der reziproke Wert der Nutzungsdauer (mit Ausnahme von Investitionsjahr und Abgangsjahr, in denen er nur halb so hoch ist, weil angenommen wird, dass sich die Anlagen in diesen beiden Jahren im Durchschnitt ein halbes Jahr im Bestand befinden).

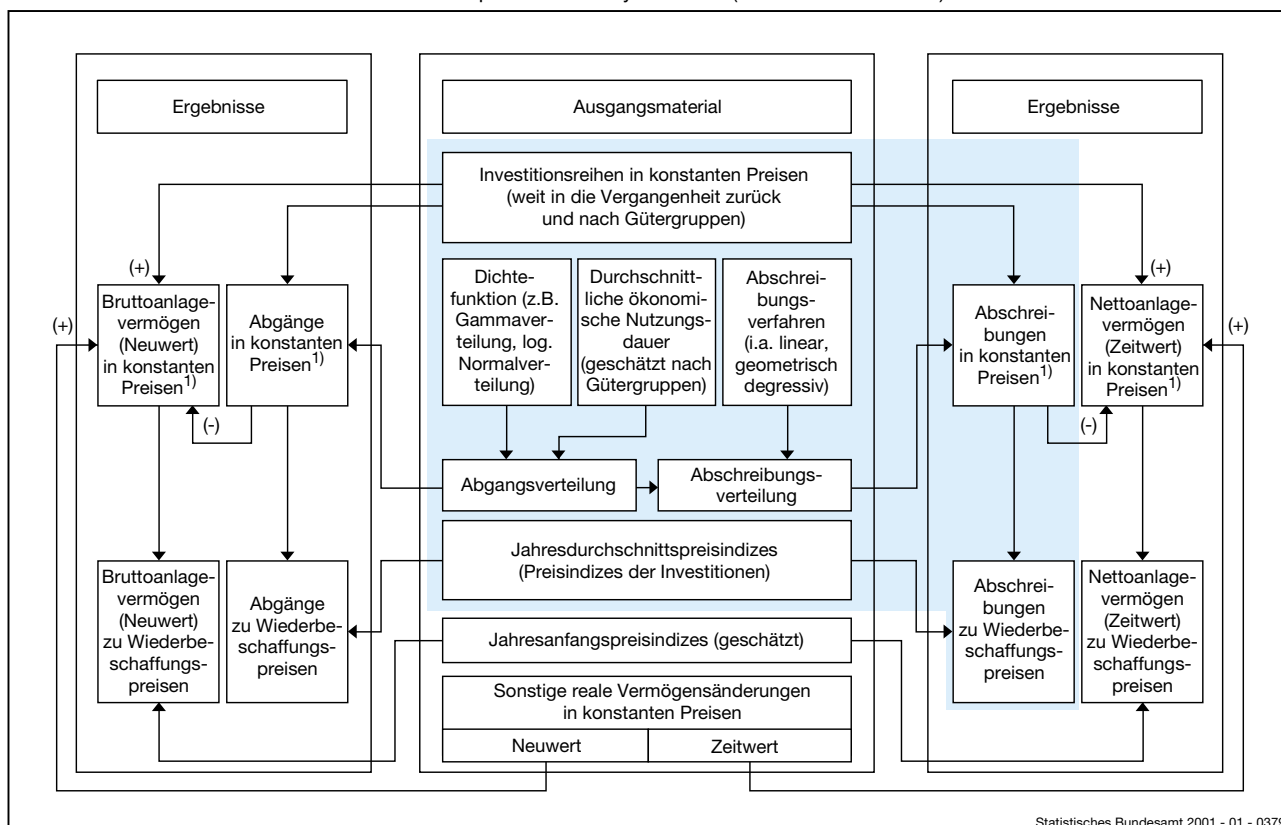
In Übersicht 2 ist die Berechnung von Anlagevermögen und Abschreibungen nach der Kumulationsmethode schematisch dargestellt. Auf die Wiedergabe des mathematischen Modells wird hier verzichtet. Es ist in der bereits mehrfach zitierten Erstveröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zur Anlagevermögensrechnung nachzulesen.<sup>6)</sup> Anhand der Übersicht 2 werden die wesentlichen Punkte der angewendeten Methode deutlich:

- Die Berechnungen von Anlagevermögen und Abschreibungen erfolgen zunächst in konstanten Preisen. Als Ausgangsinformationen sind dafür lange Investitionsreihen in konstanten Preisen und Nutzungsdaueransätze für die Anlagegüterarten erforderlich, wenn die lineare Abschreibungsmethode und die Gammafunktion als Abgangsverteilung als gegeben angenommen werden.
- In einem zweiten Schritt wird das Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen und die Abschreibungen in jeweiligen Preisen ermittelt, und zwar durch Umrechnung der Werte in konstanten Preisen auf der Grundlage entsprechender Preisindizes: Jahresanfangspreisindizes für die Ermittlung des Jahresanfangsbestandes an Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen und Jahresdurchschnittspreisindizes für die Berechnung der Abschreibungen in jeweiligen Preisen.
- Die Berechnung der Abschreibungen ist in sich geschlossen, ohne dass die Berechnung des Anlagevermögens als Zwischenschritt notwendig ist („innerer Kreis“, blau hervorgehoben). Das resultiert daraus, dass durch Abgangsfunktion und Abschreibungsverfahren die Abschreibungen auf die Zugänge eines Investitionsjahres für alle Berichtsjahre bis zum Ausscheiden des letzten Gutes des Investitionsjahrganges vorausbestimmt sind, sodass die Abschreibungen eines Berichtsjahres direkt als Summe der Abschreibungen auf alle Zugangsjahre bis zum Berichtsjahr ermittelt werden können.
- Jegliche Abweichungen von dem in dem Modell unterstellten normalen wirtschaftlichen Verlauf können als

<sup>5)</sup> Siehe Lützel, H.: „Das reproduzierbare Anlagevermögen in Preisen von 1962“, a.a.O., S. 595 f.

<sup>6)</sup> Siehe Fußnote 5, S. 596 f.

Übersicht 2: Berechnung des Anlagevermögens und der Abschreibungen nach der Perpetual-Inventory-Methode (Kumulationsmethode)



Statistisches Bundesamt 2001 - 01 - 0379

1) Entsprechende Angaben zu Anschaffungspreisen werden ausgehend von Investitionsreihen in jeweiligen Preisen ermittelt.

sonstige reale Vermögensänderungen dargestellt werden. Diese Position erlaubt es, außerordentliche, nicht vorhersehbare Ereignisse, die sich auf den Wert der Vermögensgüter auswirken, in die Rechnung einzubeziehen (siehe Abschnitt 1.2.2).

- Geht man bei den Berechnungen von Investitionsreihen in jeweiligen Preisen (den Preisen des Anschaffungsjahres) aus, so kann man das Anlagevermögen zu (historischen) Anschaffungspreisen ermitteln. Auf diese Bewertungsmethode wird hier nicht weiter eingegangen, weil Berechnungen zu Anschaffungspreisen derzeit nicht erfolgen.

### 1.2.2 Berücksichtigung von Sonderentwicklungen

Bei der Kumulationsmethode sind ausgehend von der Wirtschaftsbereichs- und Güterstruktur der Investitionen und der zugehörigen geschätzten durchschnittlichen Nutzungsdauern bei gegebener Abgangverteilung und Abschreibungsmethode die Wirkungen der Investitionen jedes Investitionsjahrganges auf alle Elemente der Anlagevermögensrechnung bis zum Ausscheiden des letzten Gutes des Investitionsjahrganges aus dem Bestand vorherbestimmt. In der wirtschaftlichen Realität können aber von den getroffenen Annahmen abweichende, außerordentliche, nicht vorhersehbare Ereignisse eintreten, die den Wert des Anlagevermögens insgesamt

und/oder seine Wirtschaftsbereichsstruktur beeinflussen. Das ESVG 1995 sieht vor, dass durch solche Ereignisse bedingte Wertveränderungen als *sonstige reale Vermögensänderungen* gebucht werden. Unter dieser Position werden die *Sonderabgänge* vom Anlagevermögen erfasst, die bereits früher in der Anlagevermögensrechnung berücksichtigt wurden. Es handelt sich dabei insbesondere um den Abbau von Raffineriekapazitäten, Kapazitätsabbau in der Eisen- und Stahlindustrie und wegen der Wertkrise im Schiffbau sowie Bruttowertkorrekturen beim Verkauf gebrauchter Schiffe ins Ausland.<sup>7)</sup> Weiterhin werden unter dieser Position die Sonderabgänge von wirtschaftlich nicht mehr nutzbaren Altanlagen aus der ehemaligen DDR gebucht, sofern sie nicht bereits bei der Festlegung der Anfangsbestände zum 1. Juli 1990 berücksichtigt wurden (siehe Abschnitt 1.2.3). Eine weitere Korrekturbuchung wird bei wiederholten Verkäufen von Immobilien in relativ kurzen Zeitabständen notwendig: Es ist davon auszugehen, dass Immobilien zum Marktpreis verkauft werden und dabei noch nicht voll abgeschriebene Grundstücksübertragungskosten (Grunderwerbsteuer, Makler-, Notar- und Gerichtsgebühren) in der Regel nicht wieder mit realisiert werden können. In dieser Höhe sind somit Sonderabgänge auf Bauten durch Grundstücksübertragungskosten zu buchen.

Daneben sind auch die Fälle, in denen Umbuchungen von Anlagevermögen zwischen Sektoren und/oder Wirt-

<sup>7)</sup> Siehe Schmidt, L.: „Reproduzierbares Anlagevermögen in erweiterter Bereichsgliederung“, a.a.O., S. 503 f.

schaftsbereichen notwendig erscheinen, über die Position sonstige reale Vermögensänderungen als *Neuzuordnungen* zu buchen. In letzter Zeit finden – beispielsweise durch Unternehmensaufspaltungen unter dem Stichwort „Outsourcing“ sowie Immobilienfinanzierungen unter dem Stichwort „sell and lease back“ – zunehmend Eigentümerwechsel von bereits im Bestand befindlichen Teilen des Anlagevermögens statt. Für die Erfassung solcher Prozesse konnten noch keine geeigneten statistischen Grundlagen erschlossen werden, sodass sie derzeit unberücksichtigt bleiben müssen. Es gilt daher nach wie vor die bereits früher getroffene Aussage, dass die Anlagegüter bis auf wenige Ausnahmen auch bei einem Eigentümerwechsel bis zu ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Bestand im Anlagevermögen des Ersterwerbers nachgewiesen werden.<sup>8)</sup> Die dadurch bedingten Unsicherheiten bei der Ermittlung des Anlagevermögens und der Abschreibungen der Wirtschaftsbereiche und Sektoren müssen hingenommen werden. Die Höhe des Anlagevermögens und der Abschreibungen der Volkswirtschaft insgesamt bleibt unbeeinflusst, da die Umbuchungen zwischen abgebendem und aufnehmendem Sektor bzw. Wirtschaftsbereich in gleicher Höhe mit umgekehrtem Vorzeichen erfolgen würden.

### 1.2.3 Einbeziehung der Altbestände der ehemaligen DDR

Die ehemalige DDR verfügte mit den Jahresgrundmittelberichten und der Berichterstattung über die materiell-technische Struktur und Altersstruktur der Grundmittel über umfangreiche *direkte statistische Informationen zum Bestand an Anlagevermögen*. Sie bildeten die statistische Ausgangsbasis für die Ermittlung der Altbestände aus der ehemaligen DDR, die in die gesamtdeutsche Anlagevermögensrechnung einbezogen wurden. Allerdings waren wegen der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft umfangreiche Anpassungen notwendig, da ein erheblicher Teil des physisch vorhandenen Anlagevermögens unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr nutzbar und mithin nicht in die Bestimmung des Ausgangsniveaus einzubeziehen war. Schwierig war auch die Bewertung des ostdeutschen Anlagevermögens in DM, insbesondere für Altanlagen, für die es keine in marktwirtschaftlich organisierten Produktionsprozessen eingesetzten, qualitativ vergleichbaren Anlagen gab.

Ausgehend von den Daten aus der Grundmittelberichterstattung wurden folgende *Anpassungen* zur Bestimmung des Bruttoanlagevermögens der ehemaligen DDR zum 1. Juli 1990 in DM vorgenommen:

- *Zuschätzungen* von nicht in den Grundmittelberichten enthaltenem Anlagevermögen des Sonderbereichs (Armee, Polizei, Zoll, Staatssicherheit, Parteien und Massenorganisationen u. Ä.);
- *Abschläge für Überalterung* für voll abgeschriebene Anlagen und Anlagen mit einer Restnutzungsdauer von weniger als 20%; sie umfassten etwa 9% bei den Bauten und rund 34% bei den Ausrüstungen;

- *Sonderabgänge* durch Stilllegung von Unternehmen und Betriebsteilen, Abriss von Gebäuden sowie Verschrottung und Verkauf von Ausrüstungen im Zeitraum vom 1. Juli 1990 bis 31. Dezember 1992; sie umfassten etwa 15% bei den Bauten und rund 31% bei den Ausrüstungen;
- *Umbewertung in DM*; für Bauten wurde ein Umbewertungsfaktor von 0,75 und für Ausrüstungen von 0,77 verwendet.

Grundlage für diese Anpassungen waren umfangreiche Recherchen, Feldstudien und Experteninformationen, insbesondere von der Treuhandanstalt, von Verbänden und Unternehmen. Anlagegüter, die sich bis Ende 1992 als unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr nutzbar erwiesen, wurden bereits bei der Bestimmung des Anfangsbestandes der Altbestände zum 1. Juli 1990 nicht mit einbezogen. Auch für die Jahre 1993 bis 1997 hat das Statistische Bundesamt die Stilllegung alter Anlagen der ehemaligen DDR untersucht und weitere Abschläge für vorzeitige Stilllegungen von Anlagen vorgenommen. Diese wurden dann – wie im vorigen Abschnitt beschrieben – ab 1993 als Sonderabgänge gebucht. Die Fortschreibung des Anfangsbestandes erfolgte auf der Grundlage einer in Anlehnung an die Ursprungsdaten der DDR-Statistik geschätzten Altersstruktur der noch im Bestand befindlichen Anlagen und analoger Nutzungsdaueransätze wie im früheren Bundesgebiet. Am Jahresanfang 2001 stammen nach derzeitigem Rechenstand noch rund 5% der Bauten und etwa 1% der Ausrüstungen der Gesamtwirtschaft aus der ehemaligen DDR (immaterielle Anlagen sind vernachlässigbar). Die Bauten, die eine lange Nutzungsdauer haben, werden noch einige Jahre im Bestand verbleiben, während die Ausrüstungen in Zukunft praktisch keine Bedeutung mehr haben.

## 1.3 Berechnungsgrundlagen

Wie in Abschnitt 1.2.1 herausgearbeitet, bilden *lange Investitionsreihen* und entsprechende *Nutzungsdaueransätze* die wesentlichen Datengrundlagen für die Berechnung von Anlagevermögen und Abschreibungen mit Hilfe der Kumulationsmethode. Da Investitionsreihen für Deutschland nach dem ESGV 1995 erst ab 1991 vorliegen, mussten diese für Zwecke der Anlagevermögensrechnung vorläufig zurückgeschrieben werden. Sie müssen so weit in die Vergangenheit zurückreichen, wie sich im Berichtsjahr noch Anlagen im Bestand befinden. Die wichtigste Datengrundlage bildeten die langen Investitionsreihen und Nutzungsdaueransätze der bisherigen deutschen VGR für das frühere Bundesgebiet. Allerdings waren eine Reihe von Anpassungen an veränderte Klassifikationen notwendig. Dabei waren insbesondere Reihen für die nach dem ESGV 1995 neuen Investitionstatbestände (immaterielle Anlagen u. Ä.) neu zu schaffen und vorhandene Reihen für die neuen Abschreibungstatbestände (u. a. öffentliche Tiefbauten, militärische Anlagen mit ziviler Nutzungsmöglichkeit) tiefer nach unterschiedlichen Nutzungsdauern zu differenzieren. Auch wurden für die neu abzuschreibenden Anlagegüterarten

<sup>8)</sup> Siehe Fußnote 7, S. 501 und Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe S.17 „Vermögensrechnung 1950 bis 1991“, S. 9.

Nutzungsdaueransätze erarbeitet und vorhandene überarbeitet. Die Altbestände der ehemaligen DDR wurden wie im vorigen Abschnitt beschrieben hinzugerechnet. Dabei wurden die konzeptionellen Änderungen und weiteren notwendigen Anpassungen entsprechend berücksichtigt.

### 1.3.1 Anlageinvestitionen

Die *Bruttoanlageinvestitionen* sind mit Ausnahme der Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden die *Zugänge* zum Anlagevermögen. Sie sind nach

- über 200 Ausrüstungsgütern, acht Bauarten und vier sonstigen Anlagearten,
- 60 Wirtschaftsbereichen [A60 der VGR entspricht dem Zweisteller der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)],
- institutionellen Sektoren der VGR (fünf Sektoren und sieben Teilsektoren) und
- Markt- und sonstigen Nichtmarktproduzenten,

also nach vier verschiedenen Klassifikationsmerkmalen gegliedert. In den bisherigen deutschen VGR wurden der Staat und die Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck als eigene Wirtschaftsbereiche und als Nichtmarktproduzenten behandelt, sodass die letzten drei Klassifikationsmerkmale komplett durch die Wirtschaftsbereichsgliederung erfasst waren. Zu den notwendigen Anpassungen gehörte auch die Herauslösung der Krankenhäuser der öffentlichen und frei-gemeinnützigen Träger mit kaufmännischem Rechnungswesen aus den Sektoren Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck und ihre Zuordnung zum Sektor Kapitalgesellschaften sowie die getrennte Rechnung für Markt- und sonstige Nichtmarktproduzenten des Staates und der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>9)</sup> Einen Überblick über die Markt- und sonstigen Nichtmarktproduzenten dieser beiden Sektoren nach Wirtschaftsbereichen gibt die Übersicht 3. Sie bildet den für die Beteiligung der Sektoren Staat (S.13) und Private Organisationen ohne Erwerbszweck (S.15) maßgeblichen Ausschnitt aus der Matrix Wirtschaftsbereiche/Sektoren ab, wobei die Aufteilung der Unternehmen in die Sektoren Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (S.11), Finanzielle Kapitalgesellschaften (S.12) und Private Haushalte (S.14) unberücksichtigt bleibt.

Die Unterscheidung von Markt- und sonstigen Nichtmarktproduzenten ist insbesondere für die Berechnung der Abschreibungen von Bedeutung, weil die *Abschreibungen der sonstigen Nichtmarktproduzenten* direkt die Höhe des Bruttoinlandsprodukts und Bruttonationaleinkommens beeinflussen. Der Produktionswert der sonstigen Nichtmarktproduzenten wird als Summe der Produktionskosten bestimmt, wobei Abschreibungen ein Kostenbestandteil sind. Mit der Überführung der langen Investitionsreihen aus der früheren in die neue Wirtschaftszweigklassifikation mussten also auch die wichtigsten Anforderungen für die Berechnung der Abschreibungen der sonstigen Nicht-

Übersicht 3: Wirtschaftsbereiche mit Beteiligung des Staates (S.13) und/oder der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (S.15)

A 60 <sup>1)</sup>	Wirtschaftsbereich	Sektoren		
		S.11/S.12/ S.14 <sup>2)</sup>	S.13	S.15
01	Landwirtschaft und Jagd .....	P.11	P.11	
02	Forstwirtschaft .....	P.11	P.11	
41	Wasserversorgung .....	P.11	P.11	
63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr u. Ä. ....	P.11	P.11/P.13	
70	Grundstücks- und Wohnungswesen .....	P.11	P.11	P.11
73	Forschung und Entwicklung .....	P.11	P.13	P.13
75	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung .....		P.13	
80	Erziehung und Unterricht .....	P.11	P.13	P.13
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen .....	P.11	P.13	P.13
90	Erbringung von Entsorgungsleistungen ...	P.11	P.11	
91	Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen .....	P.11		P.13
92	Kultur, Sport und Unterhaltung .....	P.11	P.13	P.13

P.11 = Marktproduktion; P.13 = Sonstige Nichtmarktproduktion.

1) Zweisteller der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). –  
2) Nichtfinanzielle und Finanzielle Kapitalgesellschaften und Private Haushalte.

marktproduzenten erfüllt werden. Das erfolgte auf der Grundlage der in Übersicht 3 dargestellten Zusammenhänge. Markt- und sonstige Nichtmarktproduktion lassen sich mit nur einer Ausnahme (Wirtschaftsbereich 63, siehe Übersicht 3) innerhalb der Sektoren eindeutig Wirtschaftsbereichen zuordnen. Unter Berücksichtigung dieser Ausnahme ergibt sich für jeden Investitionsjahrgang eine dreidimensionale Matrix – ein Kubus – mit den Dimensionen

- Vermögens- bzw. Güterarten,
- Wirtschaftsbereiche,
- Institutionelle Sektoren.

Nimmt man noch die Zeitachse hinzu, ergibt sich ein *vierdimensionales Matrixsystem*. Um die wesentlichen Elemente dieses Systems auszufüllen, mussten zusätzlich noch die konzeptionellen Anpassungen vorgenommen werden: Die Ausrüstungsreihen wurden um geschätzte Anteile für erworbene Software und geringwertige Wirtschaftsgüter gekürzt. Für Software wurden die Reihen zunächst mit der Hardware-Entwicklung zurückgeschrieben. Auf der Grundlage von Informationen vom Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung zu Bohrmeterleistungen und Angaben von Unternehmen zu Preisen je Bohrmeter wurden die Suchbohrungen zurückgeschrieben. Für Urheberrechte lagen Investitionsreihen aus der erstmaligen Ermittlung dieser neuen Investitionsart bereits ab 1980 vor. Zur differenzierten Rückschreibung der langlebigen Verteidigungsgüter, die auch zivil nutzbar sind, konnte auf die Haushaltspläne mit getrennten Angaben zu Ausrüstungen und Bauten sowie auf Informationen aus dem Verteidigungsbereich zurückgegriffen werden. Die tiefere Untergliederung der bereits vorhandenen Reihen für öffentliche Tiefbauten erfolgte unter dem Gesichtspunkt unterschiedlicher Nutzungsdauern unter Verwendung einer Reihe der im nächsten Abschnitt beschriebenen Quellen.

Eine komplette Abstimmung der Einzelelemente dieses Systems – für die Bauten zurück bis 1799, für Ausrüstungen zurück bis 1899 und für immaterielle Anlagen teilweise zurück bis 1945 – war zu diesem frühen Zeitpunkt nicht

9) Siehe Fußnote 3.

möglich. Daher sind insbesondere die Berechnungen nach Wirtschaftsbereichen derzeit noch mit großen Unsicherheiten verbunden. Wenn im Rahmen der Rückrechnung der VGR für die Zeit vor 1991 die komplett nach dem ESVG 1995 abgestimmten Investitionsreihen vorliegen, müssen die Berechnungen von Anlagevermögen und Abschreibungen überarbeitet werden. Die Auswirkungen dieser Überarbeitung auf die Gesamthöhe dürften nach gegenwärtiger Einschätzung geringfügig sein. Nach Wirtschaftsbereichen ist mit größeren Änderungen zu rechnen.

Auch eine noch so gute Umrechnung der langen Investitionsreihen aus der alten Wirtschaftszweigklassifikation in die neuen Klassifikationen sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier um *modellhafte Rechnungen* handelt. Wie sich das Anlagevermögen heute tatsächlich auf die Wirtschaftsbereiche und Sektoren verteilt, könnte nur ein umfassender Vermögenszensus klären.

### 1.3.2 Nutzungsdaueransätze

Für alle Investitionsreihen war die *durchschnittliche, ökonomische Nutzungsdauer* zu bestimmen. Die Nutzungsdauer ist der Zeitraum, über den ein Anlagegut abgeschrieben wird. Sie ist eine in die Zukunft gerichtete und damit unsichere Größe. Bei ihrer Festlegung sind gemäß dem ESVG 1995 normaler Verschleiß und wirtschaftliches Veralten sowie das Risiko des Verlusts an Anlagevermögen durch versicherbare Schadensfälle zu berücksichtigen. Es wird angenommen, dass die Anlagen ordnungsgemäß gewartet und kleinere Reparaturen laufend durchgeführt werden. Bei der Festlegung der Nutzungsdaueransätze werden die Investitionen möglichst tief nach Güterarten untergliedert. Für Investitionsreihen, die aus der Rechnung vor Revision vorhanden waren, wurden im Wesentlichen die bisherigen Nutzungsdaueransätze übernommen und nur geringfügig überarbeitet.

Wichtigste Anhaltspunkte bei der Bestimmung der durchschnittlichen Nutzungsdauer der einzelnen Güterarten für *Ausrüstungen* geben die vom Bundesministerium der Finanzen herausgegebenen *AfA-Tabellen*. Dort wird in detaillierter Gütergliederung festgelegt, welche Nutzungsdauer bei der Ermittlung steuerlicher Abschreibungen verwendet werden darf. Da bei der Bestimmung der steuerlichen Nutzungsdauer vom Vorsichtsprinzip des Einzelunternehmens ausgegangen wird, ist die gesamtwirtschaftliche durchschnittliche Nutzungsdauer für die einzelnen Güterarten im Allgemeinen länger als die steuerliche. Deshalb wird auf die Angaben aus den AfA-Tabellen ein durchschnittlicher Aufschlag von 25 bis 100% vorgenommen. Dabei sind jedoch die ab diesem Jahr gültigen, überarbeiteten AfA-Tabellen noch nicht eingeflossen. Inwieweit die dort festgelegten längeren Abschreibungsfristen eine Überarbeitung der Ansätze in den VGR für die kommenden Jahre erfordert, muss noch untersucht werden. Ausrüstungszugänge verschiedener Güterarten mit glei-

cher durchschnittlicher Nutzungsdauer werden zu Gruppen zusammengefasst.

Die Nutzungsdauern für *Bauten*, die bereits vor Revision abgeschrieben wurden, wurden unverändert übernommen. Für die Bestimmung der Nutzungsdauer *öffentlicher Tiefbauten und militärischer Anlagegüter* musste auf andere Quellen zurückgegriffen werden, da diese nicht in den AfA-Tabellen enthalten sind. Für Straßen und Wasserstraßen konnte auf umfangreiche Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zurückgegriffen werden<sup>10)</sup>, die neben Auswertungen der Finanzstatistik auch wichtige Grundlage für die differenzierte Festlegung der Investitionsreihen in diesen Bereichen waren. Für Wasserbauten der Gemeinden gibt es Anhaltspunkte zur Nutzungsdauer von der Ländergemeinschaft Wasser (LAWA).<sup>11)</sup> Außerdem wurden bei der Schätzung der durchschnittlichen Nutzungsdauer Ergebnisse einer statistischen Erhebung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zur Nutzungsdauer von Infrastrukturbauten<sup>12)</sup> sowie Angaben zur technischen Nutzungsdauer für Außenanlagen in den amtlichen Richtlinien für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken<sup>13)</sup> herangezogen. Wichtigste Grundlage für die Schätzung der durchschnittlichen Nutzungsdauer militärischer Ausrüstungsgüterarten ist die Kostenrichtlinie (Ausgabe 1998) des Bundesministeriums für Verteidigung. Für militärische Bauten erfolgte die Schätzung in Analogie zu zivilen Bauten.

Zur Bestimmung der Nutzungsdauer für *immaterielle Anlagen* wurden ebenfalls verschiedene Quellen ausgewertet. Für Suchbohrungen konnte auf Angaben aus den AfA-Tabellen zurückgegriffen werden. Die Nutzungsdauer von Software wird nach zwei Gruppen differenziert. Für Großrechnersoftware wird eine höhere Nutzungsdauer als für PC-Software angenommen. Im Laufe der 1980er Jahre nahm der Anteil an PC-Software kontinuierlich zu. Auch wurden die Anteile beider Softwarearten nach Wirtschaftsbereichen differenziert. Die durchschnittliche Nutzungsdauer von Urheberrechten wurde auf der Grundlage differenzierter Informationen zu Filmen, Fernsehproduktionen, Tonträgern, Musikkompositionen, künstlerischen Darbietungen und Texten geschätzt.<sup>14)</sup>

Im Ergebnis ergeben sich für jeden Investitionsjahrgang durchschnittliche Nutzungsdauern nach Vermögensarten, Wirtschaftsbereichen und Sektoren.

Durchschnittliche Nutzungsdauer der Anlagenzugänge 1995 nach Vermögensarten

Jahre	
Ausrüstungen .....	13
Immaterielle Anlagen .....	6
Bauten .....	63
darunter:	
Gewerbliche Bauten .....	52
Wohnbauten .....	74
Straßen .....	57
Sonstiger öffentlicher Tiefbau .....	46
Öffentlicher Hochbau .....	68

10) Siehe insbesondere Kirner, W.: „Zeitreihen für das Anlagevermögen der Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik Deutschland“, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 5, Berlin 1968; Bartholmai, B./Enderlein, H./Niklas, J.: „Vorausschätzung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege“, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 83, Berlin 1985; Enderlein, H./Kunert, U./Link, H.: „Berechnung und Bewertung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern“, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 149, Berlin 1994.

11) Ländergemeinschaft Wasser: „Leitlinien zur Durchführung von Kostenvergleichsrechnungen“, ausgearbeitet vom LAWA-Arbeitskreis Nutzen-Kosten-Untersuchungen in der Wasserwirtschaft, 1993, Anlage 1.

12) Richter, M.: „Herstellungskosten und Folgelasten kommunaler Investitionen“, Textband, ifo-Studien zur Finanzpolitik 52, München 1992, S. 109.

13) Kleiber, W. (Hrsg.): „Sammlung amtlicher Texte zur Wertermittlung von Grundstücken in den alten und neuen Bundesländern“, Bundesanzeiger 221a, Köln 1992, Anlage 7, S. 83 f.

14) Siehe auch Frankford, L.: „Urheberrechte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 5/2000, S. 320 ff.

Die Entwicklung der aggregierten durchschnittlichen Nutzungsdauer wird neben tatsächlichen Änderungen der Nutzungsdaueransätze der einzelnen Gütergruppen im Zeitablauf auch durch Struktureffekte, das heißt die unterschiedliche Besetzung der einzelnen Nutzungsdauergruppen der Investitionen in den Jahren, beeinflusst. Von dieser durchschnittlichen Nutzungsdauer der Investitionsjahrgänge ist die *durchschnittliche Nutzungsdauer der im Bestand befindlichen Anlagen* zu unterscheiden. Letztere ergibt sich, indem man das Bruttoanlagevermögen (besser im Jahresdurchschnitt statt wie üblicherweise ausgewiesen am Jahresanfang) durch die Abschreibungen dividiert (reziproker Wert des gesamtwirtschaftlichen Abschreibungssatzes).

## 2 Darstellung der Berechnungsergebnisse

### 2.1 Anlagevermögen

Ergebnisse der Anlagevermögensrechnung nach dem ESVG 1995 liegen ab 1991 ohne Nutztiere und Nutzpflanzungen, die noch nicht in die Berechnungen einbezogen werden konnten, nach vier Anlagearten und nach 60 Wirtschaftsbereichen vor.<sup>15)</sup> Das Anlagevermögen wird in Preisen von 1995 und zu Wiederbeschaffungspreisen jeweils nach dem Brutto- und Nettokzept als Bestand am Jahresanfang nachgewiesen. Die folgende Kommentierung der Ergebnisse konzentriert sich auf die Darstellung in Preisen von 1995, da damit die reale Entwicklung des Anlagenbestandes ohne Einflüsse von Preisveränderungen dargestellt werden kann.

Das *Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1995* ist für Analysen von Produktionsprozessen und der dabei eingesetzten Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit sowie für die Berechnung des kapitalseitigen Produktionspotenzials<sup>16)</sup> von entscheidender Bedeutung. Es ist vom Jahresanfang 1991 bis zum Jahresanfang 2001 von gut 15 auf fast 20 Billionen DM gestiegen, das entspricht

Tabelle 1: Anlagevermögen nach Vermögensarten in Preisen von 1995  
Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten in %

Gegenstand der Nachweisung	1991 bis 1995	1996 bis 2000	1991 bis 2000
brutto			
Sachanlagen <sup>1)</sup> .....	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,6
Ausrüstungen .....	+ 3,1	+ 2,0	+ 2,6
Bauten .....	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,6
Wohnbauten .....	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,1
Nichtwohnbauten .....	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,1
Immaterielle Anlagegüter .....	+ 5,7	+ 7,2	+ 6,4
Alle Anlagegüter <sup>1)</sup> ...	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,6
netto			
Sachanlagen <sup>1)</sup> .....	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,4
Ausrüstungen .....	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,4
Bauten .....	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,4
Wohnbauten .....	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,9
Nichtwohnbauten .....	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,8
Immaterielle Anlagegüter .....	+ 4,5	+ 8,8	+ 6,7
Alle Anlagegüter <sup>1)</sup> ...	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,4

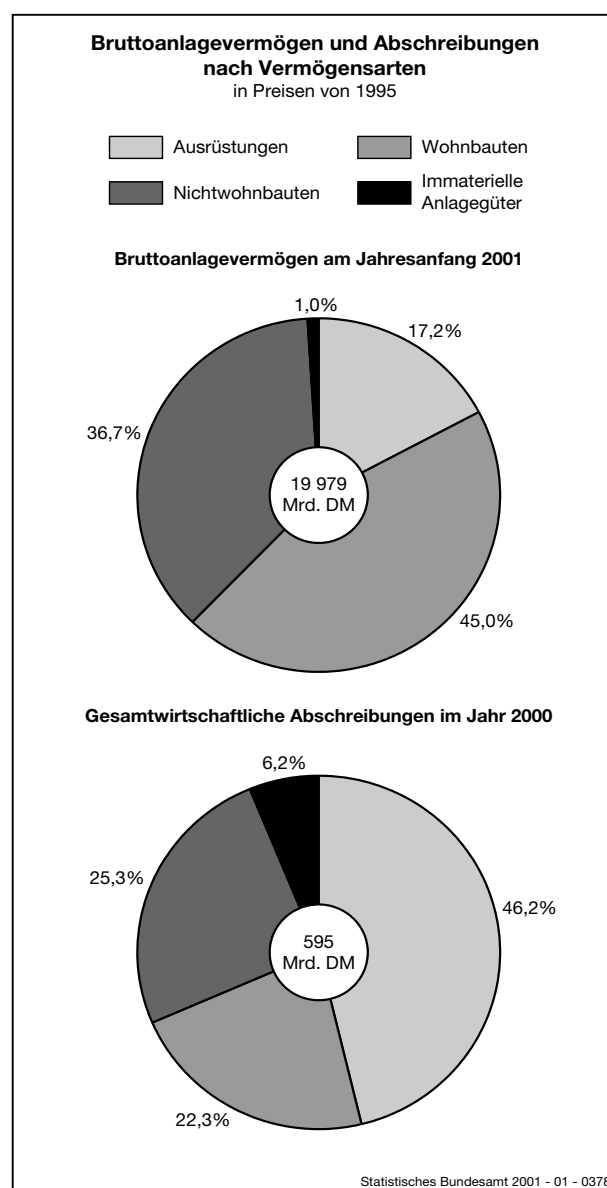
1) Ohne Nutztiere und Nutzpflanzungen.

15) Siehe Fußnote 4.

16) Die Bezeichnung „kapitalseitiges Produktionspotential“ wird von der Autorin verwendet, weil sie die durch Solow geübte Kritik an der einseitig kapitalorientierten Produktionspotentialrechnung von Deutscher Bundesbank und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einerseits nachvollziehen kann, andererseits aber eine nur auf einen Faktor bezogene Potentialrechnung für genauso berechtigt hält wie die auf nur einen Faktor bezogenen Produktivitäten (Arbeits- und Kapitalproduktivität). Siehe Solow, R.: "Unemployment in the United States and in Europe. A Contrast and the Reasons" in "The European Unemployment Problem", CESifo Symposium, ifo Studien, München 1999, S. 1 ff., insbesondere S. 8 ff.

einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 2,6% in diesen zehn Jahren. Dabei war die Zunahme in den ersten fünf Jahren mit durchschnittlich 2,9% pro Jahr höher als in den letzten fünf Jahren mit 2,4% pro Jahr (siehe Tabelle 1). Die immateriellen Anlagegüter haben zwar nur einen Anteil von 1% am gesamten Anlagevermögen (siehe das Schaubild), aber sie sind mit durchschnittlich 6,4% pro Jahr mehr als doppelt so schnell wie die Sachanlagen gewachsen. Auch ist ihr Wachstumstempo im Gegensatz zu allen Sachanlagen im betrachteten Zeitraum sogar noch gestiegen (siehe Tabelle 1).

Wie Tabelle 1 zeigt, ist das Nettoanlagevermögen in den Jahren 1991 bis 2000 real im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr langsamer gewachsen als das Bruttoanlagevermögen. Der Wachstumsabstand zwischen Brutto- und Nettoanlagevermögen hat sich von 0,1 Prozentpunkten in den ersten auf 0,3 Prozentpunkte in den letzten fünf Jahren erhöht. Damit einher geht ein zuneh-



mender Rückgang des Modernitätsgrades, das heißt des Anteils des Netto- am Bruttoanlagevermögen.

Modernitätsgrad am Jahresanfang

%

1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
64,1	64,1	64,1	63,9	63,7	63,6	63,3	63,2	63,0	62,8	62,7

Diese bereits früher gezeigte, seit den 1970er Jahren im früheren Bundesgebiet zu beobachtende Tendenz<sup>17)</sup>

setzt sich auch für Deutschland offensichtlich fort. Das resultiert aus der Tatsache, dass die Investitionen nicht mehr so schnell wachsen wie in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, in denen der Modernitätsgrad deshalb zunächst stark gestiegen war.

Tabelle 2 zeigt das Niveau und die Zusammensetzung des Bruttoanlagevermögens nach Bauten und übrigen Anlagen am Jahresanfang 1999 in Preisen von 1995 und die Entwicklung in den Jahren 1991 bis 1998 *nach 31*

Tabelle 2: Bruttoanlagevermögen 1999 in Preisen von 1995 nach Wirtschaftszweigen<sup>1)</sup>

Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Anlagen <sup>2)</sup>			Übrige Anlagen <sup>3)</sup>			Bauten		
	Bestand am Jahresanfang		Anteil an den Anlagen insgesamt	Bestand am Jahresanfang	Anteil an den Anlagen	Anteil an den übrigen Anlagen insgesamt	Bestand am Jahresanfang	Anteil an den Anlagen	Anteil an den Bauten insgesamt
	Mrd. DM	1991 = 100	%	Mrd. DM	%		Mrd. DM	%	
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei ....	469,28	98	2,5	154,75	33,0	4,5	314,53	67,0	2,0
Produzierendes Gewerbe .....	2 737,03	110	14,3	1 546,60	56,5	44,9	1 190,43	43,5	7,6
Produzierendes Gewerbe ohne									
Baugewerbe .....	2 588,81	108	13,6	1 453,02	56,1	42,2	1 135,79	43,9	7,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	72,29	77	0,4	53,35	73,8	1,5	18,94	26,2	0,1
Bergbau auf Energieträger .....	54,66	72	0,3	39,57	72,4	1,1	15,09	27,6	0,1
Erzbergbau, Gewinnung von Steinen, Erden, sonstiger Bergbau .....	17,63	100	0,1	13,78	78,2	0,4	3,85	21,8	0,0
Verarbeitendes Gewerbe .....	1 818,33	107	9,5	1 168,26	64,2	33,9	650,07	35,8	4,2
Ernährungsgewerbe und									
Tabakverarbeitung .....	230,54	107	1,2	136,75	59,3	4,0	93,79	40,7	0,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe ....	66,00	90	0,3	30,82	46,7	0,9	35,18	53,3	0,2
Ledergewerbe .....	8,88	86	0,0	2,50	28,2	0,1	6,38	71,8	0,0
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln) ....	29,67	114	0,2	15,02	50,6	0,4	14,65	49,4	0,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe .....	141,20	124	0,7	100,68	71,3	2,9	40,52	28,7	0,3
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen .....	39,82	96	0,2	30,25	76,0	0,9	9,57	24,0	0,1
Chemische Industrie .....	224,40	103	1,2	156,15	69,6	4,5	68,25	30,4	0,4
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren .	75,07	126	0,4	54,03	72,0	1,6	21,04	28,0	0,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden .....	98,13	116	0,5	62,27	63,5	1,8	35,86	36,5	0,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen .....	213,97	102	1,1	144,39	67,5	4,2	69,58	32,5	0,4
Maschinenbau .....	180,09	102	0,9	107,04	59,4	3,1	73,05	40,6	0,5
H. v. Büromaschinen, DV-Geräten; Elektrotechnik .....	212,03	110	1,1	142,32	67,1	4,1	69,71	32,9	0,4
Fahrzeugbau .....	242,31	107	1,3	159,87	66,0	4,6	82,44	34,0	0,5
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Recycling ....	56,22	111	0,3	26,17	46,5	0,8	30,05	53,5	0,2
Energie- und Wasserversorgung .....	698,19	117	3,7	231,41	33,1	6,7	466,78	66,9	3,0
Baugewerbe .....	148,22	144	0,8	93,58	63,1	2,7	54,64	36,9	0,3
Dienstleistungsbereiche .....	15 871,73	128	83,2	1 744,82	11,0	50,6	14 126,91	89,0	90,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr .....	1 826,53	127	9,6	687,08	37,6	19,9	1 139,45	62,4	7,3
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern .....	526,67	140	2,8	244,01	46,3	7,1	282,66	53,7	1,8
Gastgewerbe .....	135,23	120	0,7	43,47	32,1	1,3	91,76	67,9	0,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung .	1 164,63	123	6,1	399,60	34,3	11,6	765,03	65,7	4,9
Finanzierung, Vermietung und									
Unternehmensdienstleister .....	10 230,51	130	53,6	679,43	6,6	19,7	9 551,08	93,4	61,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe ...	410,79	137	2,2	78,27	19,1	2,3	332,52	80,9	2,1
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister .....	9 819,72	130	51,5	601,16	6,1	17,4	9 218,56	93,9	59,0
Öffentliche und private Dienstleister .....	3 814,69	121	20,0	378,31	9,9	11,0	3 436,38	90,1	22,0
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung .....	1 521,44	117	8,0	84,88	5,6	2,5	1 436,56	94,4	9,2
Erziehung und Unterricht .....	594,71	115	3,1	41,38	7,0	1,2	553,33	93,0	3,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen .....	696,83	135	3,7	161,06	23,1	4,7	535,77	76,9	3,4
Sonstige öffentliche und private Dienstleister .....	1 001,71	124	5,3	90,99	9,1	2,6	910,72	90,9	5,8
Häusliche Dienste .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Alle Wirtschaftsbereiche .....	19 078,04	124	100	3 446,17	18,1	100	15 631,87	81,9	100
nachrichtlich: Unternehmen <sup>4)</sup> .....	15 822,69	126	82,9	3 282,02	20,7	95,2	12 540,67	79,3	80,2
Staat .....	3 014,94	116	15,8	141,17	4,7	4,1	2 873,77	95,3	18,4

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Ohne Nutztiere und Nutzpflanzungen. – 3) Ausrüstungen und immaterielle Anlagen. – 4) Alle Wirtschaftsbereiche ohne Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

17) Siehe Fußnote 7, S. 117.

*Wirtschaftsbereichen* der WZ 93 sowie für die Unternehmen und den Staat. Dabei handelt es sich wie bereits erläutert um erste vorläufige Berechnungen, die mit größeren Unsicherheiten behaftet sind als die gesamtwirtschaftlichen Daten. Während insgesamt das Bruttoanlagevermögen von 1991 bis 1998 real um 24% gewachsen ist, ging es in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Textil- und Bekleidungsgewerbe, Ledergewerbe sowie Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen zum Teil erheblich zurück. Überdurchschnittlich stark gewachsen ist das Bruttoanlagevermögen im Baugewerbe und im Dienstleistungsbereich. Die Dienstleistungsbereiche verfügten am Jahresanfang 1999 über 83,2% aller Anlagen, darunter über 90,4% aller Bauten und immerhin noch über 50,6% aller übrigen Anlagen (Ausrüstungen und immaterielle Anlagen). Der exorbitant hohe Anteil bei den Bauten resultiert insbesondere daraus, dass in diesen Bereichen alle Wohnungen und die gesamte Verkehrsinfrastruktur enthalten sind. Bei den übrigen Anlagen schlagen insbesondere das Leasing, bei dem gemäß *Eigentümerkonzept* das gesamte Ausrüstungsvermögen, das herstellerunabhängig zur Vermietung bereitsteht, gebucht ist, und das Ausrüstungs- und immaterielle Vermögen von Verkehr und Nachrichtenübermittlung zu Buche. Das Verarbeitende Gewerbe verfügt über fast 34% aller übrigen Anlagen. Bei einem Nachweis des Anlagevermögens nach dem Nutzerkonzept müsste dieser Anteil – ebenso wie beim Baugewerbe – höher sein.

Die eben beschriebenen Zusammenhänge werden auch bei der Betrachtung der *Zusammensetzung des Anlagevermögens* der einzelnen Bereiche aus Bauten und übrigen Anlagen deutlich. Die Wohnungsvermietung dominiert den gesamten Bereich Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister mit einem Anteil der Bauten von fast 94%, sodass dort der Anteil der übrigen Anlagen nur gut 6% beträgt, obwohl auch der Bereich Leasing (Vermietung von beweglichen Sachen ohne Bedienungspersonal) mit hohen Ausrüstungsbeständen enthalten ist. Dies trifft in nur leicht abgeschwächter Form auf den gesamten Dienstleistungsbereich zu (Anteil der Bauten an allen Anlagen 89%). Wenn man in Betracht zieht, dass mehr als vier Fünftel des gesamten Anlagevermögens Bauten sind und allein der Anteil der Wohnbauten an allen Anlagen 45% beträgt (siehe das Schaubild), so wird das verständlich. Im Produzierenden Gewerbe haben die Bauten hingegen fast durchgängig einen Anteil von weniger als 50% der Anlagen. Fast zwei Drittel der Anlagen im Verarbeitenden Gewerbe sind Ausrüstungen und immaterielle Anlagen.

Das *Bruttoanlagevermögen* in Preisen von 1995 wurde auch für den *Sektor Staat* (S.13) und die *Unternehmen* (siehe nachrichtliche Zeilen in Tabelle 2) berechnet. Die Unternehmen sind definiert als die Summe der Sektoren S.11, S.12 und S.14 und entsprechen etwa dem Unternehmensbereich vor Revision, abgesehen von etwas anderen Abgrenzungen, wie zum Beispiel bei den bereits im Abschnitt 1.3.1 erläuterten Krankenhäusern öffentlicher und frei-gemeinnütziger Träger. Damit wurde Wün-

schen Rechnung getragen, einerseits für den Sektor Staat das Anlagevermögen auszuweisen und andererseits wie bisher oftmals praktiziert, den Kapitalstock auch ohne Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck verfügbar zu haben. Diese Daten gibt es jedoch nicht für das Nettoanlagevermögen und auch nicht für das Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen. Vom Lieferprogramm des ESGV 1995 wird über das jetzt bereits veröffentlichte Datenangebot hinaus nur fünfjährlich, beginnend für das Jahr 2000, für die 31 Wirtschaftsbereiche eine Untergliederung nach *drei* Anlagearten – Ausrüstungen, Bauten und sonstige Anlagen – gefordert.

## 2.2 Abschreibungen

Die Abschreibungen haben mit dem ESGV 1995 erheblich an *Bedeutung* gewonnen und die Berechnungen sind viel umfangreicher geworden. Im Kontensystem werden jetzt alle *Salden netto*, das heißt abzüglich Abschreibungen, dargestellt (Nettoinlandsprodukt, Nettobetriebsüberschuss). Für die Berechnungen zu den sonstigen Nichtmarktproduzenten mussten detaillierte Abschreibungen innerhalb der VGR zur Verfügung gestellt werden, ebenso wie für alle Sektoren zur Aufstellung der Sektorkonten. Wie anhand der Übersicht 2 im Abschnitt 1.2.1 beschrieben, ermöglicht die Kumulationsmethode die Berechnung der Abschreibungen, ohne dass alle Elemente der Anlagevermögensrechnung gleichzeitig mitberechnet und abgestimmt werden. Somit konnten fast alle erforderlichen Teilaggregate der Abschreibungen mit Hilfe der Kumulationsmethode bereits für die ersten Datenlieferungen nach dem ESGV 1995 bereitgestellt werden. Eine Ausnahme bildet die Aufteilung der bisherigen Produktionsunternehmen auf Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (S.11) und Private Haushalte (S.14). Sie erfolgte auch für die Abschreibungen im Rahmen der dafür auch für andere Merkmale der VGR entwickelten Methoden.<sup>18)</sup> Die *gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen* im Jahr 2000 in Höhe von 589,82 Mrd. DM in jeweiligen Preisen verteilen sich folgendermaßen auf die *Sektoren*:

Abschreibungen im Jahr 2000	
in jeweiligen Preisen	
Mrd. DM	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften .....	339,24
Finanzielle Kapitalgesellschaften .....	14,96
Staat .....	65,55
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck .....	170,07

Die Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen *Abschreibungen nach Vermögensarten* zeigt das Schaubild. Dabei wird im Vergleich zum Bruttoanlagevermögen deutlich, dass die Abschreibungen auf Ausrüstungen und immaterielle Anlagen ein wesentlich größeres Gewicht haben, als es ihrem Anteil am Bruttoanlagevermögen entspricht.<sup>19)</sup> Über die Hälfte der Abschreibungen sind Abschreibungen auf Ausrüstungen und immaterielle Anlagen, während ihr Anteil am Bruttoanlagevermögen weniger als ein Fünftel beträgt. Komplementär dazu resultiert nur knapp die Hälfte aller Abschreibungen aus

18) Siehe Strohm, W. u.a.: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 ...“, Fußnote 3, Kapitel „3 Statistische Einheiten und Sektoren“, S. 273.

19) Wie im Abschnitt 1.1 erläutert, sind in den gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen auch Abschreibungen auf die kumulierten Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden enthalten. Da diese aber weniger als 1% der gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen ausmachen, wird der Vergleich an dieser Stelle nicht gestört.



Abschreibungen auf Bauten, die über vier Fünftel des Bruttoanlagevermögens stellen. Der Grund dafür liegt in den wesentlich kürzeren Nutzungsdauern von immateriellen Anlagen und Ausrüstungen im Vergleich zu den Bauten.

Die *Abschreibungen nach 60 Wirtschaftsbereichen* werden im Kontext von Produktionswerten, Vorleistungen, Wertschöpfung und Betriebsüberschuss in jeweiligen Preisen dargestellt.<sup>20)</sup> Durch sie wird die Berechnung des Nettobetriebsüberschusses erst möglich. Auf eine Wiedergabe und Kommentierung dieser Zusammenhänge wird hier verzichtet, da sie nicht Gegenstand dieses Aufsatzes sind. Zur Vervollständigung der Veröffentlichungen sind die Abschreibungen von 1991 bis 1998 *in Preisen von 1995* nach 60 Wirtschaftsbereichen als Anhangtabelle angefügt. Durch das Lieferprogramm ist für die Abschreibungen fünfjährlich die Erstellung einer Kreuztabelle nach 60 Wirtschaftsbereichen und fünf Sektoren im Rahmen der Kreuztabelle des Produktionskontos, beginnend für das Jahr 2000, vorgeschrieben. Bei den derzeitigen Berechnungen wurde bereits weitestgehend versucht, den Erfordernissen dieser Kreuztabellierung zu entsprechen (siehe Abschnitt 1.3.1). Im Zuge der Abstimmung der Kreuztabellen für das Produktionskonto werden sich wahrscheinlich noch Ansatzpunkte für Änderungsbedarf ergeben.

### 3 Hinweise für analytische Auswertungen

Die wohl häufigste und geläufigste Nutzung der Ergebnisse der Anlagevermögensrechnung für Wirtschaftsanalysen basiert – wie bereits im Abschnitt 2.1 angedeutet – auf dem *Kapitalstock* als Maßstab für den Produktionsfaktor Kapital. Als Kapitalstock wird das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen bezeichnet, bei dem – anders als beim Nettokonzept – die Wertminderung der Anlagegüter unberücksichtigt bleibt. Damit wird der die Produktionskapazität bestimmende Kapitaleinsatz erfasst, sodass auf dieser Grundlage das kapitalseitige Produktionspotential bestimmt werden kann. In Tabelle 3 sind Angaben zum Kapitalstock und den daraus abgeleiteten Kennziffern Kapitalproduktivität und Kapitalintensität nach neun Wirtschaftsbereichen für 1991 und 1998 zusammengestellt. Für die Volkswirtschaft insgesamt liegen diese Daten bis zum Jahr 2000 vor. Wie anhand von Tabelle 2 erläutert, dominiert die Wohnungsvermietung nicht nur den Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, sondern auch alle Aggregationsstufen mit diesem Wirtschaftsbereich bis hin zu den Dienstleistungen insgesamt. Deshalb wird der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen hier ohne Grundstücks- und Wohnungswesen ausgewiesen. Diese Vorgehensweise wird anstelle der vor Revision gebräuchlichen Darstellung der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung bei der Analyse des Kapitalstocks für sinnvoll erachtet. Die Daten zum Kapitalstock und seiner Entwicklung in Tabelle 3 unterscheiden sich von den in Tabelle 2 enthaltenen nur dadurch, dass sie sich auf Jahresdurchschnittswerte beziehen, um die zeitpunktbe-

zogenen Vermögensangaben mit den zeitraumbezogenen Produktionsergebnissen kombinieren zu können. Die Gesamtentwicklung wird damit nur für sieben und nicht für acht Jahre dargestellt. Für diesen Teil der Tabelle gelten somit die Aussagen zur Entwicklung der Wirtschaftsbereiche in Abschnitt 2.1.

Die *Kapitalproduktivität* ist das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt bzw. unbereinigter Bruttowertschöpfung zum Kapitalstock, beides gemessen in Preisen von 1995. Sie ist das Gegenstück zur Arbeitsproduktivität, wobei beide als mittlere und nicht als Grenzproduktivität bestimmt werden, und ist ein Maß für das Produktionsergebnis pro Kapitaleinheit für eine gegebene Zeitperiode. Die Kapitalproduktivität *insgesamt* ist von 1991 bis 1999 von 214 auf 193 DM je 1000 DM Kapitalstock gesunken und erstmals im gesamten Zeitraum im Jahr 2000 auf 194 DM je 1000 DM Kapitalstock gestiegen. Von den *Wirtschaftsbereichen*, für die derzeit nur Daten bis 1998 zur Verfügung stehen (siehe Tabelle 3), haben abweichend vom allgemeinen Trend die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung einen Anstieg der Kapitalproduktivität von 1991 bis 1998 zu verzeichnen. Besonders stark ist die Kapitalproduktivität im Baugewerbe zurückgegangen, die insgesamt mit Abstand das höchste Niveau aufweist. Da andererseits die Bereiche mit steigender Kapitalproduktivität gleichzeitig die Bereiche mit dem geringsten Niveau sind, könnte man von Tendenzen einer Angleichung des Niveaus der Kapitalproduktivität zwischen den Wirtschaftsbereichen sprechen. Das dürfte aber wegen der Unsicherheiten der Daten zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht ausreichend gesichert sein.

Im Gegensatz zur Kapitalproduktivität ist die *gesamtwirtschaftliche Kapitalintensität* in allen Jahren von 1991 bis 2000 gestiegen, das heißt der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen hat real kontinuierlich zugenommen. Im Jahr 2000 wurde mit 0,8% allerdings der geringste reale Zuwachs seit 1991 verzeichnet. Im Zeitraum von 1991 bis 1998, für den differenzierte Daten nach *Wirtschaftsbereichen* verfügbar sind (siehe Tabelle 3), war insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie im Produzierenden Gewerbe eine überdurchschnittliche Steigerung des Kapitaleinsatzes je Erwerbstätigen zu beobachten.

Über diese Auswertungen auf der Grundlage des Kapitalstocks in konstanten Preisen hinaus gibt es aber noch eine Reihe *anderer Analysemöglichkeiten*, die mehr oder weniger gebräuchlich sind. Nur auf einige soll abschließend kurz verwiesen werden. Die im Rahmen der Anlagevermögensrechnung ausgewiesenen Größen des Brutto- und Nettoanlagevermögens in konstanten Preisen und zu Wiederbeschaffungspreisen können je nach Erkenntnisziel für unterschiedliche Zwecke und unterschiedliche Kombinationen mit anderen Größen herangezogen werden. So wird das *Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen* für die Aufstellung von Vermögensbilanzen der Wirtschaftsbereiche und Sektoren und für die Berechnung des Volksvermögens benötigt, da es den *Zeitwert* der Anlagegüter gut widerspie-

20) Die erstmalige Veröffentlichung erfolgte in Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen 1999“, Hauptbericht, Tabelle 3.2.7.

Tabelle 3: Kapitalstock, Kapitalproduktivität und Kapitalintensität in Preisen von 1995

Jahr	Insgesamt <sup>1)</sup>	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr			Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister <sup>2)</sup>	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe		zusammen	darunter:			
							Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Verkehr und Nachrichtenübermittlung		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Kapitalstock <sup>3)</sup>										
Mrd. DM										
1991	15 642,25	480,95	2 426,99	1 730,52	107,24	1 465,59	386,35	965,04	1 181,40	3 187,62
1998	18 859,31	470,10	2 582,52	1 815,64	148,67	1 807,23	518,17	1 154,80	1 655,34	3 777,93
1991 = 100										
1998	121	98	106	105	139	123	134	120	140	119
Kapitalproduktivität <sup>4)</sup>										
DM je 1 000 DM Kapitalstock										
1991	214	82	367	464	1 882	376	868	174	382	205
1998	195	97	329	419	1 388	340	693	188	363	195
1991=100										
1998	91	119	90	90	74	91	80	108	95	95
Kapitalintensität <sup>5)</sup>										
1 000 DM je Erwerbstätigen										
1991	407	309	214	164	38	157	69	398	341	327
1998	502	473	300	224	51	191	88	569	359	356
1991 = 100										
1998	124	153	140	137	134	122	129	143	105	109

1) Einschl. Grundstücks- und Wohnungswesen. – 2) Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. – 3) Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen. – 4) Verhältnis der unbereinigten Bruttowertschöpfung bzw. des Bruttoinlandsprodukts bei Insgesamt zum Kapitalstock. – 5) Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt).

gelt. Durch das Nettokonzept wird die Wertminderung der Anlagegüter durch Verschleiß und wirtschaftliches Veralten berücksichtigt und mit der Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen werden die im Bestand befindlichen Anlagegüter mit den Preisen zum Berichtszeitpunkt bewertet. Die Kapitalintensität bzw. das *Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigen zu Wiederbeschaffungspreisen* ist ein Maß für den *Neuwert* eines Arbeitsplatzes, also den Betrag, der im Berichtsjahr bzw. zum Berichtszeitpunkt im Durchschnitt pro Arbeitsplatz zu zahlen wäre, um ihn auf dem vorhandenen technischen Niveau neu einzurichten. Die „Nettokapitalintensität“ bzw. das *Nettoanlagevermögen je Erwerbstätigen zu Wiederbeschaffungspreisen* ist ein guter Schätzwert für den *Zeitwert* der Arbeitsplatzausstattung. Unter Berücksichtigung des beschriebenen Aussagegehaltes könnte somit auch der „Nettokapitalstock“ als jahresdurchschnittliches *Net-*

*toanlagevermögen* gebildet werden. Zu Wiederbeschaffungspreisen verkörpert es den Zeitwert des jahresdurchschnittlich eingesetzten Anlagevermögens, nicht jedoch die Produktionskapazität. Der Zeitwert des Anlagevermögens hat seine eigene ökonomische Bedeutung: Wenn gebrauchte Anlagegüter verkauft werden, erlöst man nicht mehr den Anschaffungswert, sondern den Zeitwert, der in etwa dem Nettowert zu Wiederbeschaffungspreisen entsprechen dürfte. Der Produktionsausstoß bzw. die Fähigkeit zur Produktionsleistung des Anlagegutes ist aber in volumenmäßiger Betrachtung von Anfang bis Ende der Nutzungsdauer praktisch gleich, wenn ständige Wartung und Instandhaltung vorausgesetzt wird. Das heißt aber, dass bei der Betrachtung des Produktionsprozesses, der Produktionskapazität usw. der Bruttowert und nicht der Netto- bzw. Zeitwert von Interesse ist. ■

Anhangtabelle:  
Abschreibungen in Preisen von 1995

Mrd. DM

Wirtschaftsgliederung	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei .....	15,54	15,58	15,49	15,32	15,19	15,08	14,94	14,80
Land- und Forstwirtschaft .....	15,08	15,12	15,04	14,88	14,75	14,65	14,51	14,37
Landwirtschaft und Jagd .....	14,38	14,42	14,34	14,19	14,07	13,99	13,86	13,73
Forstwirtschaft .....	0,70	0,70	0,70	0,69	0,68	0,66	0,65	0,64
Fischerei und Fischzucht .....	0,46	0,46	0,45	0,44	0,44	0,43	0,43	0,43
Produzierendes Gewerbe .....	132,47	138,97	142,93	144,65	145,37	146,41	146,91	147,76
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe .....	124,49	129,91	132,85	133,69	133,75	134,46	134,98	136,06
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	4,94	4,93	4,86	4,64	4,46	4,39	4,20	4,03
Bergbau auf Energieträger .....	4,02	3,96	3,84	3,59	3,39	3,30	3,12	2,97
Kohlenbergbau, Torfgewinnung .....	3,28	3,20	3,08	2,85	2,64	2,54	2,37	2,23
Gewinnung von Erdöl, Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen	0,74	0,76	0,76	0,74	0,75	0,76	0,75	0,74
Bergbau auf Uran- und Thoriumerze .....	-	-	-	-	-	-	-	-
Erzbergbau, Gewinnung von Steinen, Erden, sonstiger Bergbau .....	0,92	0,97	1,02	1,05	1,07	1,09	1,08	1,06
Erzbergbau .....	0,02	0,02	0,02	0,02	0,01	0,00	0,00	0,00
Gewinnung von Steinen, Erden, sonstiger Bergbau .....	0,90	0,95	1,00	1,03	1,06	1,09	1,08	1,06
Verarbeitendes Gewerbe .....	99,15	104,21	106,84	107,52	107,56	108,09	108,59	109,54
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung .....	11,01	11,54	11,96	12,22	12,34	12,45	12,48	12,49
Ernährungsgewerbe .....	10,62	11,15	11,56	11,82	11,93	12,04	12,07	12,10
Tabakverarbeitung .....	0,39	0,39	0,40	0,40	0,41	0,41	0,41	0,39
Textil- und Bekleidungsgewerbe .....	3,39	3,43	3,41	3,37	3,29	3,23	3,14	3,07
Textilgewerbe .....	2,79	2,83	2,80	2,77	2,71	2,66	2,58	2,52
Bekleidungsgewerbe .....	0,60	0,60	0,61	0,60	0,58	0,57	0,56	0,55
Ledergewerbe .....	0,38	0,38	0,38	0,37	0,36	0,36	0,35	0,34
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) .....	1,47	1,59	1,68	1,74	1,79	1,80	1,79	1,75
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe .....	7,65	8,16	8,58	8,85	9,07	9,29	9,45	9,69
Papiergewerbe .....	2,85	3,02	3,14	3,18	3,19	3,20	3,18	3,21
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung .....	4,80	5,14	5,44	5,67	5,88	6,09	6,27	6,48
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen .....	2,15	2,21	2,21	2,17	2,16	2,16	2,20	2,18
Chemische Industrie .....	11,81	12,15	12,29	12,31	12,25	12,31	12,43	12,69
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren .....	3,65	3,86	4,00	4,09	4,20	4,31	4,44	4,61
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden .....	4,60	4,91	5,18	5,41	5,59	5,73	5,78	5,81
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen .....	11,66	12,20	12,45	12,48	12,44	12,44	12,41	12,52
Metallerzeugung und -bearbeitung .....	5,72	5,87	5,89	5,81	5,69	5,59	5,50	5,47
Herstellung von Metallerzeugnissen .....	5,94	6,33	6,56	6,67	6,75	6,85	6,91	7,05
Maschinenbau .....	10,21	10,79	11,02	11,01	10,91	10,83	10,72	10,72
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten; Elektrotechnik .....	12,57	13,54	14,02	14,07	13,81	13,58	13,44	13,44
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2,55	2,81	2,83	2,64	2,35	2,07	1,87	1,77
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä. ....	5,61	5,93	6,12	6,19	6,21	6,21	6,20	6,22
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik .....	2,41	2,56	2,67	2,73	2,75	2,80	2,87	2,94
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik .....	2,00	2,24	2,40	2,51	2,50	2,50	2,50	2,51
Fahrzeugbau .....	16,05	16,76	16,88	16,61	16,49	16,71	17,05	17,31
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen .....	14,59	15,14	15,15	14,82	14,65	14,82	15,15	15,39
Sonstiger Fahrzeugbau .....	1,46	1,62	1,73	1,79	1,84	1,89	1,90	1,92
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Recycling .....	2,55	2,69	2,78	2,82	2,86	2,89	2,91	2,92
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw. ....	2,36	2,50	2,58	2,61	2,64	2,67	2,68	2,69
Recycling .....	0,19	0,19	0,20	0,21	0,22	0,22	0,23	0,23
Energie- und Wasserversorgung .....	20,40	20,77	21,15	21,53	21,73	21,98	22,19	22,49
Energieversorgung .....	17,88	18,14	18,46	18,77	18,85	19,00	19,12	19,32
Wasserversorgung .....	2,52	2,63	2,69	2,76	2,88	2,98	3,07	3,17
Baugewerbe .....	7,98	9,06	10,08	10,96	11,62	11,95	11,93	11,70
Dienstleistungsbereiche .....	298,94	317,09	333,25	347,24	360,59	373,41	385,52	398,97
Handel, Gastgewerbe und Verkehr .....	66,87	71,65	76,03	79,46	82,19	84,53	86,58	88,77
Handel; Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern .....	19,75	21,69	23,51	25,02	26,27	27,28	28,22	29,29
Kraftfahrzeughandel; Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen .....	3,06	3,35	3,63	3,88	4,11	4,32	4,54	4,82
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz) .....	9,32	10,24	11,04	11,62	12,04	12,37	12,69	13,07
Einzelhandel (ohne Kfz); Reparatur von Gebrauchsgütern .....	7,37	8,10	8,84	9,52	10,12	10,59	10,99	11,40

noch Anhangtabelle:  
Abschreibungen in Preisen von 1995

Mrd. DM

Wirtschaftsgliederung	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Gastgewerbe .....	4,32	4,44	4,60	4,73	4,86	4,96	5,03	5,11
Verkehr und Nachrichtenübermittlung .....	42,80	45,52	47,92	49,71	51,06	52,29	53,33	54,37
Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen .....	12,19	12,94	13,64	14,20	14,76	15,31	15,78	16,27
Schifffahrt .....	2,36	2,35	2,36	2,38	2,43	2,55	2,82	3,20
Luftfahrt .....	2,78	2,92	2,95	2,96	2,92	2,91	2,93	2,99
Hilfs- und Nebentätigkeit für den Verkehr u. Ä. ....	8,39	8,78	8,99	9,07	9,10	9,13	9,13	9,24
Nachrichtenübermittlung .....	17,08	18,53	19,98	21,10	21,85	22,39	22,67	22,67
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister .....	148,98	158,30	166,68	174,45	182,54	190,76	198,83	207,77
Kredit- und Versicherungsgewerbe .....	9,04	10,04	11,09	11,94	12,67	13,25	13,89	14,52
Kreditgewerbe .....	6,29	7,00	7,76	8,40	8,94	9,40	9,91	10,43
Versicherungsgewerbe .....	2,63	2,90	3,18	3,37	3,53	3,62	3,73	3,83
Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe .....	0,12	0,14	0,15	0,17	0,20	0,23	0,25	0,26
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister .....	139,94	148,26	155,59	162,51	169,87	177,51	184,94	193,25
Grundstücks- und Wohnungswesen .....	97,46	101,12	104,87	108,81	113,16	117,78	121,94	126,14
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal .....	14,97	17,07	18,69	19,78	20,63	21,41	22,25	23,27
Datenverarbeitung und Datenbanken .....	1,37	1,53	1,71	1,90	2,05	2,24	2,58	3,13
Forschung und Entwicklung .....	1,71	1,90	2,01	2,07	2,11	2,14	2,18	2,32
Dienstleister überwiegend für Unternehmen .....	24,43	26,64	28,31	29,95	31,92	33,94	35,99	38,39
Öffentliche und private Dienstleister .....	83,09	87,14	90,54	93,33	95,86	98,12	100,11	102,43
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung .....	31,45	32,29	33,11	33,74	34,31	34,81	35,23	35,63
Erziehung und Unterricht .....	11,70	12,44	13,04	13,51	13,83	14,01	14,16	14,46
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen .....	16,88	18,19	19,20	19,95	20,65	21,33	21,98	22,80
Sonstige öffentliche und private Dienstleister .....	23,06	24,22	25,19	26,13	27,07	27,97	28,74	29,54
Erbringung von Entsorgungsleistungen .....	11,45	11,80	12,12	12,44	12,76	13,04	13,24	13,41
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen .....	1,02	1,05	1,09	1,13	1,18	1,22	1,26	1,31
Kultur, Sport und Unterhaltung .....	9,36	10,02	10,53	11,00	11,43	11,84	12,25	12,73
Sonstige Dienstleister .....	1,23	1,35	1,45	1,56	1,70	1,87	1,99	2,09
Häusliche Dienste .....	-	-	-	-	-	-	-	-
Alle Wirtschaftsbereiche .....	446,95	471,64	491,67	507,21	521,15	534,90	547,37	561,53

# Ökologischer Landbau 1999

## Ein Schlagwort und einige statistische Ergebnisse

„Ökologischer Landbau“ ist eines der Schlagworte in der Diskussion um eine neue Agrarpolitik. Dabei zeigt sich, dass dieser Begriff häufig benutzt wird, ohne dass seine Definition präsent ist. Die kürzeste Begriffsbestimmung findet sich in den Erwägungsgründen der EU-Verordnung Nr. 2092/91 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel: „Der ökologische Landbau stellt eine besondere Art der Agrarerzeugung dar.“

Im vorliegenden Beitrag werden Daten über den ökologischen Landbau aufgrund von Meldungen zur oben genannten Richtlinie sowie aus der Landwirtschaftszählung 1999 dargestellt. Dabei geben die Zahlen aus den Meldungen der EU-Verordnung einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtzahl der zertifizierten ökologischen Betriebe von 1995 bis 1999, während die Daten aus der Landwirtschaftszählung 1999 einen Strukturvergleich zwischen den Betrieben mit ökologischem Landbau und allen landwirtschaftlichen Betrieben ermöglichen.

Die Hauptinformation aus den Meldungen nach der EU-Verordnung ist, dass sich zwischen 1995 und 1999 die Zahl der zertifizierten ökologischen Betriebe in Deutschland von 6642 auf 10425 kontinuierlich erhöht hat, was einer Verdopplung des Anteils an den landwirtschaftlichen Betrieben von 1,1 auf 2,2% entspricht. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche nahm im gleichen Zeitraum von 309487 auf 452327 ha zu; ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche stieg damit von 1,8 auf 2,6%.

Bei den Ergebnissen aus der Landwirtschaftszählung 1999 werden die Unterschiede zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt und den Betrieben mit ökologischem Landbau deutlich. Öko-Betriebe sind im Durchschnitt flächenmäßig deutlich größer, haben eine andere Art der Bodennutzung, eine andere Anbaustruktur bei den Feldfrüchten, in der Regel weniger Tiere und weisen andere Strukturen bei der Rechtsform und den Arbeitskräften auf.

---

Dipl.-Mathematiker Hannelore Pöschl

---

### Vorbemerkung

Schlagworte wie „Agrarfabriken“ und „ökologischer Landbau“ haben in den letzten Monaten neben „BSE-Krise“ und „MKS-Verdachtsfälle“ die öffentliche Diskussion um die Agrarpolitik beherrscht.

Im Gegensatz zur neueren Wortschöpfung „Agrarfabrik“ ist der „ökologische Landbau“ eine ältere Vokabel, die bereits 1991 in einer EU-Verordnung, nämlich der „Verordnung (EWG) über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel“<sup>1)</sup> eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Dennoch ist eine Definition nicht einfach. So heißt es im Informationsmaterial des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), das auch über das Internet abrufbar ist, zum „Ökologischen Landbau in Deutschland“<sup>2)</sup>:

Was ist ökologischer Landbau?

Der ökologische Landbau ist keine Modeerscheinung. Schon 1924 wurde die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise eingeführt. Auch andere Formen des ökologischen Anbaus, wie der organisch-biologische oder der naturgemäße Landbau, haben eine lange Tradition.

Der Hauptgedanke der ökologischen Landwirtschaft ist ein Wirtschaften im Einklang mit der Natur. Der landwirtschaftliche Betrieb wird dabei vor allem als Organismus mit den Bestandteilen Mensch, Tier, Pflanze und Boden

gesehen. Die ökologischen Landbaumethoden wollen – stärker als andere Anbaumethoden –

- einen möglichst geschlossenen betrieblichen Nährstoffkreislauf erreichen. Futter- und Nährstoffgrundlage soll der eigene Betrieb sein,
- die Bodenfruchtbarkeit erhalten und mehren und
- Tiere besonders artgemäß halten.

Folgende Maßnahmen stehen dabei im Vordergrund:

- kein Pflanzenschutz mit chemisch-synthetischen Mitteln, Anbau wenig anfälliger Sorten in geeigneten Fruchtfolgen, Einsatz von Nützlingen, mechanische Unkraut-Bekämpfungsmaßnahmen wie Hacken und Abflammen;
- keine Verwendung leicht löslicher mineralischer Düngemittel, Ausbringen von organisch gebundenem Stickstoff in Form von Mist oder Mistkompost, Gründüngung durch Stickstoff sammelnde Pflanzen (Leguminosen) und Einsatz langsam wirkender natürlicher Düngestoffe;
- Pflege der Bodenfruchtbarkeit durch ausgeprägte Humuswirtschaft;
- abwechslungsreiche, weite Fruchtfolgen mit vielen Fruchtfolgegliedern und Zwischenfrüchten;
- keine Verwendung chemisch-synthetischer Wachstumsregulatoren oder Hormone;
- begrenzter, streng an die Fläche gebundener Viehbesatz;

1) Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991, Amtsbl. der EG Nr. L 198.

2) Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft: „Ökologischer Landbau in Deutschland“, Mai 2000.

- Fütterung der Tiere möglichst mit hofeigenem Futter, wenig Zukauf von Futtermitteln.

Ökologischer Landbau ist besonders auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Er erhält und schont die natürlichen Ressourcen in besonderem Maße und hat vielfältige positive Auswirkungen auf die Umwelt, zum Beispiel:

- Bodenschutz

Ökologische Landbaumethoden fördern die Humusbildung und das Bodenleben. In den Feldern und Wiesen der Ökobauern sind Biomasse und mikrobielle Aktivität in der Regel höher als im konventionellen Landbau. Die natürliche Bodenfruchtbarkeit steigt an. Krumenverluste durch Erosion werden weitgehend vermieden.

- Gewässerschutz

Ökologischer Landbau belastet das Grund- und Oberflächenwasser in der Regel weniger mit Nährstoffen wie zum Beispiel Nitrat als der konventionelle Landbau. Der Verzicht auf chemisch-synthetische Mittel schließt Kontaminationen mit Pflanzenschutzmitteln aus. Weil die Viehhaltung an die Fläche gebunden ist, fallen meist nicht mehr Nährstoffe durch Mist und Gülle an, als den Pflanzen auf den hofeigenen Flächen problemlos zugeführt werden kann.

- Artenschutz

Durch den Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und das niedrige Düngenniveau wird die Vielfalt des Tier- und Pflanzenlebens gefördert. Auf den Öko-Flächen finden sich häufig mehr Arten als auf den konventionell bewirtschafteten Flächen.

Ähnliche Formulierungen finden sich in der Broschüre „Der ökologische Landbau“<sup>3)</sup> der Europäischen Kommission:

### Definition des ökologischen Landbaus

Für eine Beschreibung des ökologischen Landbaus empfiehlt sich die Definition aus dem Codex Alimentarius, die auf Beiträgen von Experten aus der ganzen Welt basiert. Danach ist der ökologische Landbau ein umfassendes System landwirtschaftlicher Produktion (Pflanzen und Tiere), das einem innerbetrieblichen Kreislauf den Vorzug gibt vor dem Einsatz von externen Produktionsfaktoren. Dazu werden biologische und mechanische Anbaumethoden angewandt, während auf chemisch-synthetische Hilfsstoffe verzichtet wird...

Die ökologische Tierhaltung basiert auf der engen Verbindung zwischen Tieren und landwirtschaftlicher Fläche. Dazu gehört, dass die Tiere sehr viel Auslauf im Freien auf großen Flächen haben und die Futtermittel nicht nur biologisch sind, sondern auch vorzugsweise im eigenen Betrieb produziert werden. Die tiergerechte Haltung und eine angemessene tierärztliche Versorgung sind ein wei-

terer Bestandteil dieses Bereichs der ökologischen Landwirtschaft.

Im ökologischen Landbau gelten für Pflanzenbau und Tierhaltung die gleichen Zielsetzungen: behutsame Produktionsmethoden unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes, harmonische Nutzung der ländlichen Räume, tiergerechte Haltung und Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte von hoher Qualität.

Kurz und knapp heißt es dagegen einleitend im entsprechenden Kapitel des Agrarberichts der Bundesregierung 2001: „Der ökologische Landbau ist eine besonders Ressourcen schonende und umweltverträgliche Wirtschaftsweise, die den Anforderungen an eine nachhaltige Landwirtschaft in hohem Maße Rechnung trägt.“<sup>4)</sup>

Auch die EU-Verordnung formuliert bei den Erwägungsgründen: „Der ökologische Landbau stellt eine besondere Art der Agrarerzeugung dar.“

In der Debatte um eine neue Agrarpolitik in Deutschland wird der Ausbau des ökologischen Landbaus zum Ziel erklärt. In ihrer Regierungserklärung<sup>5)</sup> vom 8. Februar 2001 sagte die neue Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, zum ökologischen Landbau: „Wir wollen und werden den ökologischen Landbau in zehn Jahren auf einen Anteil von 20 Prozent bringen.“ Zum selben Thema wird im Agrarbericht 2001 der Bundesregierung präziser formuliert: „Ziel der Bundesregierung ist es, den Marktanteil ökologisch erzeugter Produkte in zehn Jahren auf 20 Prozent zu bringen.“<sup>6)</sup> Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Gerhard Thalheim, sprach dagegen im April 2001<sup>7)</sup> davon, „dass die Zielmarke von zehn Prozent ökologischer Anbaufläche bis 2005 ein sehr ehrgeiziges Projekt sei.“

Diese unterschiedlichen Formulierungen machen deutlich, dass der Gebrauch der Vokabel „ökologischer Landbau“ nicht unproblematisch ist. Wenn von der Erhöhung eines Anteils des ökologischen Landbaus gesprochen wird, ist zu klären, ob sich der Anteil auf in dieser Weise wirtschaftende Betriebe, die so bewirtschaftete Fläche oder auf durch diese Art erzeugte Produkte beziehen soll. Je nach Bezugsgröße handelt es sich um eine qualitativ verschieden starke Forderung.

Daten über den ökologischen Landbau liegen aufgrund von Meldungen zur EU-Verordnung Nr. 2092/91 und erstmals mit den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1999 auch aus der amtlichen Statistik vor. Dabei umfassen die Meldungen für die EU-Verordnung Informationen zu Erzeugern, Verarbeitern und Importeuren von Erzeugnissen des ökologischen Landbaus, während sich die amtliche Statistik mit landwirtschaftlichen Betrieben befasst, die – zumindest teilweise – nach den Verfahren des ökologischen Landbaus produzieren.

3) Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft: „Der ökologische Landbau – ein Leitfadens zur EU-Gesetzgebung“, S. 5 ff.

4) Agrarbericht 2001, S. 62.

5) Bundestagsdrucksache, 149. Sitzung, S. 14521.

6) Agrarbericht 2001, S. 62.

7) Financial Times Deutschland: „Zehn Prozent Öko-Landbau bis 2005 fraglich“, 14. April 2001.

Tabelle 1: Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt sowie zertifizierte ökologische Betriebe gemäß EU-Verordnung Nr. 2092/91 in Deutschland

Jahr	Betriebe			Landwirtschaftliche Fläche			Durchschnittliche Betriebsgröße	
	insgesamt	dar.: ökologisch	Anteil	insgesamt	dar.: ökologisch	Anteil	insgesamt	dar.: ökologisch
	Anzahl		%	ha		%	ha	
1995	587 744	6 642	1,1	17 246 889	309 487	1,8	29,3	46,6
1996	570 424	7 353	1,3	17 242 664	354 171	2,0	30,2	48,2
1997	555 377	8 184	1,5	17 215 166	389 693	2,3	31,0	47,6
1998	543 889	9 213	1,7	17 270 048	416 518	2,4	31,8	45,2
1999	471 960	10 425	2,2	17 151 556	452 327	2,6	36,3	43,4

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2000, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, S. 84; Bodennutzungshaupterhebung.

## Ergebnisse

### Meldungen gemäß EU-Verordnung Nr. 2092/91

Die EU-Verordnung Nr. 2092/91 regelt im Wesentlichen die Kennzeichnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Lebensmittel als aus dem „ökologischen Landbau“ stammend. Dabei müssen sich alle Betriebe, die Produkte erzeugen, aufbereiten, einführen oder vermarkten, die so gekennzeichnet werden sollen, einem Kontrollverfahren unterziehen. Bei diesem Verfahren wird der gesamte Betrieb kontrolliert, auch wenn er sowohl ökologisch als auch konventionell bewirtschaftet wird. Liegt ein solcher „Mischbetrieb“ vor, müssen die Parzellen und Lager für die beiden Bewirtschaftungsformen strikt voneinander getrennt gehalten werden. Identische Pflanzenarten oder Tierrassen dürfen nicht in beiden Betriebsteilen angebaut bzw. aufgezogen werden.

Zu diesem Kontrollverfahren müssen die Mitgliedstaaten jährlich der EU-Kommission „die im Vorjahr zur Durchführung ... getroffenen Maßnahmen“ mitteilen. Zur Harmonisierung dieses Meldeverfahrens wurden standardisierte Formulare für statistische Daten entwickelt, aus denen im Wesentlichen die in den Tabellen 1 und 2 dargestellten Ergebnisse stammen.

Danach hat sich von 1995 bis 1999 die Zahl der zertifizierten ökologischen Betriebe in Deutschland von 6642 auf 10425 kontinuierlich erhöht, was einer Verdoppelung des Anteils an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt von 1,1 auf 2,2% entspricht. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche nahm im gleichen Zeitraum von 309487 auf 452327 ha zu; ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche stieg damit von 1,8 auf 2,6%. Während die durchschnittliche bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche bei allen Betrieben deutlich von 29,3 auf 36,3 ha im Zeitraum von 1995 bis 1999 zunahm, war bei den Flächen mit ökologischem Landbau nach einer Zunahme von 46,6 ha 1995 auf 48,2 ha 1996 eine rückläufige Entwicklung auf 43,4 ha für das Jahr 1999 zu verzeichnen.

Neuere Daten zum ökologischen Landbau in der Europäischen Union insgesamt liegen teilweise nur für 1997 bzw. 1998 vor, Informationen über landwirtschaftliche Betriebe insgesamt nur für 1997. Um wenigstens einen groben Gesamtüberblick über die EU-weite Situation zu erhalten, wurden die Daten für 1997 um einige Schätzwerte aus zusätzlichen Angaben für 1998 ergänzt. Danach ergibt sich für 1997 folgendes Bild (siehe Tabelle 2):

In 1,2% der rund 7 Mill. landwirtschaftlichen Betriebe in der Europäischen Union wird ökologisch gewirtschaftet. Der Anteil schwankt zwischen 0,1% in Portugal und geschätzten 9% in Österreich (für die Niederlande liegen leider weder aus dem Jahr 1997 noch aus dem Jahr 1998 Angaben vor). Die meisten der zertifizierten Öko-Betriebe der EU gibt es in Italien (rund 38%), gefolgt von Österreich (23%), und – an dritter Stelle liegend – Deutschland mit gut 10%.

Tabelle 2: Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt sowie zertifizierte ökologische Betriebe gemäß EU-Verordnung Nr. 2092/91 in der Europäischen Union 1997<sup>1)</sup>

Land	Betriebe insgesamt		Ökologische Betriebe		Anteil an insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Belgien .....	67 180	1,0	317	0,4	0,5
Dänemark ...	63 150	0,9	1 617	2,0	2,6
Deutschland .	555 377	7,9	8 184	10,1	1,5
Finnland .....	91 440	1,3	4 458	5,5	4,9
Frankreich ...	679 840	9,7	4 935	6,1	0,7
Griechenland .	821 390	11,7	3 086	3,8	0,4
Irland .....	147 830	2,1	268	0,3	0,2
Italien .....	2 315 230	33,0	30 701	37,7	1,3
Luxemburg ..	2 980	0,0	23	0,0	0,8
Niederlande .	107 900	1,5	.	.	.
Österreich ...	210 110	3,0	18 900 <sup>2)</sup>	23,2 <sup>2)</sup>	9,0 <sup>2)</sup>
Portugal .....	416 690	5,9	278	0,3	0,1
Schweden ...	89 580	1,3	2 833	3,5	3,2
Spanien .....	1 208 260	17,2	4 800 <sup>2)</sup>	5,9 <sup>2)</sup>	0,4 <sup>2)</sup>
Vereinigtes Königreich .	233 150	3,3	950 <sup>2)</sup>	1,2 <sup>2)</sup>	0,4 <sup>2)</sup>
Insgesamt ...	7 010 107	100	81 350	100	1,2

1) Quellen: Statistik kurzgefasst, 5/2001, „Ökologischer Landbau“, Eurostat. – 2) Schätzungen des Statistischen Bundesamtes.

### Daten aus der Landwirtschaftszählung 1999

Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1999 wurde erstmals in der amtlichen Agrarstatistik in Deutschland das Thema „ökologischer Landbau“ aufgegriffen. Im Frageprogramm der Bodennutzungshaupterhebung, die nach dem Agrarstatistikgesetz ein Bestandteil der Landwirtschaftszählung 1999 war, wurde jedoch lediglich pauschal gefragt: „Unterliegt Ihr Betrieb dem Kontrollverfahren nach der EWG-Verordnung Nr. 2092/91 zum ökologischen Landbau?“ Weitere Fragen zu Art und Umfang der ökologischen Bewirtschaftung wurden nicht gestellt. Allerdings ist es möglich, für die Betriebe, die diese Frage mit „ja“ beantwortet haben, ein relativ umfangreiches Datenmaterial auszuwerten, da das gesamte Spektrum der Landwirtschaftszählung 1999 zur Verfügung steht.<sup>8)</sup>

8) Zur Landwirtschaftszählung 1999 siehe ausführlicher Nause, G.: „Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999“ in WiSta 3/1999, S. 179 ff., und Griepkerl, W.: „Landwirtschaftszählung 1999“ in WiSta 8/1999, S. 620 ff.

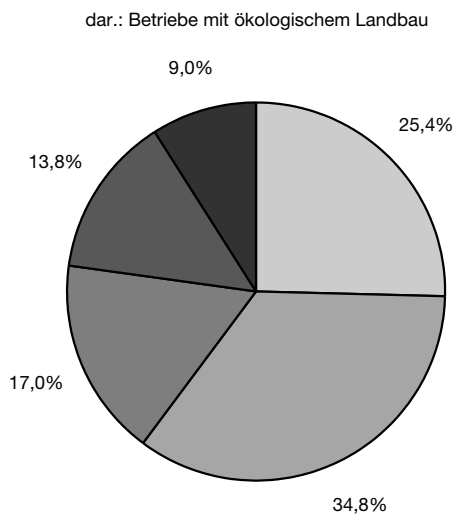
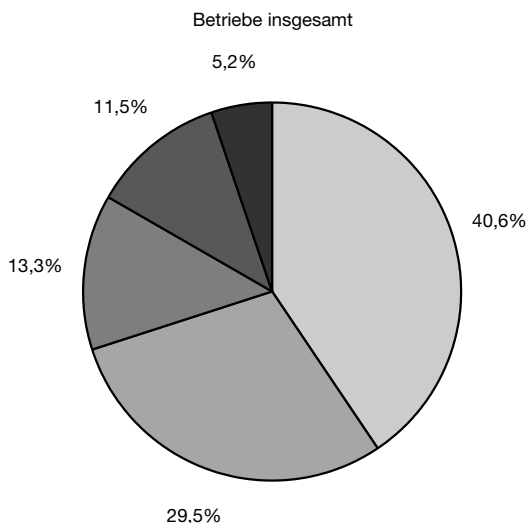
Schaubild 1

**Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe  
und Betriebe mit ökologischem Landbau 1999**

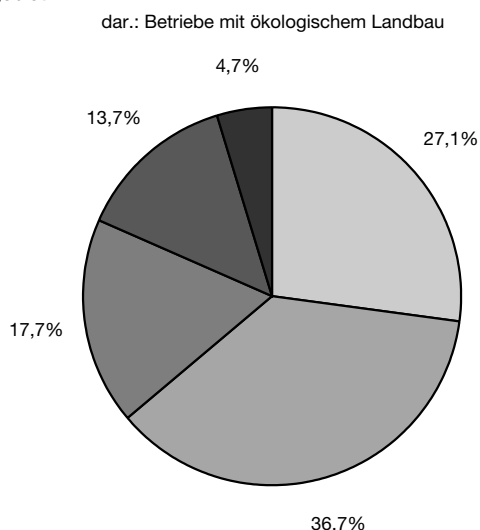
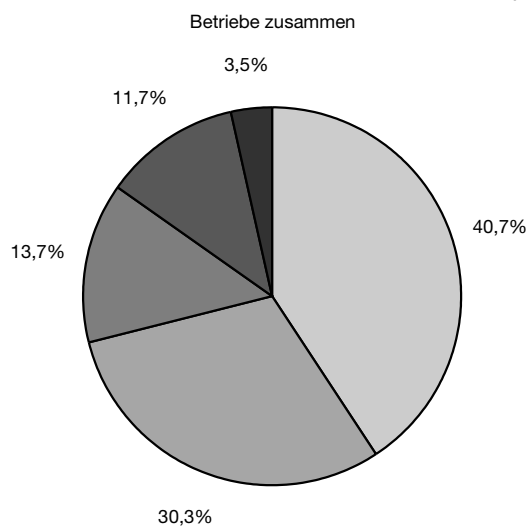
Ergebnis der Landwirtschaftszählung

unter 10 ha   
  10 bis unter 30 ha   
  30 bis unter 50 ha   
  50 bis unter 100 ha   
  100 ha und mehr

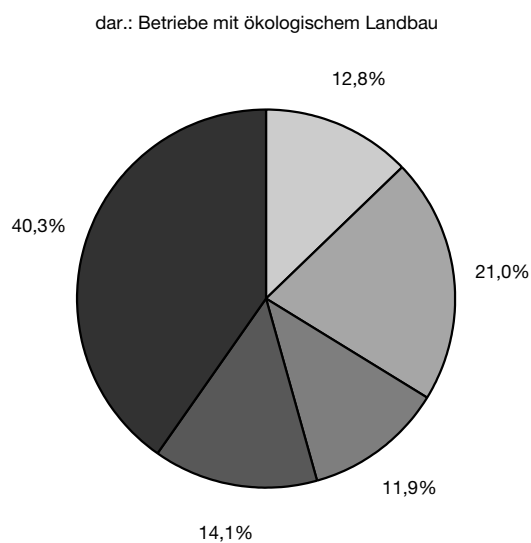
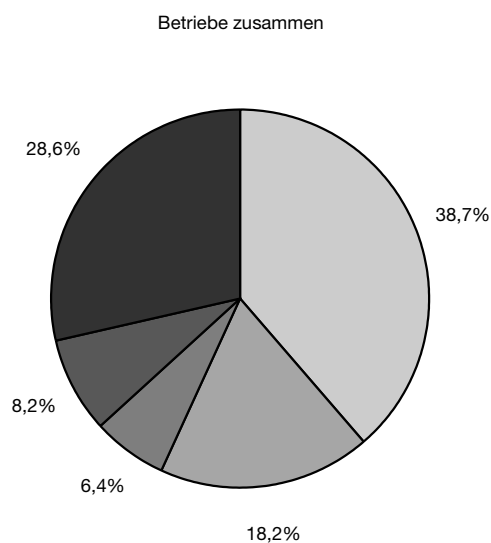
**Deutschland**



**Früheres Bundesgebiet**



**Neue Länder**





Im Folgenden werden die wichtigsten Eckdaten dargestellt, die es ermöglichen, Art und Struktur der in Deutschland ökologischen Landbau betreibenden Betriebe besser zu beurteilen. Dazu wird insbesondere ein Strukturvergleich zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt und den Öko-Betrieben herangezogen.

### Gesamtüberblick

Beim Vergleich der für 1999 ermittelten Gesamtzahl der Betriebe mit ökologischem Landbau aus der Landwirtschaftszählung und den Meldungen gemäß der EU-Richtlinie ist zu berücksichtigen, dass die Landwirtschaftszählung im Mai 1999 durchgeführt wurde, während der EU-Wert sich auf die Meldungen für das gesamte Jahr 1999 bezieht. Daraus erklärt sich, dass beide Werte deutlich voneinander abweichen. Auch bei den Angaben über die landwirtschaftlich genutzte Fläche gibt es fachliche Unterschiede zwischen beiden Quellen. Der EU-Wert bezieht sich auf die ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche der zertifizierten Betriebe, der Wert der Landwirtschaftszählung auf die gesamte landwirtschaftliche Fläche von – zumindest teilweise – ökologisch bewirtschafteten Betrieben, die deutlich größer ist.

Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1999 gibt es in Deutschland rund 472 000 landwirtschaftliche Betriebe, darunter rund 9 600 Betriebe mit ökologischem Landbau (2%). Mit 1,9% ist der Anteil der Öko-Betriebe im früheren Bundesgebiet nur halb so hoch wie in den neuen Ländern, wo er 3,8% beträgt. Auch die landwirtschaftlich genutzte Fläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe hat in den neuen Ländern mit 3,9% einen höheren Anteil an der Gesamtfläche als im früheren Bundesgebiet mit 2,3%. Insgesamt bewirtschaften in Deutschland die rund 9 600 Betriebe mit ökologischem Landbau eine Fläche von rund 490 000 ha, das sind 2,9% der landwirtschaftlich genutzten Fläche aller Betriebe.

### Betriebsgrößenstruktur

Die Betriebsgrößenstruktur der Betriebe mit ökologischem Landbau unterscheidet sich erheblich von der der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt. Während bei allen landwirtschaftlichen Betrieben knapp 41% eine Fläche von unter 10 ha aufweisen, sind es bei den Betrieben, die ökologischen Landbau betreiben, nur 25%. 100 und mehr ha landwirtschaftlich genutzte Fläche weisen dagegen nur 5% aller Betriebe auf, aber rund 9% der Öko-Betriebe. Diese haben in allen Größenklassen über 10 ha deutlich höhere Anteile als die Betriebe insgesamt (siehe Schaubild 1). Mit durchschnittlich 51,1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche sind Betriebe mit ökologischem Landbau flächenmäßig deutlich größer als der Durchschnitt aller Betriebe mit 36,3 ha. Dies ist Folge der Umsetzung der Forderung, dass im ökologischen Landbau die Flächen extensiv genutzt werden sollen und im Falle der Tierhaltung „die Tiere sehr viel Auslauf im Freien auf großen Flächen haben ... und die Futtermittel ... vorzugsweise im eigenen Betrieb produziert werden ...“ sollen.

Besonders deutlich wird diese unterschiedliche Größenstruktur, wenn man die landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Ländern betrachtet. Hier sind gegenüber den Betrieben im früheren Bundesgebiet die landwirtschaftli-

chen Flächen bereits im Durchschnitt aller Betriebe erheblich größer. So betrug die durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche im früheren Bundesgebiet 26,1 ha, in den neuen Ländern 184,4 ha. Bei den Betrieben mit ökologischem Landbau betrug die durchschnittliche Betriebsgröße in den neuen Ländern sogar 190,9 ha, im früheren Bundesgebiet dagegen 31,9 ha. Der Anteil der Betriebe mit einer Fläche über 100 ha liegt bei allen landwirtschaftlichen Betrieben in den neuen Ländern bei rund 29%, bei den ökologisch wirtschaftenden jedoch bei gut 40%.

### Flächennutzung

Die Art der Nutzung der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist bei Betrieben mit ökologischem Landbau deutlich anders als bei Betrieben insgesamt. Wie Schaubild 2

Schaubild 2

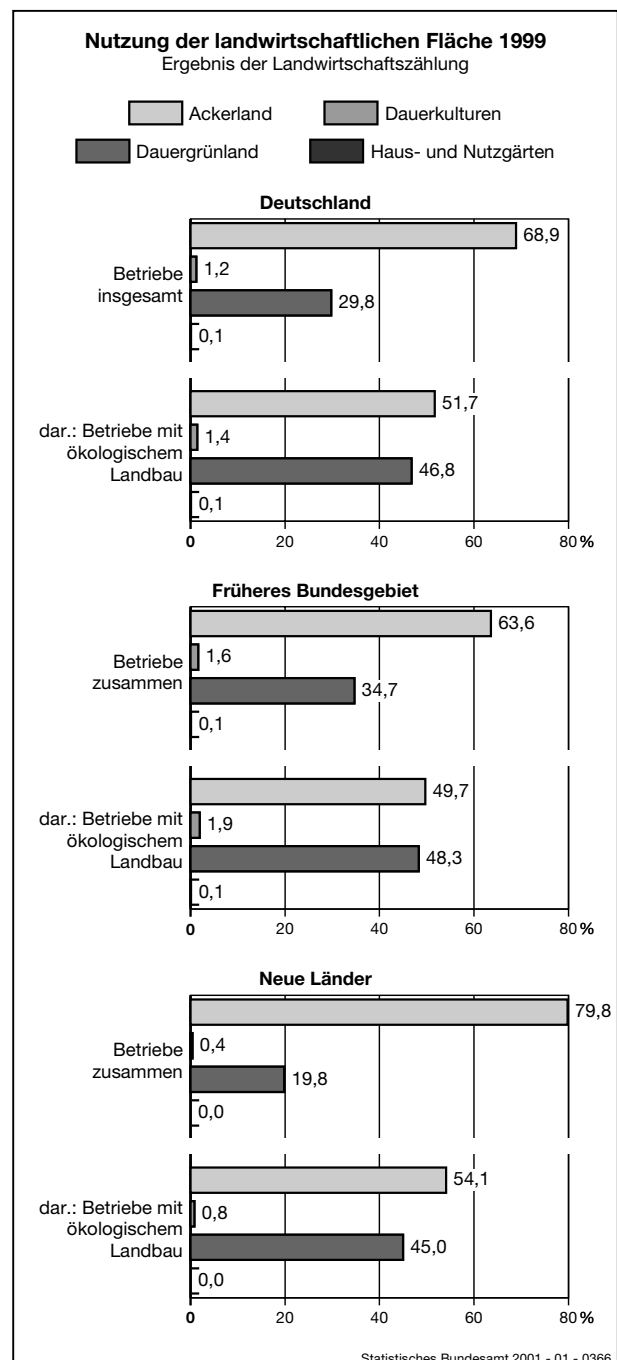
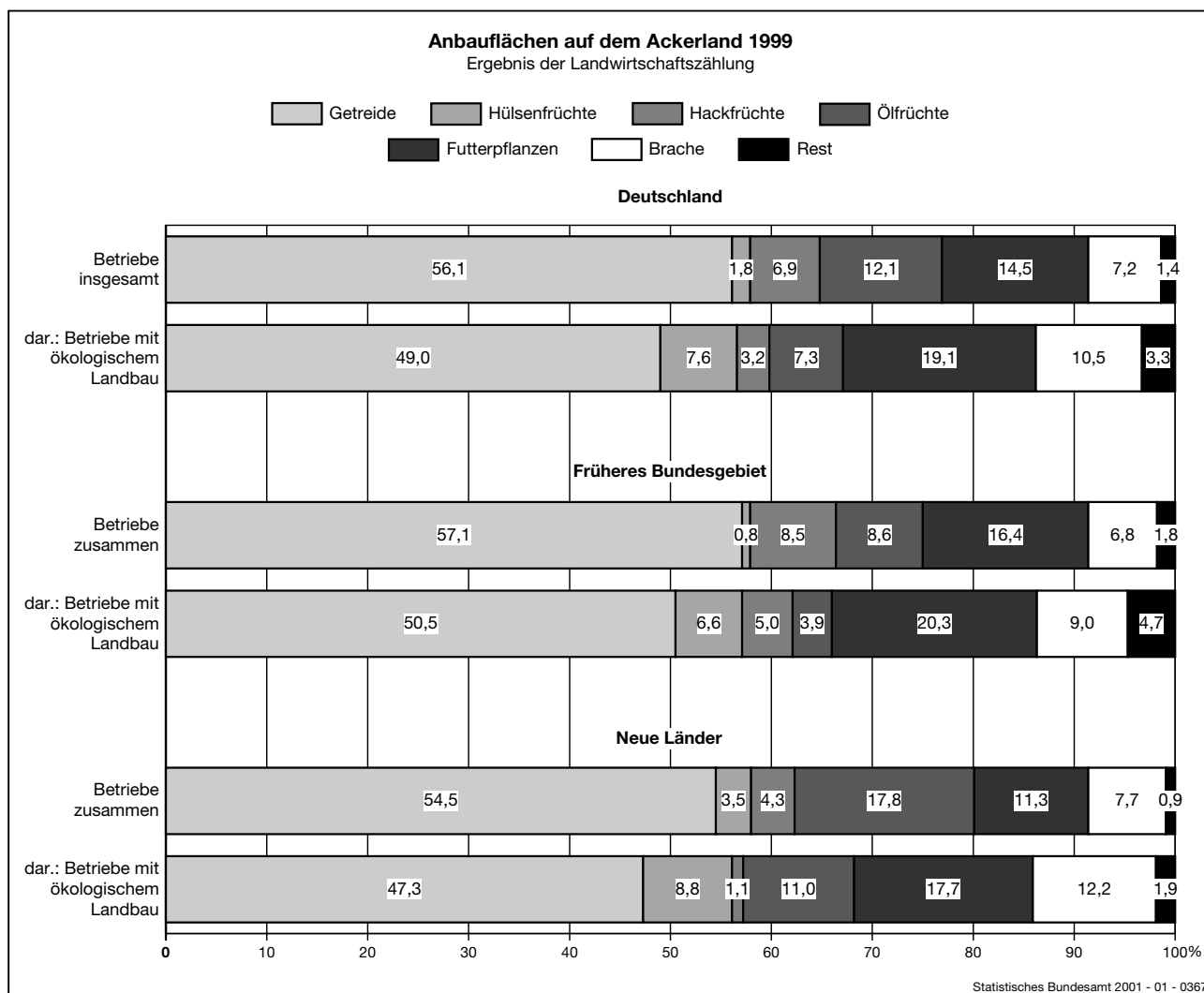


Schaubild 3



zeigt, liegt der Anteil an Dauergrünland bei den Öko-Betrieben mit rund 47% erheblich über dem entsprechenden Wert für alle Betriebe, der nur knapp 30% beträgt. Dagegen ist der Anteil an Ackerland mit knapp 69% bei allen Betrieben höher als bei Betrieben mit ökologischem Landbau, wo er nur knapp 52% beträgt. Auch hier sind die Unterschiede in den neuen Ländern noch ausgeprägter als im früheren Bundesgebiet. Dauergrünland hat bei allen landwirtschaftlichen Betrieben in den neuen Ländern nur einen Anteil von 20% an der landwirtschaftlich genutzten Fläche, bei den Öko-Betrieben ist der Wert mit 45% aber mehr als doppelt so groß. Im früheren Bundesgebiet ist der Unterschied mit 35% (alle Betriebe) gegenüber 48% (Öko-Betriebe) ebenfalls beträchtlich.

### Anbau auf dem Ackerland

Ein weiterer Unterschied zwischen allen landwirtschaftlichen Betrieben und den Betrieben mit ökologischem Landbau liegt in der Struktur des Anbaus auf dem Ackerland (siehe Schaubild 3). Gegenüber allen Betrieben weisen Öko-Betriebe niedrigere Anteile beim Anbau von Getreide, Hack- und Ölfrüchten auf, dafür zum Teil deutlich höhere beim Anbau von Futterpflanzen und Hülsenfrüchten. Besonders interessant ist der Anteil der Brache, wobei hier „Brache“ im engeren Sinne gemeint ist, das heißt ohne Anbau nachwachsender Rohstoffe. Bei land-

wirtschaftlichen Betrieben insgesamt liegt der Anteil der Brache am Ackerland bei gut 7%, Betriebe des ökologischen Landbaus haben dagegen fast 11% ihrer nutzbaren Fläche stillgelegt. Auch in diesem Punkt sind die Unterschiede in den neuen Ländern noch größer. Gut 12% des Ackerlandes sind bei den Öko-Betrieben Brache, aber nur knapp 8% bei den Betrieben insgesamt. Im früheren Bundesgebiet liegen die Anteile mit 9 bzw. knapp 7% niedriger und die Differenz ist geringer.

### Viehbestände

Rund drei Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland sind Betriebe mit Viehhaltung (siehe Schaubild 4 auf S. 364). Gut 40% halten Schweine, knapp 68% Rinder. Die durchschnittliche Zahl der Tiere pro Betrieb liegt bei 63 Rindern bzw. 185 Schweinen. Von den Betrieben mit ökologischem Landbau halten knapp 80% Tiere, darunter gut 31% Schweine und gut 77% Rinder. Der durchschnittliche Rinderbestand ist bei den Öko-Betrieben mit 63 Tieren genauso groß wie bei den Betrieben insgesamt, der durchschnittliche Schweinebestand dagegen liegt nur bei 49 Tieren, das heißt bei etwa einem Viertel (26%) des Durchschnittsbestandes aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Bei den Betrieben mit Viehhaltung unterscheiden sich die Strukturen im früheren Bundesgebiet und in den neuen

Tabelle 3: Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung 1999  
Ergebnis der Landwirtschaftszählung

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Betriebe insgesamt .....	352 137	7 607	2,2	329 013	6 658	2,0	23 124	949	4,1
darunter:									
mit Rindern									
Betriebe .....	237 964	5 887	2,5	221 869	5 166	2,3	16 095	721	4,5
Tiere .....	14 895 813	370 689	2,5	12 187 042	225 637	1,9	2 708 771	145 052	5,4
durchschnittliche Zahl der Tiere .....	63	63	X	55	44	X	168	201	X
dar.: mit Milchkühen									
Betriebe .....	152 653	2 888	1,9	146 423	2 732	1,9	6 230	156	2,5
Tiere .....	4 765 136	85 252	1,8	3 820 982	68 307	1,8	944 154	16 945	1,8
durchschnittliche Zahl der Tiere .....	31	30	X	26	25	X	152	109	X
mit Schweinen									
Betriebe .....	141 448	2 386	1,7	134 416	2 131	1,6	7 032	255	3,6
Tiere .....	26 101 034	117 061	0,4	22 571 812	90 283	0,4	3 529 222	26 778	0,8
durchschnittliche Zahl der Tiere .....	185	49	X	168	42	X	502	105	X
darunter:									
mit Mastschweinen									
Betriebe .....	103 677	1 760	1,7	98 983	1 584	1,6	4 694	176	3,7
Tiere .....	10 198 574	48 428	0,5	9 028 248	35 880	0,4	1 170 326	12 548	1,1
durchschnittliche Zahl der Tiere .....	98	28	X	91	23	X	249	71	X
mit Zuchtsauen									
Betriebe .....	54 130	687	1,3	51 978	570	1,1	2 152	117	5,4
Tiere .....	2 680 964	10 704	0,4	2 233 743	8 516	0,4	447 221	2 188	0,5
durchschnittliche Zahl der Tiere .....	50	16	X	43	15	X	208	19	X

Ländern deutlich (siehe Tabelle 3). Zusätzlich sind wiederum die Unterschiede zwischen den Betrieben insgesamt und den ökologisch wirtschaftenden Betrieben erheblich. So haben alle Betriebe mit Viehhaltung im früheren Bundesgebiet im Durchschnitt 55 Rinder bzw. 168 Schweine, die durchschnittlichen Bestände in den Betrieben in den neuen Ländern sind mit 168 Rindern bzw. 502 Schweinen etwa dreimal so groß. Bei den Öko-Betrieben sind die Schweinebestände jeweils erheblich kleiner, 42 Tiere im früheren Bundesgebiet, 105 Tiere in den neuen Ländern. Ein anderes Bild zeigt sich bei den Rinderbeständen: Im früheren Bundesgebiet liegt der durchschnittliche Bestand mit 44 Tieren um ein Fünftel unter dem Rinderbestand für Betriebe insgesamt, in den neuen Ländern dagegen ist die Zahl mit 201 Rindern je Öko-Betrieb um ein Fünftel höher als bei allen Betrieben mit Rinderhaltung.

#### Rechtsform und Arbeitskräfte

Öko-Betriebe unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Rechtsform ebenfalls von den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt. So ist der Anteil der Einzelunternehmen mit

knapp 91% bei Öko-Betrieben niedriger als bei allen Betrieben mit gut 95%, gleichzeitig liegt der Anteil der Haupterwerbsbetriebe bei den Einzelunternehmen mit rund 51% deutlich höher (knapp 44% bei allen Betrieben). Die Rechtsform Personengesellschaft spielt mit gut 5%, die der juristischen Person mit knapp 4% eine deutlich größere Rolle bei den Betrieben mit ökologischem Landbau als bei den Betrieben insgesamt, wo die entsprechenden Werte nur 3 bzw. gut 1% betragen.

Für die Öko-Betriebe in den neuen Ländern gilt, dass nur knapp 73% Einzelunternehmen sind, gut 12% Personengesellschaften und gut 15% juristische Personen. Diese gegenüber dem früheren Bundesgebiet andere Rechtsformstruktur findet sich auch bei Betrachtung aller landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Ländern, allerdings ist sie dort nicht ganz so stark ausgeprägt (79, 10 und 11%).

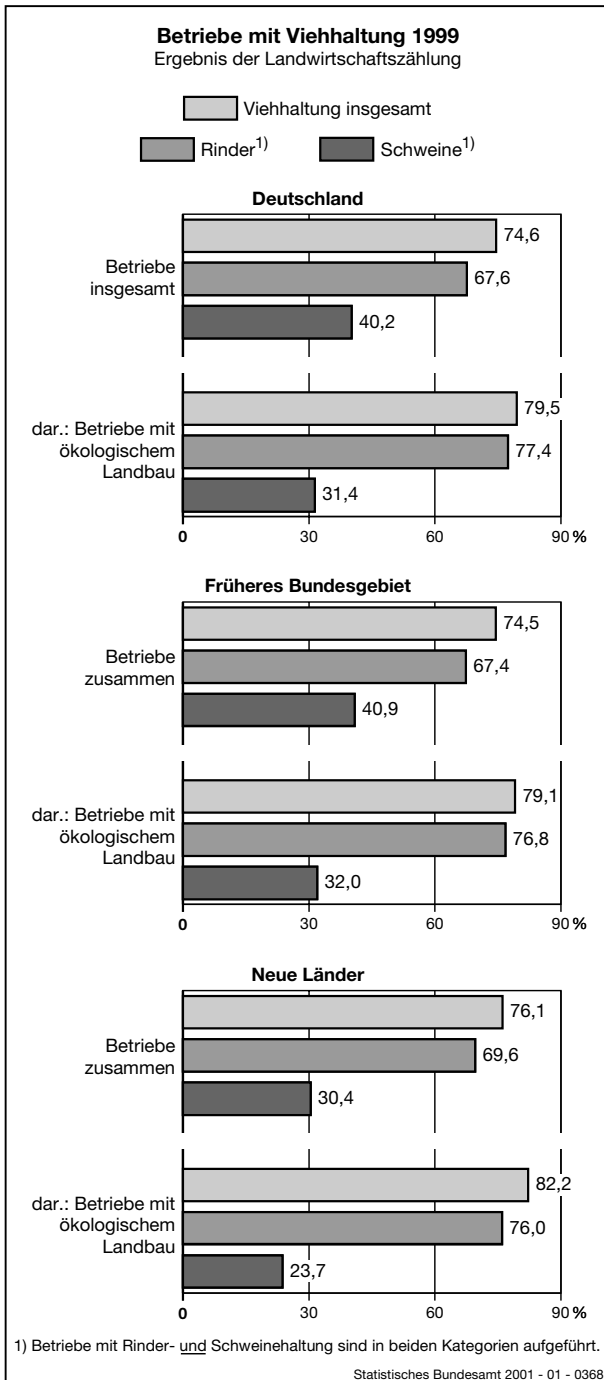
Die Beschäftigtenstruktur ist infolge der verschiedenen Anteile an den Rechtsformen ebenfalls sehr unterschiedlich (siehe Tabelle 4). So liegt der Anteil der Familienar-

Tabelle 4: Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben 1999  
Ergebnis der Landwirtschaftszählung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder	
		insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	zusammen	dar.: ökologischer Landbau
Arbeitskräfte insgesamt .....	Anzahl	1 430 459	35 646	1 259 398	29 938	171 061	5 708
dar.: Vollbeschäftigte .....	% <sup>1)</sup>	27,3	30,3	23,3	25,3	56,6	56,5
Familienarbeitskräfte .....	% <sup>1)</sup>	66,8	53,2	72,7	58,7	23,3	24,6
dar.: Vollbeschäftigte .....	% <sup>2)</sup>	24,9	27,3	24,8	27,0	26,4	30,2

1) Anteil an Arbeitskräften insgesamt. – 2) Anteil an Familienarbeitskräften.

Schaubild 4



beitskräfte in den Öko-Betrieben mit gut 53% unter dem für alle landwirtschaftlichen Betriebe (rund 67%). Dies ergibt sich zum einen daraus, dass weniger Öko-Betriebe Einzelunternehmen sind, in denen Familienarbeitskräfte tätig sein können, zum anderen daraus, dass auch in den als Einzelunternehmen geführten Öko-Betrieben der Anteil der Familienarbeitskräfte mit 68% unter dem entsprechenden Wert für alle Betriebe in dieser Rechtsform (knapp 80%) liegt. Auch hinsichtlich der Vollbeschäftigten lassen sich Unterschiede feststellen: Gut 30% aller Beschäftigten in Betrieben mit ökologischem Landbau sind vollbeschäftigt, jedoch nur 27% der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte insgesamt. Von den Familienarbeitskräften sind sogar nur 25% in allen Betrieben und 27% in den Öko-Betrieben vollbeschäftigt.

Wegen der erheblich differierenden Rechtsformstrukturen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern sind die Beschäftigtenstrukturen in den beiden Teilgebieten Deutschlands sehr unterschiedlich; bei Betrieben des ökologischen Landbaus ist die Diskrepanz dagegen teilweise weniger ausgeprägt. So weisen alle Betriebe im früheren Bundesgebiet einen Anteil von 23% vollbeschäftigter Arbeitskräfte aus, in den neuen Ländern sind es fast 57%. Familienarbeitskräfte spielen dort hingegen mit 23% eine untergeordnete Rolle, im früheren Bundesgebiet beträgt ihr Anteil 73%. Bei den Öko-Betrieben im früheren Bundesgebiet haben Vollbeschäftigte zwar schon einen Anteil von einem Viertel an allen Arbeitskräften, der Wert liegt jedoch mit 57% in den neuen Ländern gut doppelt so hoch. Auch in den Betrieben mit ökologischem Landbau gibt es mit 59% einen erheblich höheren Anteil an Familienarbeitskräften als mit 25% in den neuen Ländern. Dies hängt, wie schon erwähnt, mit der Wahl der Rechtsform und dem geringen Anteil an Familienarbeitskräften bei Einzelunternehmen (58%) zusammen.

## Fazit

Betriebe, die nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus wirtschaften, unterscheiden sich in ihrer Struktur erheblich von allen landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland. Sie sind – trotz zunehmender Tendenz – sowohl im Hinblick auf die Zahl der Betriebe als auch den Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche noch von geringer Bedeutung für die Landwirtschaft insgesamt. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland zwar im vorderen Drittel, was den Anteil an den Öko-Betrieben in der Europäischen Union betrifft, sogar auf dem dritten Platz.

Dennoch besteht erheblicher Handlungs- und Änderungsbedarf, wenn eine deutliche Ausweitung der ökologischen landwirtschaftlichen Produktion erreicht werden soll. ■

Anhangtabelle 1: Landwirtschaftliche Betriebe 1999 nach Betriebsgrößenklassen sowie landwirtschaftlich genutzten Flächen  
Ergebnis der Landwirtschaftszählung

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe			Landwirtschaftlich genutzte Fläche		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	Anzahl		%	ha		%
Deutschland						
unter 10 .....	191 576	2 428	1,3	831 330	12 530	1,5
10 – 30 .....	139 140	3 334	2,4	2 564 889	62 833	2,4
30 – 50 .....	62 575	1 631	2,6	2 426 816	63 010	2,6
50 – 100 .....	54 311	1 317	2,4	3 738 576	91 134	2,4
100 – 200 .....	16 335	516	3,2	2 158 171	69 837	3,2
200 – 500 .....	4 787	223	4,7	1 420 681	68 014	4,8
500 und mehr .....	3 236	123	3,8	4 011 095	121 736	3,0
Insgesamt ...	471 960	9 572	2,0	17 151 556	489 093	2,9
Früheres Bundesgebiet						
unter 10 .....	179 819	2 280	1,3	785 204	11 785	1,5
10 – 30 .....	133 623	3 091	2,3	2 467 739	58 283	2,4
30 – 50 .....	60 629	1 494	2,5	2 351 529	57 725	2,5
50 – 100 .....	51 831	1 154	2,2	3 558 715	79 507	2,2
100 – 200 .....	13 615	335	2,5	1 763 664	43 678	2,5
200 – 500 .....	1 904	61	3,2	512 156	15 872	3,1
500 und mehr .....	146	2	1,4	106 941	1 797	1,7
Zusammen ...	441 567	8 417	1,9	11 545 948	268 647	2,3
Neue Länder						
unter 10 .....	11 757	148	1,3	46 127	745	1,6
10 – 30 .....	5 517	243	4,4	97 150	4 550	4,7
30 – 50 .....	1 946	137	7,0	75 287	5 258	7,0
50 – 100 .....	2 480	163	6,6	179 861	11 626	6,5
100 – 200 .....	2 720	181	6,7	394 507	26 158	6,6
200 – 500 .....	2 883	162	5,6	908 525	52 142	5,7
500 und mehr .....	3 090	121	3,9	3 904 154	119 940	3,1
Zusammen ...	30 393	1 155	3,8	5 605 608	220 446	3,9

Anhangtabelle 2: Anbauflächen auf dem Ackerland 1999  
Ergebnis der Landwirtschaftszählung

Anbauflächen	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	ha		%	ha		%	ha		%
Ackerland .....	11 821 479	252 834	2,1	7 346 644	133 582	1,8	4 474 836	119 252	2,7
Getreide .....	6 634 683	123 901	1,9	4 197 809	67 498	1,6	2 436 874	56 403	2,3
darunter:									
Weizen .....	2 601 122	40 685	1,6	1 582 533	26 762	1,7	1 018 589	13 923	1,4
Roggen .....	748 170	32 006	4,3	264 790	9 577	3,6	483 380	22 429	4,6
Wintergerste .....	1 369 783	7 931	0,6	899 973	4 670	0,5	469 810	3 261	0,7
Sommergerste .....	840 570	13 644	1,6	637 996	8 601	1,3	202 574	5 043	2,5
Hafer .....	267 754	13 024	4,9	217 552	7 487	3,4	50 202	5 536	11,0
Hülsenfrüchte .....	212 205	19 262	9,1	55 619	8 785	15,8	156 585	10 476	6,7
Hackfrüchte .....	813 518	7 971	1,0	622 043	6 699	1,1	191 476	1 272	0,7
Ölfrüchte .....	1 431 329	18 332	1,3	635 023	5 167	0,8	796 306	13 165	1,7
Futterpflanzen .....	1 708 851	48 199	2,8	1 205 101	27 139	2,3	503 750	21 060	4,2
Brache .....	845 754	26 489	3,1	499 391	11 962	2,4	346 362	14 528	4,2

Anhangtabelle 3: Nutzung der landwirtschaftlichen Fläche 1999  
Ergebnis der Landwirtschaftszählung

Kulturarten	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	ha		%	ha		%	ha		%
Landwirtschaftlich genutzte Flächen .....	17 151 556	489 093	2,9	11 545 948	268 647	2,3	5 605 608	220 446	3,9
Ackerland .....	11 821 479	252 834	2,1	7 346 644	133 582	1,8	4 474 836	119 252	2,7
Dauerkulturen .....	207 684	6 962	3,4	185 882	5 122	2,8	21 803	1 841	8,4
Dauergrünland .....	5 113 788	229 100	4,5	4 005 850	129 799	3,2	1 107 938	99 301	9,0
Haus- und Nutzgarten .....	8 605	197	2,3	7 573	144	1,9	1 032	52	5,0

Anhangtabelle 4: Beschäftigte 1999 nach Rechtsform des Betriebes und Art der Beschäftigung  
Ergebnis der Landwirtschaftszählung

Art der Beschäftigung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	zusammen	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Einzelunternehmen									
Beschäftigte .....	1 232 137	27 891	2,3	1 172 882	25 469	2,2	59 255	2 422	4,1
dar.: Vollbeschäftigte .....	277 067	6 705	2,4	259 073	5 847	2,3	17 994	858	4,8
Familienarbeitskräfte .....	955 967	18 980	2,0	916 154	17 573	1,9	39 813	1 407	3,5
dar.: Vollbeschäftigte .....	237 840	5 174	2,2	227 330	4 749	2,1	10 510	425	4,0
darunter:									
Haupterwerbsbetriebe									
Beschäftigte .....	721 150	18 679	2,6	686 661	17 017	2,5	34 489	1 662	4,8
dar.: Vollbeschäftigte .....	262 271	6 402	2,4	245 312	5 591	2,3	16 959	811	4,8
Familienarbeitskräfte .....	483 757	10 653	2,2	467 536	9 921	2,1	16 221	732	4,5
dar.: Vollbeschäftigte .....	223 434	4 888	2,2	213 894	4 503	2,1	9 540	385	4,0
Nebenerwerbsbetriebe									
Beschäftigte .....	510 988	9 212	1,8	486 221	8 452	1,7	24 767	760	3,1
dar.: Vollbeschäftigte .....	14 796	303	2,0	13 761	256	1,9	1 035	47	4,5
Familienarbeitskräfte .....	472 210	8 327	1,8	448 618	7 652	1,7	23 592	675	2,9
dar.: Vollbeschäftigte .....	14 406	286	2,0	13 436	246	1,8	970	40	4,1
Personengesellschaften									
Beschäftigte .....	101 498	2 937	2,9	68 900	1 948	2,8	32 598	989	3,0
dar.: Vollbeschäftigte .....	44 906	1 391	3,1	26 115	754	2,9	18 791	637	3,4
Juristische Personen									
Beschäftigte .....	96 824	4 818	5,0	17 616	2 521	14,3	79 208	2 297	2,9
dar.: Vollbeschäftigte .....	68 848	2 706	3,9	8 791	978	11,1	60 057	1 728	2,9
Insgesamt									
Beschäftigte .....	1 430 459	35 646	2,5	1 259 398	29 938	2,4	171 061	5 708	3,3
dar.: Vollbeschäftigte .....	390 821	10 802	2,8	293 979	7 579	2,6	96 842	3 223	3,3

# 50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland

*Seit 150 Jahren ist die ertragsteigernde Wirkung mineralischer Düngemittel auf pflanzliche Kulturen bekannt. Seit über 100 Jahren werden mineralische Düngemittel als ertragsteigernde Betriebsmittel in der Landwirtschaft in zunehmender Menge eingesetzt. Die Aufwendungen finden ihre Grenze dort, wo überhöhte Düngergaben zu ökologischen Schäden auf den Böden und in den Gewässern sowie zu Stickstoff- und Phosphatanreicherungen in Pflanzen und Nahrungsmitteln führen. Industrie, Handel, Landwirtschaft, Politik und staatliche Verwaltung, aber auch private Personen haben aus unterschiedlichen Gründen ein großes Interesse an Ergebnissen der Düngemittelstatistik. Für das vereinte Deutschland liegen nach umfangreichen Vorarbeiten der ehemaligen Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes in Berlin vergleichbare Ergebnisse über die vergangenen 50 Jahre vor. In diesem Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse, ergänzt um Ausführungen über den „Werdegang“ der Düngemittelstatistik in den vergangenen 50 Jahren in Deutschland, vorgestellt.*

---

Dipl.-Agraringenieur Wilhelm Bühner

---

## Vorbemerkung

Im Jahr 1840 formulierte Justus von Liebig das Gesetz vom Minimum, nach dem sich die Höhe des Pflanzenertrags nach dem Nährstoff richtet, der sich im Verhältnis zum Bedarf der Pflanze im Minimum befindet. Seine bahnbrechenden Erkenntnisse in der Agrikulturchemie sollten die Landwirtschaft revolutionieren. Die Einsicht, dass ein aufgrund natürlicher Bodenverhältnisse vorgefundener oder durch intensive Nutzung verursachter Nährstoffmangel im Boden durch kontinuierliche Düngung ausgeglichen und damit wesentlich zur Steigerung pflanzlicher Erträge beigetragen werden kann, setzte sich in den vergangenen 100 Jahren in der Landwirtschaft erfolgreich durch. So führte der zunehmende Einsatz mineralischer Düngemittel, unterstützt durch andere Faktoren, zu enormen Ertragsteigerungen in der Landwirtschaft. Dies ermöglichte einerseits, die Ernährungssituation für eine rasch wachsende Bevölkerung zu verbessern. Andererseits findet die Verwendung mineralischer Düngemittel aus ökologischen Gründen dort ihre Grenze, wo der überhöhte Einsatz zur Belastung von Böden, Gewässern und sogar Lebensmitteln mit Nitraten und Phosphaten führt, was seit den 1970er Jahren bekannt ist.

Entsprechend der Entwicklung des Bedarfs an mineralischen Düngemitteln wurden in Deutschland Düngemittelindustrie und Handel aufgebaut. Zur Steuerung der Produktionsprozesse und zur Einschätzung der Marktlage sind Industrie, Handel und Landwirtschaft an Daten über die Produktions-, Import-, Export-, Absatz- und Bestandsmengen mineralischer Düngemittel interessiert. Aus Gründen der Ernährungssicherstellung benötigt auch die Politik diese Daten. Diese Interessenlage legt die Einrichtung der Düngemittelstatistik nahe. Sie macht auch deutlich, weshalb die Düngemittelstatistik nach dem 2. Weltkrieg als eine der ersten Statistiken bereits 1949 angeordnet und eingeführt wurde: In Deutschland war eine katastrophale Ernährungssituation zu bewältigen.

## Rechtsgrundlagen

Bis in die 1940er Jahre wurden Daten zur Düngemittelversorgung aus Angaben von Fachverbänden und anderen Quellen ermittelt. Seit 1949 ist die Düngemittelstatistik fast durchgängig durch eine Rechtsgrundlage angeordnet. Kurz nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 wurde mit der „Anordnung über die Bewirtschaftung von Düngemitteln“ vom 12. Juni 1949 des damaligen Direktors der Wirtschaftsverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Ludwig Erhard, die monatliche Berichterstattung der „Erzeuger und Einführer“ von Rohstoffen und Düngemitteln sichergestellt. Von 1950 bis 1960 galten dann vom Bundesministerium für Wirtschaft erlassene „Verordnungen über die Durchführung einer Düngemittelstatistik“. Nach einer Phase ohne eine einzelstatistische Rechtsgrundlage von Oktober 1960 bis März 1964, in der die Düngemittelstatistik auf freiwilliger Basis erhoben wurde (was sich aufgrund nachlassender Meldedisziplin nicht bewährte), ging die Zuständigkeit auf das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über. Dessen „Verordnungen über eine Düngemittelstatistik“ wurden schließlich durch das „Gesetz über eine Düngemittelstatistik“ vom 15. November 1977 ersetzt. Seit 1989 ist die Düngemittelstatistik im Gesetz über Agrarstatistiken<sup>1)</sup> geregelt.

## Erhebungs-, Darstellungs- und Veröffentlichungsprogramm

Bis 1989/90 wurden in der Düngemittelstatistik die Produktion, der Absatz, die Importe und Exporte sowie die Bestände erhoben und veröffentlicht. Danach erfasste sie nur noch den Absatz von mineralischen Düngemitteln zum Verbrauch, gegliedert nach Düngerarten und Absatzgebieten. Ferner werden seit über 50 Jahren die Produktion in den Produktionserhebungen des Verarbeitenden Gewerbes sowie die Im- und Exporte in der Außenhandelsstatistik teils nach Waren-, teils nach Nährstoffmengen und nach dem Wert erhoben. Bis zum Wirtschaftsjahr 1996/97 wurden die Ergebnisse monatlich, seit 1997/98 werden sie nur noch vierteljährlich erhoben und veröffentlicht. Ferner werden Jahresergebnisse herausgegeben. Bis 1992/93 bezogen sich die vom Statis-

<sup>1)</sup> Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635).

tischen Bundesamt veröffentlichten Ergebnisse auf den jeweiligen Gebietsstand des früheren Bundesgebietes. Für das Gebiet der ehemaligen DDR gab das Statistische Amt der ehemaligen DDR die Ergebnisse heraus. Diese Ergebnisse wurden – soweit erforderlich – vom Statistischen Bundesamt für den Zeitraum 1950 bis 1989 auf die Kategorien der Düngemittelstatistik der Bundesrepublik Deutschland umgerechnet und damit vergleichbar gemacht. Ab 1993/94 werden die Ergebnisse für das vereinte Deutschland erhoben und veröffentlicht. Auf diesen Gebietsstand beziehen sich auch die Ergebnisse im vorliegenden Beitrag über die zurückliegenden 50 Jahre.

Bis zum Wirtschaftsjahr 1958/59 veröffentlichte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Ergebnisse der Düngemittelstatistik. Seither werden sie vom Statistischen Bundesamt als Fachserie zur „Düngemittelversorgung“ herausgegeben. Darüber hinaus stehen sie in der Datenbank des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung. Dort ist der Zugriff für jeden

Interessenten über Internet möglich. Schließlich beantwortet der Informationsservice des Statistischen Bundesamtes kurzfristig telefonische, schriftliche oder elektronische Anfragen. Hauptnutzer der Ergebnisse sind – außer staatlichen Stellen – mit der Herstellung, dem Handel und dem Verbrauch von Düngemitteln, aber auch mit dem Umweltschutz befasste Institutionen und Personen der Wirtschaft.

Als Berichtszeitraum gilt in Anlehnung an den Vegetationsrhythmus seit 50 Jahren das in der Landwirtschaft übliche Wirtschaftsjahr, das am 1. Juli beginnt und am 30. Juni des folgenden Jahres endet.

## Ausgewählte Ergebnisse

Für den Zeitraum von 50 Jahren sind vergleichbare Ergebnisse für Deutschland über den mengenmäßigen Inlandsabsatz von Düngemitteln in der Gliederung nach

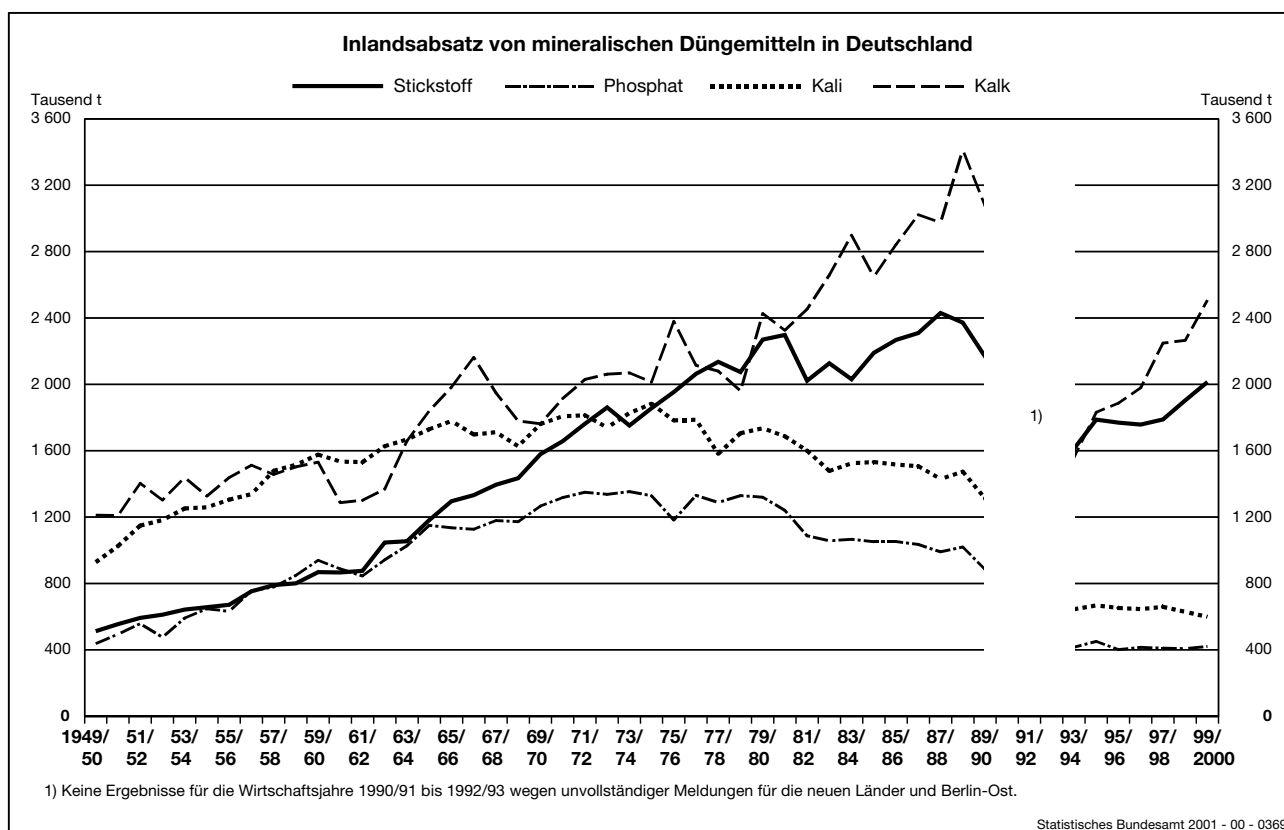
Tabelle 1: Inlandsabsatz von Düngemitteln nach Nährstoffarten in Deutschland<sup>1)</sup>

Wirtschaftsjahr	Inlandsabsatz				Aufwand			
	Stickstoff (N)	Phosphat (P <sub>2</sub> O <sub>5</sub> )	Kali (K <sub>2</sub> O)	Kalk (CaO)	Stickstoff (N)	Phosphat (P <sub>2</sub> O <sub>5</sub> )	Kali (K <sub>2</sub> O)	Kalk (CaO)
	1 000 t				kg je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche <sup>2)</sup>			
1949/50	512,0	436,8	928,5	1 211,4	25,1	21,4	45,5	59,3
1950/51	554,8	493,6	1 025,2	1 209,2	26,8	23,8	49,5	58,4
1951/52	592,7	557,7	1 148,9	1 403,5	28,6	26,8	55,2	67,4
1952/53	611,5	475,2	1 181,8	1 302,1	29,3	22,8	56,6	62,4
1953/54	642,5	591,8	1 252,5	1 438,5	30,8	28,4	60,1	69,0
1954/55	657,2	647,1	1 258,9	1 326,8	31,4	31,0	60,2	63,4
1955/56	671,5	631,5	1 304,8	1 438,0	32,2	30,2	62,5	68,9
1956/57	752,7	756,4	1 338,1	1 513,0	36,0	36,2	64,0	72,3
1957/58	790,3	778,5	1 478,9	1 456,8	37,9	37,9	70,9	69,8
1958/59	801,0	849,0	1 515,4	1 503,2	38,5	40,8	72,8	72,2
1959/60	868,7	940,0	1 575,8	1 531,2	41,8	45,2	75,9	73,7
1960/61	865,8	887,8	1 534,6	1 286,8	41,8	42,9	74,2	62,2
1961/62	875,8	844,8	1 530,6	1 301,5	42,4	40,9	74,2	63,1
1962/63	1 046,5	942,5	1 627,1	1 368,5	50,8	45,8	79,0	66,5
1963/64	1 054,2	1 027,1	1 668,0	1 659,5	51,3	50,0	81,2	80,8
1964/65	1 181,7	1 150,0	1 729,3	1 840,0	57,6	56,1	84,3	89,7
1965/66	1 295,2	1 135,7	1 778,7	1 982,8	63,4	55,6	87,1	97,0
1966/67	1 332,4	1 126,8	1 698,2	2 162,3	65,4	55,3	83,4	106,1
1967/68	1 395,3	1 178,7	1 711,7	1 948,1	68,6	58,0	84,2	95,8
1968/69	1 434,5	1 171,7	1 627,8	1 780,1	71,1	58,0	80,6	88,2
1969/70	1 579,2	1 267,0	1 760,2	1 762,1	78,4	62,9	87,3	87,4
1970/71	1 657,2	1 317,6	1 807,9	1 915,1	83,4	66,3	91,0	96,4
1971/72	1 762,4	1 349,7	1 813,3	2 029,8	89,0	68,2	91,6	102,5
1972/73	1 860,3	1 336,8	1 740,0	2 061,1	94,1	67,6	88,0	104,2
1973/74	1 751,7	1 353,8	1 827,3	2 068,9	88,8	68,7	92,7	105,0
1974/75	1 855,5	1 327,9	1 882,9	2 013,5	94,5	67,7	95,9	102,5
1975/76	1 953,7	1 181,4	1 782,6	2 379,6	99,7	60,3	90,9	121,4
1976/77	2 063,0	1 331,0	1 786,3	2 114,8	105,4	68,0	91,3	108,1
1977/78	2 135,3	1 288,2	1 581,7	2 079,5	109,4	66,0	81,1	106,6
1978/79	2 074,2	1 329,1	1 705,0	1 961,3	106,6	68,3	87,6	100,8
1979/80	2 269,6	1 319,3	1 735,3	2 426,8	122,0	70,9	93,3	130,5
1980/81	2 297,9	1 240,7	1 687,3	2 325,6	124,1	67,0	91,1	125,6
1981/82	2 022,1	1 087,6	1 600,6	2 453,4	109,5	58,9	86,7	132,9
1982/83	2 126,9	1 057,2	1 477,6	2 658,0	115,6	57,5	80,3	144,5
1983/84	2 031,0	1 066,1	1 523,8	2 898,9	110,8	58,2	83,1	158,1
1984/85	2 189,9	1 051,4	1 532,3	2 647,7	119,8	57,5	83,8	144,8
1985/86	2 267,9	1 052,9	1 516,5	2 842,4	124,3	57,7	83,1	155,8
1986/87	2 309,0	1 035,4	1 507,2	3 022,2	126,8	56,9	82,8	166,0
1987/88	2 429,4	990,7	1 429,2	2 975,5	133,9	54,6	78,8	164,0
1988/89	2 372,4	1 019,5	1 474,0	3 413,4	131,1	56,3	81,4	188,6
1989/90	2 167,3	884,4	1 312,6	3 076,2	120,0	49,0	72,7	170,4
1990/91 <sup>3)</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.
1991/92 <sup>3)</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.
1992/93 <sup>3)</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.
1993/94	1 612,2	415,4	644,7	1 560,3	93,9	24,2	37,6	77,5
1994/95	1 787,4	450,7	667,5	1 831,6	103,3	26,0	38,6	93,4
1995/96	1 769,2	401,7	652,2	1 886,5	102,0	23,2	37,6	96,2
1996/97	1 758,0	415,1	645,8	1 979,0	101,4	23,9	37,3	101,7
1997/98	1 788,4	409,6	658,9	2 248,4	103,2	23,6	38,0	117,1
1998/99	1 903,0	406,8	628,7	2 264,6	109,6	23,4	36,2	119,0
1999/00	2 014,4	420,3	599,2	2 508,3	117,4	24,5	34,9	136,2

1) Lieferung der Produzenten und Importeure an Absatzorganisationen oder Endverbraucher. Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990. – 2) Einschl. Brache. – 3) Keine Ergebnisse wegen unvollständiger Meldungen für die neuen Länder und Berlin-Ost.



Schaubild 1



den Pflanzennährstoffen Stickstoff, Phosphat, Kali und Kalk verfügbar. Derart langfristige Vergleiche sind bezüglich der Düngerarten schwieriger, da sich deren inhaltliche Spezifikationen und Handelsnamen zum Teil geändert haben. Einige Entwicklungen sind dennoch erkennbar. So waren zum Beispiel Kalkstickstoff und Thomasphosphat lange Zeit nach dem Kriege wichtige Düngerarten. Im Laufe der 1990er Jahre verschwanden sie fast gänzlich vom Markt. Harnstoff wurde Anfang der 1950er Jahre nur in geringen Mengen abgesetzt. Seit den 1970er Jahren hat dessen Absatz aufgrund vorteilhafter Preise und Ausbringungstechnik erheblich zugenommen. Die Anwendung von Mehrnährstoffdüngern nahm wegen ihrer arbeitswirtschaftlichen Vorteile bei der Ausbringung stark zu. Der Versauerung der Waldböden wird seit den 1980er Jahren durch das Kalken des Waldes begegnet. Hierdurch ergab sich eine große Steigerung des Absatzes von kohlensaurem Kalkdünger.

Beim Inlandsabsatz von mineralischen Düngemitteln handelt es sich um erstmals in den Verkehr gebrachte Lieferungen von Produzenten und Importeuren an Absatzorganisationen oder Endverbraucher. Diese Mengen können vom tatsächlichen Verbrauch in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau zum Beispiel durch die Lagerhaltung abweichen.

Der Inlandsabsatz von mineralischen Düngemitteln und der Aufwand an Nährstoffen in den vergangenen 50 Jahren werden in der Tabelle 1 sowie in den Schaubildern 1 und 2 dargestellt. Es fehlen gesamtdeutsche Ergebnisse für die drei Wirtschaftsjahre 1990/91 bis 1992/93. Dies ist darauf zurückzuführen, dass diesbezügliche Meldungen

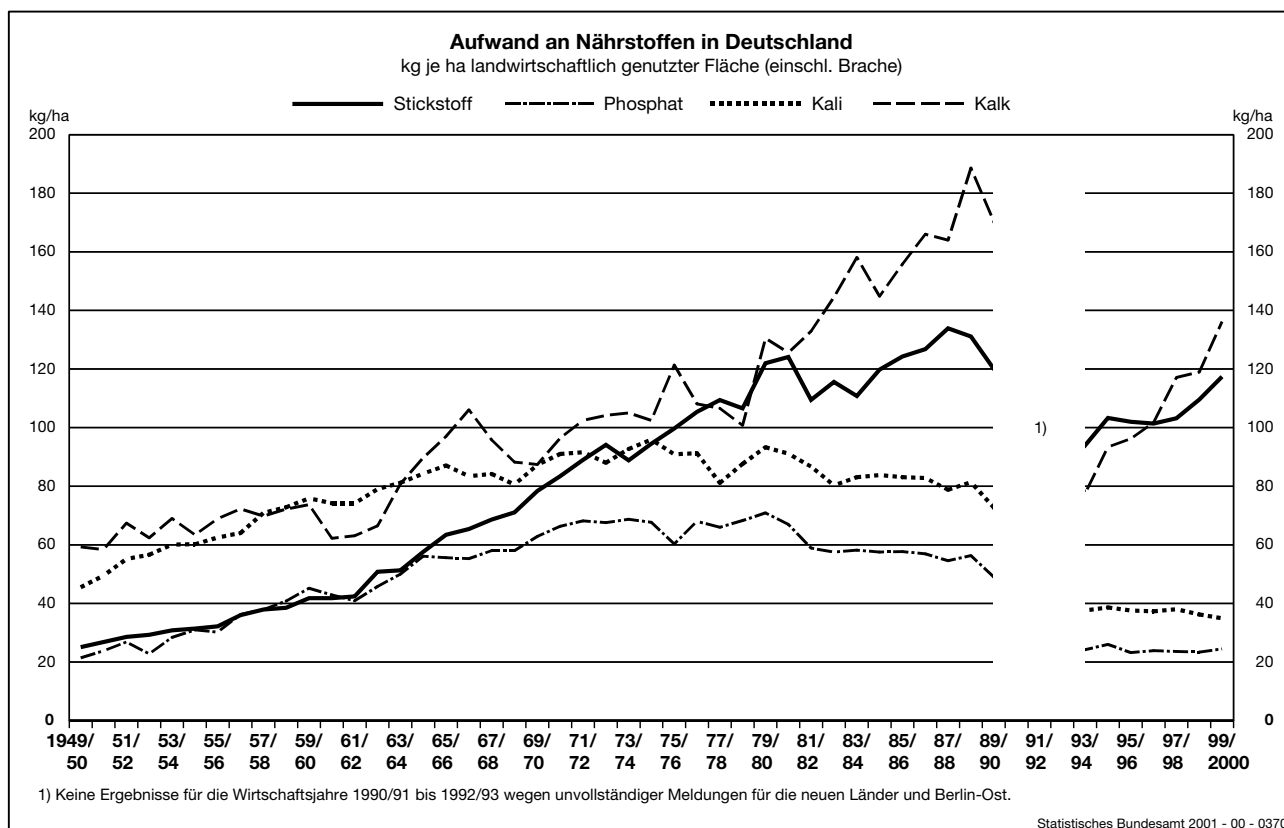
für die neuen Bundesländer nur unvollständig vorliegen. Der bemerkenswerte Rückgang des Absatzes und des Aufwandes an Düngemitteln in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung ist durch die damaligen verringerten Düngeraufwendungen in den neuen Bundesländern begründet.

Im Wirtschaftsjahr 1999/2000 wurden in Deutschland 2,01 Mill. t Stickstoffdünger (N), 0,42 Mill. t Phosphatdünger ( $P_2O_5$ ), 0,60 Mill. t Kalidünger ( $K_2O$ ) und 2,51 Mill. t Kalkdünger (CaO) abgesetzt. In den vergangenen 50 Jahren, also seit dem Wirtschaftsjahr 1949/50, hat sich der Absatz von Stickstoffdüngern um 293% und von Kalkdüngern um 107% erhöht, während er sich bei Phosphatdüngern kaum verändert (-3,8%) und bei Kalidüngern um ein Drittel (-35%) verringert hat.

Der Aufwand je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (einschl. Brache) wurde in den vergangenen 50 Jahren bei Stickstoffdüngern von 25 auf 117 kg N, bei Kalkdüngern von 59 auf 136 kg CaO und bei Phosphatdüngern von 21 auf 25 kg  $P_2O_5$  gesteigert. Demgegenüber nahm der Aufwand an Kalidüngern je Hektar von 46 auf 35 kg  $K_2O$  ab.

Nach zunächst kontinuierlichem Anstieg seit 1949/50 wurden die höchsten Aufwandsmengen je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche 1987/88 mit 134 kg N bei Stickstoffdüngern, 1979/80 mit 71 kg  $P_2O_5$  bei Phosphatdüngern, 1974/75 mit 96 kg  $K_2O$  bei Kalidüngern und 1988/89 mit 189 kg CaO bei Kalkdüngern erreicht. Nach diesen Spitzenmengen fielen die Aufwandsmengen wieder relativ stetig auf das heutige Niveau.

Schaubild 2



## Ausgaben der deutschen Landwirtschaft für mineralische Düngemittel

Die Ausgaben der Landwirtschaft für mineralische Düngemittel liegen für Deutschland seit dem Wirtschaftsjahr 1993/94 vor. Wie aus Tabelle 2 und Schaubild 3 hervorgeht, beliefen sie sich im Wirtschaftsjahr 1999/2000 auf 3,0 Mrd. DM. Gegenüber 1993/94 mit 2,4 Mrd. DM

erhöhten sie sich um 0,6 Mrd. DM (25%). Den höchsten Stand erreichten sie 1995/96 mit 3,1 Mrd. DM. Die Ausgaben für Stickstoffdünger machten im Beobachtungszeitraum mit einem Anteil von 60 bis 64% drei Fünftel der Ausgaben für mineralische Düngemittel insgesamt aus. Es folgten Phosphatdünger mit einem Anteil von 16 bis 18%, Kalidünger mit einem Anteil von 12 bis 15% und Kalkdünger mit einem Anteil von 7 bis 12%. Die Ausgabenstruktur hat sich im Zeitablauf von 1993/94 bis 1999/2000 kaum verändert.

Tabelle 2: Ausgaben der Landwirtschaft für mineralische Düngemittel

Wirtschaftsjahr	Insgesamt	Stickstoff (N)	Phosphat (P <sub>2</sub> O <sub>5</sub> )	Kali (K <sub>2</sub> O)	Kalk (CaO)
Mill. DM <sup>1)2)</sup>					
1993/94	2 430	1 466	434	357	174
1994/95	3 009	1 867	524	395	222
1995/96	3 099	1 978	491	397	233
1996/97	2 979	1 842	497	393	246
1997/98	2 914	1 746	482	403	283
1998/99	2 926	1 748	468	380	331
1999/2000	3 013	1 808	481	368	356
%					
1993/94	100	60	18	15	7
1994/95	100	62	17	13	7
1995/96	100	64	16	13	8
1996/97	100	62	17	13	8
1997/98	100	60	17	14	10
1998/99	100	60	16	13	11
1999/2000	100	60	16	12	12

1) Ohne Mehrwertsteuer. Einschl. Verpackungskosten und Kleinmengenzuschlägen von 5%. – 2) Gewogener Durchschnittspreis aufgrund der Bruttolistenpreise und der gelieferten Mengen der einzelnen Düngerarten.

Die Durchschnittspreise je Tonne Nährstoff entwickelten sich bei den einzelnen Nährstoffarten im Beobachtungszeitraum unterschiedlich. Aus Tabelle 3 ist zu ersehen, dass sie bei Stickstoffdüngern von 909 DM/t N im Wirtschaftsjahr 1993/94 auf 1065 DM im Wirtschaftsjahr 1995/96 stiegen. Danach fielen sie wieder stetig auf 855 DM im Wirtschaftsjahr 1999/2000. Bei den übrigen Dün-

Tabelle 3: Durchschnittspreise für mineralische Düngemittel  
DM je t Nährstoff<sup>1)2)</sup>

Wirtschaftsjahr	Stickstoff (N)	Phosphat (P <sub>2</sub> O <sub>5</sub> )	Kali (K <sub>2</sub> O)	Kalk (CaO)
1993/94	909	1 045	553	131
1994/95	995	1 108	564	131
1995/96	1 065	1 163	580	133
1996/97	998	1 140	580	133
1997/98	930	1 120	582	133
1998/99	875	1 095	575	139
1999/2000	855	1 090	585	135

1) Ohne Mehrwertsteuer. Einschl. Verpackungskosten und Kleinmengenzuschlägen von 5%. – 2) Gewogener Durchschnittspreis aufgrund der Bruttolistenpreise und der gelieferten Mengen der einzelnen Düngerarten.

Tabelle 4: Düngemittelversorgung<sup>1)</sup> in den europäischen OECD-Ländern<sup>2)</sup> nach Wirtschaftsjahren

1 000 t

Land	Stickstoff (N)						Phosphat (P <sub>2</sub> O <sub>5</sub> )						Kali (K <sub>2</sub> O)					
	1949/50	1959/60	1969/70	1979/80	1989/90	1998/99	1949/50	1959/60	1969/70	1979/80	1989/90	1998/99	1949/50	1959/60	1969/70	1979/80	1989/90	1998/99
Belgien und Luxemburg <sup>3)</sup>	78,0	103,2	188,4	197,8	190,5	172,0	93,0	100,5	150,6	103,5	86,5	42,0	96,0	161,7	194,9	143,5	131,0	90,0
Deutschland <sup>3)</sup>	512,0	868,7	1 579,2	2 269,6	2 167,3	1 903,0	436,8	940,0	1 267,0	1 319,3	884,4	406,8	928,5	1 575,8	1 760,2	1 735,3	1 312,6	628,7
Dänemark	60,0	122,8	270,2	393,9	400,4	262,0	78,0	117,2	126,8	133,2	94,8	44,0	82,0	179,4	182,6	170,7	155,4	97,0
Finnland	.	61,3	160,0	196,2	231,5	176,0	.	101,1	172,0	150,0	143,1	53,0	.	71,3	132,4	143,6	140,9	76,0
Frankreich	246,0	504,8	1 241,3	2 134,8	2 660,2	2 488,0	420,0	881,1	1 683,7	1 983,8	1 494,0	1 011,0	369,0	685,9	1 279,5	1 785,9	1 949,0	1 332,0
Griechenland	18,0	69,5	190,1	356,1	425,7	298,0	16,0	52,2	114,0	180,7	188,8	128,0	2,0	7,1	17,5	44,2	73,2	60,0
Irland	6,0	21,7	71,4	247,5	378,5	433,0	45,0	82,7	165,1	155,7	145,5	124,0	10,0	58,0	141,1	189,1	182,3	149,0
Island	2,5	7,1	11,7	15,7	10,4	12,4	1,2	3,9	6,1	8,5	5,2	4,2	0,9	2,1	4,8	6,3	4,6	2,0
Italien	120,0	350,8	550,4	1 106,8	827,3	843,0	250,0	389,9	486,2	831,1	607,9	490,0	14,0	108,1	194,5	416,9	377,7	409,0
Niederlande	143,0	212,1	387,4	486,1	412,4	350,0	125,0	112,9	107,0	84,1	76,1	55,0	153,0	152,6	121,7	123,7	98,3	60,0
Norwegen	37,0	48,4	77,0	113,2	110,4	112,0	37,0	44,5	54,1	66,3	36,6	30,0	50,0	55,0	65,7	87,8	65,5	63,0
Österreich	18,0	45,0	120,7	158,0	135,6	128,0	33,0	80,0	134,5	99,7	74,4	57,0	25,0	84,0	151,7	145,2	97,8	67,0
Portugal	23,0	66,0	112,7	155,0	145,4	127,0	46,0	68,5	81,7	78,5	81,1	73,0	4,0	9,3	8,2	41,6	47,5	48,0
Schweden	60,0	104,1	205,1	256,3	221,5	179,2	99,0	108,4	139,2	129,2	69,7	48,0	52,0	86,1	128,8	121,7	71,4	53,0
Schweiz	8,0	15,0	34,7	64,5	70,3	277,0	27,0	44,0	50,0	48,0	39,4	17,0	12,0	40,0	61,0	71,8	67,4	35,0
Spanien	.	236,3	592,7	908,2	1 109,4	1 047,5	.	274,7	400,2	482,4	559,4	548,3	.	76,0	105,1	294,4	383,3	511,0
Türkei	3,2	20,3	231,1	769,5	1 140,4	1 392,0	1,1	12,3	200,6	671,4	599,7	700,2	1,0	4,8	14,3	28,3	58,0	88,5
Vereinigtes Königreich	228,0	421,2	690,3	1 314,0	1 528,0	1 290,0	467,0	454,7	460,4	460,0	428,0	369,0	242,0	434,0	461,5	461,0	525,0	425,0
Insgesamt	1 562,7	3 278,3	6 714,4	11 143,2	12 165,0	11 490,1	2 175,1	3 868,6	5 799,2	6 985,4	5 614,6	4 200,5	2 041,4	3 791,2	5 025,5	6 011,0	5 740,9	4 194,2

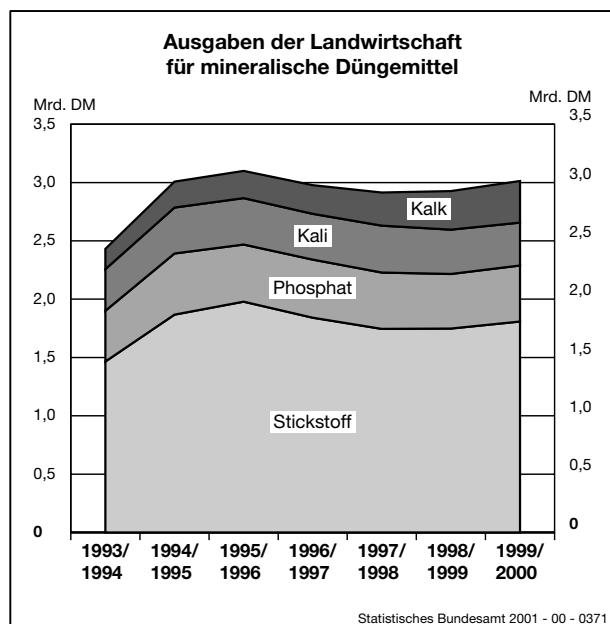
Quelle: Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO): Fertilizer Yearbook.

1) Aufgrund unterschiedlicher Bestimmungen in den OECD-Ländern können die Berichtszeiträume vom Wirtschaftsjahr abweichen. – 2) Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. – 3) Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

gerarten schwankten die Preise weniger stark. Bei Phosphatdüngern bewegten sie sich zwischen 1 045 und 1 163 DM/t P<sub>2</sub>O<sub>5</sub>, bei Kalidüngern zwischen 553 und 585 DM/t K<sub>2</sub>O und bei Kalkdüngern lediglich zwischen 131 und 139 DM/t CaO.

Die FAO veröffentlicht jährlich ihr Jahrbuch über Düngemittel (Fertilizer Yearbook), in dem die Düngemittelversorgung der FAO-Mitgliedstaaten dokumentiert wird. Die Entwicklung der Düngemittelversorgung in den europäischen Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt Tabelle 4. Nach Frankreich liegt Deutschland europaweit an zweiter Stelle im Düngemittelverbrauch, danach folgen in wechselnder Reihenfolge je nach Düngerart die anderen großen Flächenstaaten Vereinigtes Königreich, Spanien, Türkei und Italien. ■

Schaubild 3



## Internationale Vergleiche

Mit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Welternährungsorganisation (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen – Food and Agriculture Organization of the United Nations – FAO) im Jahr 1950 waren auch Verpflichtungen zur Lieferung von Ergebnissen der Düngemittelstatistik verbunden.

# Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1999

Zum Jahresende 1999 erhielten insgesamt 2,79 Mill. Personen in 1,45 Mill. Haushalten Sozialhilfe im engeren Sinne (d. h. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen). Die Empfängerzahl ist damit gegenüber 1998 um 3,0% zurückgegangen. Die Sozialhilfequoten (Anzahl der Hilfebezieher an der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %) zeigen folgende Zusammenhänge auf: Kinder sind relativ häufig unter den Sozialhilfeempfängern. Frauen haben ein höheres „Sozialhilferisiko“ als Männer; ausländische Staatsangehörige ein höheres als deutsche. Die Sozialhilfequote ist im früheren Bundesgebiet höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Im früheren Bundesgebiet ist ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar (d. h. relativ hohe Quoten im Norden, niedrige im Süden). Pro Haushalt wurden monatlich – unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens – im Schnitt 780 DM Sozialhilfe im engeren Sinne ausgezahlt. Die bisherige Bezugsdauer lag im Durchschnitt bei zweieinhalb Jahren. 40% der Empfängerhaushalte waren Kurzzeitbezieher, das heißt ihre bisherige Bezugsdauer betrug weniger als ein Jahr. In rund 13% der Fälle handelte es sich um Langzeitbezieher mit einer bisherigen Bezugsdauer von mindestens fünf Jahren.

Im Laufe des Jahres 1999 erhielten 1,40 Mill. Personen Hilfe in besonderen Lebenslagen (+ 1,7% gegenüber dem Vorjahr). Den meisten Empfängern (39%) wurden dabei Leistungen der Krankenhilfe gewährt. Danach folgte die Eingliederungshilfe für Behinderte (36%) sowie die Hilfe zur Pflege (22%). Die Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde in fast der Hälfte der Fälle (48%) in Einrichtungen gewährt.

Im Jahr 1999 wurden in Deutschland 44,9 Mrd. DM für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgegeben; nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 5,0 Mrd. DM beliefen sich die reinen Sozialhilfeausgaben auf 39,9 Mrd. DM. Dies entspricht einem Anstieg um 0,6% gegenüber dem Vorjahr.

Regelleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhielten zum Jahresende 1999 insgesamt 436 000 Personen. Die Zahl der Leistungsbezieher ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,7% gesunken. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug 23,2 Jahre. In der Mehrzahl kamen die Asylbewerber aus Europa; darunter insbesondere aus Jugoslawien (Serbien, Montenegro) mit 44%. 10% der Asylbewerber hatten die Staatsangehörigkeit der Türkei und rund 6% die von Bosnien und Herzegowina. Die reinen Ausgaben für Leistungen nach dem AsylbLG beliefen sich im Jahr 1999 in Deutschland auf rund 3,9 Mrd. DM. Dies entspricht einem Rückgang um 5,6% gegenüber dem Vorjahr.

---

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Thomas Hausteil  
und Mitarbeiterinnen

---

## Vorbemerkung

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern ohne ausreichende anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen nachrangig zur Deckung des individuellen Bedarfs mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe gewährt. Nachrangig bedeutet dabei, dass die Sozialhilfe als „Netz unter dem sozialen Netz“ nur dann eingreift, wenn die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht wird. Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Berechtigte erhalten seit 1. November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG.

Je nach Art der vorliegenden Notlage unterscheidet man in der Sozialhilfe zwei Haupthilfearten: Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“. Die Empfänger der

Hilfe zum Lebensunterhalt bilden zugleich den Personenkreis, der im Blickpunkt der Armutsdiskussion steht. In außergewöhnlichen Notsituationen, zum Beispiel bei gesundheitlichen oder sozialen Beeinträchtigungen, wird „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ gewährt. Als spezielle Hilfen kommen dabei u. a. die Hilfe zur Pflege, die Eingliederungshilfe für Behinderte oder die Krankenhilfe in Frage.

## 1 Sozialhilfe

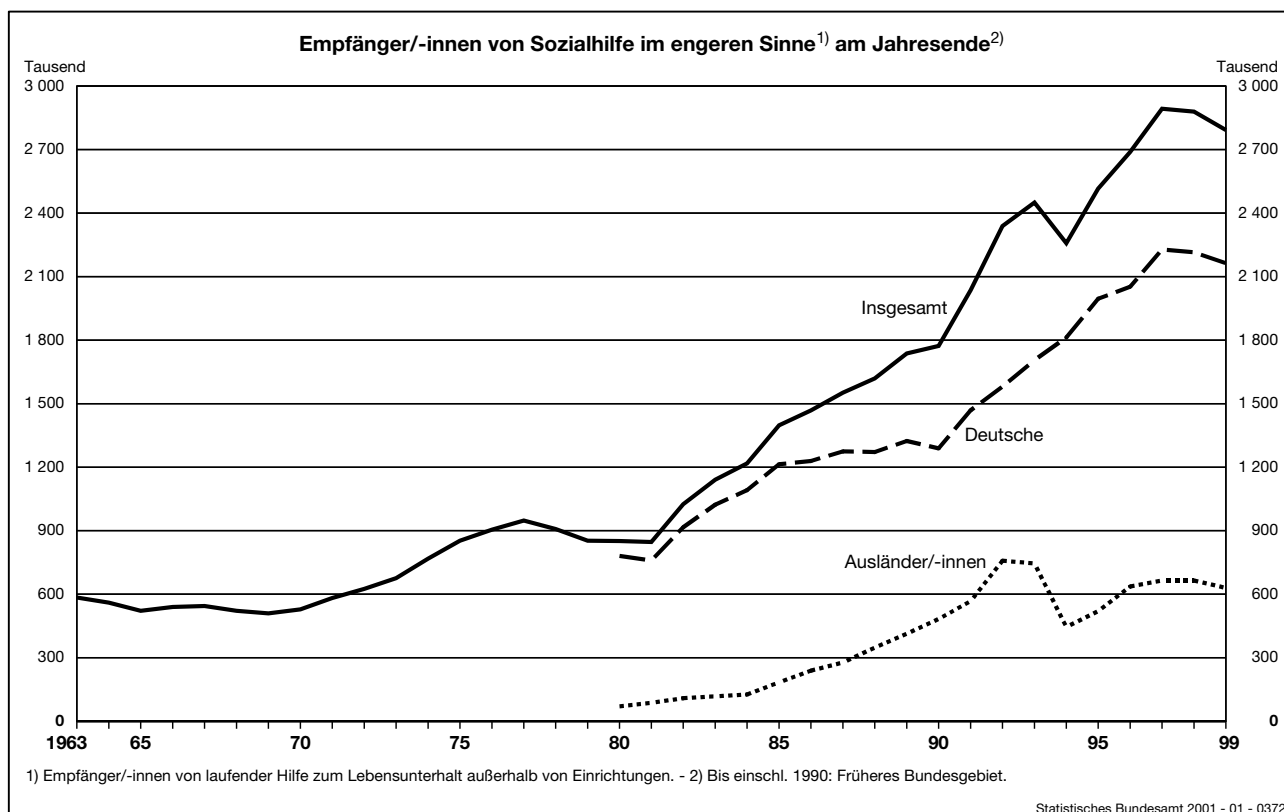
### 1.1 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

#### Entwicklung

Die Zahl der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der so genannten „Sozialhilfe im engeren Sinne“<sup>1)</sup>, ist seit Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) im Juni 1962 deutlich angestiegen. Die zeitliche Entwicklung verlief nicht kontinuierlich: Während der 1960er Jahre gab es im früheren Bundesgebiet bei nur unwesentlichen Veränderungen rund 0,5 Mill. Empfänger (siehe Schaubild 1). Mit Beginn der 1970er Jahre setzte dann ein erster Anstieg ein, der bis 1977 andauerte. Nach einer kurzen Periode der Beruhigung folgte Anfang der 1980er

1) Die Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne werden im Folgenden kurz „Sozialhilfeempfänger“ genannt.

Schaubild 1



Jahre eine zweite Anstiegsphase: 1982 gab es erstmals mehr als eine Million Empfänger, im Jahr 1991 wurde dann die Zwei-Millionen-Marke erreicht. Ausschlaggebend hierfür war auch die Einbeziehung der neuen Länder und Berlin-Ost, wodurch sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger zum Jahresende 1991 zusätzlich um 217 000 Personen erhöhte. Der deutliche Rückgang der Bezieherzahl im Jahr 1994 ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen. Dies hatte zur Folge, dass zum Jahresende 1994 rund 450 000 Personen aus dem Sozialhilfebezug herausfielen und ins Asylbewerberleistungsrecht überwechselten. In den darauffolgenden Jahren stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger wieder an, erreichte Ende 1997 den bisherigen Höchststand und ist seitdem rückläufig.

Zum Jahresende 1999 waren 2,79 Mill. Personen auf Sozialhilfe im engeren Sinne angewiesen. Dies entspricht einem Rückgang um 3,0% gegenüber dem Vorjahr. Dieser Trend ist praktisch ausschließlich auf die Entwicklung im früheren Bundesgebiet zurückzuführen: Während dort die Gesamtzahl der Empfänger gegenüber 1998 um 88 000 Personen zurückging (-3,5%), blieb die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den neuen Ländern im selben Zeitraum nahezu konstant (+0,2%).

Die Sozialhilfequote betrug zum Jahresende 1999 in Deutschland 3,4% der Bevölkerung (Vorjahr 3,5%). Der Anteil der Bevölkerung, der Sozialhilfe beansprucht, hat sich somit seit 1963 mehr als verdreifacht; damals bezog lediglich 1% der Bevölkerung Sozialhilfe. Die Strukturda-

ten der Sozialhilfeempfänger haben sich im Zeitverlauf ebenfalls deutlich verändert. So ist der Ausländeranteil zwischen 1965 und 1999 von 3 auf 23% angestiegen. Im selben Zeitraum sank der Frauenanteil von 67% auf nunmehr 56%. Erhebliche Veränderungen waren auch in der altersmäßigen Zusammensetzung der Hilfeempfänger zu verzeichnen: Zwischen 1965 und 1999 erhöhte sich der Anteil der 18- bis unter 50-Jährigen von 18 auf 45% und der der Kinder (unter 18 Jahre) von 32 auf 37%. Gleichzeitig ging der Anteil der über 50-Jährigen von 50 auf 18% zurück.

#### Hauptsächliche Bezugsgruppen

Zum Jahresende 1999 erhielten insgesamt 2,79 Mill. Personen in 1,45 Mill. Haushalten<sup>3)</sup> Sozialhilfe im engeren Sinne.<sup>3)</sup> Unter den Empfängern waren 2,16 Mill. Deutsche und 629 000 Ausländer/-innen (siehe Tabelle 1). Der Ausländeranteil lag bei 23%. Die Untergliederung der ausländischen Hilfeempfänger zeigt, dass 10% aus Staaten der Europäischen Union kamen, 13% waren Asylberechtigte und 2% waren Bürgerkriegsflüchtlinge; der mit 75% größte Anteil entfiel auf den Personenkreis „sonstige Ausländer“, wozu auch die türkischen Staatsangehörigen zählen. Bei den Sozialhilfeempfängern überwogen mit 56% die weiblichen Bezieher, 44% waren männlich. Unter den Sozialhilfehaushalten gab es 619 000 Haushalte von Alleinstehenden, 151 000 von Ehepaaren mit Kindern und 104 000 von Ehepaaren ohne Kind. Besonders häufig, und zwar mit 332 000 Fällen, waren alleinerziehende Frauen vertreten.

2) Gemeint sind die sog. Bedarfs- bzw. Einsatzgemeinschaften, die hier und im Folgenden der Einfachheit halber kurz als Haushalte bezeichnet werden.

3) Darüber hinaus gab es zum Jahresende 1999 noch knapp 19 000 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, die in Einrichtungen lebten.

Tabelle 1: Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne<sup>1)</sup>  
am Jahresende 1999

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	Anzahl			Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in % <sup>2)</sup>		
Deutschland						
Deutsche .....	2 163 147	915 782	1 247 365	2,9	2,5	3,2
Nichtdeutsche .....	629 332	302 455	326 877	8,6	7,7	9,6
<b>Insgesamt ...</b>	<b>2 792 479</b>	<b>1 218 237</b>	<b>1 574 242</b>	<b>3,4</b>	<b>3,0</b>	<b>3,7</b>
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 7 .....	464 737	238 878	225 859	8,4	8,4	8,4
7 – 15 .....	445 274	228 301	216 973	6,1	6,1	6,1
15 – 18 .....	128 285	64 296	63 989	4,7	4,6	4,8
18 – 21 .....	107 676	42 528	65 148	3,8	3,0	4,8
21 – 25 .....	154 653	52 315	102 338	4,3	2,8	5,8
25 – 30 .....	209 986	73 765	136 221	4,0	2,8	5,4
30 – 40 .....	464 883	173 520	291 363	3,3	2,4	4,3
40 – 50 .....	306 490	138 185	168 305	2,6	2,3	2,9
50 – 60 .....	216 651	100 273	116 378	2,2	2,0	2,3
60 – 65 .....	112 329	51 064	61 265	2,0	1,9	2,2
65 und älter .....	181 515	55 112	126 403	1,4	1,1	1,5
Bundesländer						
Baden-Württemberg ...	226 917	97 179	129 738	2,2	1,9	2,4
Bayern .....	223 131	93 794	129 337	1,8	1,6	2,1
Berlin .....	272 744	129 677	143 067	8,1	7,9	8,2
Brandenburg .....	57 644	25 985	31 659	2,2	2,0	2,4
Bremen .....	65 532	28 805	36 727	9,9	9,0	10,7
Hamburg .....	126 325	58 081	68 244	7,4	7,0	7,8
Hessen .....	242 408	107 281	135 127	4,0	3,6	4,4
Mecklenburg-Vorpommern .....	51 476	23 486	27 990	2,9	2,7	3,1
Niedersachsen .....	316 730	138 590	178 140	4,0	3,6	4,4
Nordrhein-Westfalen ...	694 573	290 868	403 705	3,9	3,3	4,4
Rheinland-Pfalz .....	109 583	45 972	63 611	2,7	2,3	3,1
Saarland .....	48 148	20 301	27 847	4,5	3,9	5,0
Sachsen .....	103 676	45 199	58 477	2,3	2,1	2,5
Sachsen-Anhalt .....	82 047	37 798	44 249	3,1	2,9	3,2
Schleswig-Holstein ...	122 585	53 507	69 078	4,4	3,9	4,9
Thüringen .....	48 960	21 714	27 246	2,0	1,8	2,2

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. – 2) Bevölkerungsstand: 31.12.1999.

Nach Bevölkerungsgruppen betrachtet wird die Sozialhilfe unterschiedlich häufig in Anspruch genommen. Mittels der Sozialhilfequote (Anteil der Hilfebezieher an der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %) kann die Sozialhilfe-Inanspruchnahme verschiedener Bevölkerungsgruppen quantifiziert und miteinander verglichen werden (siehe Schaubild 2). Am Jahresende 1999 bezogen insgesamt 3,4% der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne. Für die einzelnen Bevölkerungsgruppen ergaben sich folgende Zusammenhänge:

- Kinder (unter 18-Jährige) gehören mit einer Sozialhilfequote von 6,6% relativ häufiger zu den Sozialhilfeempfängern als ältere Menschen (über 65-Jährige), deren Quote lediglich 1,4% beträgt.
- Frauen beanspruchen mit einer Quote von 3,7% relativ häufiger Sozialhilfe als Männer mit 3,0%.
- Ausländer/-innen haben mit 8,6% eine deutlich höhere Sozialhilfequote als Deutsche mit 2,9%.
- Die Sozialhilfequote ist im früheren Bundesgebiet mit 3,6% höher als in den neuen Bundesländern, in denen sie 2,7% beträgt. Im früheren Bundesgebiet ist ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar (d. h. relativ hohe Quoten im Norden, niedrige Quoten im Süden). So wurden für Schleswig-Holstein (4,4%) und Nieder-

sachsen (4,0%) überdurchschnittliche Quoten ermittelt, während sich für Bayern mit 1,8% und Baden-Württemberg mit 2,2% relativ niedrige Quoten ergaben. Die höchsten Quoten sind in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen: Bremen (9,9%), Berlin (8,1%) und Hamburg (7,4%). Unter den Flächenländern entfiel die höchste Sozialhilfequote auf das Saarland (4,5%).

Neben den personenbezogenen Empfängerquoten lassen sich für 1999 auch haushaltsbezogene Quoten bestimmen (siehe Schaubild 2). Danach weisen allein erziehende Frauen die mit Abstand höchste Sozialhilfequote auf. So beziehen 27,1% der allein erziehenden Frauen Sozialhilfe. Vergleichsweise gering sind die Sozialhilfequoten der übrigen Haushaltstypen. Hierbei zeigt sich, dass allein stehende Männer (5,4%) relativ öfter zu den Sozialhilfebeziehern gehören als allein stehende Frauen (4,3%). Eine geringere Inanspruchnahme ist bei den Ehepaaren mit Kindern (2,1%) festzustellen; die Bezugsquote bei den Ehepaaren ohne Kind lag mit 0,9% deutlich unter dem allgemeinen Durchschnitt von 3,9% der Haushalte.

Kinder sind relativ häufig Sozialhilfebezieher: So bezogen zum Jahresende 1999 mehr als 1,0 Mill. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Sozialhilfe, das sind 37% der Empfänger. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Kinder mit Sozialhilfebezug um 3,3% zurückgegangen. Unterteilt nach Altersklassen ergibt sich für 1999 folgendes Bild: 227 000 waren Kleinkinder unter 3 Jahren, 237 000 Kinder im Kindergartenalter von 3 bis 6 Jahren, 445 000 Kinder im schulpflichtigen Alter von 7 bis 14 Jahren und 128 000 Jugendliche zwischen 15 bis 17 Jahren. Gut die Hälfte der Kinder mit Sozialhilfe (52% bzw. 544 000 Kinder) lebte in Haushalten von allein erziehenden Frauen; 31% bzw. 321 000 Kinder im „klassischen“ Haushaltstyp „Ehepaar mit Kind(ern)“.

Die Sozialhilfequote von Kindern ist mit 6,6% annähernd doppelt so hoch wie die Quote im Bevölkerungsdurchschnitt (3,4%). Am höchsten war die Quote in der Gruppe der unter 3-Jährigen mit 9,6%. Insgesamt ist festzustellen, dass die Sozialhilfequote der Kinder

- über dem Gesamtdurchschnitt liegt,
- umso höher ist, je jünger die Kinder sind,
- im Zeitverlauf zugenommen hat, seit 1997 jedoch leicht rückläufig ist.

Ältere Personen beziehen dagegen weniger häufig Sozialhilfe. Für die Personen über 50 Jahre errechnete sich mit 1,8% eine Sozialhilfequote, die nur etwa halb so hoch ist wie der entsprechende Wert für die Gesamtbevölkerung. Die Sozialhilfequote der über 50-Jährigen ist in den vergangenen Jahren weitgehend unverändert geblieben und liegt im Übrigen umso mehr unter dem Gesamtdurchschnitt, je älter die Personen sind.

#### Dauer des Hilfebezugs

Im Durchschnitt liegt die bisherige Bezugsdauer der Sozialhilfe im engeren Sinne, die seit 1994 erfasst wird, bei zweieinhalb Jahren (30 Monate). 597 000 bzw. 41% der Empfängerhaushalte sind Kurzzeitbezieher, das heißt ihre bisherige Bezugsdauer beträgt weniger als ein Jahr. In rund 13% der Fälle handelt es sich um Langzeitbe-



Tabelle 2: Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne<sup>1)</sup> am 31. Dezember 1999

Haushaltstyp	Insgesamt		Durchschnittliche Dauer der Hilfevergrößerung	Darunter mit einer bisherigen Bezugsdauer von ...	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		weniger als 1 Jahr (Kurzzeitempänger)	mehr als 5 Jahren (Langzeitempänger)
	Anzahl	%	Monate	Anteil an Spalte 1 in %	
Haushalte insgesamt	1 452 639	- 2,4	30,0	41,1	13,0
darunter:					
Ehepaare ohne Kind	103 843	- 0,3	31,6	36,8	14,0
Ehepaare mit Kind(ern) <sup>2)</sup>	151 348	- 10,7	18,9	50,7	5,3
mit einem Kind	56 738	- 10,0	18,2	53,7	5,1
mit 2 Kindern	51 167	- 13,0	18,9	50,5	5,3
mit 3 und mehr Kindern	43 443	- 8,9	20,0	47,1	5,8
Einzel nachgewiesene Haushaltsvorstände	619 307	- 0,9	37,6	35,9	18,1
Männer	289 569	- 0,8	37,3	39,6	14,1
Frauen	329 738	- 1,0	43,1	32,6	21,6
Alleinerziehende Frauen mit Kind(ern) <sup>2)</sup>	332 253	- 0,2	22,9	43,6	7,9
mit einem Kind	183 701	- 0,8	23,1	44,0	8,1
mit 2 Kindern	103 180	- 0,4	23,4	42,4	8,1
mit 3 und mehr Kindern	45 372	+ 2,6	21,4	44,6	6,6

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. – 2) Kinder unter 18 Jahren.

780 DM – also etwas weniger als die Hälfte des Bruttobedarfs – monatlich ausgezahlt (siehe Tabelle 3). Mit zunehmender Haushaltsgröße gelangt tendenziell weniger vom Bruttobedarf zur Nettoauszahlung. Das ist darauf zurück-

zuführen, dass größere Haushalte häufig über anrechenbares Einkommen verfügen (z. B. Kindergeld, Unterhaltsleistungen). So erhielten allein stehende Männer im Durchschnitt 65% ihres Bruttobedarfs ausgezahlt (Bruttobedarf: 1 071 DM, Nettoanspruch: 701 DM), während sich dieser Anteil bei den Ehepaaren mit Kind(ern) auf lediglich 39% belief (Bruttobedarf: 2 734 DM, Nettoanspruch: 1 065 DM).

Anhand der zum Jahresende 1999 durchschnittlich ermittelten Nettoauszahlungen lässt sich das jährliche Aufwandsvolumen für die einzelnen Haushaltsgruppen abschätzen.<sup>4)</sup> Der größte Teil der Sozialhilfeausgaben im engeren Sinne für das Jahr 1999 entfiel auf die allein erziehenden Frauen, nämlich 28% (3,8 Mrd. DM) der Ausgaben. Allein stehende Frauen beanspruchten nach dieser Modellrechnung – wie allein stehende Männer – 18% der Ausgaben und Ehepaare mit Kindern 14%. Aufgrund der Hochrechnung ist näherungsweise auch eine Aufteilung der Ausgaben auf die deutschen und ausländischen Empfängerhaushalte möglich: Gut drei Viertel der Ausgaben (etwa 78% bzw. 10,5 Mrd. DM) entfielen auf deutsche Empfängerhaushalte, rund 22% (3,1 Mrd. DM) kamen ausländischen Haushalten zugute.

Bei 86% der Haushalte mit Sozialhilfebezug im engeren Sinne wurde anderweitig erzielt Einkommen auf die Sozialhilfe angerechnet. In 77% der Fälle handelte es sich hierbei um Wohngeld.<sup>5)</sup> Eine wesentliche Rolle spielten weiterhin das Kindergeld (53%) sowie Arbeitseinkommen (19%) und Arbeitslosengeld/-hilfe (16%).<sup>6)</sup>

Tabelle 3: Haushalte vom Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne<sup>1)</sup> am 31. Dezember 1999

Haushaltstyp	Insgesamt		Bruttobedarf	Darunter: Bruttokaltmiete	Angerechnetes Einkommen	Nettoanspruch	Bruttokaltmiete	Angerechnetes Einkommen	Nettoanspruch	Hochgerechnete Jahresausgaben 1999 <sup>2)</sup>	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr								Mrd. DM	Anteil in %
	%	monatlicher Durchschnitt in DM			Anteil am Bruttobedarf in %						
Deutsche Haushalte <sup>3)</sup>	1 180 109	- 1,7	1 570	530	826	744	33,8	52,6	47,4	10,5	78
Ausländische Haushalte <sup>3)</sup>	272 530	- 5,2	1 845	621	910	935	33,7	49,3	50,7	3,1	22
Haushalte insgesamt	1 452 639	- 2,4	1 621	547	842	780	33,8	51,9	48,1	13,6	100
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	140 585	- 7,1	714	176	265	448	24,7	37,2	62,8	0,8	6
Anderweitige Bedarfsgemeinschaften	53 370	+ 8,1	2 045	594	1 158	888	29,0	56,6	43,4	0,6	4
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand	1 258 684	- 2,2	1 705	587	893	812	34,4	52,4	47,6	12,3	90
Ehepaare ohne Kind	103 843	- 0,3	1 784	612	939	846	34,3	52,6	47,4	1,1	8
Ehepaare mit Kind(ern) <sup>4)</sup>	151 348	- 10,7	2 734	832	1 670	1 065	30,4	61,1	38,9	1,9	14
mit einem Kind	56 738	- 10,0	2 220	716	1 248	973	32,2	56,2	43,8	0,7	5
mit 2 Kindern	51 167	- 13,0	2 664	817	1 634	1 031	30,7	61,3	38,7	0,6	5
mit 3 und mehr Kindern	43 443	- 8,9	3 488	1 000	2 263	1 225	28,7	64,9	35,1	0,6	5
Nichteheliche Lebensgemeinschaften											
ohne Kind	15 109	- 15,7	1 658	553	909	749	33,4	54,8	45,2	0,1	1
mit Kind(ern) <sup>4)</sup>	26 303	- 3,0	2 425	734	1 565	860	30,3	64,5	35,5	0,3	2
Alleinstehende	619 307	- 0,9	1 144	457	480	664	39,9	42,0	58,0	4,9	36
Männer	289 569	- 0,8	1 071	422	370	701	39,4	34,6	65,4	2,4	18
Frauen	329 738	- 1,0	1 208	487	577	631	40,3	47,8	52,2	2,5	18
Alleinerziehende Männer mit Kind(ern) <sup>4)</sup>	10 521	+ 1,2	2 121	693	1 210	911	32,7	57,1	42,9	0,1	1
Alleinerziehende Frauen mit Kind(ern) <sup>4)</sup>	332 253	- 0,2	2 188	696	1 230	959	31,8	6,2	43,8	3,8	28
mit einem Kind	183 701	- 0,8	1 831	622	936	894	34,0	51,1	48,9	2,0	14
mit 2 Kindern	103 180	- 0,4	2 411	744	1 427	984	30,9	59,2	40,8	1,2	9
mit 3 und mehr Kindern	45 372	+ 2,6	3 129	884	1 967	1 162	28,3	62,9	37,1	0,6	5

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. – 2) Anzahl der Haushalte (Spalte 1) x Nettoanspruch in DM (Spalte 6) x 12 = Hochgerechnetes Jahresergebnis in DM. – 3) Ausschlaggebend ist hier die Staatsangehörigkeit des Haushaltsvorstandes. – 4) Kinder unter 18 Jahren.

4) Bei dieser Modellrechnung wird u. a. unterstellt, dass die zum Jahresende statistisch erfasste Haushaltsstruktur auch dem Jahresdurchschnitt entspricht.

5) Es ist anzunehmen, dass die Inanspruchnahme von Wohngeld durch die HLU-Empfänger größer ist, als dies in der Sozialhilfestatistik zum Ausdruck kommt. Insofern ist bei der Signierung des Wohngeldes im Rahmen der Sozialhilfestatistik z. z. noch von einer Untererfassung auszugehen.

6) Grundsätzlich werden sämtliche in der Bedarfsgemeinschaft vorkommenden Einkommensarten erfasst, die in die Bedarfsberechnung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt einbezogen werden, d. h. Mehrfachangaben sind zulässig. Darüber hinaus kann die Sozialhilfestatistik auch Angaben zur Haupteinkommensart der HLU-Haushalte machen.









Tabelle 4: Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Art der Unterbringung und Hilfearten<sup>1)</sup> 1999

Hilfeart	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt <sup>2)</sup>	1 401 993	772 641	719 901
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	739	739	–
Vorbeugende Gesundheitshilfe	60 301	58 616	36 031
Krankenhilfe; Hilfe bei Sterilisation; Hilfe zur Familienplanung	547 712	496 595	84 209
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	2 004	1 193	1 022
Hilfe zur Pflege zusammen <sup>2)</sup>	309 713	81 941	228 886
Und zwar:			
ambulant <sup>2)</sup>	81 941	81 941	–
und zwar in Form von:			
Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	20 878	20 878	–
Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit	17 898	17 898	–
Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit	10 573	10 573	–
anderen Leistungen	47 087	47 087	–
teilstationär	3 231	–	3 231
vollstationär	226 312	–	226 312
Blindenhilfe	5 266	3 802	1 479
Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes	9 237	9 159	91
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	26 029	7 388	19 021
Altenhilfe	11 559	7 764	3 828
Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen	12 198	7 801	4 460
Eingliederungshilfe für Behinderte zusammen <sup>2)</sup>	502 796	130 827	377 514
Und zwar:			
Ärztliche Behandlung; Körperersatzstücke; Hilfsmittel	39 028	15 705	23 742
Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	97 913	59 866	38 939
Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	46 744	8 407	38 428
Hilfe zur Berufsausbildung, Fortbildung, Arbeitsplatzbeschaffung	6 414	3 202	3 230
Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	165 792	–	165 792
Suchtkrankenhilfe	23 867	2 644	21 680
Sonstige Eingliederungshilfe	172 493	43 969	130 153

1) Empfänger/-innen mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt. – 2) Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

gen wurde in fast der Hälfte der Fälle (48%) in Einrichtungen gewährt.

## Krankenhilfe

Die Krankenhilfe umfasst ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Arzneimitteln, Verbandmitteln und Zahnersatz, Krankenhausbehandlung sowie sonstige zur Genesung, zur Besserung oder zur Linde-

rung der Krankheitsfolgen erforderliche Leistungen. Im Laufe des Berichtsjahres 1999 erhielten 548 000 Personen Krankenhilfe; der Frauenanteil belief sich auf 50%. Im Durchschnitt waren die Hilfeempfänger 37 Jahre alt (Frauen: 38 Jahre, Männer: 37 Jahre). Krankenhilfe wird Personen gewährt, die ansonsten keinen ausreichenden Krankenversicherungsschutz, zum Beispiel aufgrund einer Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung, genießen. Insofern wird die Krankenhilfe überproportional von ausländischen Hilfeempfängern in Anspruch genommen. 1999 betrug der Anteil der Ausländer an den Empfängern der Krankenhilfe 39%, während er bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt bei 20% lag.

## Hilfe zur Pflege

Die Hilfe zur Pflege wird bedürftigen Personen gewährt, die infolge von Krankheit oder Behinderung bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen sind. Bis zum Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes zum 1. Januar 1995 und den daraus resultierenden Leistungen seit April 1995 (häusliche Pflege) bzw. seit Juli 1996 (stationäre Pflege) war die Hilfe zur Pflege das wichtigste Instrument zur materiellen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit.

Im Laufe des Jahres 1999 wurde rund 310 000 Personen Hilfe zur Pflege gewährt, und zwar in 85 000 Fällen ambulant bzw. teilstationär und in 226 000 Fällen vollstationär. Das stufenweise Einsetzen der gesetzlichen Pflegeversicherungsleistungen hatte zur Folge, dass die Zahl der Hilfeempfänger (*Jahresendbestand*) bei der Hilfe zur Pflege von 1995 bis 1998 um 151 000 bzw. 40% zurückging (siehe Tabelle 5). 1999 hat sich dieser Trend jedoch nicht weiter fortgesetzt: Zum Jahresende 1999 bekamen insgesamt 247 000 Pflegebedürftige Hilfe zur Pflege (ambulant/teilstationär 58 000 und vollstationär 189 000 Pflegebedürftige); dies entspricht einem Zuwachs von 11% gegenüber dem Vorjahr. Mit einem Anteil von 71% überwogen die Frauen. Die Pflegebedürftigen waren im Durchschnitt 72 Jahre alt (Männer: 61 Jahre, Frauen: 77 Jahre). Auf der anderen Seite bezogen zum Jahresende 1999 insgesamt 1,8 Mill. Pflegebedürftige (ambulant 1,3 Mill. und stationär 544 000 Personen) Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung.

Tabelle 5: Entwicklung der sozialen Pflegeversicherung und der Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege)

Gegenstand der Nachweisung	Soziale Pflegeversicherung <sup>1)</sup>					Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe				
	1995	1996	1997	1998	1999	1995	1996	1997	1998	1999
	1 000									
Empfänger am Jahresende insgesamt <sup>2)</sup> ...	1 061	1 547	1 661	1 738	1 819	373	285	251	222	247
ambulant <sup>3)</sup> .....	1 061	1 162	1 198	1 227	1 275	88	68	66	63	58
stationär .....	–	385	463	511	544	286	217	185	159	189
	Mill. DM									
Ausgaben (jährlich) insgesamt (brutto) ....	10 357	21 244	29 595	30 948	31 981	17 473	13 887	6 844	5 870	5 673
ambulant .....	9 227	14 777	15 312	15 627	15 988	1 068	801	768	789	799
Pflegegeld .....	6 011	8 684	8 475	8 365	8 295	555	294	265	255	243
andere Leistungen .....	3 216	6 093	6 837	7 262	7 693	513	507	503	534	555
stationär .....	–	5 270	12 718	13 748	14 423	16 405	13 086	6 077	5 081	4 874
Verwaltungs- und sonstige Ausgaben ...	1 129	1 197	1 565	1 573	1 570	–	–	–	–	–
Einnahmen .....	17 606	24 340	31 099	31 455	31 916	5 222	4 453	1 938	1 411	1 136
Insgesamt ..	– 7 249 <sup>3)</sup>	– 3 096 <sup>3)</sup>	– 1 504 <sup>3)</sup>	– 507 <sup>3)</sup>	65	12 251	9 433	4 906	4 459	4 537

1) Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn. – 2) Für die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe gilt: Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren. – 3) Einschl. teilstationärer Pflege. – a) Einnahmenüberschuss.

Im Laufe des Jahres 1999 wurden die Leistungen der Hilfe zur Pflege bei 63 000 Pflegebedürftigen beendet. Die hiervon betroffenen (deutschen) Hilfeempfänger waren im Durchschnitt 72 Jahre alt. Demgegenüber gab es 247 000 Pflegefälle, die zum Jahresende 1999 noch andauerten. Die Hilfeempfänger (Deutsche) waren in diesen Fällen mit 73 Jahren im Durchschnitt geringfügig älter. Signifikante Unterschiede zeigten sich hinsichtlich der Dauer der Hilfestellung (siehe Tabelle 6). Während sich für die Dauer der im Jahr 1999 *abgeschlossenen* Hilfen ein Durchschnittswert von 2,5 Jahren ergab, errechnete sich für die bisherige Dauer der *noch andauernden* Pflegefälle ein Durchschnittswert von 4,2 Jahren. Der Anteil der Pflegefälle mit einer bisherigen Bezugsdauer von weniger als einem Jahr ist bei den Bestandsfällen (am Jahresende noch andauernde Fälle) mit 27% vergleichsweise gering; der entsprechende Anteilswert belief sich bei den abgeschlossenen Hilfen auf 53%. Demgegenüber spielen bei den Bestandsfällen die Langzeitfälle mit einer bisherigen Bezugsdauer von mindestens 5 Jahren eine relativ große Rolle (20% der Fälle); bei den abgeschlossenen Hilfen beträgt der Anteilswert der Langzeitfälle lediglich 15%.

Tabelle 6: Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen 1999 nach Hilfeart und bisheriger Dauer der Hilfestellung

Art der Hilfe	Empfänger/-innen insgesamt	Darunter mit einer bisherigen Hilfedauer von ...		Durchschnittliche(s)	
		weniger als 1 Jahr (Kurzzeitfälle)	mehr als 5 Jahren (Langzeitfälle)	Alter der Empfänger/-innen <sup>1)</sup>	bisherige Dauer der Hilfestellung
	Anzahl	Anteil an Spalte 1 in %	Jahre		
Hilfe zur Pflege während des Jahres beendete Hilfen .....	62 532	53,4	14,6	71,7	2,5
am Jahresende andauernde Hilfen .....	247 177	27,4	19,7	72,6	4,2
Eingliederungshilfe für Behinderte während des Jahres beendete Hilfen .....	111 332	63,5	8,0	27,5	1,7
am Jahresende andauernde Hilfen .....	391 374	23,9	39,0	32,4	6,4

1) Deutsche.

### Eingliederungshilfe für Behinderte

Im Jahr 1999 erhielten 503 000 Personen Eingliederungshilfe für Behinderte; dies entspricht einem Zuwachs von 1,6% gegenüber dem Vorjahr. In einem Drittel der Fälle (33%) handelte es sich um eine Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte, zu 19% um heilpädagogische Maßnahmen für Kinder. Im Gegensatz zur Hilfe zur Pflege überwiegen bei der Eingliederungshilfe die Männer mit 60%. Deutliche Unterschiede sind auch hinsichtlich des Alters festzustellen; die Hilfeempfänger bei der Eingliederungshilfe sind mit durchschnittlich 31 Jahren vergleichsweise jung (Männer: 30 Jahre, Frauen: 33 Jahre).

Im Laufe des Jahres 1999 wurden 111 000 Eingliederungshilfen beendet, das Durchschnittsalter der betroffenen Personen betrug 28 Jahre. Darüber hinaus gab es 391 000 Eingliederungshilfen, die zum Jahresende 1999 noch andauerten. Die Hilfeempfänger waren in diesen Fällen mit 32 Jahren im Durchschnitt vergleichsweise

älter. Signifikante Unterschiede werden auch hier hinsichtlich der Dauer der Hilfestellung deutlich. Während die im Jahr 1999 *abgeschlossenen* Hilfen im Durchschnitt 1,7 Jahre dauerten, ergab sich für die bisherige Hilfestellung der *noch andauernden* Eingliederungshilfen ein durchschnittlicher Wert von 6,4 Jahren. Analog der Hilfe zur Pflege weisen auch die Bestandsfälle bei der Eingliederungshilfe einen relativ hohen Anteil von Langzeitfällen mit einer bisherigen Dauer von mindestens 5 Jahren auf (39% der Fälle). Bei den im Berichtsjahr beendeten Fällen stehen hingegen die Eingliederungshilfen mit einer Dauer von weniger als einem Jahr im Vordergrund (63% der Fälle).

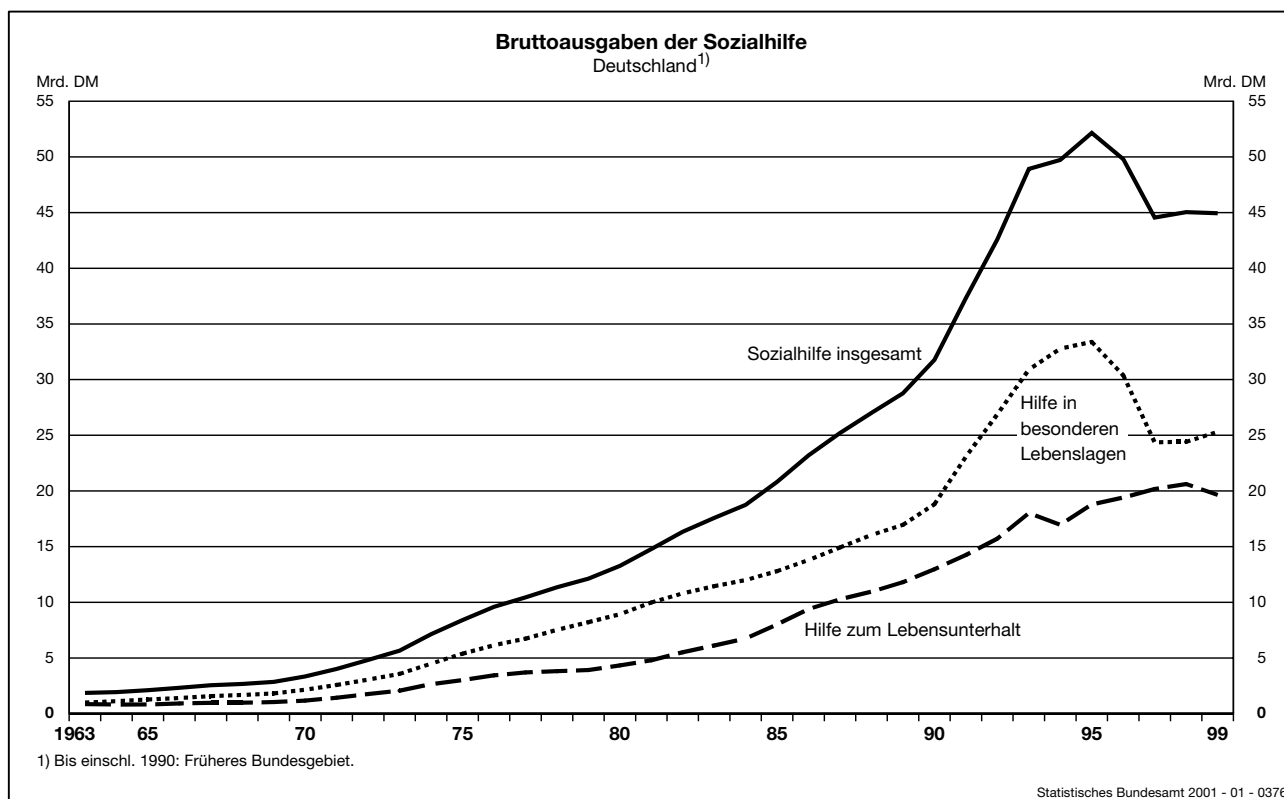
### 1.3 Sozialhilfeaufwand

Seit Einführung der Sozialhilfe sind die Sozialhilfeausgaben bis einschließlich 1993 kontinuierlich gestiegen, und zwar sowohl insgesamt als auch im Hinblick auf die beiden Haupthilfearten, also die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Hilfe in besonderen Lebenslagen (siehe Schaubild 5). Deutliche Zuwächse waren insbesondere Anfang der 1990er Jahre festzustellen, was u.a. auch auf die Einbeziehung der neuen Länder und Berlin-Ost zurückzuführen ist. Die Abschwächung des Anstiegs der Gesamtausgaben im Jahr 1994 ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen. Besonders deutlich zeigte sich dies bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, wo sogar ein absoluter Rückgang der Ausgaben zu beobachten war. Das stufenweise Einsetzen der Pflegeversicherungsleistungen spiegelt sich ebenfalls in der Entwicklung der Sozialhilfeausgaben wider. So war die Ausgabenentwicklung bei der Hilfe zur Pflege von 1995 bis 1998 stark rückläufig. Bei der übergeordneten Hilfe in besonderen Lebenslagen führte dies zunächst im Jahr 1995 zu einer Abschwächung des Ausgabenanstiegs und in den Jahren 1996 und 1997 zu einem absoluten Rückgang der Ausgaben. Letztere Entwicklung war auch ausschlaggebend dafür, dass die Gesamtausgaben der Sozialhilfe in den Jahren 1996 und 1997 zurückgingen.

Ein Blick auf die Struktur der Sozialhilfeausgaben zeigt, dass im Rahmen der Sozialhilfe seit jeher mehr Geld für die Hilfe in besonderen Lebenslagen ausgegeben wurde als für die Hilfe zum Lebensunterhalt. Bis vor wenigen Jahren entwickelten sich die Ausgaben für diese beiden Sozialhilfearten mehr und mehr auseinander. Während sich der Anteil der Hilfe in besonderen Lebenslagen an den Gesamtausgaben im Jahr 1963 noch auf 54% belief, lag er 1994 bereits bei 66%. Im Zuge der Einführung der Pflegeversicherung ist der Anteil der Ausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen an den Gesamtausgaben der Sozialhilfe bis zum Jahr 1999 wieder auf 56% zurückgegangen. Auf der anderen Seite haben die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt, die weitgehend von den Kommunen finanziert werden, im Zeitverlauf bis 1998 stetig zugenommen. Lediglich 1994 sind sie infolge der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückgegangen.

Im Jahr 1999 wurden in Deutschland insgesamt 44,9 Mrd. DM für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgegeben; nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 5,0 Mrd. DM, die den Sozialhilfeträgern zum größ-

Schaubild 5



ten Teil aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zufließen, beliefen sich die reinen Sozialhilfeausgaben (Nettoausgaben) auf 39,9 Mrd. DM, 0,6% mehr als im Vorjahr (siehe Tabelle 7).

Von den reinen Sozialhilfeausgaben im Jahr 1999 entfielen 17,3 Mrd. DM auf die Hilfe zum Lebensunterhalt; dies entspricht einem Rückgang um 4,7% gegenüber dem Vorjahr, was mit den Ergebnissen der Empfängerstatistik korrespondiert. Bei einer detaillierten Betrachtung dieser Ausgabenposition fällt auf, dass die hierzu zählenden „laufenden Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit)“ sowie die so genannten „einmaligen Leistungen“ im Vorjahresvergleich um 6,1 bzw. 4,9% rückläufig waren, die Ausga-

ben für die „laufenden Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit“ (§§ 18 bis 21 BSHG) jedoch gegenüber 1998 um 6,5% auf nunmehr brutto rund 2,0 Mrd. DM zunahmen. Die Ausgaben für die „Hilfe zur Arbeit“ haben sich somit im Vergleich zu 1995 nahezu verdoppelt, was die wachsende Bedeutung dieser Hilfeart verdeutlicht. Allerdings war im Jahr 1999 die Steigerungsrate der Ausgaben für die „Hilfe zur Arbeit“ im Vergleich zu den Vorjahren geringer.

Für Maßnahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden 1999 in Deutschland netto 22,6 Mrd. DM (+5,1% gegenüber 1998) aufgewendet, wobei insbesondere die Leistungen zur Eingliederung Behinderter mit 15,2 Mrd.

Tabelle 7: Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe nach Hilfearten 1999

Hilfeart	Insgesamt			Außerhalb von Einrichtungen			In Einrichtungen		
	Bruttoausgaben	Einnahmen	Reine Ausgaben	Bruttoausgaben	Einnahmen	Reine Ausgaben	Bruttoausgaben	Einnahmen	Reine Ausgaben
Mill. DM									
Hilfe zum Lebensunterhalt .....	19 645,3	2 319,4	17 325,9	19 061,6	2 135,2	16 926,4	583,7	184,2	399,5
Hilfe in besonderen Lebenslagen .....	25 296,7	2 713,2	22 583,5	3 134,2	71,3	3 062,9	22 162,5	2 641,9	19 520,6
Hilfe zur Pflege .....	5 673,2	1 136,0	4 537,2	798,8	22,7	776,2	4 874,4	1 113,3	3 761,1
Eingliederungshilfe für Behinderte .....	16 667,1	1 501,7	15 165,4	927,7	18,9	908,8	15 739,4	1 482,9	14 256,6
Krankenhilfe¹) .....	2 359,7	36,1	2 323,6	1 182,6	20,6	1 162,0	1 177,1	15,6	1 161,5
Sonstige Hilfen .....	596,6	39,3	557,3	225,1	9,2	215,9	371,5	30,1	341,4
<b>Insgesamt ...</b>	<b>44 942,0</b>	<b>5 032,6</b>	<b>39 909,4</b>	<b>22 195,8</b>	<b>2 206,5</b>	<b>19 989,3</b>	<b>22 746,2</b>	<b>2 826,0</b>	<b>19 920,1</b>
Veränderung gegenüber 1998 in %									
Hilfe zum Lebensunterhalt .....	- 4,7	- 4,8	- 4,7	- 4,0	- 3,1	- 4,1	- 23,4	- 20,6	- 24,6
Hilfe in besonderen Lebenslagen .....	+ 3,6	- 7,7	+ 5,1	+ 2,4	- 2,3	+ 2,5	+ 3,7	- 7,9	+ 5,5
Hilfe zur Pflege .....	- 3,4	- 19,5	+ 1,8	+ 1,3	- 11,0	+ 1,7	- 4,1	- 19,7	+ 1,8
Eingliederungshilfe für Behinderte .....	+ 7,2	+ 3,7	+ 7,6	+ 9,2	+ 2,2	+ 9,4	+ 7,1	+ 3,7	+ 7,5
Krankenhilfe¹) .....	- 0,9	- 3,7	- 0,9	- 1,3	+ 2,5	- 1,4	- 0,5	- 10,8	- 0,4
Sonstige Hilfen .....	- 4,7	- 8,5	- 4,4	+ 0,6	+ 2,7	+ 0,6	- 7,7	- 11,5	- 7,4
<b>Insgesamt ...</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 6,4</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>- 3,1</b>	<b>- 3,1</b>	<b>- 3,2</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>- 8,8</b>	<b>+ 4,7</b>

1) Einschl. Hilfe bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung.

Tabelle 8: Übersicht über die Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 1999 nach Ländern

Land	Ausgaben								Einnahmen	Reine Ausgaben	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Hilfe zum Lebensunterhalt		Hilfe in besonderen Lebenslagen			insgesamt		je Einwohner <sup>2)</sup>	
			zusammen	dar.: laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen	zusammen	darunter					
						Hilfe zur Pflege	Eingliederungshilfe für Behinderte				Krankenhilfe <sup>1)</sup>
1 000 DM	%	1 000 DM								DM	
Baden-Württemberg	3 990 343,1	- 0,9	1 629 931,1	1 392 948,5	2 360 412,0	604 943,1	1 501 532,4	191 237,2	444 470,4	3 545 872,6	340,70
Bayern	5 137 027,1	+ 2,0	1 673 762,7	1 264 681,5	3 463 264,4	900 976,9	2 282 633,0	233 261,4	795 688,7	4 341 338,4	359,70
Berlin	3 587 722,1	+ 2,7	1 880 463,7	1 504 251,0	1 707 258,4	537 581,2	800 841,2	334 208,9	317 739,3	3 269 982,8	957,73
Berlin-West	2 390 673,8	+ 3,1	1 404 804,3	1 140 602,0	985 869,5	391 005,1	417 096,2	154 141,1	210 194,3	2 180 479,5	1 022,28
Berlin-Ost	1 197 048,3	+ 16,5	475 659,4	363 649,0	721 388,9	146 576,0	383 745,0	180 067,8	107 545,0	1 089 503,2	850,28
Brandenburg	946 612,2	+ 1,7	353 809,4	293 367,2	592 802,8	50 591,4	498 045,5	36 619,2	122 462,7	824 149,5	319,22
Bremen	888 098,2	+ 3,5	469 906,3	391 932,3	418 191,9	97 169,4	250 478,4	56 906,2	80 152,9	807 945,4	1 204,23
Hamburg	1 900 419,4	- 1,9	905 218,7	711 385,1	995 200,7	249 223,4	501 775,3	197 701,9	128 648,6	1 771 770,8	1 041,11
Hessen	3 950 351,5	- 1,9	1 816 284,4	1 519 911,9	2 134 067,1	561 818,2	1 295 100,1	225 805,4	443 591,4	3 506 760,1	581,36
Mecklenburg-Vorpommern	716 379,5	- 0,1	325 237,9	248 251,0	391 141,6	37 683,5	312 537,2	31 659,1	86 395,4	629 984,1	349,36
Niedersachsen	4 807 528,9	+ 0,1	2 091 699,8	1 773 875,2	2 715 829,1	401 939,9	1 980 009,6	248 290,7	472 496,4	4 335 032,5	552,03
Nordrhein-Westfalen	11 256 515,2	- 1,8	5 097 622,5	4 309 372,7	6 158 892,8	1 421 877,7	4 080 901,1	489 164,4	1 134 922,5	10 121 592,8	563,22
Rheinland-Pfalz	1 974 203,5	- 3,3	757 233,1	632 081,4	1 216 970,4	254 523,8	855 292,1	82 048,4	208 376,3	1 765 827,2	439,27
Saarland	677 541,7	- 1,6	370 124,4	301 413,8	307 417,4	53 715,9	214 113,4	28 979,2	60 321,6	617 220,1	573,09
Sachsen	1 237 407,4	+ 5,2	582 142,5	475 566,7	655 264,9	79 642,5	526 903,5	38 741,3	170 186,7	1 067 220,7	236,83
Sachsen-Anhalt	1 053 949,8	+ 1,9	438 766,0	347 265,6	615 183,8	51 041,1	511 902,9	49 709,7	139 513,6	914 436,2	339,98
Schleswig-Holstein	2 040 559,3	- 0,7	965 991,8	837 108,3	1 074 567,5	293 605,5	674 329,7	93 199,6	302 989,1	1 737 570,1	629,29
Thüringen	777 329,4	+ 2,3	287 110,5	228 473,0	490 218,9	76 905,4	380 754,6	22 173,1	124 606,1	652 723,3	264,25
Deutschland	44 941 988,3	- 0,2	19 645 304,6	16 231 885,4	25 296 683,6	5 673 238,9	16 667 149,9	2 359 705,5	5 032 561,8	39 909 426,5	486,53
Früheres Bundesgebiet	39 013 261,8	- 1,0	17 182 579,0	14 275 312,7	21 830 682,8	5 230 799,0	14 053 261,2	2 00 735,3	4 281 852,2	34 731 409,5	520,74
Neue Länder und Berlin-Ost	5 928 726,5	+ 5,0	2 462 725,7	1 956 572,7	3 466 000,9	442 439,9	2 613 888,7	358 970,2	750 709,6	5 178 017,0	337,72

1) Inschl. Hilfe bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung. – 2) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 1998.

DM (+7,6%) und für die Hilfe zur Pflege mit 4,5 Mrd. DM (+1,8%) von Bedeutung waren. Die Nettoausgaben der Sozialhilfe für Pflegebedürftige sind damit erstmals seit Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung wieder gestiegen (siehe Tabelle 5).

Die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung beliefen sich 1999 auf rund 32,0 Mrd. DM. Im Bereich der ambulanten Pflege beliefen sich die Ausgaben der Pflegeversicherung 1999 auf 16,0 Mrd. DM. Im stationären Bereich erbrachte die Pflegeversicherung Leistungen in Höhe von 14,4 Mrd. DM.

Die Unterscheidung der Sozialhilfeausgaben nach Hilfen in und außerhalb von Einrichtungen ergibt folgendes Bild: Die reinen Ausgaben an Hilfeempfänger innerhalb von Einrichtungen (z. B. Alten- und Pflegeheime, Werkstätten für Behinderte) betragen 1999 insgesamt 19,9 Mrd. DM (+4,7% gegenüber 1998). Der reine Aufwand für Hilfen außerhalb von Einrichtungen belief sich im Berichtsjahr 1999 auf rund 20,0 Mrd. DM (-3,2% gegenüber 1998). Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird größtenteils außerhalb von Einrichtungen (98%), die Hilfe in besonderen Lebenslagen hingegen weitgehend in Einrichtungen geleistet (86%).

Die Aufteilung der Sozialhilfeausgaben nach Bundesländern ist in Tabelle 8 dargestellt. Der größte Teil der reinen Sozialhilfeausgaben (87%) entfiel mit 34,7 Mrd. DM auf das frühere Bundesgebiet; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 0,4%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden netto 5,2 Mrd. DM für Sozialhilfe ausgegeben, 7,6% mehr als im Vorjahr. Die reinen Sozialhilfeausgaben je Einwohner lagen 1999 in Deutschland bei durchschnittlich 487 DM; im früheren Bundesgebiet waren die Ausgaben je Einwohner mit 521

DM wesentlich höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (338 DM). In Sachsen (237 DM), Thüringen (264 DM) und Brandenburg (319 DM) lagen die Pro-Kopf-Ausgaben unter dem ostdeutschen Durchschnitt.

Im früheren Bundesgebiet lassen sich drei Niveaubereiche feststellen:

- In Baden-Württemberg und Bayern sind die Ausgaben mit 341 bzw. 360 DM je Einwohner mit Abstand am geringsten. Auch in Rheinland-Pfalz sind die Ausgaben unterdurchschnittlich (439 DM).
- In den anderen Flächenländern wurden überdurchschnittliche Ausgaben je Einwohner festgestellt, die sich auf einem Niveau zwischen 552 DM (Niedersachsen) und 629 DM (Schleswig-Holstein) bewegen.
- In den drei Stadtstaaten sind die Ausgaben schließlich am höchsten. In Bremen lagen sie mit 1204 DM mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt des früheren Bundesgebietes. In Hamburg und Berlin-West und waren die Pro-Kopf-Ausgaben mit 1041 DM bzw. 1022 DM etwas niedriger.

## 2 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Die Leistungen nach dem AsylbLG umfassen die Regelleistungen und die besonderen Leistungen. Die *Regelleistungen* dienen zur Deckung des täglichen Bedarfs und werden entweder in Form von Grundleistungen oder als Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt:

- Grundleistungen nach § 3 AsylbLG sollen den notwendigen Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts im notwendigen Umfang durch Sachleistungen decken. Unter besonderen Umständen können anstelle der Sachleistungen auch Wertgutscheine oder Geldleistungen erbracht werden. Zusätzlich erhalten die Leistungsempfänger einen monatlichen Geldbetrag (Taschengeld) für die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Die so gewährte individuelle Hilfeleistung ist insgesamt geringer als die korrespondierenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt.
- In besonderen Fällen erhalten die Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbLG Hilfe zum Lebensunterhalt analog zu den Leistungen nach dem BSHG.<sup>10)</sup>

Die *besonderen Leistungen* werden in speziellen Bedarfssituationen gewährt und beinhalten andere Leistungen gemäß §§ 4 bis 6 AsylbLG und die Hilfe in besonderen Lebenslagen:

- Zu den anderen Leistungen gemäß §§ 4 bis 6 AsylbLG gehören Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, Leistungen für die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten sowie sonstige Leistungen.
- Hilfe in besonderen Lebenslagen wird in besonderen Fällen gemäß § 2 AsylbLG analog zum BSHG gewährt. Demnach ist Krankenhilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen sowie Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist.<sup>11)</sup>

*Regelleistungen* zur Deckung des täglichen Bedarfs nach dem AsylbLG erhielten zum Jahresende 1999 insgesamt 436 000 Personen (siehe Tabelle 9). Die Zahl

der Leistungsbezieher ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,7% zurückgegangen. Rund 59% der Empfänger waren männlich, 41% weiblich. Über die Hälfte der Leistungsempfänger (240 000 bzw. 55%) war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug wie schon im Vorjahr 23,2 Jahre. Die Empfänger lebten in 208 000 Haushalten; in knapp der Hälfte der Fälle (49%) handelte es sich dabei um allein stehende Männer. 56% der Regelleistungsempfänger waren zum Jahresende 1999 dezentral untergebracht, die übrigen 44% lebten in Aufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften. In der Mehrzahl kamen die Asylbewerber aus Europa (siehe Schaubild 6); darunter insbesondere aus Jugoslawien (Serbien, Montenegro) mit 44% der Fälle (1998: 39%). Weitere 10% der Asylbewerber hatten die Staatsangehörigkeit der Türkei (1998: 12%) und 5,9% die von Bosnien und Herzegowina (1998: 8,1%).

Neben den vorgenannten Regelleistungen wurden noch 109 000 Fälle zur Statistik gemeldet, denen zum Jahresende 1999 *besondere Leistungen* nach dem AsylbLG gewährt wurden (-24% gegenüber 1998).<sup>12)</sup> Hierbei handelte es sich fast ausschließlich (94%) um Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt. Die Empfänger besonderer Leistungen waren im Durchschnitt 23,8 Jahre alt; 43% waren weiblich.

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem AsylbLG betrugen im Jahr 1999 in Deutschland 4,1 Mrd. DM, nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 0,2 Mrd. DM beliefen sich die reinen Ausgaben auf rund 3,9 Mrd. DM (siehe Tabelle 10). Gegenüber dem Vorjahr gingen die Netto-

Tabelle 9: Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31. Dezember 1999 nach Altersgruppen und Geschlecht<sup>1)</sup>

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	
unter 7	76 135	17,5	39 214	36 921
7 - 11	40 981	9,4	21 375	19 606
11 - 15	32 393	7,4	17 216	15 177
15 - 18	23 899	5,5	14 350	9 549
18 - 21	28 233	6,5	19 605	8 628
21 - 25	38 589	8,9	26 719	11 870
25 - 30	53 797	12,3	33 699	20 098
30 - 40	87 906	20,2	52 826	35 080
40 - 50	34 994	8,0	21 233	13 761
50 - 60	10 679	2,4	5 675	5 004
60 - 65	3 214	0,7	1 422	1 792
65 und älter	5 110	1,2	1 977	3 133
Insgesamt ...	435 930	100	255 311	180 619
Durchschnittsalter in Jahren	23,2	X	23,6	22,6

1) Neben diesen Regelleistungen wurden zum Jahresende 1999 noch in 109 047 Fällen besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (z.B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) gewährt.

Tabelle 10: Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Hilfearten 1999

Ausgaben nach Hilfearten Einnahmen	1999		1998		1999 gegenüber 1998
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
<b>Ausgaben</b>					
Regelleistungen	3 222,1	77,9	3 439,8	-	- 6,3
Grundleistungen	3 222,1	77,9	3 439,8	-	- 15,3
Sachleistungen	1 150,0	27,8	1 087,1	+	+ 5,8
Wertgutscheine	283,6	6,9	265,0	+	+ 7,0
Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse	261,4	6,3	290,3	-	- 10,0
Geldleistungen für den Lebensunterhalt	1 527,1	36,9	1 797,4	-	- 15,0
Hilfe zum Lebensunterhalt	-	-	-	-	-
Besondere Leistungen	913,0	22,1	938,7	-	- 2,7
Andere Leistungen	913,0	22,1	938,7	-	- 2,7
Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt	794,0	19,2	828,0	-	- 4,1
Arbeitsgelegenheiten	34,6	0,8	32,6	+	+ 6,0
Sonstige Leistungen	84,4	2,0	78,2	+	+ 8,0
Hilfe in besonderen Lebenslagen	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4 135,1</b>	<b>100</b>	<b>4 378,6</b>	-	- 5,6
<b>Einnahmen</b>	<b>188,7</b>	<b>4,6</b>	<b>196,9</b>	-	- 4,2
<b>Reine Ausgaben</b>	<b>3 946,4</b>	<b>95,4</b>	<b>4 181,7</b>	-	- 5,6

10) Nach Inkrafttreten des ersten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG können die Leistungen in besonderen Fällen gem. § 2 Abs. 1 AsylbLG frühestens erst wieder ab 1. Juni 2000 gewährt werden. Insbesondere gilt dies für Leistungsberechtigte, wenn  
 - über ihren Asylantrag zwölf Monate nach Antragstellung noch nicht unanfechtbar entschieden ist, solange sie nicht vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind, oder  
 - sie eine Duldung erhalten haben, weil ihrer freiwilligen Ausreise und ihrer Abschiebung Hindernisse entgegenstehen, die sie nicht zu vertreten haben.

11) Siehe Fußnote 10.

12) Die Empfänger besonderer Leistungen erhalten in den allermeisten Fällen auch zugleich Regelleistungen.

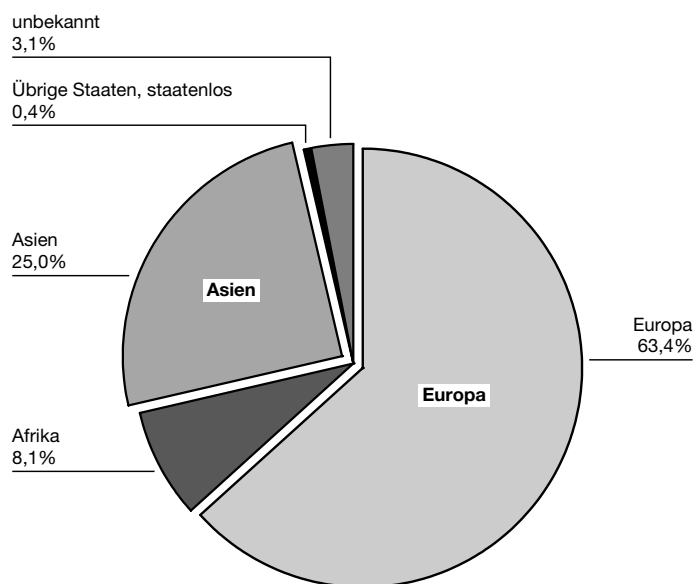


Schaubild 6

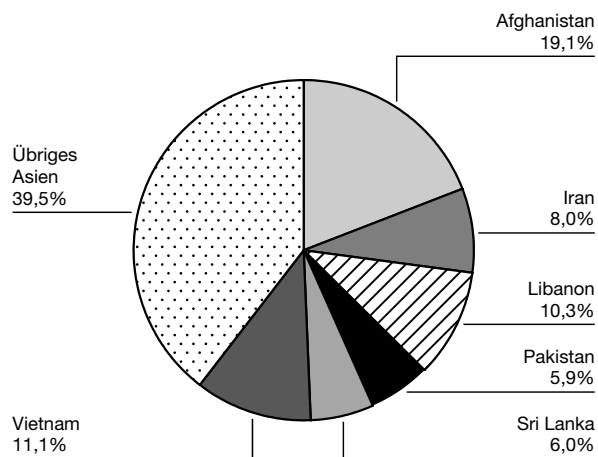
**Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31. Dezember 1999  
nach der Staatsangehörigkeit**

Anteil an allen Regelleistungsempfängern in %

**Insgesamt**

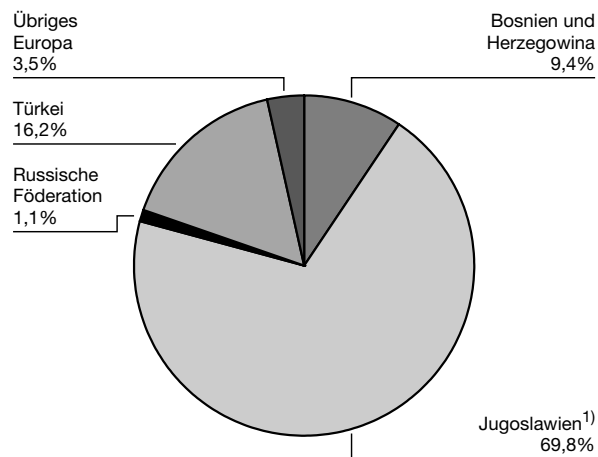


**Asien**



1) Serbien und Montenegro.

**Europa**



Statistisches Bundesamt 2001 - 01 - 0376

ausgaben somit um 5,6% zurück. Der größte Teil der Gesamtausgaben wurde für Regelleistungen in Form von Grundleistungen aufgewandt (3,2 Mrd. DM), also zur

Deckung des täglichen Bedarfs der Asylbewerber (Unterkunft, Kleidung, Essen usw.). Für besondere Leistungen wurden im Jahr 1999 rund 0,9 Mrd. DM ausgegeben. ■

# Kommunal Finanzen 2001

Dieser Beitrag basiert auf den Daten der kommunalen Haushaltsansatzstatistik 2001, die frühzeitig im Jahr einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) geben. Als Vergleichszahlen werden die entsprechenden Ist-Ergebnisse aus der kommunalen Kassenstatistik für das Jahr 2000 herangezogen.

Die Haushaltsplanungen für 2001 deuten auf eine weitere Stabilisierung der Gemeindefinanzen hin. Bei einem Einnahmestieg um 0,2% auf 288,2 Mrd. DM und einem Ausgabenzuwachs um 1,1% auf 287,0 Mrd. DM ist eine Nettokredit-tilgung in Höhe von 0,5 Mrd. DM (2000: 0,8 Mrd. DM) vorgesehen.

Die Gemeinden/Gv. erwarten in ihren Haushaltsplanungen eine geringfügige Zunahme der Steuereinnahmen um 0,1% auf 101,6 Mrd. DM. Es bleibt abzuwarten, ob dies angesichts der Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr realisierbar ist. Der Arbeitskreis Steuerschätzung geht in seiner aktuellen Prognose von einem Rückgang der kommunalen Steuereinnahmen um 3,1% aus.

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Müller

DM, gegenüber dem Vorjahr wird er sich damit jedoch auf rund ein Drittel reduzieren (siehe Tabelle 1).

## Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Daten der kommunalen Haushaltsansatzstatistik, die bereits frühzeitig einen Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) im Jahr 2001 geben. Die entsprechenden Ist-Daten für 2000 aus der vierteljährlichen Kassenstatistik dienen als Vergleichsbasis.

Aufgrund der positiven Finanzsituation liegen die Tilgungszahlungen der Kommunen 2001 voraussichtlich um 0,5 Mrd. DM (Vorjahr: 0,8 Mrd. DM) über der Neuaufnahme von Krediten.

Insgesamt bleibt die Entwicklung sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben im Rahmen der von den Länderinnenministern erlassenen Orientierungsdaten für das Jahr 2001.

## Gesamtüberblick

Die Haushaltsplanungen für das Jahr 2001 deuten auf eine Stabilisierung der Gemeindefinanzen hin. Bei den Einnahmen gehen die Gemeinden/Gv. von einer Zunahme um 0,2% auf 288,2 Mrd. DM aus. Für die Ausgaben planen sie ein Wachstum von 1,1% auf 287,0 Mrd. DM. In der Abgrenzung der Finanzstatistik errechnet sich für 2001 zwar noch ein Einnahmeüberschuß von gut 1 Mrd.

## Ausgaben

Für den laufenden Sachaufwand aus dem Betrieb und der Unterhaltung der kommunalen Einrichtungen und Verwaltungen ist nach den Daten für 2001 eine Erhöhung um 2,0% auf 55,9 Mrd. DM angesetzt. Die Ausgaben für soziale Leistungen dürften dagegen voraussichtlich nur um 0,9% auf 52,5 Mrd. DM zunehmen, wobei der Anstieg im Westen (+0,4%) erheblich niedriger ausfällt als in den neuen Ländern (+4,1%).

Tabelle 1: Ausgaben bzw. Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände<sup>1)</sup>

Ausgaben/Einnahmen	2001 <sup>2)</sup>			2000 <sup>3)</sup>			Veränderung 2001 gegenüber 2000		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
	Mill. DM						%		
Bereinigte Ausgaben .....	286 961,7	238 020,1	48 923,4	283 839,5	234 271,8	49 567,8	+ 1,1	+ 1,6	- 1,3
darunter:									
Personalausgaben .....	77 802,1	63 222,8	14 566,4	77 261,3	62 473,1	14 788,2	+ 0,7	+ 1,2	- 1,5
Laufender Sachaufwand .....	55 851,8	46 638,7	9 222,5	54 756,7	45 412,6	9 344,0	+ 2,0	+ 2,7	- 1,3
Zinsausgaben .....	10 132,4	8 450,3	1 683,7	10 173,1	8 467,2	1 705,9	- 0,4	- 0,2	- 1,3
Soziale Leistungen .....	52 514,0	45 489,4	7 013,6	52 045,6	45 308,2	6 737,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 4,1
Baumaßnahmen .....	36 767,9	28 044,7	8 712,9	36 915,6	27 414,2	9 501,5	- 0,4	+ 2,3	- 8,3
Erwerb von Sachvermögen .....	10 939,6	9 577,9	1 361,7	11 151,5	9 753,5	1 398,1	- 1,9	- 1,8	- 2,6
Bereinigte Einnahmen .....	288 177,5	239 434,2	48 786,0	287 602,3	237 769,8	49 832,5	+ 0,2	+ 0,7	- 2,1
darunter:									
Steuern und steuerähnliche Abgaben .....	101 634,6	93 381,2	8 286,4	101 533,1	93 287,9	8 245,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5
Laufende Zuweisungen vom Land .....	80 726,4	58 880,4	21 820,6	78 757,5	57 110,0	21 647,4	+ 2,5	+ 3,1	+ 0,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit .....	17 896,0	15 184,8	2 724,5	18 205,5	15 494,7	2 710,9	- 1,7	- 2,0	+ 0,5
Gebühren u. ä. Entgelte .....	32 826,3	28 736,4	4 089,1	33 124,4	28 939,0	4 185,4	- 0,9	- 0,7	- 2,3
Investitionszuweisungen vom Land .....	15 779,9	9 500,3	6 278,4	15 827,4	9 341,5	6 485,9	- 0,3	+ 1,7	- 3,2
Finanzierungssaldo .....	1 215,8	1 414,1	- 137,4	3 770,9	3 506,2	264,8	X	X	X
Nettokreditaufnahme .....	- 453,5	- 125,8	- 327,7	- 783,9	- 759,0	- 24,9	X	X	X

1) In den Flächenländern, ohne Stadtstaaten. – 2) Basis Kassenergebnisse 2000, fortgeschrieben mit Veränderungsdaten der Haushaltsansätze 2001 gegenüber 2000. – 3) Kassenergebnisse 2000.

Bei den Personalausgaben wird insgesamt ebenfalls lediglich ein leichter Zuwachs von 0,7% auf 77,8 Mrd. DM erwartet. Wie im Vorjahr ist in den neuen Ländern durch weiteren Personalabbau sogar ein Rückgang bei den Personalausgaben eingeplant.

Auch für 2001 zeichnet sich erneut ein leichter Rückgang der kommunalen Bauausgaben ab. Sie bleiben nach den Ansätzen mit 36,8 Mrd. DM um 0,4% unter dem Vorjahresniveau, wobei die Gemeinden im früheren Bundesgebiet allerdings von einem Zuwachs um 2,3% ausgehen, während die geplanten Ausgaben für Baumaßnahmen in den neuen Ländern deutlich um 8,3% unter dem Ergebnis des Jahres 2000 liegen. Für den Erwerb von Sachvermögen ergibt sich nach der kräftigen Zunahme im Vorjahr ein Rückgang um 1,9% auf 10,9 Mrd. DM.

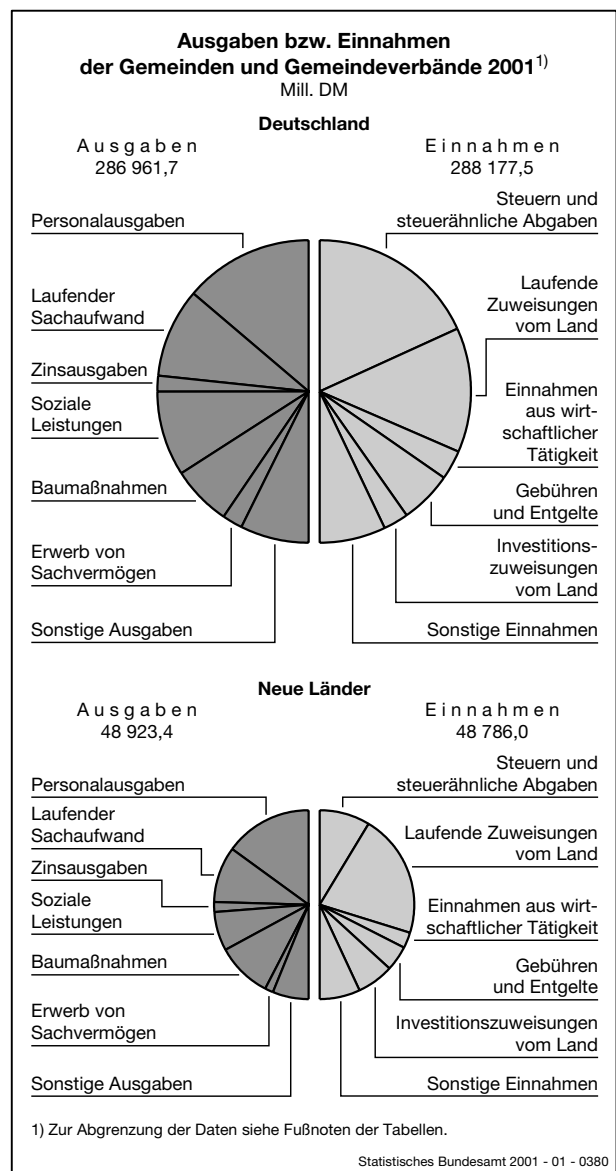
Die Zinsausgaben sind entsprechend dem abnehmenden Schuldenstand weiter leicht rückläufig. Sie werden voraussichtlich ebenfalls um 0,4% unter dem Vorjahresbetrag liegen und 10,1 Mrd. DM betragen. Dies erklärt sich allerdings zum Teil auch dadurch, dass im Jahr 2001 weitere Einrichtungen mit ihren Schulden und den Ausgaben für den Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) aus den kommunalen Haushalten ausgelagert werden.

Eine Gegenüberstellung der Pro-Kopf-Ausgaben der neuen und alten Bundesländer zeigt im Vergleich zum Vorjahr keine durchgreifende Änderung. Im früheren Bundesgebiet werden von den Gemeinden/Gv. 3810 DM je Einwohner ausgegeben, in den neuen Ländern sind es 3514 DM (siehe Tabelle 2). Die wichtigsten Unterschiede liegen weiterhin bei den Bauausgaben, die aufgrund des Nachholbedarfs in den neuen Ländern immer noch deutlich höher ausfallen als im Westen (626 gegenüber 449 DM) und bei den kommunalen Ausgaben für Sozialleistungen, die je Einwohner im Osten spürbar niedriger als im Westen liegen; 728 DM pro Kopf der Bevölkerung in den alten Bundesländern stehen in den neuen Ländern lediglich 504 DM gegenüber.

Tabelle 2: Pro-Kopf-Ausgaben bzw. -Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2001<sup>1)</sup>

Ausgaben/Einnahmen	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
DM je Einwohner			
Bereinigte Ausgaben .....	3 757	3 810	3 514
darunter:			
Personalausgaben .....	1 019	1 012	1 046
Laufender Sachaufwand .....	731	747	662
Zinsausgaben .....	133	135	121
Soziale Leistungen .....	687	728	504
Baumaßnahmen .....	481	449	626
Erwerb von Sachvermögen .....	143	153	98
Bereinigte Einnahmen .....	3 773	3 833	3 504
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben .....	1 330	1 495	595
Laufende Zuweisungen vom Land .....	1 057	943	1 567
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit .....	234	243	196
Gebühren u. ä. Entgelte .....	430	460	294
Investitionsleistungen vom Land .....	207	152	451
Anzahl			
nachrichtlich:			
Bevölkerung <sup>2)</sup> .....	76 388 463	62 464 803	13 923 660

1) In den Flächenländern, ohne Stadtstaaten – Basis Kassenergebnisse 2000, fortgeschrieben mit den Veränderungsraten der Haushaltsansätze 2001 gegenüber 2000. – 2) Stichtag: 31. März 2000.



## Einnahmen

Aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben erwarten die Gemeinden/Gv. für das Jahr 2001 mit 101,6 Mrd. DM Einnahmen, die in etwa das Niveau des Vorjahres (101,5 Mrd. DM) erreichen. Dabei wird die Entwicklung in den östlichen Bundesländern mit einem Plus von 0,5% etwas günstiger als im Westen (+0,1%) eingeschätzt. Das liegt besonders an den erwarteten höheren Zuwächsen für die Gewerbesteuer in den neuen Ländern. Unsicher ist allerdings, ob die Gemeinden die zu erwartenden Einnahmeausfälle aus der Steuerreform und dem etwas schwächeren Wirtschaftswachstum schon antizipiert haben. Somit bleibt abzuwarten, ob sich die Steuereinnahmen in dieser Höhe realisieren. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ geht in seiner jüngsten Prognose für das Jahr 2001 einschließlich der Auswirkungen der Steuerreform von einem Rückgang der kommunalen Steuern um 3,1% gegenüber dem Vorjahr aus.

Die laufenden Zuweisungen von den Ländern, mit 80,7 Mrd. DM neben den Steuern eine der Haupteinnahmequellen, liegen nach den kommunalen Haushaltsplanungen für 2001 um 2,5% über dem Vorjahresbetrag. Bei

den Investitionszuweisungen von den Ländern wird insgesamt ein leichter Rückgang um 0,3% auf 15,8 Mrd DM erwartet, wobei die Einnahmen in den neuen Ländern mit – 3,2% voraussichtlich noch deutlich geringer ausfallen.

Bei den Gebühren und Entgelten rechnen die Gemeinden/Gv. für 2001 mit Einnahmen in Höhe von 32,8 Mrd. DM. Das sind 0,9% weniger als letztes Jahr, weil – wie bereits erwähnt – auch für 2001 von weiteren Ausgliederungen kommunaler Einrichtungen aus den Haushalten auszugehen ist. Somit dürfte die tatsächliche Gebührenentwicklung für dieses Jahr etwas unterzeichnet sein.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Einnahmen zeigt gegenüber 2000 kaum Strukturveränderungen. Vorrangige Einnahmequelle der Gemeinden/Gv. in den neuen Ländern sind die laufenden Zuweisungen vom Land mit 1567 DM je Einwohner, bei den Gemeinden/Gv. der alten Länder dagegen sind es die Steuern und steuerähnlichen Abgaben mit 1495 DM je Einwohner. Die Investitionszuweisungen vom Land liegen je Einwohner im Osten mit 451 DM rund dreimal so hoch wie im Westen. Die Gebühreneinnahmen je Einwohner sind dagegen im Osten mit 294 DM deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (460 DM), weil ein großer Teil gebührenpflichtiger Einrichtungen in den neuen Ländern von vornherein außerhalb der Gemeindehaushalte als Sondervermögen oder in rechtlich selbstständiger Form geführt wird. ■

# Ergebnisse der Lohnstatistik für 2000

*Im Jahr 2000 stiegen die tariflichen Grundlöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften mit 2,2 bzw. 2,3% kaum stärker als der Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte. Erstmals seit der deutschen Vereinigung hat sich im Jahr 2000 die Angleichung der ostdeutschen Tariflöhne und -gehälter an das Westniveau nicht fortgesetzt, was ganz überwiegend auf die Tarifentwicklung im ostdeutschen Baugewerbe zurückzuführen ist, das sich in einer schweren Strukturkrise befindet.*

*Im Produzierenden Gewerbe erhöhten sich die Effektivverdienste der Arbeitnehmer deutlich stärker als die Tarifentgelte. Auch hier konnten die ostdeutschen Arbeitnehmer der westdeutschen Verdienstentwicklung nicht ganz folgen (+2,2% gegenüber 2,9%). Nur die ostdeutschen Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe verringerten 2000 mit einer Verdienststeigerung von 3,4% (gegenüber 2,8%) den Verdienstvorsprung ihrer westdeutschen Kollegen.*

---

Dipl.-Volkswirt Lothar Hake,  
Dipl.-Volkswirt Peter Kaukewitsch

---

## Vorbemerkung

Die Lohn- und Gehaltsentwicklung wird in der amtlichen deutschen Lohnstatistik durch die laufende Auswertung der Tarifabschlüsse und durch vierteljährliche Verdiensterhebungen beobachtet. Die Auswertung der wichtigsten (derzeit 669) Tarifverträge für die gewerbliche Wirtschaft und die Gebietskörperschaften dient vor allem der Berechnung der Indizes der Tariflöhne und -gehälter sowie der tariflichen Wochenarbeitszeit. Die vierteljährlichen Erhebungen erfragen die Effektivverdienste der Arbeiter und Angestellten bei bis zu 40500 repräsentativ ausgewählten Betrieben im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Im Folgenden wird die Entwicklung der Tarifindizes sowie der Effektivverdienste im Jahr 2000 dargestellt.

## 1 Ergebnisse der vierteljährlichen Tarifstatistiken

### 1.1 Allgemeiner Überblick

Die Tarifentwicklung lässt sich im Zusammenhang mit anderen wirtschaftlichen Indikatoren im Jahr 2000 folgendermaßen charakterisieren: Die Tariflöhne und Tarifgehälter sind mit +2,2 bzw. +2,3% nahezu im gleichen Umfang gestiegen – die Steigerungsraten lagen damit nur geringfügig über der Zunahme der Verbraucherpreise (1,9%). Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen, das Inlandsprodukt je Erwerbstätigen in konstanten Preisen, hat demgegenüber um 1,5% zugenommen. Folgt man der These, dass reale Lohnanhebungen unterhalb der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität tendenziell die Beschäftigung erhöhen, kann die Tarifentwicklung im Jahr 2000 als beschäftigungsfördernd bezeichnet werden. Dies gilt auch, wenn man zusätzlich die im Jahr 2000 abgeschlossenen Tarifverträge über betriebliche Zusatzleistungen, zum Beispiel in Zusammenhang mit der Altersteilzeit, berücksichtigt.

Die ganz überwiegend in der ersten Jahreshälfte 2000 geschlossenen Tarifverträge sind auf einen erheblich längeren Zeitraum ausgelegt als in den Jahren zuvor. Die

Laufzeit der Tarifverträge beträgt im Durchschnitt 22 Monate gegenüber 14 Monaten im Jahr 1999.

Die bisher zu beobachtende Anpassung des ostdeutschen Tarifniveaus an das westdeutsche ist im Jahr 2000 zum Stillstand gekommen; die ostdeutschen Tarifindizes stiegen mit 1,8% (Arbeiter) bzw. 2,1% (Angestellte) etwas weniger als die im früheren Bundesgebiet (jeweils 2,3%). Hauptursache hierfür sind die Tarifabschlüsse im ostdeutschen Baugewerbe, das sich in einer besonders ungünstigen Wirtschaftssituation befindet; hier wurden deutlich niedrigere Entgeltanhebungen vereinbart als im Westen und in den anderen Branchen im Osten.

In den meisten anderen Wirtschaftszweigen setzte sich die Anpassung des Tarifniveaus, wenngleich verlangsamt, fort. Die in den Bereichen Verkehr und Handel bei den Angestelltentarifen festgestellte stärkere Erhöhung der Indexwerte in den ostdeutschen Tarifbezirken ist als Anpassung an das Westniveau zu verstehen. Die Tarifangleichung ist dabei im Handel (Einzelhandel 100%, Großhandel etwa 95%) praktisch vollzogen, im Verkehrsgewerbe erreicht sie etwa 70 bis 75%. Im öffentlichen Dienst sind inzwischen 87% des Westniveaus ab dem 1. August 2000 erreicht. Am höchsten ist der „Rückstand“ noch in der Landwirtschaft, dem Gastgewerbe und einzelnen Gewerbezweigen des Handwerks.

Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung auf Basis von rund 40 Tarifbereichen hat die tarifliche Grundvergütung in den neuen Ländern Ende 2000 durchschnittlich 92% des Westniveaus erreicht. Ein wesentlich größerer Abstand besteht noch bei den zusätzlichen Tarifleistungen, wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und vermögenswirksamen Leistungen.

Im Allgemeinen gibt es in den Wirtschaftszweigen nach wie vor Lohn- und Gehaltstarifverträge für Arbeiter und Gehaltstarifverträge für Angestellte, daneben auch so genannte Entgelttarifverträge für Arbeitnehmer ohne Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten; sie betreffen etwa ein Fünftel der Arbeitnehmer, die von Tarifverträgen erfasst werden. Die Abschlussraten für Tariflöhne und Tarifgehälter sind in denselben Wirtschaftszweigen im Allgemeinen identisch. Es gibt allerdings Tarifbereiche, in denen eine Arbeitnehmergruppe stark überwiegt, zum Beispiel die Angestellten im Kredit- und Versicherungsgewerbe, sodass es nur für diese Arbeitnehmergruppe einen Tarifabschluss gibt. Eine getrennte Darstellung der Lohn- und Gehaltstarifentwicklung ist deshalb nach wie vor sinnvoll.

Tabelle 1: Veränderung der Indizes der tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter/-innen und der tariflichen Monatsgehälter der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften  
Zunahme in Prozent

Jahr <sup>1)</sup>	Alle erfassten Wirtschaftsbereiche <sup>2)</sup>	Produzierendes Gewerbe <sup>3)</sup>						Handel <sup>5)</sup>	Kredit- und Versicherungs-gewerbe <sup>6)</sup>	Verkehr und Nachrichten-übermittlung	Gebietskörperschaften	Nachrichtlich: Investitions-güter-produzenten
		zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	dar.: Ernährungs-gewerbe <sup>4)</sup>	Energie und Wasserversorgung	Bau-gewerbe <sup>5)</sup>					
Arbeiter/-innen												
Stundenlöhne												
Deutschland												
1996 D gegenüber 1995 D	4,3	4,8	5,2	5,6	3,0	2,7	2,6	3,4	–	2,3	1,8	7,0
1997 D gegenüber 1996 D	1,6	1,6	0,6	1,6	2,1	1,8	1,8	1,6	–	1,8	1,4	1,3
1998 D gegenüber 1997 D	1,9	1,9	1,7	2,1	2,0	1,8	1,2	2,0	–	1,6	1,6	2,1
1999 D gegenüber 1998 D	2,6	2,6	1,3	2,6	2,5	2,3	2,4	2,8	–	2,1	2,5	3,0
2000 D gegenüber 1999 D	2,2	2,2	0,9	2,4	2,4	2,0	1,8	2,9	–	2,0	1,3	2,3
Früheres Bundesgebiet												
1996 D gegenüber 1995 D	4,2	4,6	5,1	5,4	2,6	2,0	2,4	3,3	–	2,0	1,6	6,9
1997 D gegenüber 1996 D	1,3	1,3	0,3	1,4	1,8	1,5	1,4	1,6	–	1,6	1,3	1,0
1998 D gegenüber 1997 D	1,9	1,9	1,5	2,0	1,6	1,6	1,4	1,9	–	1,4	1,5	2,1
1999 D gegenüber 1998 D	2,5	2,6	1,2	2,8	2,4	2,2	2,5	2,8	–	1,9	2,3	2,9
2000 D gegenüber 1999 D	2,3	2,3	0,7	2,3	2,5	2,0	2,1	2,8	–	2,0	1,3	2,3
Neue Länder und Berlin-Ost												
1996 D gegenüber 1995 D	6,1	6,7	5,7	9,3	8,9	6,5	4,0	4,7	–	4,1	3,4	9,7r
1997 D gegenüber 1996 D	4,2	4,6	1,5	6,1	6,2	3,0	3,7	3,1	–	3,8r	1,5	6,5r
1998 D gegenüber 1997 D	2,3	1,9	2,6	2,7	5,6	3,3	0,6	2,9	–	4,0r	2,9	2,7r
1999 D gegenüber 1998 D	2,5	2,3	2,3	3,0	3,5r	3,0	1,3	3,9	–	3,4r	3,7	3,0r
2000 D gegenüber 1999 D	1,8	1,6	1,2	2,6	2,2	1,8	0,3	3,3	–	3,0	1,3	2,6
Angestellte												
Monatsgehälter												
Deutschland												
1996 D gegenüber 1995 D	3,4	4,2	5,5	4,5	3,2	2,7	3,0	3,0r	2,4	2,4r	2,2	5,4
1997 D gegenüber 1996 D	1,5	1,5	0,9	1,5	2,3	1,7	1,8	1,3r	1,3	1,5r	1,5	1,2
1998 D gegenüber 1997 D	2,0	2,0	1,4	2,1	1,8	1,6	1,3	2,1r	1,9	2,2r	2,0	2,2
1999 D gegenüber 1998 D	2,5r	2,6	1,5	2,8r	2,5	2,3	2,2	2,7r	2,4	2,3	2,7	2,9
2000 D gegenüber 1999 D	2,3	2,3	0,7	2,3	2,5	1,5	1,8	2,9	2,0	2,9	1,4	2,3
Früheres Bundesgebiet												
1996 D gegenüber 1995 D	3,1	3,9	5,2	4,2	2,8	2,1	2,4	2,8r	2,0	2,0r	1,6	5,2
1997 D gegenüber 1996 D	1,3r	1,3	0,9	1,2	1,8	1,5	1,4	1,3r	1,0	1,3	1,3	1,0
1998 D gegenüber 1997 D	1,9	1,9r	0,9	2,1	1,6	1,5	1,5	2,0	1,9	1,5	1,5	2,2
1999 D gegenüber 1998 D	2,4r	2,7r	1,1	2,8	2,5	2,2	2,4	2,6	2,3	1,8	2,3	3,0
2000 D gegenüber 1999 D	2,3	2,3	0,7	2,3	2,5	1,3	2,1	2,9	2,0	2,6	1,3	2,2
Neue Länder und Berlin-Ost												
1996 D gegenüber 1995 D	5,2r	7,7	6,2	9,6	8,4	5,4	5,7	5,5r	5,9	3,3	3,4	10,0
1997 D gegenüber 1996 D	2,9r	4,3	1,2	5,3	6,5	2,9	3,9	3,2r	3,8	2,3	1,5	5,5
1998 D gegenüber 1997 D	2,8r	2,0	2,3	2,3	2,9	2,1	0,8	3,5r	2,6	4,3	3,0	2,4
1999 D gegenüber 1998 D	3,2r	2,4	2,4	3,0	3,3	2,7	1,4	4,6r	2,5	3,5	3,7	3,0
2000 D gegenüber 1999 D	2,1	2,0	0,8	2,7	2,2	2,0	0,4	3,4	1,9	3,7	1,3	2,6

1) Durchschnitt (D) berechnet aus 4 Monatswerten. – 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). – 3) Ohne Gruppe 45.5 Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 4) Und Tabakverarbeitung. – 5) Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. – 6) Nur Angestellte.

## 1.2 Tariflohnentwicklung

Im Allgemeinen wird die Tariflohnentwicklung mit den Indizes der Stundenlöhne und der Wochenarbeitszeit dargestellt. Da die tarifliche Arbeitszeit mit durchschnittlich 37,2 Wochenstunden in Deutschland im Jahr 2000 – im Westen 36,9 Stunden, im Osten 39,1 Stunden – unverändert geblieben ist, kann sich die Darstellung auf die Entwicklung der Stundenlohnindizes beschränken.

Die tariflichen Stundenlöhne sind in den erfassten Wirtschaftsbereichen nach den Indexberechnungen, wie erwähnt, um 2,2% angehoben worden. Die tariflichen Leistungen liegen jedoch in den meisten hier dargestellten Wirtschaftsbereichen, insbesondere in Metallindustrie und bei Gebietskörperschaften, geringfügig höher, weil die regulären Abschlüsse auf Grund der langen Tarifverhandlungen zwei bis vier Monate verspätet in Kraft gesetzt und für die so genannten „Leermonate“ Aus-

gleichszahlungen in Form von Pauschalen gezahlt wurden (die im Index nicht berücksichtigt sind). So vereinbarten zum Beispiel die Tarifparteien in der Metallindustrie Leistungen von je 165 DM für die Monate März und April 2000 und im öffentlichen Dienst von monatlich je 100 DM für April bis Juli 2000.

Am höchsten fielen die Tariflohnsteigerungen im Handel mit 2,9% und im Verarbeitenden Gewerbe mit 2,4% aus. Im Handel resultierte der relativ starke Anstieg der Arbeiterlöhne aus den unterschiedlichen Abschlussraten von 5,1% für den Großhandel und 2,5% für den Einzelhandel. Die Anzahl der betroffenen Arbeiter/-innen verteilt sich in etwa gleich auf die beiden Handelsstufen. Die Tarifverhandlungen im Einzelhandel haben sich bis zum Abschluss im letzten Tarifbezirk von März bis September 2000 hingezogen. Die höhere Steigerung der Stundenlöhne im Handel in den neuen Ländern erklärt sich aus dem Abschluss mehrerer Tarifverträge, die zu zwei

Anhebungen der Tariflöhne im Jahr 2000 führten. Die Indexveränderungsrate von +2,4% für das Verarbeitende Gewerbe wurde durch den Tarifabschluss in der Metallindustrie geprägt, für die eine Steigerung der Tariflöhne um 3% im früheren Bundesgebiet ab dem 1. Mai 2000 in Kraft getreten ist. Der Abschluss wurde für die ostdeutsche Metallindustrie übernommen. Zusätzlich eingeführt wurden hier erstmalig ab 1. Mai 2001 gezahlte monatliche vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 26 DM, die in die Indexberechnungen einbezogen werden.

Die niedrigsten Tarifsteigerungsraten ergaben sich für den Bergbau und die Gebietskörperschaften mit 0,9 bzw. 1,3%. In den meisten Tarifgebieten des Bergbaus wurden angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage dieses Wirtschaftszweiges entweder Tarifverträge verlängert oder keine neuen Tarifverträge abgeschlossen. Für den Steinkohlenbergbau wurde ab dem 1. August 2000 eine Tarifierhöhung von 2% gezahlt. Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst kam erst nach dreimonatigen Verhandlungen zu Stande und erbrachte nach vier Leermonaten ab dem 1. August 2000 eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 2%.

Auf die unterschiedliche Entwicklung zwischen Ost und West im Baugewerbe wurde bereits hingewiesen. Während im früheren Bundesgebiet die Indexrate für den Stundenlohn um 2,1% zunahm, stieg sie in den neuen Ländern nur um 0,3%. Nach schwierigen Tarifverhandlungen konnte für das Bauhauptgewerbe West (ohne Berlin) eine Lohnerhöhung von 2% ab dem 1. April 2000 vereinbart werden. Im Tarifgebiet Ost (ohne Berlin) einigten sich die Tarifparteien auf einen Schlichterspruch, der die Stundenlöhne nach 12 Leermonaten (April 2000 bis März 2001) ab dem 1. April 2001 um 1,4% erhöht. Für Berlin wurden Sonderregelungen getroffen.

### 1.3 Tarifgehaltsentwicklung

Die Tarifgehaltsentwicklung war im Jahr 2000 mit der Tariflohnentwicklung nahezu identisch. Dazu hat wesentlich beigetragen, dass es im Kredit- und Versicherungsgewerbe, das nur im Gehaltsindex enthalten ist, zu keiner Sonderentwicklung gekommen ist. Die hier vereinbarten Abschlussraten (im Bankgewerbe zwei Tarifierhöhungen von jeweils 1,5% ab dem 1. April und dem 1. August 2000, im Versicherungsgewerbe eine Erhöhung von 2,5% ab dem 1. Mai 2000) haben sich am unteren Rand der Tarifierhöhungen in der gewerblichen Wirtschaft gehalten. Sie haben zu einer Indexveränderung von +2,0% für 2000 geführt. Eine bemerkenswerte Abweichung zwischen der Indexentwicklung der Löhne und der Gehälter hat sich im Bereich Verkehr ergeben. Hier sind die Tarifgehälter um 2,9% gestiegen, die Tariflöhne dagegen nur um 2,0%. Hierzu haben wesentlich Sonderentwicklungen im Bereich Luftverkehr beigetragen, in dem verhältnismäßig viele Angestellte tätig sind.

Wie die Arbeiter erhielten auch die Angestellten im Bergbau nur geringe Aufbesserungen ihrer Gehälter. Die Indexveränderungsrate von +0,7% war die niedrigste in allen dargestellten Wirtschaftsbereichen. Am Rande sei erwähnt, dass der hiervon betroffene Personenkreis insgesamt nur noch etwa 20 000 Angestellte umfasst. Die bei den Löhnen erwähnte Sonderentwicklung im Baugewerbe trifft auch für die Gehälter dieses Bereichs zu;

sie führte zu unterschiedlichen Zuwachsraten der Indexwerte von 2,1% im Westen und 0,4% im Osten.

## 2 Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung

Die vierteljährliche Verdiensterhebung wird für die Berichtsmonate Januar, April, Juli und Oktober durchgeführt. Sie liefert Informationen über die laufend gezahlten durchschnittlichen Bruttostunden-, Bruttowochen- und Bruttomonatsverdienste sowie die bezahlten Wochenstunden der Arbeiter und über die Bruttomonatsverdienste der Angestellten. Aus den Angaben der vier Berichtsmonate werden die Jahresdurchschnitte ermittelt. Nicht enthalten sind die so genannten Sonderzahlungen (z. B. 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld). Um die Verdienstenwicklung ohne den Einfluss von Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur darstellen zu können, werden Indizes nach der Formel von Laspeyres berechnet.

Der Erfassungsbereich der Erhebung ist für Arbeiter/-innen und Angestellte unterschiedlich. Die Ergebnisse für Arbeiter/-innen beziehen sich auf das Produzierende Gewerbe ohne das Handwerk im Verarbeitenden Gewerbe und ohne das Ausbaugewerbe, diejenigen für die Angestellten zusätzlich auf den Handel sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe.

### 2.1 Berichtskreiswechsel im Produzierenden Gewerbe

Die für das Jahr 2000 nachgewiesenen Ergebnisse im Produzierenden Gewerbe beruhen auf den Angaben eines neuen Berichtskreises. In Stichprobenerhebungen werden die Berichtsbetriebe in regelmäßigen Abständen ausgetauscht, einerseits, um die durch die Auskunftserteilung entstehenden Belastungen möglichst gleichmäßig auf alle Betriebe des erfassten Wirtschaftsbereiches zu verteilen, und andererseits, um die Stichprobe an die aktuelle Wirtschaftsstruktur anzupassen. Diese „Berichtskreiswechsel“ beeinträchtigen den zeitlichen Vergleich, da die Ergebnisse von Stichprobenerhebungen wegen des Stichprobenfehlers in gewissem Umfang von den wirklichen Werten abweichen und sich die Ergebnisse verschiedener Stichproben in unterschiedlichem Ausmaß von den wirklichen Werten unterscheiden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der neuen Stichprobe auch durch die Anpassung an die aktuelle Struktur des Wirtschaftsbereichs, insbesondere die Einbeziehung zwischenzeitlich gegründeter Betriebe, beeinflusst.

Um die Auswirkungen des Berichtskreiswechsels auf die Ergebnisse abschätzen zu können, ist für den Berichtsmonat Oktober 1999 eine Doppelbefragung des alten und des neuen Berichtskreises durchgeführt worden. Aus den Ergebnissen für die beiden Berichtskreise werden Umrechnungsfaktoren ermittelt, mit deren Hilfe Ergebnisse des neuen Berichtskreises für die vorangegangenen Perioden geschätzt werden können und somit von Berichtskreiswechseln unbeeinflusste Zeitreihen entstehen.

Um die Vergleichbarkeit mit den Angaben für das Jahr 2000 herzustellen, werden im Folgenden die Daten

Tabelle 2: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe im Oktober 1999 nach neuem und altem Berichtskreis

Arbeitnehmergruppe	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	neuer	alter	Abweichung	neuer	alter	Abweichung	neuer	alter	Abweichung
	Berichtskreis			Berichtskreis			Berichtskreis		
	DM		% <sup>1)</sup>	DM		% <sup>1)</sup>	DM		% <sup>1)</sup>
Arbeitnehmer/-innen .....	5 153	5 324	- 3,2	5 358	5 441	- 1,5	3 817	3 975	- 4,0
Männer .....	5 365	5 559	- 3,5	5 580	5 681	- 1,8	3 921	4 074	- 3,8
Frauen .....	4 212	4 316	- 2,4	4 351	4 388	- 0,8	3 415	3 634	- 6,0
Angestellte .....	6 546	6 710	- 2,4	6 729	6 824	- 1,4	4 948	5 078	- 2,6
Männer .....	7 160	7 290	- 1,8	7 303	7 377	- 1,0	5 580	5 679	- 1,7
Frauen .....	4 985	5 134	- 2,9	5 149	5 234	- 1,6	4 073	4 262	- 4,4
Arbeiter/-innen .....	4 466	4 566	- 2,2	4 464	4 666	- 0,4	3 430	3 529	- 2,8
Männer .....	4 630	4 749	- 2,5	4 820	4 856	- 0,7	3 541	3 637	- 2,6
Frauen .....	3 420	3 486	- 1,9	3 540	3 544	- 0,1	2 712	2 880	- 5,8

1) Bruttomonatsverdienst des neuen gegenüber Bruttomonatsverdienst des alten Berichtskreises.

für das Jahr 1999 entsprechend angepasst. Dies ist beim Rückgriff auf die veröffentlichten Originaldaten zu beachten.

Die Auswirkungen des Berichtskreiswechsels veranschaulicht die Gegenüberstellung der Bruttomonatsverdienste nach altem und neuem Berichtskreis für Oktober 1999 in Tabelle 2. Hiernach erzielten die in den neuen Berichtsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer um 3,2% niedrigere Verdienste als die zum alten Berichtskreis zählenden Personen. Leicht niedrigere Verdienste für den neuen Berichtskreis entsprechen den Erwartungen, da das Lohnniveau alternder Berichtskreise durch Ausfall meist ökonomisch schwächerer Betriebe (mit überwiegend niedrigeren Verdiensten) angehoben und das Lohnniveau neuer Berichtskreise durch Einbeziehung neu gegründeter Betriebe (mit überwiegend niedrigeren Verdiensten) gesenkt wird.

In den neuen Ländern beeinflusste die Berücksichtigung der Betriebsgründungen seit 1992 das Lohnniveau weit stärker als im früheren Bundesgebiet: Hier lag der Durchschnittsverdienst des neuen Berichtskreises um 4,0%, im früheren Bundesgebiet dagegen nur um 1,5% unter dem Vergleichswert für den alten Berichtskreis. Bei den ostdeutschen Arbeitnehmerinnen ergab sich mit 6,0% die größte Abweichung zwischen den Angaben für die

beiden Berichtskreise, bei den westdeutschen Arbeitern und Arbeiterinnen mit 0,4% die geringste.

## 2.2 Allgemeiner Überblick

Im Produzierenden Gewerbe sind die Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen um 3,1% von 5 093 auf 5 251 DM gestiegen und damit deutlich stärker als die tariflichen Lohn- und Gehaltssätze (2,2 bzw. 2,3%). Deflationiert mit den Preisindizes für die Lebenshaltung ergab sich für den Bruttomonatsverdienst eine reale Zunahme von 1,2%. Somit erhöhte sich im Jahr 2000 der Nominalverdienst stärker als 1999 (2,8%), der Realverdienst aber schwächer (1999: 2,2%). Da in diesem Wirtschaftsbereich gleichzeitig die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen um 3,8% zugenommen hat, dürften von der Verdienstenentwicklung in diesem Wirtschaftszweig ebenfalls keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung ausgegangen sein.

Die für Deutschland errechnete Verdiensterhöhung ist teilweise auf eine Zunahme des Anteils der besser entlohnten westdeutschen Arbeitnehmer an den Arbeitnehmern des Produzierenden Gewerbes zurückzuführen (d.h. in diesem Fall: der Beschäftigungsrückgang fiel im Westen relativ geringer aus als im Osten). Der mit konstanter

Tabelle 3: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe sowie der Angestellten im Dienstleistungsbereich<sup>1)</sup>

Arbeitnehmergruppe	Deutschland				Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000 gegenüber 1992	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000 gegenüber 1992	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000 gegenüber 1992
	DM		%		DM		%		DM		%	
	Produzierendes Gewerbe											
Arbeitnehmer/-innen .....	5 251	5 093	+ 3,1	+ 29,5	5 451	5 295	+ 2,9	+ 25,7	3 859	3 776	+ 2,2	+ 56,7
Männer .....	5 470	5 300	+ 3,2	+ 27,7	5 675	5 513	+ 2,9	+ 23,9	3 975	3 877	+ 2,5	+ 55,4
Frauen .....	4 292	4 169	+ 2,9	+ 35,2	4 440	4 306	+ 3,1	+ 31,5	3 446	3 382	+ 1,9	+ 61,9
Angestellte .....	6 678	6 495	+ 2,8	+ 30,1	6 858	6 678	+ 2,7	+ 25,0	5 034	4 911	+ 2,5	+ 76,4
Männer .....	7 296	7 106	+ 2,7	+ 26,7	7 436	7 249	+ 2,6	+ 22,9	5 677	5 537	+ 2,5	+ 76,1
Frauen .....	5 098	4 941	+ 3,2	+ 37,4	5 262	5 104	+ 3,1	+ 30,1	4 138	4 040	+ 2,4	+ 72,1
Arbeiter/-innen .....	4 534	4 400	+ 3,0	+ 26,0	4 711	4 577	+ 2,9	+ 22,9	3 443	3 380	+ 1,9	+ 47,8
Männer .....	4 705	4 561	+ 3,2	+ 25,0	4 888	4 748	+ 3,0	+ 21,4	3 563	3 489	+ 2,1	+ 47,7
Frauen .....	3 475	3 384	+ 2,7	+ 27,9	3 601	3 503	+ 2,8	+ 26,0	2 758	2 675	+ 3,1	+ 57,0
Dienstleistungsbereich												
Angestellte .....	5 096	4 956	+ 2,8	+ 32,0	5 190	5 050	+ 2,8	+ 29,6	3 959	3 830	+ 3,4	+ 76,1
Männer .....	5 728	5 589	+ 2,5	+ 25,4	5 812	5 672	+ 2,5	+ 24,4	4 316	4 178	+ 3,3	+ 71,8
Frauen .....	4 378	4 247	+ 3,1	+ 35,8	4 450	4 318	+ 3,1	+ 32,5	3 732	3 615	+ 3,2	+ 73,9

1) Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.



Tabelle 4: Indizes der Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe sowie der Angestellten im Dienstleistungsbereich<sup>1)</sup>

Arbeitnehmergruppe	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000	1999	2000 gegenüber 1999
	Oktober 1995 = 100		%	Oktober 1995 = 100		%	Oktober 1995 = 100		%
Produzierendes Gewerbe									
Arbeitnehmer/-innen <sup>2)</sup> .....	109,7	106,8	+ 2,7	109,5	106,5	+ 2,8	113,0	109,7	+ 3,0
Männer .....	109,2	106,3	+ 2,7	109,1	106,1	+ 2,8	112,1	108,9	+ 2,9
Frauen .....	112,5	109,4	+ 2,8	112,1	109,0	+ 2,8	116,6	113,4	+ 2,8
Angestellte <sup>2)</sup> .....	110,9	108,0	+ 2,7	110,5	107,7	+ 2,6	116,5	113,1	+ 3,0
Männer .....	110,3	107,6	+ 2,5	110,0	107,3	+ 2,5	116,7	113,4	+ 2,9
Frauen .....	112,8	109,7	+ 2,8	112,4	109,3	+ 2,8	116,0	112,7	+ 2,9
Arbeiter/-innen <sup>3)</sup> .....	108,9	105,9	+ 2,8	108,8	105,7	+ 2,9	110,5	107,9	+ 2,4
Männer .....	108,5	105,4	+ 2,9	108,4	105,3	+ 2,9	109,7	107,2	+ 2,3
Frauen .....	112,1	109,0	+ 2,8	111,6	108,6	+ 2,8	118,3	114,6	+ 3,2
Dienstleistungsbereich									
Angestellte <sup>2)</sup> .....	111,1	108,7	+ 2,2	110,7	108,3	+ 2,2	117,6	114,1	+ 3,1
Männer .....	110,0	107,7	+ 2,1	109,7	107,4	+ 2,1	117,4	113,7	+ 3,3
Frauen .....	112,5	109,9	+ 2,4	112,0	109,5	+ 2,3	117,6	114,3	+ 2,9

1) Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. – 2) Index der Bruttomonatsverdienste. – 3) Index der Bruttowochenverdienste.

Arbeitnehmerstruktur berechnete Verdienstindex zeigte nur eine Verdienstzunahme von 2,7%.

Deswegen lagen die Verdienststeigerungen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Bundesländern unter dem Gesamtdurchschnitt von 3,1%: im Westen nur wenig mit 2,9%, deutlicher im Osten mit 2,2%. Damit fand der bis 1998 zu beobachtende Angleichungsprozess nach 1999 auch im Jahr 2000 keine Fortsetzung. Die Ost-West-Verdienstrelation belief sich im Jahr 2000 auf 70,8%.

Demgegenüber zeigten die ostdeutschen Verdienstindizes (siehe Tabelle 4) mit 3,0% sogar eine stärkere Zunahme als die westdeutschen (2,8%). Hieraus folgt, dass die geringere Zunahme der Effektivverdienste in den neuen Ländern auf eine Verschiebung innerhalb der Arbeitnehmerstruktur, eine Zunahme des Anteils der geringer bezahlten Arbeitnehmer, zurückzuführen ist.

Die Arbeitnehmerinnen erreichten mit 4 292 DM wie 1999 rund 78,5% des Männerverdienstes. Wie in den Vorjahren ist bei diesem geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied eine erhebliche Diskrepanz zwischen Ost und West festzustellen (86,7 gegenüber 78,2% des Männerverdienstes).

Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe erhöhten sich die Angestelltenverdienste in Deutschland um 2,8%, im früheren Bundesgebiet gleichfalls um 2,8%, in den neuen Ländern um 3,4%. Durch diese Entwicklung hat sich der Abstand zwischen Ost und West weiter verringert: Die Ost-West-Verdienstrelation lag im Jahr 2000 mit 76,3% deutlich über dem Wert im Produzierenden Gewerbe. Ursächlich hierfür ist die bereits erwähnte weitgehende Angleichung der ost- und westdeutschen tariflichen Gehaltssätze in diesem Bereich.

Wie im Produzierenden Gewerbe erhöhten sich die Verdienstindizes im Dienstleistungsbereich geringer als die Bruttomonatsverdienste der Angestellten. Der Unterschied ist hier sogar größer als im Produzierenden Gewerbe, besonders bei den weiblichen Angestellten im Westen mit einer Zunahme des Index um 2,3% und

der Bruttomonatsverdienste um 3,1%. Bei dieser Personengruppe ist also knapp ein Drittel der gesamten Verdienststeigerung darauf zurückzuführen, dass sie besser bezahlte Arbeitsplätze innehatten. Dies steht allerdings auch in Zusammenhang mit dem Beschäftigungsrückgang im Handel.

### 2.3 Verdienste im Produzierenden Gewerbe nach Arbeitnehmergruppen

Arbeiter/-innen machten im Produzierenden Gewerbe zwei Drittel aller Arbeitnehmer aus. Sie erzielten 2000 bei leicht gestiegener Wochenarbeitszeit von 38,2 Stunden (1999: 38,1 Stunden) einen Bruttomonatsverdienst von 4 534 DM (+3,0% gegenüber 1999). Die westdeutschen Arbeiter verdienten im Monat bei einer Wochenarbeitszeit von 37,9 Stunden 4 711 DM (+2,9%), die ostdeutschen bei der deutlich längeren Wochenarbeitszeit von 39,9 Stunden 3 443 DM (+1,9%). Der geringere Verdienstzuwachs in den neuen Ländern ist teilweise auf einen rückläufigen Anteil der besser entlohnten Männer zurückzuführen; der mit konstanter Arbeiterstruktur berechnete Verdienstindex zeigt eine Zunahme um 2,4%. Für die Ost-West-Relation errechnet sich bei den Bruttomonatsverdiensten 2000 ein Wert von 73,1% und bei den Stundenverdiensten von 69,4%.

Bei Männern und Frauen verlief die Verdienstentwicklung uneinheitlich. Im gesamten Erfassungsbereich stiegen die Löhne der Arbeiterinnen mit 2,7% geringer als die Männerlöhne (3,2%), in den neuen Ländern dagegen stärker (3,1 gegenüber 2,1%). Für das Jahr 2000 beträgt die Frauen-Männer-Verdienstrelation 73,9%. Hierbei ist zu beachten, dass die Arbeitszeit der Frauen etwas niedriger als bei Männern lag (37,4 gegenüber 38,2 Stunden in der Woche). Etwas geringer war der geschlechtsspezifische Verdienstabstand im Osten: Hier erreichten die Frauenlöhne 77,4% der Männerverdienste, bei allerdings nahezu gleicher Arbeitszeit.

Einheitlicher verlief die Gehaltsentwicklung bei den Angestellten im Produzierenden Gewerbe. Die Gehälter stiegen insgesamt um 2,8% auf 6 678 DM, im Westen um

2,7% auf 6858 DM und im Osten um 2,5% auf 5034 DM. Damit sank die Ost-West-Relation bei den Gehältern geringfügig auf 73,4% und entsprach fast genau der Relation bei den Arbeiterlöhnen. Die Gehaltsindizes zeigen ein gegenläufiges Bild: Der ostdeutsche Index stieg mit 3,0% stärker als der westdeutsche mit 2,6% und sogar als das westdeutsche Durchschnittsgehalt (2,7%). Hieraus ergibt sich, dass der niedrigere Gehaltsanstieg nicht auf eine geringere Gehaltsanhebung, sondern auf einen kleineren Anteil der besser verdienenden Angestellten zurückzuführen ist.

Weibliche Angestellte verdienten im Jahr 2000 mit 5098 DM zwar deutlich weniger als ihre Kollegen (7296 DM), doch erzielten sie eine etwas höhere Gehaltssteigerung (3,2 gegenüber 2,7%). Damit ergab sich für das Jahr 2000 eine Frauen-Männer-Verdienstrelation von 69,9%.

Allerdings verlief die Entwicklung in West und Ost gegenläufig: Nur im Westen erhöhten sich die Frauengehälter stärker als die Männergehälter (3,1 gegenüber 2,6%), im Osten dagegen stiegen sie nur in etwa gleichem Umfang (2,4 gegenüber 2,5%). Trotzdem lag die Frauen-Männer-Verdienstrelation für die neuen Länder und Berlin-Ost mit 72,9% – wie bei den Arbeitern – deutlich höher als der Wert für den gesamten Erfassungsbereich.

Ein Vergleich der Entwicklung im Jahr 2000 mit der mittelfristigen Entwicklung seit 1992 zeigt, dass

- sich die Angleichung der Verdienste in Ost und West, wie erwähnt, nicht fortgesetzt hat,
- sich der geschlechtsspezifische Verdienstabstand im Jahr 2000 im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nicht verringert hat,
- sich entgegen dem mittelfristigen Trend die Arbeiterverdienste stärker als die Angestelltenverdienste erhöht haben. Diese Entwicklung blieb jedoch auf das frühere Bundesgebiet beschränkt.

## 2.4 Verdienste im Produzierenden Gewerbe nach der ausgeübten Tätigkeit

Den Einfluss der ausgeübten Tätigkeit auf das Verdienstniveau beobachtet die Verdienststatistik durch die Gliederung nach Leistungsgruppen und – bei den Angestellten – zusätzlich durch den Nachweis der Beschäftigungsart (kaufmännische oder technische Ausrichtung der Tätigkeit). Die Leistungsgruppengliederung der Arbeiter berücksichtigt ausschließlich die erforderlichen Kenntnisse zur Durchführung der ausgeübten Tätigkeit, die Einteilung der Angestellten darüber hinaus noch die mit der Tätigkeit verknüpfte Selbstständigkeit, Verantwortung und Dispositionsbefugnis.

### 2.4.1 Leistungsgruppenstruktur der Arbeiter

Die Arbeitertätigkeiten werden in drei Leistungsgruppen aufgeteilt: Leistungsgruppe 1 umfasst Facharbeitertätigkeiten, Leistungsgruppe 2 angelernte Tätigkeiten (mit einer Anlernzeit von wenigstens 3 Monaten) und Leistungsgruppe 3 ungelernete Tätigkeiten (mit einer Anlernzeit von weniger als 3 Monaten).

Die Verteilung der Arbeiter auf die Leistungsgruppen zeigt zwischen Männern und Frauen sowie West und Ost erhebliche Unterschiede (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Verteilung der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe auf Leistungsgruppen  
Prozent

Jahr <sup>1)</sup>	Männer in der Leistungsgruppe <sup>2)</sup>			Frauen in der Leistungsgruppe <sup>3)</sup>		
	1	2	3	1	2	3
Deutschland						
1997	59,9	30,4	9,7	10,8	43,7	45,5
1998	60,7	29,3	10,0	11,7	42,8	45,5
1999	60,5	29,4	10,1	11,9	42,8	45,4
2000	57,6	31,8	10,7	12,3	42,7	45,0
Früheres Bundesgebiet						
1966	53,7	33,5	12,8	5,7	46,9	47,4
1976	55,5	33,2	11,3	5,5	46,1	48,4
1986	59,0	31,5	9,5	6,3	43,6	50,1
1992	58,9	30,6	10,5	8,1	42,2	49,7
1995	60,2	29,8	10,0	9,4	41,9	48,6
1996	60,4	29,7	9,9	9,6	42,5	47,9
1997	60,1	30,0	9,8	9,6	42,9	47,5
1998	61,1	28,7	10,1	10,6	42,0	47,4
1999	61,0	28,9	10,1	10,8	42,1	47,2
2000	58,6	30,5	11,0	10,6	40,8	48,6
Neue Länder und Berlin-Ost						
1992	59,7	33,8	6,5	26,9	51,8	21,3
1995	58,2	33,3	8,4	24,7	53,0	22,4
1996	57,0	34,2	8,8	23,7	53,3	23,1
1997	57,1	34,3	8,6	23,6	52,7	23,8
1998	56,2	35,0	8,8	23,4	51,4	25,3
1999	55,6	34,8	9,6	23,7	49,9	26,4
2000	51,5	39,8	8,7	21,7	53,7	24,6

1) Jeweils Oktober. – 2) Bezogen auf alle Arbeiter. – 3) Bezogen auf alle Arbeiterinnen.

Fast sechs Zehntel der Männer, aber kaum mehr als ein Zehntel der Frauen übten im Jahr 2000 Facharbeitertätigkeiten aus; umgekehrt waren knapp die Hälfte der Frauen, aber nur etwa ein Zehntel der Männer mit ungelerten Tätigkeiten beschäftigt. In den neuen Ländern unterscheidet sich die Leistungsgruppenstruktur hiervon erheblich, insbesondere bei den Frauen: Zwei Zehntel von ihnen führten hier Facharbeitertätigkeiten aus und nur ein Viertel ungelernete Tätigkeiten. Die ostdeutschen Arbeiter wurden etwas seltener als Facharbeiter und häufiger für angelernte Tätigkeiten eingesetzt als ihre westdeutschen Kollegen. Die Leistungsgruppenstrukturen zwischen Männern und Frauen weisen im Osten also einen geringeren Unterschied auf als im Westen. Hierauf ist zumindest teilweise der geringere geschlechtsspezifische Verdienstabstand im Osten zurückzuführen.

Im früheren Bundesgebiet zeigen die Veränderungen in der Leistungsgruppenstruktur von 1966 bis 1999 einen leichten Trend hin zu qualifizierten Tätigkeiten; in den neuen Ländern ist dagegen für den Zeitraum von 1992 bis 1999 ein leichter gegenläufiger Trend zu weniger qualifizierten Tätigkeiten zu beobachten. Die Einbeziehung der Neugründungen beim Berichtskreiswechsel im Jahr 2000 bewirkte im gesamten Erfassungsbereich eine Zunahme der weniger qualifizierten Tätigkeiten.

### 2.4.2 Arbeiterverdienste nach Leistungsgruppen

In der Gliederung nach Leistungsgruppen zeigten sich deutliche Differenzen in der Verdiensthöhe. Im Jahr 2000 verdienten Facharbeiter/-innen 20,5% mehr als angelernte und 35% mehr als ungelernete Kräfte. In der

Tabelle 6: Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe 2000

Leistungsgruppe	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst in DM									
Insgesamt .....	4 534	4 705	3 475	4 711	4 888	3 601	3 443	3 563	2 758
1 .....	5 016	5 051	4 010	5 199	5 224	4 345	3 771	3 822	3 087
2 .....	4 164	4 321	3 441	4 367	4 528	3 615	3 209	3 332	2 685
3 .....	3 715	3 959	3 359	3 804	4 072	3 424	2 917	3 065	2 618
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Insgesamt .....	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 3,1
1 .....	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,9	+ 5,3
2 .....	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,2	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,1
3 .....	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,6
Veränderung gegenüber 1992 in %									
Insgesamt .....	+ 34,2	+ 32,1	+ 39,2	+ 32,4	+ 29,7	+ 39,1	+ 56,4	+ 56,3	+ 70,0
1 .....	+ 36,6	+ 36,1	+ 60,4	+ 32,6	+ 32,2	+ 56,1	+ 64,2	+ 64,3	+ 74,3
2 .....	+ 29,1	+ 25,9	+ 37,2	+ 28,3	+ 25,0	+ 37,3	+ 55,0	+ 52,1	+ 68,0
3 .....	+ 32,4	+ 27,2	+ 34,2	+ 32,8	+ 26,9	+ 34,7	+ 54,4	+ 46,7	+ 78,9

Untergliederung nach Männern und Frauen ergaben sich zwischen den Leistungsgruppen geringere Verdienstunterschiede. Am schwächsten war die Verdienstabstufung bei den ostdeutschen Arbeiterinnen, bei denen die Fachkräfte nur 15% mehr als angelernte und 17,9% mehr als ungelernete Kräfte verdienen.

Innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen fiel der geschlechtsspezifische Verdienstabstand niedriger aus als bei der Gesamtheit. So belief sich der Frauenverdienst in den einzelnen Leistungsgruppen auf 79,4% (Leistungsgruppe 1) bis 84,8% (Leistungsgruppe 3) des Männerverdienstes. Dies verdeutlicht, dass die oben beschriebene ungünstigere Leistungsgruppenstruktur zum geschlechtsspezifischen Verdienstabstand beiträgt. Bei gleicher Leistungsgruppenstruktur würde der Frauenverdienst 80,0% des Männerverdienstes ausmachen.

Gegenüber dem Vorjahr erzielten die Facharbeiter überdurchschnittliche Lohnzuwächse (mit Ausnahme der männlichen Facharbeiter im früheren Bundesgebiet). Hohe Wachstumsraten konnten die ostdeutschen Facharbeiterinnen (5,3%) und ungelerneten Arbeiterinnen (3,6%) verzeichnen. Diese Entwicklung entspricht dem mittel-

fristigen Trend seit 1992. Im gesamten Zeitraum ist eine ausgeprägte Zunahme der Verdienste von Fachkräften, aber auch der Verdienste von ungelerneten ostdeutschen Arbeiterinnen zu beobachten.

#### 2.4.3 Angestellte nach der ausgeübten Tätigkeit

Die Angestelltentätigkeiten umfassen eine deutlich weitere Spanne unterschiedlicher Anforderungen als Arbeitertätigkeiten. Deswegen werden sie in fünf Leistungsgruppen – gegenüber drei für Arbeiter – untergliedert und außerdem in kaufmännische oder technische Tätigkeiten aufgeteilt. Die Leistungsgruppen sind folgendermaßen definiert: Leistungsgruppe I: Leitende Angestellte (werden in den laufenden Erhebungen nicht berücksichtigt), Leistungsgruppe II: Angestellte mit eingeschränkten Dispositionsbefugnissen, Leistungsgruppe III: Angestellte mit selbstständig durchgeführten Tätigkeiten, die neben einer Berufsausbildung noch Spezialkenntnisse in einem Fachgebiet verlangen, Leistungsgruppe IV: Angestellte mit Tätigkeiten, die eine Berufsausbildung erfordern, Leistungsgruppe V: Angestellte mit Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung erfordern.

Tabelle 7: Verteilung der Angestellten im Produzierenden Gewerbe nach Leistungsgruppen und Beschäftigungsarten  
Prozent

Geschlecht Leistungsgruppe Beschäftigungsart	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	2000	1999	1992	2000	1999	1992	2000	1999	1992
Männer <sup>1)</sup> .....	71,9	73,1	–	73,4	74,2	73,1	58,3	57,8	54,7
II <sup>2)</sup> .....	46,5	47,1	–	46,9	47,3	46,1	42,1	43,3	40,7
III <sup>2)</sup> .....	44,5	44,7	–	44,2	44,5	45,6	47,8	48,8	51,2
IV <sup>2)</sup> .....	8,4	7,7	–	8,3	7,7	7,8	9,4	7,3	7,2
V <sup>2)</sup> .....	0,7	0,5	–	0,7	0,5	0,5	0,7	0,6	0,9
Frauen <sup>1)</sup> .....	28,1	26,9	–	26,6	25,8	26,9	41,7	42,2	45,3
II <sup>3)</sup> .....	15,8	14,9	–	15,6	14,7	11,2	16,9	16,6	12,8
III <sup>3)</sup> .....	48,5	50,1	–	48,5	50,2	46,8	48,4	49,5	44,2
IV <sup>3)</sup> .....	31,9	31,8	–	31,9	31,9	38,0	31,6	31,1	35,5
V <sup>3)</sup> .....	3,8	3,2	–	3,9	3,3	4,0	3,1	2,8	7,5
Kaufmännische Tätigkeit <sup>1)</sup> ...	46,8	45,3	–	46,7	45,2	45,7	47,2	46,2	48,2
Männer <sup>4)</sup> .....	51,1	51,7	–	53,1	53,2	51,6	33,1	31,7	29,4
Frauen <sup>4)</sup> .....	48,9	48,3	–	46,9	46,8	48,4	66,9	68,3	70,6
Technische Tätigkeit <sup>1)</sup> .....	53,2	54,7	–	53,3	54,8	54,3	52,8	53,8	51,8
Männer <sup>5)</sup> .....	90,2	90,8	–	91,2	91,6	91,2	80,8	80,2	78,2
Frauen <sup>5)</sup> .....	9,8	9,2	–	8,8	8,4	8,8	19,2	19,8	21,8

1) Bezogen auf alle Angestellten. – 2) Bezogen auf alle männlichen Angestellten. – 3) Bezogen auf alle weiblichen Angestellten. – 4) Bezogen auf alle kaufmännischen Angestellten. – 5) Bezogen auf alle technischen Angestellten.

Die Angestellten verteilen sich sehr unterschiedlich auf die Leistungsgruppen, mit deutlicher Differenzierung zwischen Männern und Frauen. Mehr als 90% der männlichen Angestellten wurden den Leistungsgruppen II und III zugeordnet, rund 80% der weiblichen den Leistungsgruppen III und IV.

Bei den Männern bildet Leistungsgruppe II mit über 46% die am stärksten besetzte Leistungsgruppe, bei den Frauen Leistungsgruppe III mit über 48%. Auf Leistungsgruppe V entfiel nur ein unbedeutender Anteil der Angestellten, bei den Männern nicht einmal 1%, bei den Frauen weniger als 4%. Zwischen männlichen und weiblichen Angestellten sind die größten Unterschiede in der Besetzung der Leistungsgruppen II und IV zu beobachten mit 30,7 bzw. 23,5 Prozentpunkten.

In den neuen Bundesländern unterscheiden sich die Leistungsgruppenstrukturen von Männern und Frauen weniger: Leistungsgruppe II ist bei Männern mit 42,1% geringer und bei den Frauen mit 16,9% stärker besetzt und Leistungsgruppe IV umfasst einen größeren Anteil der männlichen Angestellten (9,4%) und einen etwas kleineren der weiblichen (31,6%).

Der Vergleich der Leistungsgruppenstrukturen in den Jahren 1992 und 1999 zeigt eine leichte Zunahme höher qualifizierter Tätigkeiten. Diese Entwicklung war bei den Frauen stärker ausgeprägt als bei den Männern und bei den ostdeutschen Angestellten deutlicher als bei den westdeutschen.

Der Berichtskreiswechsel mit Einbeziehung der Neugründungen führte im Jahr 2000 bei den Männern in Ost und West zu einer geringen Abnahme der Anteile der oberen Leistungsgruppen. Demgegenüber ist bemerkenswert, dass sich bei den Frauen der Trend zu einem steigenden Anteil der Leistungsgruppe II auch im Jahr 2000 fortgesetzt hat. Allerdings sind bei ihnen auch die

auf die Leistungsgruppen IV und V entfallenden Anteile leicht gestiegen.

Die Angestellten werden etwa zur Hälfte in kaufmännischen (46,8%) und in technischen Arbeitsbereichen (53,2%) eingesetzt. Zwischen Männern und Frauen bestehen nach wie vor große Unterschiede bei der Verteilung auf diese Beschäftigungsarten. So stellen die Frauen knapp die Hälfte (48,9%) der kaufmännischen, aber nicht einmal ein Zehntel (9,8%) der technischen Angestellten. In den neuen Ländern entfiel zwar auf die Frauen mit 19,2% ein deutlich höherer Anteil der technischen Angestellten, doch zeigt sich auch hier die Dominanz der Männer bei Durchführung technischer Tätigkeiten.

#### 2.4.4 Angestelltenverdienste nach der ausgeübten Tätigkeit

Die im Vergleich zu den Arbeitertätigkeiten größere Differenzierung der Angestelltentätigkeiten nach Qualifikationsanforderungen, Verantwortlichkeiten und Entscheidungsbefugnissen findet in den Verdiensten ihre Entsprechung. So erhielten die Angestellten der Leistungsgruppe II mit 8434 DM rund das 2,4fache des Durchschnittsgehalts der Leistungsgruppe V, während der Facharbeiterlohn nicht einmal dem 1,4fachen des Lohnes ungelernter Arbeiter entsprach.

Auch die Verdienstabstufung zwischen den Leistungsgruppen war bei den Angestellten deutlich stärker ausgeprägt als bei den Arbeitern. Der Unterschied zwischen dem Gehalt einer Leistungsgruppe und dem Gehalt der nächstfolgenden belief sich bei den Angestellten auf 24,3 bis 38,9%, bei den Arbeitern dagegen auf 12,1 bis 20,5%.

Die männlichen und weiblichen Angestellten verteilen sich – wie oben dargestellt – unterschiedlich auf die Leistungsgruppen: In den unteren Leistungsgruppen nimmt der Anteil der weiblichen Angestellten zu. Deswegen

Tabelle 8: Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe nach Geschlecht und Leistungsgruppen

Geschlecht Leistungs- gruppe Beschäfti- gungsart	Deutschland				Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000 gegenüber 1992	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000 gegenüber 1992	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000 gegenüber 1992
	DM		%		DM		%		DM		%	
Insgesamt ..	6 678	6 495	+ 2,8	+ 30,1	6 858	6 678	+ 2,7	+ 25,0	5 034	4 911	+ 2,5	+ 76,4
II .....	8 434	8 194	+ 2,9	+ 26,5	8 622	8 406	+ 2,6	+ 22,6	6 349	6 073	+ 4,5	+ 84,5
III .....	6 072	5 913	+ 2,7	+ 27,7	6 219	6 055	+ 2,7	+ 22,8	4 797	4 708	+ 1,9	+ 65,4
IV .....	4 411	4 305	+ 2,5	+ 30,3	4 527	4 420	+ 2,4	+ 24,9	3 581	3 509	+ 2,0	+ 62,2
V .....	3 549	3 497	+ 1,5	+ 32,5	3 613	3 555	+ 1,6	+ 24,8	3 006	3 081	- 2,4	+ 39,7
Männer ...	7 296	7 106	+ 2,7	+ 26,7	7 436	7 249	+ 2,6	+ 22,9	5 677	5 537	+ 2,5	+ 76,1
II .....	8 607	8 378	+ 2,7	+ 25,8	8 763	8 549	+ 2,5	+ 22,5	6 611	6 368	+ 3,8	+ 84,4
III .....	6 417	6 252	+ 2,6	+ 26,1	6 532	6 364	+ 2,6	+ 22,1	5 184	5 082	+ 2,0	+ 65,9
IV .....	4 932	4 818	+ 2,4	+ 24,7	5 010	4 897	+ 2,3	+ 21,3	4 131	4 032	+ 2,5	+ 64,8
V .....	4 017	4 016	+ 0,0	+ 24,2	4 080	4 086	- 0,1	+ 17,7	3 355	3 700	- 9,3	+ 37,5
Frauen ...	5 098	4 941	+ 3,2	+ 37,4	5 262	5 104	+ 3,1	+ 30,1	4 138	4 040	+ 2,4	+ 72,1
II .....	7 118	6 797	+ 4,7	+ 37,2	7 434	7 169	+ 3,7	+ 27,7	5 439	5 089	+ 6,9	+ 84,3
III .....	5 264	5 121	+ 2,8	+ 31,9	5 434	5 283	+ 2,9	+ 25,3	4 268	4 198	+ 1,7	+ 65,3
IV .....	4 062	3 968	+ 2,4	+ 31,2	4 181	4 085	+ 2,3	+ 25,1	3 356	3 303	+ 1,6	+ 59,0
V .....	3 339	3 267	+ 2,2	+ 33,2	3 397	3 321	+ 2,3	+ 25,8	2 887	2 864	+ 0,8	+ 40,0
Kaufmännische Tätigkeit ..	6 147	5 968	+ 3,0	+ 32,4	6 319	6 145	+ 2,8	+ 26,9	4 588	4 433	+ 3,5	+ 77,7
Männer ...	7 205	7 013	+ 2,7	+ 26,9	7 309	7 119	+ 2,7	+ 23,3	5 692	5 476	+ 4,0	+ 86,3
Frauen ...	5 042	4 886	+ 3,2	+ 36,6	5 199	5 044	+ 3,1	+ 30,0	4 044	3 935	+ 2,8	+ 71,0
Technische Tätigkeit ..	7 146	6 960	+ 2,7	+ 28,0	7 331	7 149	+ 2,6	+ 23,2	5 433	5 333	+ 1,9	+ 74,0
Männer ...	7 341	7 153	+ 2,6	+ 26,6	7 501	7 316	+ 2,5	+ 22,6	5 671	5 559	+ 2,0	+ 72,4
Frauen ....	5 343	5 185	+ 3,0	+ 40,5	5 559	5 391	+ 3,1	+ 30,1	4 431	4 370	+ 1,4	+ 75,0

kommt in der Leistungsgruppenabstufung der Gehälter – wie bei den Arbeitern – auch der geschlechtsspezifische Verdienstabstand zum Ausdruck. Daher fällt die Gehaltsabstufung nach Leistungsgruppen in der Untergliederung nach dem Geschlecht geringer aus: So entsprachen die Verdienste der Männer und der Frauen in Leistungsgruppe II jeweils nur etwa dem 2,1fachen Gehalt ihrer Kollegen bzw. Kolleginnen in Leistungsgruppe V.

Bei den Durchschnittsgehältern aller männlichen und weiblichen Angestellten ergab sich, wie oben gezeigt wurde, ein geschlechtsspezifischer Verdienstabstand von über 30%. Betrachtet man dagegen die Angestellten nur einer Leistungsgruppe, so verringert sich diese Relation – wie bei den Arbeitern – beträchtlich auf Werte zwischen 16,9 und 18%. Wird das Durchschnittsgehalt der weiblichen Angestellten mit der Leistungsgruppenstruktur der Männer berechnet, ergibt sich mit 6017 DM ein Wert, der 82,5% des Männergehalts ausmacht. Der Vergleich dieser hypothetisch berechneten Relation mit der effektiv realisierten (69,9%) zeigt, dass die unterschiedlichen Leistungsgruppenstrukturen erheblich zum statistisch nachgewiesenen Gehaltsunterschied zwischen weiblichen und männlichen Angestellten beitragen.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Verdienste in den beiden oberen Leistungsgruppen mit 2,9 bzw. 2,7% etwas stärker als die beiden unteren mit 2,5 bzw. 1,5%. Bei den weiblichen Angestellten fällt die Verdienststeigerung der Leistungsgruppe II mit 4,7% etwas aus dem Rahmen, bei den männlichen die Stagnation der Verdienste in der – allerdings sehr schwach besetzten – Leistungsgruppe V. Auch für den gesamten Zeitraum von 1992 bis 2000 sind bei den weiblichen Angestellten der Leistungsgruppe II relativ starke Gehaltssteigerungen zu beobachten, während sich die Stagnation der Verdienste bei den männlichen Angestellten der Leistungsgruppe V auf das Jahr 2000 beschränkt.

In den neuen Ländern verlief die Entwicklung der Gehälter in den einzelnen Leistungsgruppen differenzierter. Für Leistungsgruppe II wurde eine Zuwachsrate von 4,5% ermittelt; die Verdienste der beiden mittleren Gruppen stiegen mit 1,9 bzw. 2,0% ähnlich stark an. Demgegenüber ergab sich für die Leistungsgruppe V ein Rückgang der Verdienste um 2,4%. Die Veränderungsrate dieser Gruppe lässt sich durch die Entwicklung bei den männlichen Angestellten erklären, deren Gehälter um 9,3% sanken. Allerdings hatte diese Gruppe im Vorjahr einen außerordentlich hohen Anstieg der Gehälter von 14,4% zu verzeichnen.

Die Differenzierung der Verdienste zwischen den Leistungsgruppen kennzeichnet die Gehaltsentwicklung der Jahre 1992 bis 2000 in den neuen Ländern. So stiegen die Verdienste der Leistungsgruppe II in diesem Zeitraum um insgesamt 84,5%, diejenigen der Leistungsgruppe V jedoch nur um 39,7%.

Die Gliederung der Verdienste der Angestellten nach kaufmännischer oder technischer Tätigkeit zeigt nur geringe Unterschiede. Technische Angestellte verdienen zwar 16,3% mehr als kaufmännische, doch ist dieser Unterschied vor allem auf den geringen Frauenanteil bei technischen Tätigkeiten zurückzuführen. Unter den männlichen Angestellten verdienen die technischen Angestellten mit 1,9% nur geringfügig mehr als die kaufmännischen. Etwas größer war der Verdienstvorsprung (6,0%) der „Technikerinnen“ bei den weiblichen Angestellten.

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Gehälter bei den kaufmännischen Angestellten etwas stärker als bei den technischen (3,0 gegenüber 2,7%). Damit wird die seit 1992 zu beobachtende Entwicklung fortgesetzt. Ein anderer Verlauf ergab sich bei den weiblichen Angestellten: Auch hier erzielten die technischen Angestellten im Jahr 2000 eine etwas geringere Gehaltssteigerung als die kaufmännischen, doch stiegen ihre Verdienste im gesamten Zeitraum von 1992 bis 2000 stärker (40,5 gegenüber 36,6%).

Tabelle 9: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe 2000

Wirtschaftszweig <sup>1)</sup>	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Bruttomonatsverdienst		Beschäftigtenanteil	Bruttomonatsverdienst		Beschäftigtenanteil
	DM	Rang <sup>2)</sup>	% <sup>3)</sup>	DM	Rang <sup>2)</sup>	% <sup>3)</sup>
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen .....	7 101	1	0,3	5 161	1	0,4
Fahrzeugbau .....	6 155	2	14,1	4 404	3	6,9
Energie- und Wasserversorgung .....	6 041	3	2,9	4 810	2	5,6
Chemische Industrie .....	6 012	4	7,0	4 249	6	3,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw. ....	5 744	5	12,0	4 180	8	7,8
Maschinenbau .....	5 713	6	13,7	4 187	7	7,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe .....	5 546	7	5,8	4 392	4	3,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	5 333	8	1,6	4 392	4	1,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen .....	5 161	9	11,8	3 804	9	9,5
Hoch- und Tiefbau .....	4 959	10	11,1	3 631	11	30,8
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden .....	4 950	11	3,3	3 699	10	5,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung .....	4 867	12	4,7	3 473	12	6,1
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren .....	4 780	13	5,1	3 388	13	3,5
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling .....	4 578	14	2,8	3 105	15	2,9
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) .....	4 547	15	1,3	3 341	14	1,4
Textilgewerbe .....	4 332	16	1,6	2 641	16	2,2
Bekleidungs-gewerbe .....	4 123	17	0,8	2 269	18	0,5
Ledergewerbe .....	4 080	18	0,4	2 508	17	0,3

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). – 2) Nach dem Bruttomonatsverdienst. – 3) Am Produzierenden Gewerbe.

## 2.5 Verdienste nach Wirtschaftszweigen

In den einzelnen Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes streuten die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer im früheren Bundesgebiet zwischen 7 101 DM (Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen) und 4 080 DM (Ledergewerbe). Die Wirtschaftszweige mit den beiden Extremwerten beschäftigen jeweils nur einen geringen Anteil der Arbeitnehmer/-innen des Produzierenden Gewerbes. Die Vergleichsan-

gaben für die neuen Bundesländer sind 5 161 DM (gleichfalls Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen) sowie 2 269 DM (Bekleidungs-gewerbe). Die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach dem Verdienst stimmt – von geringfügigen Abweichungen abgesehen – in Ost und West überein.

In der Besetzung der Wirtschaftszweige ergaben sich jedoch größere Unterschiede zwischen Ost und West. Die auffallendste Abweichung besteht beim Hoch- und Tief-

Tabelle 10: Durchschnittliche Nettomonatsverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe und der Angestellten im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe im früheren Bundesgebiet  
Ergebnisse von Modellrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Arbeiter/-innen			Angestellte		
		Einzelperson <sup>1)</sup>	Ehepaar <sup>2)</sup> , beide mit jeweiligem Durchschnittsverdienst <sup>3)</sup> , ohne Kinder	Ehepaar mit 2 Kindern, Mann mit Durchschnittsverdienst <sup>3)</sup> , Ehefrau nicht arbeitend	Einzelperson <sup>1)</sup>	Ehepaar <sup>2)</sup> , beide mit jeweiligem Durchschnittsverdienst <sup>3)</sup> , ohne Kinder	Ehepaar mit 2 Kindern, Mann mit Durchschnittsverdienst <sup>3)</sup> , Ehefrau nicht arbeitend
Früheres Bundesgebiet							
1999							
Bruttomonatsverdienst <sup>4)</sup> .....	DM	4 577,00	8 256,00	4 748,00	6 678,00	12 353,00	7 249,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag .....	DM	1 007,89	1 690,40	434,20	1 868,35	3 342,44	1 323,32
– Renten- und Arbeitslosenversicherung .....	DM	595,01	1 073,28	617,24	868,14	1 605,89	942,37
– Kranken- und Pflegeversicherung .....	DM	354,72	639,84	367,97	517,55	957,36	561,80
+ Kindergeld .....	DM	0,00	0,00	440,00	0,00	0,00	440,00
Nettomonatsverdienst .....	DM	2 619,39	4 852,48	3 768,59	3 423,96	6 447,31	4 861,51
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst ..	%	+ 57,2	+ 58,8	+ 79,4	+ 51,3	+ 52,2	+ 67,1
2000							
Bruttomonatsverdienst <sup>4)</sup> .....	DM	4 711,00	8 489,00	4 888,00	6 858,00	12 698,00	7 436,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag .....	DM	1 018,95	1 701,85	429,32	1 935,34	3 451,30	1 313,78
– Renten- und Arbeitslosenversicherung .....	DM	607,72	1 095,08	630,55	884,68	1 638,04	959,24
– Kranken- und Pflegeversicherung .....	DM	365,10	657,90	378,82	531,50	984,10	576,29
+ Kindergeld .....	DM	0,00	0,00	540,00	0,00	0,00	540,00
Nettomonatsverdienst .....	DM	2 719,23	5 034,17	3 989,31	3 506,49	6 624,56	5 126,69
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst ..	%	+ 57,7	+ 59,3	+ 81,6	+ 51,1	+ 52,2	+ 68,9
Veränderung des Bruttomonatsverdienstes gegenüber dem Vorjahr .....	%	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,5
Veränderung des Nettomonatsverdienstes gegenüber dem Vorjahr .....	%	+ 3,7	+ 3,6	+ 5,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 5,2
Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung <sup>5)</sup> gegenüber dem Vorjahr .....	%	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Reale Veränderung des Nettomonatsverdienstes gegenüber dem Vorjahr .....	%	+ 1,9	+ 1,8	+ 3,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 3,4
Neue Länder und Berlin-Ost							
1999							
Bruttomonatsverdienst <sup>4)</sup> .....	DM	3 380,00	6 164,00	3 489,00	4 911,00	9 577,00	5 537,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag .....	DM	573,26	922,87	107,16	1 135,93	2 191,62	700,89
– Renten- und Arbeitslosenversicherung .....	DM	439,40	801,32	453,57	638,43	1 245,01	719,81
– Kranken- und Pflegeversicherung .....	DM	258,57	471,55	266,91	375,69	732,64	423,58
+ Kindergeld .....	DM	0,00	0,00	440,00	0,00	0,00	440,00
Nettomonatsverdienst .....	DM	2 108,77	3 914,33	3 101,36	2 760,95	5 407,73	4 132,72
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst ..	%	+ 62,4	+ 63,5	+ 88,9	+ 56,2	+ 56,5	+ 74,6
2000							
Bruttomonatsverdienst <sup>4)</sup> .....	DM	3 443,00	6 321,00	3 563,00	5 034,00	9 815,00	5 677,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag .....	DM	487,66	796,91	99,66	1 001,25	1 934,08	645,50
– Renten- und Arbeitslosenversicherung .....	DM	444,15	815,41	459,63	649,39	1 266,14	732,33
– Kranken- und Pflegeversicherung .....	DM	263,39	483,56	272,57	385,10	750,85	434,29
+ Kindergeld .....	DM	0,00	0,00	540,00	0,00	0,00	540,00
Nettomonatsverdienst .....	DM	2 247,80	4 225,12	3 271,14	2 998,26	5 863,94	4 404,88
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst ..	%	+ 65,3	+ 66,8	+ 91,8	+ 59,6	+ 59,7	+ 77,6
Veränderung des Bruttomonatsverdienstes gegenüber dem Vorjahr .....	%	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5
Veränderung des Nettomonatsverdienstes gegenüber dem Vorjahr .....	%	+ 6,2	+ 7,4	+ 5,2	+ 7,9	+ 7,8	+ 6,2
Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung <sup>5)</sup> gegenüber dem Vorjahr .....	%	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Reale Veränderung des Nettomonatsverdienstes gegenüber dem Vorjahr .....	%	+ 4,4	+ 5,6	+ 3,4	+ 6,1	+ 6,0	+ 4,4

1) Durchschnittsverdienst von männlichen und weiblichen Arbeitern/Angestellten zusammen. – 2) Durchschnittsverdienst für Arbeiter und Arbeiterinnen bzw. männliche und weibliche Angestellte (Summe). – 3) Durchschnittsverdienst von männlichen Arbeitern/Angestellten. – 4) Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst aus der Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe. – 5) 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.

bau, der in den neuen Ländern mehr als drei Zehntel aller Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes beschäftigt, in den alten Ländern dagegen nur rund ein Zehntel. Im Westen dominierten dagegen der Fahrzeug- und Maschinenbau mit Anteilen von jeweils 14%. Die unterschiedliche Verteilung auf die Wirtschaftszweige hat jedoch nur einen geringen Einfluss auf den Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes. Der mit der westdeutschen Besetzung der Wirtschaftszweige hypothetisch berechnete Durchschnittsverdienst weicht nur um 4% vom statistisch erfassten Wert ab.

Die Arbeiter- und Angestelltenverdienste streuten weniger zwischen den Wirtschaftszweigen als die Arbeitnehmerverdienste<sup>1)</sup>. Die Monatslöhne der Arbeiter bewegten sich in der Bandbreite von 3 080 bis 5 752 DM, die Angestelltegehälter in der Spannweite von 5 190 bis 7 822 DM. Die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach dem Verdienst ist bei Arbeitern und Angestellten weitgehend identisch. Ausnahmen bilden die Wirtschaftszweige Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie die Energie- und Wasserversorgung: Im erstgenannten Wirtschaftszweig lagen die Angestelltegehälter auf Rang 3 und die Arbeiterlöhne auf Rang 11 und beim zweiten Wirtschaftszweig umgekehrt die Angestelltegehälter auf Rang 11 und die Arbeiterlöhne auf Rang 3.

## 2.6 Nettoverdienste nach Arbeitnehmergruppen und Haushaltstypen

Um die Kaufkraftentwicklung der Arbeitnehmerverdienste abzuschätzen, werden von den durchschnittlichen Bruttoverdiensten durch Abzug der hierauf entfallenden Lohn- und Kirchensteuer (einschl. Solidaritätszuschlag) sowie der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung Nettoverdienste für ausgewählte Haushaltstypen ermittelt, die anschließend mit dem Preisindex aller privaten Haushalte deflationiert werden. Die Ergebnisse dieser Modellrechnungen sind in der Tabelle 10 dargestellt. Hierbei wird auf den Nachweis gesamtdeutscher Ergebnisse verzichtet, da für die Sozialversicherung noch unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenzen in den neuen und alten Bundesländern gelten.

Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr der reale Nettoverdienst bei kinderlosen Arbeiterhaushalten um knapp 2%, bei den entsprechenden Angestelltenhaushalten um 0,6 bis 0,9%. Deutlich stärker stieg die Kaufkraft bei Ehepaaren mit zwei Kindern und einem Verdienstbezieher durch die Kindergelderhöhung (Arbeiterhaushalte: 3,7, Angestelltenhaushalte: 3,4%). Damit erhöhte sich die Kaufkraft im Jahr 2000 bei allen Haushalten (außer den Angestelltenhaushalten ohne Kinder) stärker als der reale Bruttoverdienst. Hierin zeigt sich auch der Einfluss steuerlicher Erleichterungen. Deutlich stärker erhöhte sich die Kaufkraft der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost (zwischen 3,4 und 6,1%). Hierbei fällt auf, dass der Haushaltstyp Arbeiterehepaar mit zwei Kindern und einem Verdienstbezieher die geringste Kaufkraftsteigerung erfuhr.

Ursächlich hierfür ist der geringe Einfluss von Steueränderungen bei niedrigem Verdienstniveau. Vergleicht man die Kaufkraft der einzelnen Haushaltstypen in Ost und West, so zeigt sich ein wesentlich geringerer Unterschied als bei den Bruttoverdiensten. Die Kaufkraft der ostdeutschen Haushalte erreichte jeweils deutlich mehr als 80% der Kaufkraft der westdeutschen Vergleichshaushalte: Der geringste Wert mit 82,0% ergab sich bei den Arbeiterhaushalten mit zwei Kindern und einem Verdienstbezieher, der höchste mit 88,5% bei den Angestelltenhaushalten ohne Kinder. ■

<sup>1)</sup> Siehe die Anhangtabelle auf S. 400 f.

Anhangtabelle: Bruttoverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig (H. v. = Herstellung von)	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000	1999	2000 gegenüber 1999
	DM		%	DM		%	DM		%
Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen									
Produzierendes Gewerbe .....	5 251	5 093	+ 3,1	5 451	5 295	+ 2,9	3 859	3 776	+ 2,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	5 206	5 056	+ 3,0	5 333	5 152	+ 3,5	4 392	4 434	- 1,0
Verarbeitendes Gewerbe .....	5 341	5 177	+ 3,2	5 496	5 325	+ 3,2	3 868	3 756	+ 3,0
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung .....	4 649	4 537	+ 2,5	4 867	4 748	+ 2,5	3 473	3 390	+ 2,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe .....	4 024	3 897	+ 3,3	4 261	4 116	+ 3,5	2 570	2 481	+ 3,6
Textilgewerbe .....	4 050	3 962	+ 2,2	4 332	4 222	+ 2,6	2 641	2 565	+ 3,0
Bekleidungsgewerbe .....	3 967	3 771	+ 5,2	4 123	3 921	+ 5,2	2 269	2 184	+ 3,9
Ledergewerbe .....	3 931	3 802	+ 3,4	4 080	3 954	+ 3,2	2 508	2 391	+ 4,9
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln) .....	4 380	4 238	+ 3,4	4 547	4 399	+ 3,4	3 341	3 244	+ 3,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe .....	5 447	5 264	+ 3,5	5 546	5 360	+ 3,5	4 392	4 208	+ 4,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen .....	6 779	6 598	+ 2,7	7 101	6 906	+ 2,8	5 161	4 917	+ 5,0
Chemische Industrie .....	5 887	5 671	+ 3,8	6 012	5 798	+ 3,7	4 249	4 037	+ 5,3
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren .....	4 656	4 546	+ 2,4	4 780	4 662	+ 2,5	3 388	3 279	+ 3,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden .....	4 719	4 614	+ 2,3	4 950	4 848	+ 2,1	3 699	3 603	+ 2,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen .....	5 021	4 854	+ 3,4	5 161	4 986	+ 3,5	3 804	3 696	+ 2,9
Maschinenbau .....	5 600	5 420	+ 3,3	5 713	5 531	+ 3,3	4 187	4 056	+ 3,2
H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw. ....	5 611	5 453	+ 2,9	5 744	5 583	+ 2,9	4 180	4 079	+ 2,5
Fahrzeugbau .....	6 039	5 862	+ 3,0	6 155	5 974	+ 3,0	4 404	4 300	+ 2,4
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling .....	4 385	4 265	+ 2,8	4 578	4 449	+ 2,9	3 105	3 045	+ 2,0
Energie- und Wasserversorgung .....	5 773	5 669	+ 1,8	6 041	5 934	+ 1,8	4 810	4 748	+ 1,3
Hoch- und Tiefbau .....	4 574	4 467	+ 2,4	4 959	4 889	+ 1,4	3 631	3 604	+ 0,8
Bruttomonatsverdienste der Angestellten									
Produzierendes Gewerbe .....	6 678	6 495	+ 2,8	6 858	6 678	+ 2,7	5 034	4 911	+ 2,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	6 619	6 526	+ 1,4	6 808	6 728	+ 1,2	5 613	5 568	+ 0,8
Verarbeitendes Gewerbe .....	6 762	6 578	+ 2,8	6 899	6 716	+ 2,7	5 059	4 901	+ 3,2
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung .....	5 905	5 740	+ 2,9	6 140	5 984	+ 2,6	4 342	4 184	+ 3,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe .....	5 342	5 201	+ 2,7	5 508	5 358	+ 2,8	3 562	3 431	+ 3,8
Textilgewerbe .....	5 450	5 344	+ 2,0	5 662	5 543	+ 2,2	3 700	3 570	+ 3,7
Bekleidungsgewerbe .....	5 190	4 994	+ 3,9	5 303	5 103	+ 3,9	3 163	3 058	+ 3,4
Ledergewerbe .....	5 448	5 260	+ 3,6	5 523	5 334	+ 3,5	3 664	3 563	+ 2,8
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln) .....	5 585	5 419	+ 3,1	5 749	5 583	+ 3,0	4 380	4 246	+ 3,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe .....	6 326	6 131	+ 3,2	6 430	6 239	+ 3,1	5 254	5 023	+ 4,6
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen .....	7 725	7 585	+ 1,8	8 013	7 877	+ 1,7	6 021	5 714	+ 5,4
Chemische Industrie .....	6 849	6 647	+ 3,0	6 947	6 754	+ 2,9	5 159	4 893	+ 5,4
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren .....	6 095	5 950	+ 2,4	6 239	6 086	+ 2,5	4 425	4 294	+ 3,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden .....	5 930	5 767	+ 2,8	6 214	6 049	+ 2,7	4 626	4 500	+ 2,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen .....	6 459	6 292	+ 2,7	6 601	6 423	+ 2,8	4 932	4 843	+ 1,8
Maschinenbau .....	6 878	6 702	+ 2,6	6 976	6 804	+ 2,5	5 311	5 142	+ 3,3
H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw. ....	7 144	6 946	+ 2,8	7 248	7 049	+ 2,8	5 617	5 471	+ 2,7
Fahrzeugbau .....	7 822	7 668	+ 2,0	7 921	7 770	+ 1,9	5 934	5 792	+ 2,5
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling .....	5 724	5 565	+ 2,9	5 919	5 741	+ 3,1	3 984	3 916	+ 1,7
Energie- und Wasserversorgung .....	6 243	6 137	+ 1,7	6 555	6 444	+ 1,7	5 203	5 135	+ 1,3
Hoch- und Tiefbau .....	6 029	5 851	+ 3,0	6 498	6 318	+ 2,8	4 775	4 727	+ 1,0



noch Anhangtabelle: Bruttoverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe  
nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig (H. v. = Herstellung von)	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000	1999	2000 gegenüber 1999	2000	1999	2000 gegenüber 1999
	DM		%	DM		%	DM		%
Bruttostundenverdienste der Arbeiter/-innen									
Produzierendes Gewerbe .....	27,35	26,59	+ 2,9	28,63	27,91	+ 2,6	19,86	19,44	+ 2,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	26,31	26,34	- 0,1	26,97	26,99	- 0,1	21,68	21,84	- 0,7
Verarbeitendes Gewerbe .....	27,78	27,06	+ 2,6	28,82	28,06	+ 2,7	19,60	19,07	+ 2,8
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung .....	23,44	22,92	+ 2,3	24,56	24,00	+ 2,3	17,96	17,52	+ 2,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe .....	20,30	19,77	+ 2,7	21,77	21,11	+ 3,1	13,36	12,96	+ 3,0
Textilgewerbe .....	20,82	20,41	+ 2,0	22,56	22,00	+ 2,6	13,74	13,46	+ 2,1
Bekleidungsgewerbe .....	18,88	18,26	+ 3,4	19,80	19,16	+ 3,3	11,53	11,04	+ 4,4
Ledergewerbe .....	19,11	18,36	+ 4,1	19,91	19,16	+ 3,9	13,33	12,89	+ 3,4
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln) .....	23,62	23,01	+ 2,7	24,74	24,13	+ 2,5	17,32	16,64	+ 4,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe ...	28,66	27,90	+ 2,7	29,34	28,54	+ 2,8	21,45	20,77	+ 3,2
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen .....	33,98	32,76	+ 3,7	35,88	34,47	+ 4,1	25,96	24,92	+ 4,2
Chemische Industrie .....	29,37	28,30	+ 3,8	30,23	29,14	+ 3,7	20,89	19,87	+ 5,1
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren .....	24,50	23,93	+ 2,4	25,26	24,65	+ 2,5	17,36	16,67	+ 4,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden .....	24,48	23,77	+ 3,0	25,77	25,00	+ 3,1	19,02	18,56	+ 2,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen .....	27,26	26,53	+ 2,7	28,19	27,42	+ 2,8	20,08	19,55	+ 2,7
Maschinenbau .....	29,19	28,42	+ 2,7	30,00	29,20	+ 2,7	21,06	20,42	+ 3,1
H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw. ...	26,22	25,55	+ 2,6	27,01	26,30	+ 2,7	19,92	19,44	+ 2,5
Fahrzeugbau .....	34,41	33,58	+ 2,5	35,35	34,47	+ 2,6	23,50	23,03	+ 2,0
H. v. Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling .....	23,64	23,18	+ 2,0	24,91	24,46	+ 1,8	16,45	16,13	+ 2,0
Energie- und Wasserversorgung .....	30,83	30,32	+ 1,7	32,32	31,74	+ 1,8	25,00	24,93	+ 0,3
Hoch- und Tiefbau .....	25,02	24,18	+ 3,5	27,24	26,59	+ 2,4	19,77	19,46	+ 1,6
Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen									
Produzierendes Gewerbe .....	4 534	4 400	+ 3,0	4 711	4 577	+ 2,9	3 443	3 380	+ 1,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	4 684	4 529	+ 3,4	4 808	4 622	+ 4,0	3 824	3 853	- 0,8
Verarbeitendes Gewerbe .....	4 570	4 425	+ 3,3	4 707	4 556	+ 3,3	3 414	3 309	+ 3,2
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung .....	4 100	4 003	+ 2,4	4 286	4 181	+ 2,5	3 177	3 101	+ 2,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe .....	3 396	3 273	+ 3,7	3 609	3 467	+ 4,1	2 329	2 246	+ 3,7
Textilgewerbe .....	3 514	3 402	+ 3,3	3 772	3 636	+ 3,7	2 410	2 336	+ 3,2
Bekleidungsgewerbe .....	3 080	2 973	+ 3,6	3 215	3 102	+ 3,6	1 949	1 904	+ 2,4
Ledergewerbe .....	3 274	3 142	+ 4,2	3 400	3 267	+ 4,1	2 337	2 197	+ 6,4
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln) .....	4 063	3 925	+ 3,5	4 222	4 077	+ 3,5	3 114	3 014	+ 3,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe ...	4 784	4 624	+ 3,5	4 882	4 720	+ 3,4	3 695	3 542	+ 4,3
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen .....	5 752	5 553	+ 3,6	6 056	5 827	+ 3,9	4 450	4 276	+ 4,1
Chemische Industrie .....	4 889	4 701	+ 4,0	5 007	4 820	+ 3,9	3 654	3 458	+ 5,7
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren .....	4 154	4 042	+ 2,8	4 263	4 143	+ 2,9	3 079	2 957	+ 4,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden .....	4 268	4 189	+ 1,9	4 475	4 399	+ 1,7	3 371	3 287	+ 2,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen .....	4 541	4 372	+ 3,9	4 668	4 490	+ 4,0	3 514	3 398	+ 3,4
Maschinenbau .....	4 757	4 589	+ 3,7	4 857	4 685	+ 3,7	3 666	3 530	+ 3,9
H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw. ...	4 213	4 082	+ 3,2	4 310	4 176	+ 3,2	3 390	3 290	+ 3,1
Fahrzeugbau .....	5 321	5 159	+ 3,1	5 425	5 260	+ 3,1	3 981	3 883	+ 2,5
H. v. Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling .....	3 907	3 809	+ 2,6	4 076	3 970	+ 2,7	2 883	2 837	+ 1,6
Energie- und Wasserversorgung .....	5 181	5 092	+ 1,8	5 418	5 323	+ 1,8	4 242	4 209	+ 0,8
Hoch- und Tiefbau .....	4 258	4 168	+ 2,2	4 614	4 562	+ 1,1	3 401	3 389	+ 0,4

# Preise im April 2001

Im April 2001 nahm der Preisdruck wieder zu. Die industriellen Erzeugerpreise stiegen von März 2001 auf April 2001 um 0,5%, die Großhandelsverkaufspreise, die Einzelhandelspreise und die Verbraucherpreise erhöhten sich binnen Monatsfrist jeweils um 0,4%. Die Jahresteuerraten entwickelten sich weiter aufwärts: So betrug der Preisauftrieb +5,0% bei den industriellen Erzeugerpreisen, +4,1% bei den Großhandelsverkaufspreisen, +1,8% bei den Einzelhandelspreisen und +2,9% bei den Preisen für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war ein erneuter Preisschub bei Mineralölzeugnissen. Außerdem gingen von Saisonwaren preistreibende Wirkungen aus.

Dipl.-Volkswirtin Irmtraud Beuerlein

Im April 2001 nahm der Preisdruck wieder zu, nachdem sich das Preisklima im März 2001 etwas entspannt hatte. Die industriellen Erzeugerpreise stiegen von März 2001 auf April 2001 um 0,5%. Die Großhandelsverkaufspreise, die Einzelhandelspreise und die Verbraucherpreise erhöhten sich binnen Monatsfrist jeweils um 0,4%.

Im Vorjahresvergleich lagen die Preise im April 2001 auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen nach wie vor deutlich höher. Die Jahresteuerraten entwickelten sich weiter aufwärts. So betrug der Preisauftrieb +5,0% bei den industriellen Erzeugerpreisen, +4,1% bei den Großhandelsverkaufspreisen, +1,8% bei den Einzelhandelspreisen und +2,9% bei den Preisen für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung war ein erneuter Preisschub bei Mineralölzeugnissen: Auf der Erzeuger- und auf der Großhandelsstufe wurde ein Preisanstieg von 3,4 bzw. 2,6% gegenüber dem Vormonat ermittelt, auf der Verbraucherstufe betrug der Preisanstieg binnen Monatsfrist 2,0%. Im Vorjahresvergleich bewegten sich die Verteuerungen in zweistelliger Größenordnung, wie die nachstehende Tabelle zeigt.

	Veränderungen April 2001 gegenüber	
	März 2001	April 2000
	%	
<b>Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte</b>		
insgesamt .....	+ 0,5	+ 5,0
ohne Mineralölzeugnisse .....	+ 0,4	+ 4,5
Mineralölzeugnisse .....	+ 3,4	+ 12,1
<b>Index der Großhandelsverkaufspreise</b>		
insgesamt .....	+ 0,4	+ 4,1
ohne Mineralölzeugnisse .....	-	+ 3,2
Mineralölzeugnisse .....	+ 2,6	+ 10,0
ohne Saisonwaren .....	+ 0,3	+ 3,5
Saisonwaren .....	+ 1,0	+ 16,7
<b>Index der Einzelhandelspreise</b>	+ 0,4	+ 1,8
<b>Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte</b>		
insgesamt .....	+ 0,4	+ 2,9
ohne Heizöl und Kraftstoffe .....	+ 0,2	+ 2,6
Heizöl und Kraftstoffe .....	+ 2,0	+ 10,3
ohne Saisonwaren .....	+ 0,2	+ 2,8
Saisonwaren .....	+ 3,9	+ 7,1

Von Saisonwaren gingen im April 2001 ebenfalls preistreibende Wirkungen aus. So stiegen die Preise für Saisonwaren von März 2001 auf April 2001 im Großhandel um 1,0% und beim Preisindex für die Lebenshaltung aller

Ausgewählte Preisindizes  
1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte <sup>1)</sup>	Groß- handels- verkaufs- preise <sup>1)</sup>	Einzel- handels- preise <sup>2)</sup>	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland		Früheres Bundes- gebiet
1996 D .....	98,8	99,6	100,8	101,4	101,3	101,9
1997 D .....	99,9	101,5	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D .....	99,5	99,5	101,7	104,3	104,1	105,3
1999 D .....	98,5	98,6	101,9	104,9	104,8	105,7
2000 D .....	101,8	104,0	103,0	106,9	106,9	107,5
2000 Febr. ..	100,0	102,3	102,6	106,2	106,1	106,9
März ..	100,0	103,1	102,7	106,4	106,3	107,0
April ..	100,4	102,7	102,6	106,4	106,3	107,0
Mai ...	101,0	103,3	102,7	106,3	106,2	107,0
Juni ...	101,3	103,7	102,8	106,9	106,8	107,5
Juli ...	102,0	103,7	102,8	107,4	107,3	107,9
Aug. ...	102,3	104,1	102,8	107,2	107,2	107,8
Sept. ...	103,2	106,0	103,7	107,7	107,6	108,0
Okt. ...	103,7	106,2	103,5	107,5	107,4	107,8
Nov. ...	103,9	106,0	103,6	107,7	107,7	108,3
Dez. ...	103,6	105,7	103,5	107,8	107,7	108,3
2001 Jan. ...	104,4	105,2	103,4	108,3	108,2	109,1
Febr. ...	104,7	106,1	103,7	109,0	108,9	109,8
März ..	104,9	106,5	104,0	109,1	109,0	110,0
April ..	105,4	106,9	104,4	109,5	109,3	110,4
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
2000 Febr. ..	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
März ..	-	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
April ..	+ 0,4	- 0,4	- 0,1	-	-	-
Mai ...	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	-
Juni ...	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Juli ...	+ 0,7	-	-	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Aug. ...	+ 0,3	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Sept. ...	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Okt. ...	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Nov. ...	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5
Dez. ...	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	-	-
2001 Jan. ...	+ 0,8	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Febr. ...	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
März ..	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
April ..	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1996 D .....	- 1,2	- 0,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D .....	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D .....	- 0,4	- 2,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1999 D .....	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
2000 D .....	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
2000 Febr. ...	+ 2,4	+ 5,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5
März ..	+ 2,4	+ 5,3	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6
April ..	+ 2,1	+ 4,4	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3
Mai ...	+ 2,7	+ 4,9	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
Juni ...	+ 2,9	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Juli ...	+ 3,3	+ 5,5	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Aug. ...	+ 3,5	+ 5,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Sept. ...	+ 4,3	+ 7,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,1
Okt. ...	+ 4,6	+ 7,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0
Nov. ...	+ 4,7	+ 6,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4
Dez. ...	+ 4,2	+ 5,1	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2
2001 Jan. ...	+ 4,6	+ 3,8	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5
Febr. ...	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7
März ..	+ 4,9	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8
April ..	+ 5,0	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2

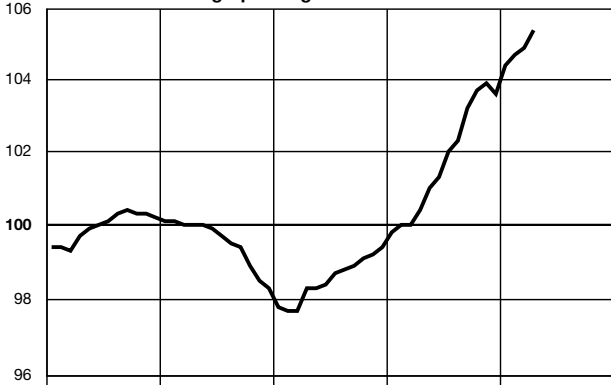
1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Einschl. Umsatzsteuer.

Schaubild 1

**Ausgewählte Preisindizes**

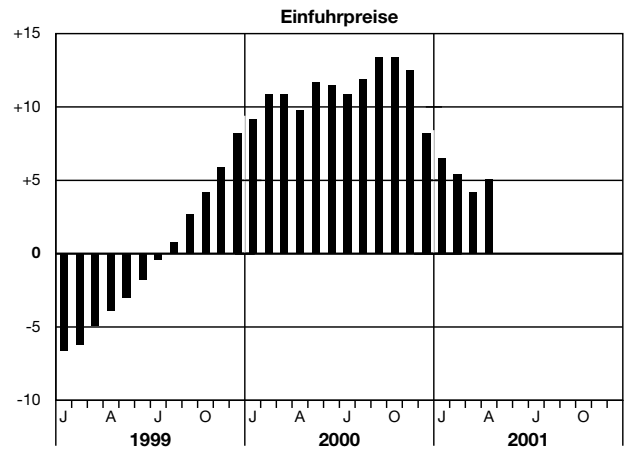
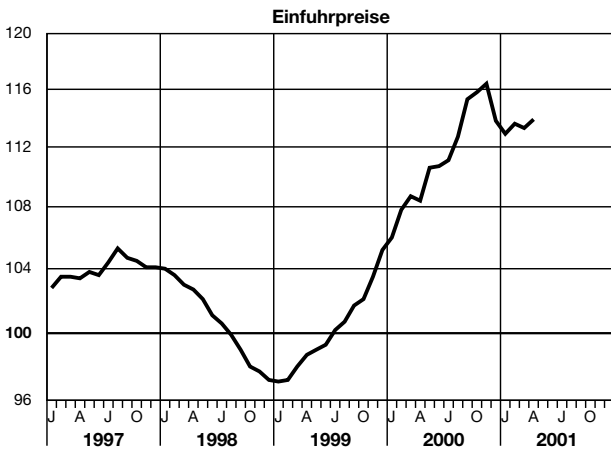
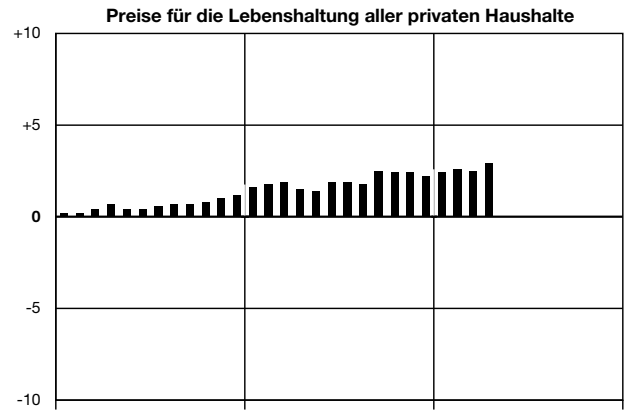
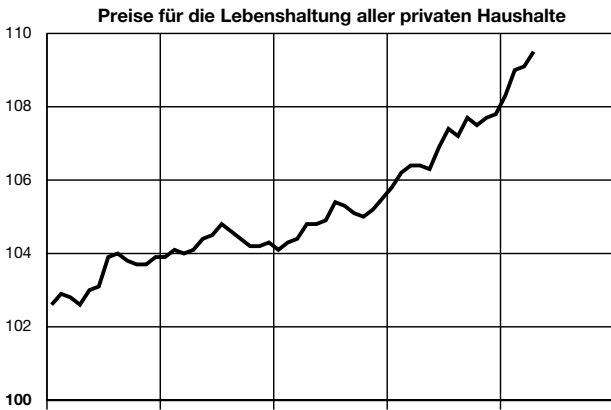
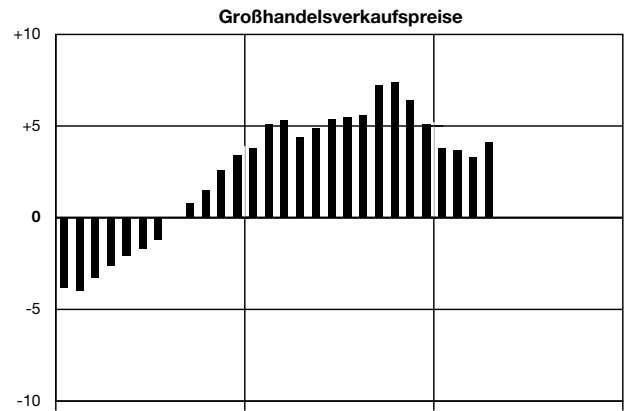
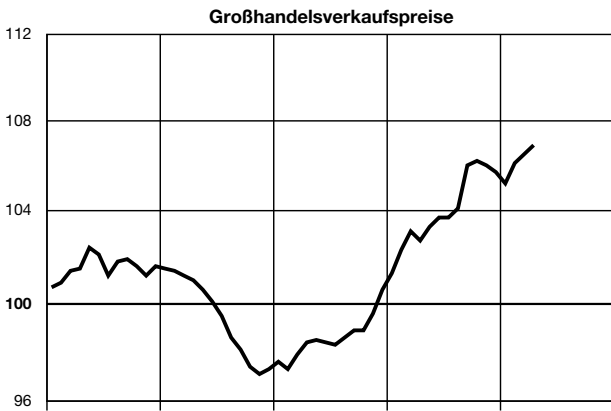
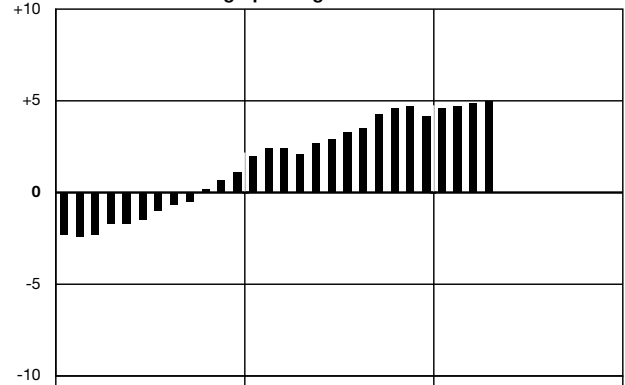
1995 = 100  
Log. Maßstab

**Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**



Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %  
Arithm. Maßstab

**Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**



privaten Haushalte um 3,9%. Im Jahresvergleich verteuerten sich Saisonwaren ebenfalls deutlich, und zwar um 16,7% auf der Großhandelsstufe und um 7,1% auf der Stufe des privaten Verbrauchs.

Der *Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte* (Inlandsabsatz) in Deutschland stieg im April 2001 gegenüber dem Vormonat um 0,5%. Gegenüber April 2000 erhöhten sich die Erzeugerpreise im Durchschnitt um 5,0%. Das ist die stärkste jährliche Preiszunahme seit Juli 1982. Neben den bereits erwähnten Mineralölerzeugnissen (+12,1% gegenüber dem Vorjahr) trugen u.a. Erdgas (+39,9%), Steinkohle und Steinkohlenbriketts (+21,9%), Fleisch und Fleischwaren (+18,4%), Fernwärme (+11,6%) sowie Papier, Karton und Pappe (+8,6%) zu dem Anstieg der Erzeugerpreise innerhalb Jahresfrist bei. Einen dämpfenden Effekt auf den Preisauftrieb hatten dagegen u.a. Drahtwaren (-14,9%), oberflächenveredelte Bleche (-6,5%), Mauerziegel (-6,2%) und Nadelschnittholz (-4,1%).

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* stieg von März 2001 auf April 2001 wie im Vormonat um 0,4%. Im Vergleich zum Vorjahr lagen die Großhandelsverkaufspreise im April 2001 um 4,1% höher, verglichen mit einer Jahresrate von +3,3% im März 2001 und +3,7% im Februar 2001.

Besonders ausgeprägt war der Preisanstieg beim Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+2,2% von März 2001 auf April 2001). Auch beim Großhandel mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild (+1,4%) zogen die Preise binnen Monatsfrist deutlich an, während beim Großhandel mit lebenden Tieren (-4,8%) die Preise von März 2001 auf April 2001 nachgaben. Verglichen mit dem Vorjahresmonat wiesen im April 2001 der Großhandel mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild (+21,9%), der Großhandel mit lebenden Tieren (+15,0%) sowie der Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+9,7%) stark überdurchschnittliche Preissteigerungen auf.

Im Einzelnen wiesen die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

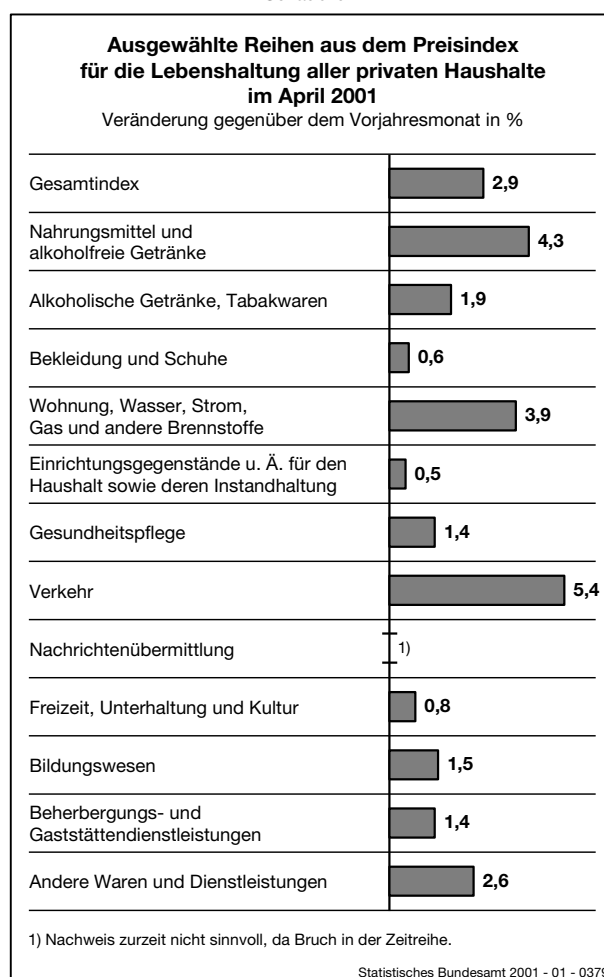
	Veränderungen April 2001 gegenüber	
	März 2001	April 2000
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren . . . . .	- 1,3	+ 6,9
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren . . . . .	+ 0,4	+ 5,4
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern . . . . .	+ 0,1	+ 1,7
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen . . . . .	+ 0,8	+ 4,9
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör . . . . .	+ 0,1	+ 0,3
Sonstiger Großhandel . . . . .	+ 0,4	+ 4,2

Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich von März 2001 auf April 2001 um 0,4%. Gegenüber dem Vorjahr lag der Index im Berichtsmonat um +1,8% höher; im März und Februar 2001 hatte die Jahresveränderungsrate +1,3% und +1,1% betragen.

Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland* stieg von März 2001 auf April 2001 um 0,4%. Im März 2001 waren die Preise binnen Monatsfrist nur um 0,1% gestiegen. Gegenüber April 2000 lagen die Verbraucherpreise im April 2001 um 2,9% höher. Dies war die höchste Steigerungsrate seit Februar 1994 (+3,1%). Im März 2001 hatte die jährliche Teuerung noch +2,5% und im Februar 2001 +2,6% betragen.

Die Jahresteuersrate wurde im April 2001 stark durch die Preisentwicklung bei Haushaltsenergie beeinflusst. So verteuerte sich leichtes Heizöl im Vergleich zum April 2000 um 11,6%. Die Gaspreise lagen um 27,0% und die Preise für Zentralheizung/Fernwärme um 28,6% höher als vor einem Jahr. Auch die Kraftstoffpreise lagen im April 2001 um 10,0% über dem Vorjahresstand. Ohne Heizöl und Kraftstoffe wäre der Gesamtindex von April 2000 bis April 2001 nur um 2,6% gestiegen.

Schaubild 2



Zur Erhöhung der Jahresteuersrate trugen auch anhaltende Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln bei, die sich von April 2000 bis April 2001 um durchschnittlich 5,0% verteuerten. Hervorzuheben sind insbesondere die Verteuierungen bei Fleisch und Fleischwaren (+8,7%), Obst (+10,2%), Fisch (+3,8%) und Gemüse (+6,1%). Eine für die Verbraucher günstige Preisentwicklung wiesen u.a. Kaffee (-3,4%), Farbfernsehgeräte (-2,4%), Video-Recorder (-4,6%), PCs (-15,9%) und Pauschalreisen (-3,3%) auf.

Die nachstehende Übersicht stellt die Veränderungen der Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1995 = 100

	Veränderungen April 2001 gegenüber	
	März 2001	April 2000
	%	
Gesamtindex .....	+ 0,4	+ 2,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke .....	+ 1,5	+ 4,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren .....	- 0,1	+ 1,9
Bekleidung und Schuhe .....	+ 0,1	+ 0,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw. ....	+ 0,3	+ 3,9
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä. ....	-	+ 0,5
Gesundheitspflege .....	+ 0,1	+ 1,4
Verkehr .....	+ 0,7	+ 5,4
Nachrichtenübermittlung .....	- 0,6	.1)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur .....	- 1,3	+ 0,8
Bildungswesen .....	+ 0,1	+ 1,5
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen .....	+ 0,9	+ 1,4
Andere Waren und Dienstleistungen .....	+ 0,1	+ 2,6

1) Wegen der Erweiterung des Erfassungsbereichs um Internetdienstleistungen ab Januar 2001 ist ein Vorjahresvergleich nicht sinnvoll.

Der für das *frühere Bundesgebiet* berechnete Preisindex für die Lebenshaltung lag im April 2001 um 2,8% höher als im April 2000. Im Vergleich zum März 2001 stieg der Index um 0,3%. In den *neuen Ländern und Berlin-Ost* ergab sich eine Jahresteuerrate von +3,2%. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Index um 0,4%. Die höhere Steigerungsrate in den neuen Ländern ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die ostdeutschen Haushalte von den Verteuerungen bei Nahrungsmitteln stärker betroffen waren als die westdeutschen Haushalte.

Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland lag im April 2001 um 2,9% höher als vor einem Jahr. Gegenüber März 2001 stieg er um 0,3%.

Für die industriellen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Veränderungen zum Vormonat bzw. zum entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen April 2001 gegenüber	
	März 2001	April 2000
	%	
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte</b>		
Frisches Schweinefleisch .....	- 1,6	+ 40,1
Erdgas .....	+ 2,5	+ 39,9
Steinkohle und Steinkohlenbriketts .....	+ 1,1	+ 21,9
Düngemittel .....	- 2,1	+ 20,3
Synthetischer Kautschuk .....	- 0,6	+ 19,9
Flachglas .....	+ 0,1	+ 16,2
Wurstwaren .....	+ 1,8	+ 14,8
Geflügelfleisch .....	+ 0,2	+ 12,9
Fernwärme .....	+ 0,7	+ 11,6
Papier, Karton und Pappe .....	- 0,5	+ 8,6
Aluminium .....	+ 0,2	+ 7,6
Chemiefasern .....	+ 0,9	+ 7,2
Nadelschnittholz .....	- 0,3	- 4,1
Mauerziegel .....	- 0,2	- 6,2
Oberflächenveredelte Bleche .....	- 1,2	- 6,5
Drahtwaren .....	- 0,5	- 14,9
<b>Großhandelsverkaufspreise</b>		
Lebende Schweine .....	- 8,4	+ 60,2
Schweinefleisch .....	- 3,2	+ 52,6
Geflügelfleisch .....	+ 4,3	+ 40,9
Bananen .....	+ 1,7	+ 25,0
Zitrusfrüchte .....	+ 2,7	+ 21,7
Leichtes Heizöl .....	+ 2,5	+ 14,2
Futtermittel .....	- 0,5	+ 12,7
Äpfel .....	+ 5,4	+ 9,0
Kupfer in Rohform .....	- 0,7	+ 8,2
Kunststoffe in Primärformen .....	- 1,1	+ 6,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe .....	+ 0,7	+ 3,4
Rindfleisch .....	+ 3,6	- 6,1
Kartoffeln .....	- 0,3	- 18,2
Rohkaffee .....	+ 3,9	- 20,7
Lebende Rinder .....	+ 2,3	- 30,6

# Lohndiskriminierung von Frauen

## Eine Analyse mit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990

In den Heften 3/2001 und 4/2001 wurden die beiden in der Abteilung „Dissertationen“ zu gleichen Teilen mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2000 ausgezeichneten Arbeiten von Dr. Klaus Eberl und Dr. Werner Bönnte in Auszügen vorgestellt. In diesem Heft wird diese Reihe nun fortgesetzt mit einer Vorstellung der mit einem Förderpreis des Statistischen Bundesamtes für Nachwuchswissenschaftler prämierten Dissertation von Dr. Leontine von Kulmiz (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) zum Thema „Die geringere Entlohnung weiblicher Arbeitnehmer, Lohndifferenzierung oder Lohndiskriminierung?“.

Eine unterschiedliche Behandlung der beiden Geschlechter ist in vielen gesellschaftlichen Bereichen, wie auch beim Entgelt für Arbeit, ohne große Mühe feststellbar. Handelt es sich dabei aber auch um die vermutete willkürliche Benachteiligung der Frau? Zur Beantwortung dieser Frage macht man sich die Vorstellung der Theorie zunutze, dass der allgemein feststellbare Lohnunterschied zwischen den beiden Geschlechtern in zwei Komponenten zerfällt. Der eine Teil ist eine Lohndifferenzierung aufgrund objektiver Merkmale, während der andere die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts darstellt. Indem man versucht, den Anteil der leichter zu erklärenden Differenzierung aufgrund objektiver Merkmale näher abzuschätzen, kann die Diskriminierung als Restgröße bestimmt werden. Die vorliegende Untersuchung versucht, die Komponente der Lohndifferenzierung mit Hilfe einer multivariaten Regressionsanalyse und den Daten aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990 des Statistischen Bundesamtes so gut wie möglich zu erklären. Anschließend wird die Lohndiskriminierung nach der Residualmethode, die von Oaxaca und Blinder entwickelt wurde, errechnet.

---

Dr. Leontine von Kulmiz

---

### Einleitung

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, so Art. 3 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG). Das heißt gesetzlich ist die Benachteiligung von Frauen und damit auch das Herbeiführen von Einkommensunterschieden, die allein auf der Geschlechtszugehörigkeit der Arbeitskräfte und nicht auf etwaigen Produktivitätsunterschieden beruhen (Lohndiskriminierung), in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

Soweit der theoretische Anspruch. Wie aber ist es in Wirklichkeit? Eine unterschiedliche Behandlung der beiden Geschlechter ist in vielen gesellschaftlichen Bereichen, wie auch beim Entgelt für Arbeit, ohne große Mühe feststellbar. Handelt es sich dabei aber auch um die vermutete willkürliche Benachteiligung der Frau? Dieser Frage wurde, was die Einkommensunterschiede angeht, schon in vielen Untersuchungen nachgegangen, und sie wurde in der Regel positiv beantwortet; das heißt Frauen werden oft, ohne Vorliegen sachlicher Gründe, benachteiligt. Hinsichtlich der Höhe dieser Lohndiskriminierung jedoch weichen die Ergebnisse teilweise recht stark voneinander ab, was sich häufig auf die unterschiedlich verwendeten Methoden und Variablen zurückführen lässt.

Die grundlegende Vorgehensweise ist allerdings bei den meisten Analysen recht ähnlich. Da man nicht in der Lage ist, die Lohndiskriminierung direkt zu bestimmen, ist man gezwungen, einen Umweg zu gehen. Dabei macht man sich die Vorstellung der Theorie zunutze, dass der allgemein feststellbare Lohnunterschied zwischen den beiden Geschlechtern in zwei Komponenten zerfällt. Der eine Teil ist eine Lohndifferenzierung aufgrund objektiver Merkmale (z. B. Ausbildung), während der andere die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts darstellt. Indem man nun versucht, den Anteil der leichter zu erklärenden

Differenzierung näher abzuschätzen, kann die Diskriminierung als Restgröße bestimmt werden. Je besser aber die Differenzierung erklärt werden kann, desto größer wird in der Regel auch ihr Anteil, während die Komponente der Diskriminierung sinkt. Das bedeutet gleichzeitig, dass sich bei Einführung bisher außer Acht gelassener Erklärungsmöglichkeiten oder Variablen die Höhe der Diskriminierung weiter verringert.

An dieser Stelle setzt die vorliegende Untersuchung an. Es wird versucht, die Komponente der Lohndifferenzierung mit Hilfe der Daten aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990 des Statistischen Bundesamtes so gut wie möglich zu erklären. Diese Erhebung ist in besonderer Weise für die hier durchgeführte Analyse geeignet, weil sie eine Vielzahl von lohnbestimmenden Variablen enthält, die teilweise in bisherigen Studien zur Lohndiskriminierung noch nicht untersucht wurden. Zur Vorgehensweise der hier durchgeführten Analyse ist zu sagen, dass die Höhe der Lohndifferenzierung mit Hilfe einer multivariaten Regressionsanalyse und der Humankapitaltheorie als Basis bestimmt wird. Anschließend wird die Lohndiskriminierung als Restgröße errechnet. Ziel der Untersuchung ist es, die Höhe der Lohndiskriminierung so weit wie möglich einzugrenzen.

### 1 Definitionen

Für die folgende Analyse der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede wird die nachstehende Begriffsbestimmung für „Entgelt“ von Külp verwendet. Unter Entgelt werden die periodisch ausgezahlten Geldzuweisungen verstanden, das heißt von den gesamten Arbeitskosten werden die Lohnnebenkosten abgezogen. Dem Entgelt zugerechnet werden aber die Lohnsteuer und die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung.<sup>1)</sup> Damit ist in etwa das gemeint, was im allgemeinen Sprachgebrauch als Bruttoeinkommen bezeichnet wird. Die außerdem vorkommenden Begriffe Einkommen, Lohn, Gehalt und Ver-

<sup>1)</sup> Siehe Külp, B.: „Lohntheorie“ in Albers, W., u. a. (Hrsg.): „Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft“, Bd. 5, Stuttgart u. a. 1980, S. 73 f.

dienst werden im Folgenden ebenfalls in diesem Sinne verwendet.

Werden verschiedene Einkommen von Männern und Frauen miteinander verglichen, stellt man geschlechtsspezifische Lohnunterschiede fest, die zum einen aus einer Lohndifferenzierung und zum anderen aus einer Lohndiskriminierung resultieren können. Als Begriffsbestimmung für die Lohndiskriminierung wird oft die Verletzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche, gleichartige bzw. gleichwertige Arbeit“ genannt.<sup>2)</sup> Diese juristisch-politische Definition birgt in sich das Problem der Vergleichbarkeit von verschiedenen Tätigkeiten. In der Theorie gilt eine Tätigkeit als gleich bzw. gleichwertig, wenn die Arbeitskräfte, die sie verrichten, die gleiche Produktivität aufweisen.<sup>3)</sup> Dies führt zu der ökonomischen Definition von Lorenz und Wright, die unter geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung jenen Teil des Einkommensunterschiedes verstehen, der allein auf die Geschlechtszugehörigkeit der Arbeitskräfte und nicht auf etwaige Produktivitätsunterschiede zurückgeführt werden kann.<sup>4)</sup> Hierbei wird deutlich, dass man von gleicher Arbeit nur sprechen kann, wenn eine Reihe von Merkmalen, von denen man glaubt, dass sie die Produktivität beeinflussen, bei den männlichen und weiblichen Arbeitskräften übereinstimmen. Ausbildung, Arbeitsinhalt und Verantwortung spielen dabei sicherlich die größte Rolle, aber auch persönliche Charakteristika wie Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit beeinflussen die Lohnzahlungen.

Das theoretische Fundament dieser Definition der Lohndiskriminierung ist die Humankapitaltheorie<sup>5)</sup>, die für eine empirische Analyse der Diskriminierung, wie sie hier durchgeführt wird, besonders geeignet ist. Deshalb wird die Begriffsbestimmung von Lorenz und Wright im Folgenden verwendet.

## 2 Diskriminierungsmaße

Da eine Vielzahl von verschiedenen Größen zur Messung der Diskriminierung existiert, ist es zunächst erforderlich, einige Maße festzulegen. Zu unterscheiden sind korrigierte und unkorrigierte Verdienstmaße sowie auf Frauen bzw. Männer bezogene Werte. Die erste Größe, die allerdings nur zu Vergleichszwecken gebildet wird, ist der absolute unkorrigierte Verdienstunterschied (AUVU):

$$AUVU = Y^M - Y^F, \quad (1)$$

dabei sind:

Y: Verdienst  
M bzw. F: Männer bzw. Frauen

Für Vergleiche lässt sich daraus der prozentuale unkorrigierte Verdienstunterschied (PUVU) bilden. Dabei kann sowohl der Bezug auf Frauen oder Männer gewählt werden.

Bezug auf Männer:

$$\begin{aligned} PUVU^M &= \frac{Y^M - Y^F}{Y^M} \cdot 100 \\ &= \frac{AUVU}{Y^M} \cdot 100 \end{aligned} \quad (2)$$

Bezug auf Frauen:

$$\begin{aligned} PUVU^F &= \frac{Y^M - Y^F}{Y^F} \cdot 100 \\ &= \frac{AUVU}{Y^F} \cdot 100 \end{aligned} \quad (3)$$

Inhaltlich besagt die Größe aus Gleichung (2), dass Frauen  $PUVU^M$  % weniger verdienen als Männer, während aus Gleichung (3) hervorgeht, wie viel Prozent Einkommen die Männer mehr beziehen als die Frauen. Aus diesen Werten ist jedoch nicht ablesbar, wie hoch eine eventuelle Diskriminierung der Frauen ist, da in diesen Zahlen berechnete Verdienstunterschiede aufgrund von divergierenden Ausstattungen beim Humankapital enthalten sein können.

Um diese zu Recht vorhandenen Lohndifferenzen herauszurechnen, ist es erforderlich, die Humankapitalausstattungen der beiden Geschlechter einander anzugleichen. In den meisten Fällen wird dafür das Einkommen der Frauen berechnet, das diese verdienen würden, wenn sie die gleiche Ausstattung wie die Männer hätten. Natürlich wäre es auch möglich, das Einkommen der Männer mit der Humankapitalausstattung der Frauen zu berechnen. Da aber in der Regel Ausbildung und Berufserfahrung der männlichen Arbeitskräfte höher zu bewerten sind als die ihrer weiblichen Kollegen, ist es sinnvoller die erste Variante zu verwenden, denn auch in der wirtschaftlichen und politischen Praxis wird versucht, den Ausbildungsstand der Frauen und damit auch deren Einkommen zu erhöhen, während kaum gefordert wird, dass Männer weniger verdienen.<sup>6)</sup> Deshalb werden die Ergebnisse der zweiten Analysemöglichkeit hier nicht näher betrachtet.<sup>7)</sup>

Mit Hilfe des hypothetischen Verdienstes der Arbeitnehmerinnen können dann der absolute und der prozentuale korrigierte Verdienstunterschied (letzterer jeweils mit Bezug auf Männer bzw. Frauen) gebildet werden:

Maßstab Männer:

$$AKVU_A^F = Y^M - Y_A^F \quad (4)$$

2) Siehe Lorenz, W./Vatthauer, M.: „Die Komponentenzerlegung. Ein Verfahren zur Messung geschlechtsspezifischer Einkommensdiskriminierung“, Arbeitspapier aus dem SAMF, Paderborn 1986, S. 1.

3) Siehe Diekmann, A.: „Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, Theoretische Perspektiven und empirische Ergebnisse zur Einkommensdiskriminierung von Arbeitnehmerinnen, Teil A“, Wien 1985, S. 63.

4) Siehe Lorenz, W./Wright, R.: „Die Messung geschlechtsspezifischer Einkommensdiskriminierung“ in Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 19. Jg., 1990, S. 573.

5) Siehe Mincer, J./Ofek, H.: "Interrupted Work Careers: Depreciation and Restoration of Human Capital" in The Journal of Human Resources, 17. Jg., 1982, S. 5.

6) Siehe Lorenz, W.: „Geschlechtsspezifische Einkommensdifferenzen und Diskriminierung“, Dissertation, Hannover 1988, S. 29.

7) Die entsprechenden Formeln und Ergebnisse sind zu finden in Kulmiz, L. v.: „Die geringere Entlohnung weiblicher Arbeitnehmer, Lohndifferenzierung oder Lohndiskriminierung?“, Dissertation, Aachen 1999.

## 3 Multivariate Regressionsanalyse

### 3.1 Vorgehensweise

Als theoretische Grundlage für empirische Untersuchungen zur Lohndiskriminierung dient in der Regel die Humankapitaltheorie, die unterstellt, dass die Schul- und Berufsausbildung das Einkommen beeinflussen. Entsprechend wird angenommen, dass ein Teil des Einkommensunterschiedes auf verschiedenen hohe Bildungsinvestitionen zurückzuführen ist. Ziel der Forschungen ist es nun, diesen Teil der Einkommensdiskrepanz zu berechnen, um dann den Rest des Einkommensabstandes als Diskriminierung zu identifizieren. In weiter ausgefeilten Modellen werden oft noch zusätzliche Variablen, die die Einkommenshöhe bestimmen können, wie zum Beispiel das Alter, in die Analyse mit einbezogen. Als Methode hat sich die Regressionsanalyse durchgesetzt.

Das Hauptproblem aller Untersuchungen liegt, wie häufig in der Empirie, vor allem darin, ausreichendes Datenmaterial für die Analyse zu erhalten. Um der Definition der Lohndiskriminierung Rechnung zu tragen, müsste man alle möglichen produktivitäts- und damit einkommensrelevanten Merkmale der Arbeitnehmer erheben. Erst dann wäre man in der Lage, Gruppen von Beschäftigten zu bilden, bei denen die Ausprägungen aller Faktoren bis auf das Geschlecht übereinstimmen, sodass ein dann durchgeführter Vergleich der Einkommen die tatsächliche Diskriminierung liefern würde. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass eine Reihe von einkommensrelevanten Merkmalen noch nicht bekannt ist und aus diesem Grund nicht in die Analyse mit einbezogen werden kann. Deswegen ist der errechnete Wert der Diskriminierung auch nur als Obergrenze anzusehen, der tatsächliche Wert liegt eher darunter.

Die im Folgenden beschriebene Regressionsanalyse wird mit Hilfe der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (GLS) 1990 des Statistischen Bundesamtes durchgeführt.<sup>8)</sup> Da das Datenmaterial für Arbeitnehmer insgesamt nicht in tiefgegliederter Form vorliegt, wird die Analyse getrennt nach Arbeitern und Angestellten vorgenommen. Hinzu kommt, dass zwischen Angestellten und Arbeitern große Unterschiede bezüglich der Ausbildung, der Tätigkeiten und der Verdienste bestehen. Für eine getrennte Analyse spricht ebenfalls die Tatsache, dass der Verdienst als abhängige Variable bei den Arbeitern und Angestellten in unterschiedlicher Form in die Analyse eingeht. Außerdem werden die Verdienstfunktionen getrennt nach Männern und Frauen geschätzt, um anschließend die weiter unten beschriebene Oaxaca-Blinder-Zerlegung durchführen zu können.

Vor Beginn der eigentlichen Regressionsanalyse werden zunächst aus dem gesamten Material diejenigen Datensätze ausgesondert, die nicht in die Analyse einbezogen werden sollen. Dies sind sämtliche Teilzeitbeschäftigten, weil ihr Verdienst in der Regel wesentlich unter dem von Vollzeitbeschäftigten liegt und deshalb aus Gründen der Vergleichbarkeit nur Vollzeitbeschäftigte in die Analyse aufgenommen werden. Sodann werden die Arbeitneh-

Bezug auf Männer:

$$\begin{aligned} PKVU_A^{FM} &= \frac{Y^M - Y_A^F}{Y^M} \cdot 100 \\ &= \frac{AKVU_A^F}{Y^M} \cdot 100 \end{aligned} \quad (5)$$

Bezug auf Frauen:

$$\begin{aligned} PKVU_A^{FF} &= \frac{Y^M - Y_A^F}{Y_A^F} \cdot 100 \\ &= \frac{AKVU_A^F}{Y_A^F} \cdot 100 \end{aligned} \quad (6)$$

Dabei ist:

$Y_A^F$ : Verdienst der Frauen, den diese bei gleicher Ausstattung wie die Männer erhalten würden.

Es gilt also zu unterscheiden zwischen:

- Bezug auf Männer: Verdienstunterschied bezogen auf den Verdienst der Männer,
- Bezug auf Frauen: Verdienstunterschied bezogen auf den Verdienst der Frauen,
- Maßstab Männer: Angleichung der Humankapitalausstattung der Frauen an die der Männer,
- Maßstab Frauen: Angleichung der Humankapitalausstattung der Männer an die der Frauen.

Als ein weiteres Maß für die Höhe der Diskriminierung ist schließlich noch der Beckersche Diskriminierungskoeffizient zu nennen, der das Einkommen der weiblichen Arbeitnehmer verwendet, das sie mit ihrer eigenen Humankapitalausstattung auf einem nicht diskriminierenden Arbeitsmarkt erzielen würden.

$$DK = \frac{\frac{Y^M}{Y^F} - \frac{Y^M}{Y_D^F}}{\frac{Y^M}{Y_D^F}} \cdot 100 \quad (7)$$

Dabei ist:

$Y_D^F$ : Verdienst der Frauen, den sie in einer Welt ohne Diskriminierung erhalten würden.

Aus dieser Formel lässt sich ablesen, dass der Diskriminierungskoeffizient angibt, um wie viel Prozent die Einkommen der Frauen beim Übergang von einer diskriminierenden in eine nicht diskriminierende Gesellschaft ansteigen würden. Anzumerken bleibt noch, dass die beschriebenen Maße nur so gut sind wie das Modell, aus dem sie hervorgehen.

<sup>8)</sup> Für nähere Angaben zur GLS 1990 siehe Dresch, A./Kaukewitsch, P.: „Methode und Organisation der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990“ in WiSta 12/1993, S. 879 ff., und Kaukewitsch, P./Söll, H.: „Stichprobenverfahren und Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990“ in WiSta 5/1994, S. 372 ff.



mer, deren Schul- und Berufsausbildung unbekannt ist, ausgesondert, weil die Ausbildung eine der unabhängigen Variablen in der Regressionsanalyse ist. Datensätze, bei denen keine Angaben zur Lohnsteuerklasse vorhanden sind oder bei denen die Lohnsteuerklasse sechs vorliegt, werden ebenfalls aus der Analyse ausgegliedert. Letzteres ist notwendig, weil mit Hilfe der Lohnsteuerklasse die erklärende Variable „Familienstand“ gebildet wird. Da die Lohnsteuerklasse sechs nur auf einer zweiten Lohnsteuerkarte, bei Arbeitnehmern, die von zwei Arbeitgebern Arbeitslohn beziehen, vergeben wird und dies unabhängig vom Familienstand geschieht, sind keine Rückschlüsse auf den Familienstand möglich. Schließlich werden bei den Angestellten auch noch diejenigen eliminiert, die in Leistungsgruppe I A eingestuft sind, weil hier bei der Erhebung keine Angabe des Gehalts erforderlich war, wenn es über 17 000 DM im Monat lag. Daher liegen in dieser Leistungsgruppe nicht in allen Datensätzen Verdienstangaben vor.

Bei den Arbeitern reduziert sich aufgrund dieser Selektionen das Gesamtmaterial von 344 069 Datensätzen um 40 596 auf 303 473 Sätze. Bei den Angestellten werden von ursprünglich 288 711 Datensätzen nur noch 249 658 in die Analyse einbezogen, das heißt das Material verringert sich um 39 053 Sätze. Durch Aussonderung der genannten Datensätze stimmt die Grundgesamtheit der für die Regressionsanalyse verwendeten Daten nicht mit der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Datengrundlage überein. Geringfügig unterschiedliche Durchschnittseinkommen sind die Folge. Hinzu kommt, dass bei den Datensätzen, die Eingang in die Regressionsanalyse finden, die Ergebnisse von Bremen vollständig enthalten sind, während bei den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes teilweise die Auswertungen dieses Bundeslandes noch nicht vorlagen.

In die Regressionsanalyse fließen bei den Arbeitern 14 und bei den Angestellten 15 verschiedene Variablen ein.<sup>9)</sup> Dies sind im Einzelnen:

1. Alter (ALT)
2. Alter, quadriert (ALT<sup>2</sup>)
3. Unternehmenszugehörigkeitsdauer (UZD)
4. Unternehmenszugehörigkeitsdauer, quadriert (UZD<sup>2</sup>)
5. Leistungsgruppe (LG)
6. Ausbildung (AUS)
7. Beruf (BR)
8. Wirtschaftszweig (WZ)
9. Unternehmensgrößenklasse (UGK)
10. Beschäftigungsart (BA, bei Angestellten) bzw. Lohnform (LF, bei Arbeitern)
11. Beschäftigungsmodus (BM)
12. Familienstand (FS)
13. Arbeitszeit (AZ, nur bei Angestellten)

14. Interaktionsvariable Alter/Unternehmenszugehörigkeitsdauer (ALU)

15. Interaktionsvariable Ausbildung/Leistungsgruppe (AUL)

Von den angegebenen Variablen werden in der Regressionsanalyse der Angestellten alle Einflussgrößen bis auf die Lohnform verwendet. Bei den Arbeitern geht die Variable Lohnform statt der Beschäftigungsart in die Analyse ein und es wird auf die Einflussgröße Arbeitszeit verzichtet, weil als abhängige Variable der Bruttostundenverdienst Verwendung findet und somit unterschiedliche Wochenarbeitszeiten keinen Einfluss ausüben können.

Die erste, für die Analyse vermutlich recht wichtige erklärende Variable ist das Alter. Es wird aus dem im Erhebungsbogen angegebenen Geburtsjahr ermittelt. Die Quadrierung des Alters und die Einbeziehung dieses Terms in die Regressionsanalyse ist dadurch begründet, dass die Alters-Einkommens-Profile eine umgekehrt U-förmige Gestalt aufweisen, was soviel bedeutet, dass die Erhöhung des Einkommens mit zunehmendem Alter abnimmt oder das Einkommen sogar absolut sinkt.<sup>10)</sup>

Die zweite unabhängige Variable, die Unternehmenszugehörigkeitsdauer, liegt in Jahren vor und kann somit direkt aus dem Datensatz übernommen werden. Da auch bei dieser Variablen ein leichter, wenn auch wesentlich schwächer ausgeprägter umgekehrt U-förmiger Verlauf des Einkommens in Abhängigkeit von der Betriebszugehörigkeitsdauer vorhanden ist, geht auch die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit in quadrierter Form in die Regressionsanalyse ein.

Die in Stunden gemessene vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit, die nur bei den Angestellten in die Regression einfließt, weil bei den Arbeitern der Bruttostundenverdienst als abhängige Variable verwendet wird, kann ebenfalls ohne weitere Umformungen dem ursprünglichen Datenmaterial entnommen werden.

Bevor die drei Variablen Alter, Betriebszugehörigkeitsdauer und Arbeitszeit Eingang in die Regressionsanalyse finden, werden sie noch einer Standardisierung unterzogen. Von jedem Datensatz wird das arithmetische Mittel des jeweiligen Merkmals von dem tatsächlichen Wert der Variablen subtrahiert und das Ergebnis anschließend durch die Standardabweichung des entsprechenden Merkmals dividiert. Dadurch wird ein etwa gleiches Niveau zu allen anderen Variablen hergestellt, die, wie weiter unten beschrieben, in standardisierter Form in die Regression einfließen. Gleichzeitig wird damit eine Stabilisierung der Schätzung erreicht.

Die verbleibenden für die Lohnbildung relevanten Einflussgrößen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung sind qualitativer Art. Dies stellt für die Regressionsanalyse ein grundlegendes Problem dar, weil die Variablen erst nach einer Umwandlung, wenn sie in quantitativer Form vorliegen, für diese Art von Analyse verwertbar sind. Wenn man trotz dieser Schwierigkeit eine Regressionsanalyse

9) Genaue Angaben über die Zahl und Art der erfragten Merkmale lassen sich den Erhebungsunterlagen entnehmen. Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 16 „Löhne und Gehälter“, Heft 1 „Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990“, S. 268 ff.

10) Siehe Fußnote 2, S. 11 ff.

durchführen will, um zumindest allgemeine Tendenzsagen zu erhalten, dann ist man gezwungen, Hilfsverfahren zur Umformung der qualitativen Variablen zu verwenden. Solche indirekt ermittelten Werte sind aber im Hinblick auf die Ergebnisse und deren Interpretierbarkeit nicht vergleichbar mit Aussagen, die aus Datenmaterial gewonnen werden, das von vornherein in quantitativer Form vorliegt.

Die Umwandlung der qualitativen Merkmale wird in dieser Untersuchung mit Hilfe der marginalen Normalisierung, einer Methode, die ordinalen Merkmalsausprägungen neue Werte zuordnet, vorgenommen. Dabei wird eine möglichst gute Anpassung an die Standardnormalverteilung gesucht, indem die Fläche unterhalb der Dichtefunktion der Standardnormalverteilung in so viele Teilstücke zerlegt wird, wie Merkmalsausprägungen vorhanden sind. Die Größe dieser Segmente soll dann den relativen Häufigkeiten der Ausprägungen entsprechen.<sup>11)</sup>

Mit dieser Methode lässt sich zwar nicht die Höhe des Einflusses der einzelnen Merkmalsausprägungen bestimmen, aber es kann die Gesamtwirkung aller Variablen auf das Einkommen ermittelt werden. Dies ist für die hier durchzuführende Analyse entscheidend. Aus diesem Grunde ist auch keine Dummy-Codierung, bei der der Beitrag jeder einzelnen Merkmalsausprägung feststellbar wäre, erforderlich. Eine Analyse mit Dummy-Variablen wäre bei dem verwendeten Material auch nur bedingt durchführbar, weil fast 100 erklärende Variablen entstehen würden und bei über 100 000 Datensätzen eine Regressions-schätzung mit dieser Datenmasse zu Verarbeitungs- und Speicherungsproblemen führen würde. Deshalb wird mit der marginalen Normalisierung gearbeitet, bei der sich die Anzahl der in der Schätzgleichung verwendeten Variablen nicht verändert.

Für die Anwendung der marginalen Normalisierung werden als Ausgangswerte die in einer Rangfolge vorliegenden absoluten Zahlen der Arbeiter bzw. Angestellten je Klasse benötigt. Da in die Regression die hochgerechneten Werte einfließen, gehen auch in die Umformung der qualitativen Variablen als Häufigkeiten nicht die Stichprobenwerte, sondern die hochgerechneten Werte ein.

Die Umformung der qualitativen in quantitative Variablen wird für die Grundgesamtheit der Männer und Frauen gemeinsam durchgeführt. Damit wird erreicht, dass im Falle einer gleichen Merkmalsausprägung bei einem männlichen und weiblichen Arbeitnehmer für beide Geschlechter der gleiche Wert in die Regression einfließt. Für die Verwendung einer gemeinsamen Skala spricht auch, dass auf diese Weise die unterschiedliche Verteilung der Geschlechter auf die verschiedenen Klassen der einzelnen Merkmale sichtbar wird. Anhand der Mittelwerte dieser neu berechneten Einflussgrößen, mit deren Hilfe die Oaxaca-Blinder-Zerlegung durchgeführt wird und die auch in den Tabellen aufgeführt sind, lassen sich dadurch entsprechende geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen.

Bei den Einflussgrößen Leistungsgruppe, Ausbildung und Unternehmensgrößenklasse ist das Verfahren direkt anwendbar, weil diese Merkmale ordinal skaliert vorliegen. Die Variable Leistungsgruppe geht bei den Angestellten mit sechs und bei den Arbeitern mit vier Klassen in die Regression ein. Die Rangfolge beginnt bei der Leistungsgruppe, der die einfachsten Tätigkeiten zugeordnet sind, bei den Angestellten LG V, bei den Arbeitern LG 3, und endet bei der Leistungsgruppe, die die qualifiziertesten Arbeitnehmer enthält, LG I B bei den Angestellten und LG 1 A bei den Arbeitern.

Das Merkmal Ausbildung wird in der Regressionsanalyse sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten mit jeweils sechs Qualifikationsstufen verwendet. Bei der Variablen Betriebsgrößenklasse gehen bei Arbeitern und Angestellten acht unterschiedliche Merkmalsausprägungen in die Regression ein. Die Reihung beginnt für beide Arbeitnehmergruppen bei den kleinsten und endet bei den größten Unternehmen, weil mit wachsender Beschäftigtenzahl in der Regel höhere Gehälter gezahlt werden.

Die restlichen Merkmale – Wirtschaftszweig, Beruf, Beschäftigungsmodus, Beschäftigungsart, Lohnform und Familienstand – sind nur noch nominal skaliert und werden deshalb zunächst mit Hilfe des durchschnittlichen Einkommens der jeweiligen Klasse in eine Rangordnung, beginnend mit der Klasse mit dem niedrigsten durchschnittlichen Verdienst, gebracht. Das Durchschnittseinkommen wird für jede Merkmalsausprägung als gewichtetes arithmetisches Mittel aus dem durchschnittlichen Verdienst der Männer einerseits und der Frauen andererseits errechnet. Als Gewicht wird nicht der Beschäftigtenanteil der jeweiligen Klasse, sondern der Anteil der Männer bzw. Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter oder Angestellten der hochgerechneten Stichprobe genutzt. Das hat den Vorteil, dass sich unterschiedliche Strukturen, die innerhalb der verschiedenen Klassen zwischen den Geschlechtern herrschen können, nicht auf die Analyse auswirken. Anschließend lässt sich das Verfahren der marginalen Normalisierung wieder anwenden.

Die Variable Wirtschaftszweig geht mit 25 Klassen, die den Veröffentlichungen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990 entnommen werden, in die Regressionsanalyse ein.<sup>12)</sup> Der Beruf wird innerhalb der Regressionsanalyse mit 33 verschiedenen Klassen, die aus der für die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990 maßgebenden Klassifizierung der Berufe von 1975 stammen<sup>13)</sup>, verwendet. Um die große Zahl von unterschiedlichen Berufen und Wirtschaftszweigen für die Regressionsanalyse verwertbar machen zu können, müssen bei beiden Merkmalen sehr viel mehr Klassen als bei anderen Variablen gebildet werden. Dabei entsteht das Problem, dass auf der einen Seite in manchen Berufsgruppen sehr unterschiedliche Berufe zusammengefasst sind, wie beispielsweise bei den Gesundheitsdienstberufen Ärzte und Krankenschwestern bzw. -pfleger, und auf der anderen Seite manche Berufsgruppen kaum mit Angestellten oder Arbeitern besetzt sind. Die gewählte Zahl von 25 ver-

11) Siehe Hartung, J./Elpelt, B.: „Multivariate Statistik, Lehr- und Handbuch der angewandten Statistik“, München, Wien 1984, S. 277 ff.

12) Die einzelnen Rangordnungen für die Variablen sind zu finden in Kulmiz, L. v. (siehe Fußnote 7), S. 187 ff.

13) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Klassifizierung der Berufe, Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen“, Ausgabe 1975 (nach dem Stand von 1975 ergänzte und bereinigte Fassung der Ausgabe 1970), Stuttgart, Mainz 1975.

schiedenen Branchen und 33 Berufsklassen ist ein Kompromiss zwischen der notwendigen Praktikabilität und einer möglichst genauen Wiedergabe der Wirtschaftszweige bzw. beruflichen Verhältnisse.

Beim Beschäftigungsmodus werden acht Klassen unterschieden. Die Beschäftigungsart wird nur bei Angestellten erfasst und geht mit drei Klassen in die Analyse ein. Die Variable Lohnform wird nur bei den Arbeitern erhoben und aus diesem Grunde nur für diese Arbeitnehmergruppe in der Regressionsanalyse verwendet. Sie geht mit fünf verschiedenen Klassen in die Analyse ein. Beim Familienstand, der aus der Lohnsteuerklasse rekonstruiert wird, werden die beiden Klassen „ledig, verwitwet, geschieden“ und „verheiratet“ unterschieden, die in dieser Abfolge den Ausgangspunkt für die marginale Normalisierung bilden.

Schließlich werden als erklärende Variable noch die beiden Interaktionsvariablen ALU (Produkt aus Alter und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit) und AUL (Produkt aus Ausbildung und Leistungsgruppe) in den Regressionsansatz einbezogen. Sie sollen eventuelle Interaktionswirkungen, das heißt den gemeinsamen Einfluss der genannten Kombinationen von Merkmalen, abbilden.<sup>14)</sup>

Als abhängige Variable wird bei den Angestellten der Bruttomonatsverdienst und bei den Arbeitern der Bruttolohnverdienst jeweils ohne Mehrarbeit und in logarithmierter Form verwendet<sup>15)</sup>. Da für die Anwendung der Kleinst-Quadrate-Methode die Normalverteilung der Zielvariablen eine Voraussetzung ist, wird die Logarithmierung vorgenommen, um die in der Regel rechtsschiefe Einkommensverteilung durch diese Transformation der Normalverteilung anzunähern.

Die Regressionsgleichung wird für die Arbeiter wie folgt gebildet:

$$\begin{aligned} \ln Y^G = & \beta_0^G + \beta_1^G ALT^G + \beta_2^G (ALT^2)^G + \beta_3^G UZD^G \\ & + \beta_4^G (UZD^2)^G + \beta_5^G LG^G + \beta_6^G AUS^G + \beta_7^G BR^G \\ & + \beta_8^G WZ^G + \beta_9^G UGK^G + \beta_{10}^G LF^G + \beta_{11}^G BM^G \\ & + \beta_{12}^G FS^G + \beta_{13}^G ALU^G + \beta_{14}^G AUL^G + \mu^G \end{aligned} \quad (8)$$

mit G = M, F.

Aufgrund von teilweise etwas anderen Variablen hat die Schätzgleichung für die Angestellten folgende Form:

$$\begin{aligned} \ln Y^G = & \beta_0^G + \beta_1^G ALT^G + \beta_2^G (ALT^2)^G + \beta_3^G UZD^G \\ & + \beta_4^G (UZD^2)^G + \beta_5^G LG^G + \beta_6^G AUS^G + \beta_7^G BR^G \\ & + \beta_8^G WZ^G + \beta_9^G UGK^G + \beta_{10}^G BA^G + \beta_{11}^G BM^G \\ & + \beta_{12}^G FS^G + \beta_{13}^G AZ^G + \beta_{14}^G ALU^G + \beta_{15}^G AUL^G + \mu^G \end{aligned} \quad (9)$$

mit G = M, F.

Die Schätzung der Regressionskoeffizienten erfolgt mit der Kleinst-Quadrate-Methode. Dabei gehen die allgemeinen Hochrechnungsfaktoren der einzelnen Datensätze als deren Gewichte in die Berechnung ein. Das

heißt, jede einzelne Variable des Datensatzes einschließlich des Einkommens wird mit dem jeweiligen Hochrechnungsfaktor multipliziert.<sup>16)</sup>

Außerdem wird eine so genannte schrittweise Regression durchgeführt. Dabei wählt das Programm unter einer Menge von möglichen Einflussgrößen diejenigen Variablen aus, die einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Varianz der Zielgröße leisten. Zunächst wird angenommen, dass die abhängige Variable allein durch die Konstante  $\beta_0^G$  erklärt wird. Dann wird Schritt für Schritt unter den bisher nicht berücksichtigten Variablen diejenige Einflussgröße ins Modell aufgenommen, die die Summe der Residuenquadrate am stärksten vermindert. Dies ist äquivalent zur Wahl der Variablen, die den größten F-Wert erzielt.

Nach jeder Aufnahme einer neuen Variablen wird überprüft, ob der F-Wert einer bereits vorher im Modell befindlichen Einflussgröße eine vorgegebene Schranke unterschreitet. Ist das der Fall, wird diese Einflussgröße wieder entfernt. Die Vorgehensweise wird so lange durchgeführt, bis sich unter den nicht berücksichtigten Variablen keine mehr findet, die die Summe der Residuenquadrate so stark vermindert, wie es der Grenzwert für den Aufbau fordert.

Durch dieses Verfahren der schrittweisen Regression können unterschiedliche Modellgleichungen für Männer und Frauen entstehen, wenn in der zuletzt durch das Programm ermittelten Gleichung nicht alle Variablen enthalten sind. Um für die anschließende Oaxaca-Blinder-Zerlegung identische Modellgleichungen für Männer und Frauen zu erhalten, wird in diesem Fall die zu dem Geschlecht gehörende Regressionsgleichung, die mehr Variablen enthält, neu geschätzt. Dabei werden dem Programm nur noch diejenigen Merkmale, die in die Gleichung des anderen Geschlechts aufgenommen wurden, zur Verfügung gestellt.

Zur Beurteilung der durchgeführten Regressionen werden in den Tabellen das korrigierte Bestimmtheitsmaß (korr R<sup>2</sup>), die absoluten t-Werte der einzelnen Regressionskoeffizienten und der F-Wert zur Überprüfung des Bestimmtheitsmaßes ausgewiesen. Der vom Programm berechnete Wert der Durbin-Watson-Prüfgröße wird nicht in die Tabellen aufgenommen, da er bei einer Querschnittsanalyse keine Aussagekraft besitzt. Weitere Testgrößen werden von dem Regressionsprogramm nicht berechnet. Dies stellt ein Problem dar, weil dadurch viele wichtige Kriterien zur Beurteilung der Güte der Regression fehlen. In Anbetracht des großen Stichprobenumfangs ist allerdings ein Test auf Normalverteilung der Residuen nicht notwendig, weil aufgrund des Zentralen Grenzwertsatzes die Koeffizienten auch dann t-verteilt sind, wenn die Residuen nicht normalverteilt sind. Das heißt, die t-Werte machen Signifikanzaussagen, denen vertraut werden kann.<sup>17)</sup>

Im Anschluss an die Regressionsanalyse wird die von Oaxaca und Blinder 1973 entwickelte Residualmethode,

14) Siehe Fahrmeir, L./Hamerle, A. (Hrsg.): „Multivariate statistische Verfahren“, Berlin, New York 1984, S. 215.

15) Siehe Fußnote 3, S. 56.

16) Informationen über das Hochrechnungsverfahren, das bei der GLS 1990 angewendet wird, siehe Fußnote 8, S. 372 ff.

17) Siehe Kmenta, J.: „Elements of Econometrics“, 2. Auflage, New York, London 1986, S. 261 f.

auch Komponentenzerlegung genannt, angewandt. Aufgrund der Schätzung des Parametervektors  $\beta$  ergeben sich die folgenden beiden Gleichungen:

Dabei sind:

$$\overline{\ln Y^M} = \hat{\beta}^M \overline{X^M} \quad (10)$$

$$\overline{\ln Y^F} = \hat{\beta}^F \overline{X^F} \quad (11)$$

$\overline{\ln Y}$  : Mittelwert der logarithmierten Einkommen,

$\overline{X}$  : Vektor der Mittelwerte der exogenen Variablen,

$\hat{\beta}$  : Vektor der geschätzten Koeffizienten.

Nach einigen kleinen Umformungen erhält man die so genannte Oaxaca-Blinder-Zerlegung:

$$\overline{\ln Y^M} - \overline{\ln Y^F} = (\overline{X^M} - \overline{X^F}) \hat{\beta}^F + \overline{X^M} (\hat{\beta}^M - \hat{\beta}^F) \quad (12)$$

Anhand dieser Gleichung kann man den Einkommensunterschied zwischen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern in zwei Komponenten zerlegen, wobei hier davon ausgegangen wird, dass die Frauen nach Maßgabe der Lohnstruktur der Männer entlohnt werden. Der erste Teil der rechten Seite der Gleichung, die Ausstattungskomponente, gibt den Teil des Einkommensunterschiedes an, der durch Unterschiede in den produktivitätsrelevanten Merkmalen  $\overline{X^M}$  und  $\overline{X^F}$  der Geschlechter bedingt ist. Dagegen kann man aus der Diskriminierungskomponente, dem zweiten Term der Gleichung, ablesen, welches Einkommen den Frauen ungerechtfertigt vorenthalten wird, wenn sie die gleiche Humankapitalausstattung wie die Männer besitzen. Das ist dann der Fall, wenn die beiden Vektoren  $\hat{\beta}^M$  und  $\hat{\beta}^F$  nicht in allen Komponenten übereinstimmen.

Die mit Hilfe der Zerlegungsgleichung berechneten Einkommenswerte liegen alle in logarithmierter Form vor und müssen für die abschließende Ergebnisinterpretation in Geldbeträge umgewandelt werden. Dazu werden zunächst die beiden Komponenten und das geschätzte Einkommen der männlichen bzw. weiblichen Arbeitnehmer aus der Regressionsanalyse entlogarithmiert. Es gilt dabei zu beachten, dass das arithmetische Mittel der logarithmierten Löhne und Gehälter in der entlogarithmierten Form zum geometrischen Mittel wird.<sup>18)</sup> Dieses geometrische Mittel der entlogarithmierten Einkommen und die daraus ermittelten Einkommensverhältnisse und -abstände dienen als Referenzwerte für die neu zu berechnenden Einkommensgrößen, bei denen die Struktur- bzw. Ausstattungsunterschiede zwischen den beiden Geschlechtern so weit wie möglich beseitigt sind.

Um den korrigierten Verdienstabstand in DM zu erhalten, wird als erstes das Einkommen der Frauen ermittelt, das sie erhalten würden, wenn sie die gleiche Ausstattung wie die Männer besäßen. Dazu wird das entlogarithmierte Durchschnittseinkommen der Frauen mit der entlogarithmierten Ausstattungskomponente multipliziert. Die Subtraktion des neuen Einkommens der Frauen von dem

ursprünglichen Durchschnittseinkommen der Männer ergibt den neuen absoluten Verdienstabstand in DM, der mit der Diskriminierungskomponente in DM identisch ist. Subtrahiert man den neuen absoluten Einkommensabstand von dem ursprünglichen Verdienstabstand, so erhält man die Ausstattungskomponente als DM-Betrag. Daraus lassen sich die eigentlichen Zielgrößen, die prozentualen Komponenten und der prozentuale korrigierte Verdienstabstand in DM, berechnen.

Der Verdienst der Frauen, den diese in einer Welt ohne Diskriminierung erhalten würden, wird gebildet, indem der ursprüngliche Verdienst der weiblichen Arbeitskräfte mit der entlogarithmierten Diskriminierungskomponente multipliziert wird. Mit diesem hypothetischen Verdienst lassen sich erneut die Ausstattungs- bzw. Diskriminierungskomponente in DM berechnen. Allerdings weichen diese Werte von denen, die nach dem im vorigen Abschnitt beschriebenen Verfahren berechnet werden, ab. Das liegt an der Verwendung des geometrischen Mittels für die Einkommensdurchschnitte und an der Tatsache, dass die multiplikative Verknüpfung der beiden entlogarithmierten Komponenten gleich dem Quotienten aus dem ursprünglichen Männer- und Fraueneinkommen ist.

## 3.2 Ergebnisse

### Arbeiter

In die Regressionsschätzungen werden 250 295 Männer und 53 178 Frauen mit einem durchschnittlichen logarithmierten Bruttostundenverdienst von 3,03 bzw. 2,74 einbezogen. Diese und alle weiteren Werte sind in der folgenden Tabelle 1 zu finden.

Die Mittelwerte der erklärenden Variablen lassen bestimmte Struktur- bzw. Ausstattungsunterschiede zwischen den Geschlechtern erkennen. Die Durchschnittswerte der Frauen sind bis auf die Merkmale Unternehmensgrößenklasse und Lohnform kleiner als bei den Männern. Bei der Unternehmensgrößenklasse ist dieser Unterschied nicht sehr groß, während er bei der Lohnform schon deutlicher zugunsten der Arbeiterinnen ausfällt. Bei allen anderen Variablen zeigt der höhere Mittelwert der Männer, dass die männlichen Arbeiter wesentlich häufiger als ihre Kolleginnen die besser bezahlten Kategorien der Merkmale besetzen. Dies ist bei den Variablen Leistungsgruppe, Ausbildung, Wirtschaftszweig und Unternehmenszugehörigkeitsdauer besonders ausgeprägt, während beim Alter, Beschäftigungsmodus und Familienstand der Abstand zwischen den Geschlechtern wesentlich geringer ist. Für die neu konstruierten Variablen (Alter)<sup>2</sup>, (UZD)<sup>2</sup>, ALU und AUL erübrigt sich durch die Multiplikation zweier Merkmalsausprägungen eine solche Betrachtung.

Bei den Regressionsanalysen wird die Variable Beruf der Männer nicht in die Schätzggleichung aufgenommen. Um für die anschließende Oaxaca-Blinder-Zerlegung für beide Geschlechter identische Gleichungen zu erhalten, wird die Analyse für die Frauen von vornherein ohne die Variable Beruf durchgeführt. Die Erklärungskraft dieser

<sup>18)</sup> Es gilt:  $\ln a + \ln b = \ln(ab)$  für  $a, b > 0$ , siehe hierzu auch Fußnote 3, S. 57 f.

Tabelle 1: Regressionsanalyse mit vollzeitbeschäftigten Arbeitern aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990  
Mittelwerte der Variablen und Regressionskoeffizienten

Variable	Mittelwerte der Variablen		Männer			Frauen		
	Männer	Frauen	Regressionskoeffizienten	t-Werte	Signifikanz	Regressionskoeffizienten	t-Werte	Signifikanz
In Y .....	3,03	2,74	X	X		X	X	
Konstante .....	X	X	3,0435	2 435,25	***	2,8694	794,87	***
Alter .....	0,0034	-0,1236	0,0194	17,10	***	0,0071	2,58	**
(Alter) <sup>2</sup> .....	0,9973	1,0721	-0,0208	19,67	***	-0,0163	6,86	***
UZD .....	-0,0055	-0,2799	0,0353	28,43	***	0,0520	16,60	***
(UZD) <sup>2</sup> .....	1,0259	0,7944	-0,0115	13,00	***	-0,0227	9,42	***
LG .....	0,1722	-0,8967	0,0669	72,88	***	0,0652	26,27	***
AUS .....	0,1033	-0,5377	0,0240	23,19	***	0,0308	9,96	***
WZ .....	0,0904	-0,4907	0,0456	59,20	***	0,0649	42,02	***
UGK .....	-0,0124	0,0646	0,0302	36,66	***	0,0662	30,42	***
LF .....	-0,0454	0,2363	0,0387	39,98	***	0,0460	25,19	***
BM .....	0,0234	-0,1218	0,0387	43,55	***	0,0358	15,72	***
FS .....	0,0282	-0,1466	0,0210	20,93	***	0,0018	0,86	
ALU .....	0,6176	0,5403	0,0024	1,59		0,0085	2,15	**
AUL .....	0,3026	0,6479	-0,0001	0,11		0,0152	5,53	***

n<sup>M</sup> = 250 295      n<sup>F</sup> = 53 178  
(R<sup>2</sup>)<sup>M</sup> = 0,44      (R<sup>2</sup>)<sup>F</sup> = 0,47  
F<sup>M</sup> = 2 691,57      F<sup>F</sup> = 620,24

Quelle: eigene Berechnungen.

\*, \*\*, \*\*\*: Auf dem 10%-, 5%- bzw. 1%-Niveau signifikant von Null verschieden.

Regressionen erscheint mit korrigierten Bestimmtheitsmaßen von 0,44 bei den Männern bzw. 0,47 bei den Frauen zunächst nicht sehr groß. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich hier um eine Querschnittsanalyse handelt, und im Vergleich zu den bisherigen Analysen über Einkommensdiskriminierung in der Bundesrepublik Deutschland können diese Werte jedoch als sehr hoch angesehen werden.

In die Schätzgleichung gehen bei beiden Geschlechtern die zwei quadrierten Variablen Alter und UZD erwartungsgemäß mit negativem Vorzeichen ein. Der gleichermaßen negative Koeffizient der Variablen AUL der männlichen Arbeiter ist nicht signifikant. Ebenfalls keinen signifikanten Einfluss üben die Variable ALU bei den Männern und das Merkmal FS bei den Frauen aus. Alle anderen Variablen sind sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Arbeitern – zumindest auf dem Niveau von 5%, in der Regel aber auf dem 1%-Niveau – signifikant.

Nach der Oaxaca-Blinder-Zerlegung lässt sich ein im Vergleich zu bisherigen Analysen sehr hoher Anteil von gut

41% der ursprünglichen Lohndifferenz zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern erklären (siehe Tabelle 2). Hierbei erkennt man den besonders großen Einfluss der Variablen Leistungsgruppe, deren geschlechtsspezifische Unterschiede allein schon für fast 24% des unkorrigierten Lohnabstandes verantwortlich sind. Ebenfalls noch recht hohe Erklärungskraft besitzen die Merkmale Wirtschaftszweig mit knapp 13%, die Ausbildung mit fast 7% und die Unternehmenszugehörigkeitsdauer mit 5%. Entgegengesetzt, nämlich erhöhend auf die ursprüngliche Verdienstdifferenz, wirken erwartungsgemäß die Variablen Unternehmensgrößenklasse und Lohnform.

Die Umsetzung der eben berechneten Größen in DM-Beträge wird in Tabelle 5 anschaulich gemacht. Der entlogarithmierte Durchschnittsstundenverdienst der Arbeiter beträgt demnach 20,69 DM, derjenige der Arbeiterinnen 15,43 DM. Daraus ergibt sich eine absolute unkorrigierte Einkommensdifferenz von 5,26 DM; das heißt, Arbeiterinnen verdienen 25% weniger als ihre männlichen Kollegen. Der mit Hilfe der entlogarithmierten Ausstattungskomponente korrigierte Verdienst der Frauen beläuft sich auf 17,42 DM. Damit lässt sich ein korrigierter absoluter Verdienstabstand von 3,27 DM ableiten. Das bedeutet, selbst wenn die Arbeiterinnen ihren männlichen Kollegen in allen Merkmalen gleichen würden, würden sie immer noch 16% weniger verdienen. Die ursprüngliche Lohndifferenz hat sich also um 9 Prozentpunkte vermindert. Eine so niedrige Obergrenze der Diskriminierung ist im Vergleich zu früheren Forschungsarbeiten ein sehr gutes Ergebnis.

### Angestellte

Die Regressions-schätzungen für Angestellte werden mit Datensätzen von 162 097 Männern und 87 561 Frauen durchgeführt. Das logarithmierte durchschnittliche Bruttomonatseinkommen beträgt für männliche Angestellte 8,53, während es bei den weiblichen nur eine Höhe von 8,07 erreicht. Anhand der Tabelle 3 kann man erkennen, dass die Frauen bei fast allen nicht durch Multiplikation gebildeten erklärenden Variablen niedrigere Durchschnittswerte als die Männer aufweisen. Die einzige

Tabelle 2: Regressionsanalyse mit vollzeitbeschäftigten Arbeitern aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990  
Zerlegung des geschlechtsspezifischen Einkommensabstandes

Variable	Verdienstunterschied	Entlohnung der Frauen nach Maßgabe der Lohnstruktur der Männer			
		Ausstattungs-komponente		Diskriminierungs-komponente	
		absolut	%	absolut	%
Alter .....	X	0,0009	0,3	0,0000	0,0
(Alter) <sup>2</sup> .....	X	0,0012	0,4	-0,0044	-1,5
UZD .....	X	0,0143	4,9	0,0001	0,0
(UZD) <sup>2</sup> .....	X	-0,0053	-1,8	0,0115	3,9
LG .....	X	0,0697	23,8	0,0003	0,1
AUS .....	X	0,0197	6,7	-0,0007	-0,2
WZ .....	X	0,0377	12,9	-0,0017	-0,6
UGK .....	X	-0,0051	-1,7	0,0004	0,2
LF .....	X	-0,0130	-4,4	0,0003	0,1
BM .....	X	0,0052	1,8	0,0001	0,0
FS .....	X	0,0003	0,1	0,0005	0,2
ALU .....	X	0,0007	0,2	-0,0038	-1,3
AUL .....	X	-0,0053	-1,8	-0,0046	-1,6
Konstante .....	X	X	X	0,1741	59,4
In Y .....	0,2933	0,1211	41,3	0,1722	58,7

Quelle: eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Regressionsanalyse mit vollzeitbeschäftigten Angestellten aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990  
Mittelwerte der Variablen und Regressionskoeffizienten

Variable	Mittelwerte der Variablen		Männer			Frauen		
	Männer	Frauen	Regressionskoeffizienten	t-Werte	Signifikanz	Regressionskoeffizienten	t-Werte	Signifikanz
In Y .....	8,53	8,07	X	X		X	X	
Konstante .....	X	X	8,4621	3 497,53	***	8,3289	2 466,15	***
Alter .....	0,1997	-0,4317	0,1108	42,09	***	0,0589	22,13	***
(Alter) <sup>2</sup> .....	0,9266	1,1803	-0,0578	25,58	***	-0,0639	25,29	***
UZD .....	0,1157	-0,3341	-0,0101	4,03	***	0,0398	13,62	***
(UZD) <sup>2</sup> .....	1,1311	0,7514	-0,0141	7,84	***	-0,0200	6,66	***
LG .....	0,3113	-0,5755	0,2165	120,56	***	0,1798	82,01	***
AUS .....	0,1323	-0,2445	0,0519	22,85	***	0,0463	18,13	***
BR .....	0,0065	-0,0119	0,0144	9,25	***	0,0270	12,57	***
WZ .....	0,1528	-0,2824	0,0576	34,18	***	0,0830	44,99	***
UGK .....	0,0683	-0,1263	0,0306	18,73	***	0,0476	27,77	***
BA .....	0,2131	-0,3940	-0,0072	4,02	***	0,0187	5,61	***
BM .....	-0,0027	0,0050	0,0132	5,70	***	0,0206	4,97	***
FS .....	0,1992	-0,3682	0,0335	14,98	***	-0,0153	7,06	***
AZ .....	0,0428	0,0398	0,0213	15,28	***	0,0187	12,17	***
ALU .....	0,6696	0,6287	0,0289	9,16	***	0,0246	5,73	***
AUL .....	0,2610	0,2523	0,0075	3,97	***	0,0187	8,05	***

n<sup>M</sup> = 162 097      n<sup>F</sup> = 87 561  
(R<sup>2</sup>)<sub>kor</sub><sup>M</sup> = 0,63      (R<sup>2</sup>)<sub>kor</sub><sup>F</sup> = 0,64  
F<sup>M</sup> = 2 984,83      F<sup>F</sup> = 1 715,09

Quelle: eigene Berechnungen.

\*, \*\*, \*\*\*: Auf dem 10%-, 5%- bzw. 1%-Niveau signifikant von Null verschieden.

Ausnahme bildet der Beschäftigungsmodus, bei dem die Frauen in geringem Ausmaß häufiger als die Männer die besser bezahlten Kategorien besetzen. Die größte Differenz zu Gunsten der Männer ist auch bei den Angestellten beim Merkmal Leistungsgruppe zu finden. Ebenfalls große Strukturunterschiede sind – im Gegensatz zu den Arbeitern – beim Alter zu erkennen. Auch bei den Variablen UZD, BA und FS ist die ungleiche Verteilung der Geschlechter auf die verschiedenen Klassen dieser Merkmale noch recht hoch. Die Ausstattungsunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Angestellten aller anderen Variablen sind weniger stark ausgeprägt.

Die korrigierten Bestimmtheitsmaße betragen bei den Männern 0,63 und bei den Frauen 0,64. Damit ist die Erklärungskraft des Regressionsmodells mit allen Variablen bei den Angestellten wesentlich höher als bei den Arbeitern. Auch im Vergleich zu früheren Studien liegen diese Werte außerordentlich hoch. Die Regressionsparameter der Variablen (Alter)<sup>2</sup> und (UZD)<sup>2</sup> tragen erwartungsgemäß bei beiden Geschlechtern ein negatives Vorzeichen. Die negativen Koeffizienten der Variablen Unternehmenszugehörigkeitsdauer und Beschäftigungsart bei den Männern sowie Familienstand bei den Frauen haben eine hohe Signifikanz, lassen sich aber aus dem Modellansatz heraus nicht begründen. Alle anderen Regressionsparameter sind ebenfalls ausnahmslos zum 1%-Niveau signifikant.

Durch Zerlegung des Verdienstabstandes nach Maßgabe der Lohnstruktur der Männer ermittelt sich eine Ausstattungskomponente von gut 64% (siehe Tabelle 4). Das bedeutet, dass sich 64% der ursprünglichen geschlechtsspezifischen Verdienstdifferenz zwischen männlichen und weiblichen Angestellten mit strukturellen Unterschieden bei den analysierten Variablen erklären lassen.

Auch bei den Angestellten ist die Variable Leistungsgruppe mit über 35% das Merkmal mit dem stärksten Einfluss. Immerhin noch etwa 8% der unkorrigierten Einkommensdifferenz erklären jeweils die Merkmale Alter

und Wirtschaftszweig. Damit spielt das Alter bei den Angestellten eine wesentlich wichtigere Rolle als bei den Arbeitern. Mit rund 4% noch geringer, aber trotzdem erwähnenswert ist der Erklärungsbeitrag der beiden Variablen Unternehmenszugehörigkeitsdauer und Ausbildung. Der negative Einfluss des Familienstandes ist unerwartet, denn er lässt sich aus der Betrachtung der Mittelwerte nicht ableiten.

Tabelle 4: Regressionsanalyse mit vollzeitbeschäftigten Angestellten aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990  
Zerlegung des geschlechtsspezifischen Einkommensabstandes

Variable	Verdienstunterschied	Entlohnung der Frauen nach Maßgabe der Lohnstruktur der Männer				
		Ausstattungs-komponente		Diskriminierungs-komponente		
		absolut	%	absolut	%	
Alter .....	X	0,0372	8,2	0,0104	2,3	
(Alter) <sup>2</sup> .....	X	0,0162	3,6	0,0056	1,2	
UZD .....	X	0,0179	4,0	-0,0058	-1,3	
(UZD) <sup>2</sup> .....	X	-0,0076	-1,7	0,0066	1,5	
LG .....	X	0,1594	35,3	0,0114	2,5	
AUS .....	X	0,0174	3,9	0,0007	0,2	
BR .....	X	0,0005	0,1	-0,0001	0,0	
WZ .....	X	0,0361	8,0	-0,0039	-0,9	
UGK .....	X	0,0093	2,1	-0,0012	-0,3	
BA .....	X	0,0113	2,5	-0,0055	-1,2	
BM .....	X	-0,0002	0,0	0,0000	0,0	
FS .....	X	-0,0087	-1,9	0,0097	2,2	
AZ .....	X	0,0001	0,0	0,0001	0,0	
ALU .....	X	0,0010	0,2	0,0028	0,6	
AUL .....	X	0,0002	0,0	-0,0029	-0,6	
Konstante .....	X	X	X	0,1332	29,5	
In Y .....		0,4514	0,2902	64,3	0,1613	35,7

Quelle: eigene Berechnungen.

Aus der Tabelle 5 geht hervor, dass die männlichen Angestellten über ein durchschnittliches monatliches Bruttogehalt von 5044,29 DM verfügen können. Bei ihren Kolleginnen beträgt das geometrische Mittel des entlogarithmierten Verdienstes nur 3 211,74 DM. Das bedeutet, Frauen verdienen 1 832,55 DM oder 36% weniger als Männer. Hätten die weiblichen Angestellten die gleiche

Tabelle 5: Zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der Regressionsanalysen

Gegenstand der Nachweisung	Verdienst der Männer	Verdienst der Frauen	Verdienstverhältnis mit dem Verdienst		Absoluter Verdienstunterschied	Verdienstunterschied		Ausstattungs-komponente (AK)			Diskriminierungs-komponente (DK)			Verdienst der Frauen ohne Diskriminierung	Becker-scher Diskriminierungs-koeffizient
			der Männer als Basis	der Frauen als Basis		des Verdienstes der Männer	des Verdienstes der Frauen								
	DM	%	DM	%	absolut	e <sup>AK</sup>	DM	absolut	e <sup>DK</sup>	DM	%				
Ergebnisse der Schätzungen bei den Arbeitern															
unkorrigierte Werte .....	20,69	15,43	74,6	134,1	5,26	25,4	34,1	X	X	X	X	X	X	X	X
korrigierte Werte															
Maßstab: Männer .....	20,69	17,42	84,2	118,8	3,27	15,8	18,8	0,1211	1,1288	1,99	0,1722	1,1879	3,27	18,71	21
Ergebnisse der Schätzungen bei den Angestellten															
unkorrigierte Werte .....	5 044,29	3 211,74	63,7	157,1	1 832,55	36,3	57,1	X	X	X	X	X	X	X	X
korrigierte Werte															
Maßstab: Männer .....	5 044,29	4 292,90	85,1	117,5	751,39	14,9	17,5	0,2902	1,3366	1 081,16	0,1613	1,1750	751,38	3 963,12	23

Quelle: eigene Berechnungen.

Humankapitalausstattung wie ihre Kollegen, so würden sie ein monatliches Einkommen von 4292,90 DM beziehen. In diesem Falle würde der Verdienstabstand auf 751,39 DM absinken, und die Frauen würden nur noch 15% weniger Gehalt als die Männer erhalten. Die prozentuale unkorrigierte Einkommensdifferenz hat sich infolgedessen um fast 60% reduziert. Die Diskriminierung der weiblichen Angestellten kann also nicht mehr als 15% betragen.

## 4 Schlussbemerkungen

Vergleicht man die Ergebnisse der Angestellten mit denen der Arbeiter, so stellt man zunächst fest, dass der prozentuale unkorrigierte Einkommensabstand bei den Angestellten wesentlich größer ist. Bei der korrigierten Verdienstdifferenz sind die Unterschiede zwischen den beiden Arbeitnehmergruppen viel geringer. So liegen die neu berechneten Einkommensabstände nur einen Prozentpunkt auseinander (Arbeiter: 16%, Angestellte: 15%). Die Verminderung des ursprünglichen Einkommensabstandes ist demnach bei Angestellten deutlich größer. Dies liegt an ihrer höheren Ausstattungskomponente und bedeutet gleichzeitig, dass die Strukturunterschiede zwischen den Geschlechtern bei den Angestellten wesentlich ausgeprägter als bei den Arbeitern sind.

Im Vergleich zu den bisher in der Literatur veröffentlichten Untersuchungen zur Lohndiskriminierung können die Ergebnisse der Regressionsanalyse, die die Gehalts- und Lohnstrukturhebung verwendet, als außerordentlich gesichert angesehen werden. Das ist bereits an den korrigierten Bestimmtheitsmaßen zu erkennen, die in der Regel über denen der bisherigen Analysen liegen. Bei der hier durchgeführten Untersuchung bildet der besonders hohe Stichprobenumfang die Basis für die fundierten Resultate. Als Folge davon sind auch die t- und F-Werte in der Regel hoch signifikant.

Es lässt sich außerdem feststellen, dass auch die Endergebnisse der vorgestellten Schätzungen eine wesentlich höhere Erklärung der geschlechtsspezifischen Lohndiffe-

renz erbringen als frühere Analysen. Das heißt, die korrigierte Lohndifferenz, die als Obergrenze der Diskriminierung angesehen werden kann, ist beträchtlich kleiner als in fast allen bisherigen Forschungsarbeiten, die ähnlich generelle Grundgesamtheiten verwenden.<sup>19)</sup>

Kritisch an der Regressionsanalyse mit der GLS ist anzumerken, dass in den Schätzgleichungen aufgrund der überwiegend qualitativen Variablen mit fiktiven Werten gerechnet werden muss. Diese Werte wurden zwar mit Hilfe eines mathematisch-statistischen Verfahrens, der marginalen Normalisierung, ermittelt, sie sind aber nicht so aussagekräftig wie direkt erhobene metrisch skalierte Merkmale. Deshalb sind die Resultate der vorgestellten Schätzungen von ihrer Qualität her auch nicht mit denen eines klassischen Regressionsmodells vergleichbar. Bei der Bewertung der Ergebnisse muss diese Restriktion berücksichtigt werden.

Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass die GLS mit ihrem außerordentlich großen Stichprobenumfang repräsentative Ergebnisse über das gesamte frühere Bundesgebiet und alle befragten Wirtschaftszweige hinweg liefert. Dies ist bei vielen bisherigen Analysen, die oft nur Datenmaterial aus einem oder mehreren Bundesländern verwenden, nicht der Fall. Durch die spezielle Ausrichtung dieser Erhebung auf die Einkommensverhältnisse wird eine große Zahl von Lohnbildenden, ihrer Natur nach qualitativen Merkmalen bei den Unternehmen erfragt. Auch der als abhängige Variable gebrauchte Bruttoverdienst ist in wesentlich höherem Maße dazu geeignet, Lohndiskriminierung zu analysieren, als der oft in anderen Studien verwendete Nettolohn. Das Datenmaterial ist also für Forschungsarbeiten zum Thema Lohndiskriminierung in besonderer Weise geeignet. ■

19) Mit einer Ausnahme: siehe Langkau, J.: „Lohn- und Gehaltsdiskriminierung von Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland, Bestimmung und Analyse des geschlechtsspezifischen Einkommensabstands 1960 – 1976“, Bonn 1979.





# Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
<b>Allgemeines, Methoden, Klassifikationen</b>		
Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich .....	1	51
Neue Ökonomie und amtliche Statistik .....	3	165
Neue Methode der Volkszählung .....	5	333
Ergebnisse einer Kundenzufriedenheitsuntersuchung im Eurostat Data Shop Berlin .....	4	245
Transport lebender Tiere .....	3	187
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung .....	3	195
Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft .....	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung .....	3	176
<b>Bevölkerung</b>		
Neue Methode der Volkszählung .....	5	333
Entwicklung der Bevölkerung bis 2050 .....	1	22
Ehescheidungen 1999 .....	4	253
<b>Unternehmen und Arbeitsstätten</b>		
Gewerbeanzeigen 2000 .....	4	295
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>		
Weinbau in Deutschland 1999 .....	1	30
Ökologischer Landbau 1999 .....	3	357
50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland .....	5	367
<b>Produzierendes Gewerbe</b>		
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1998 .....	2	87
50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland .....	5	367
<b>Bautätigkeit und Wohnungen</b>		
Wohngeld in Deutschland 1999 .....	2	109
<b>Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus</b>		
Entwicklung im Großhandel im Jahr 2000 .....	3	181
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2000 .....	4	263
Inlandstourismus 2000: Neue Rekordergebnisse im Jahr der EXPO .....	4	268
<b>Außenhandel</b>		
Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet .....	2	102
Spiegelvergleich der deutschen und spanischen Intrahandelsresultate .....	1	46
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 2000 .....	2	97
Der deutsche Außenhandel 2000 nach Ländern .....	4	277
<b>Verkehr</b>		
Transport lebender Tiere .....	3	187
Gewerblicher Luftverkehr 2000 .....	4	289
<b>Gesundheitswesen</b>		
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung .....	3	195

**Sozialleistungen**

Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1999 .....	5	372
Wohngeld in Deutschland 1999 .....	2	109

**Finanzen und Steuern**

Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes .....	2	116
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung .....	3	195
Kommunal Finanzen 2001 .....	5	386
Öffentliche Finanzen 2000 .....	4	303

**Wirtschaftsrechnungen und Versorgung**

Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2 .....	2	121
--	---	-----

**Löhne und Gehälter**

Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich .....	1	51
Ergebnisse der Lohnstatistik für 2000 .....	5	389

**Preise**

Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft .....	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung .....	3	176
Preisentwicklung im Jahr 2000 .....	2	138
Preise im Februar 2001 .....	3	221
März 2001 .....	4	308
April 2001 .....	5	402

**Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Revision der Anlagevermögensrechnung 1991 bis 2001 .....	5	342
Bruttoinlandsprodukt 2000 .....	1	11

**Umwelt**

Statistik über bestimmte ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe .....	3	217
--	---	-----

**Gastbeiträge**

Konsistente empirische Modelle der Geldnachfrage .....	3	225
Wie produktiv sind Investitionen in industrielle Forschung und Entwicklung? .....	4	312
Lohndiskriminierung von Frauen .....	5	406

**Historische Aufsätze**

100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik .....	1	64
---	---	----

# Veröffentlichungen<sup>1)</sup> vom 21. April 2001 bis 25. Mai 2001

<b>■ Zusammenfassende Veröffentlichungen</b>		DM	EUR			DM	EUR
Wirtschaft und Statistik, April 2001	21,70	11,10	<b>Fachserie 10: Rechtspflege</b>				
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, Oktober 2000	13,50	6,90	Reihe 2	Gerichte und Staatsanwaltschaften 1998	31,50	16,11	
November 2000	13,50	6,90	<b>Fachserie 12: Gesundheitswesen</b>				
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Dezember und Jahr 2000	31,50	16,11	Reihe 6.1	Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1999	24,30	12,42	
Verkehr aktuell, April 2001	15,40	7,87	Reihe 6.3	Kostennachweis der Krankenhäuser 1999	15,40	7,87	
<b>Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>				<b>Fachserie 13: Sozialleistungen</b>			
Reihe 3	Haushalte und Familien 2000 (Vorbericht)	11,-	5,62	Reihe 2	Sozialhilfe 1999	24,30	12,42
Reihe 4.3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, März 2001	5,20	2,66	Reihe 4	Wohngeld 1999	21,-	10,74
Reihe 4.3	April 2001	5,20	2,66	<b>Fachserie 14: Finanzen und Steuern</b>			
<b>Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten</b>				Reihe 2	Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte, 4. Vierteljahr und Jahr 2000	21,-	10,74
Reihe 1.4	Kostenstruktur im Gastgewerbe 1997	18,20	9,31	Reihe 9.1.1	Absatz von Tabakwaren, 1. Vierteljahr 2001	11,-	5,62
Reihe 5	Gewerbeanzeigen, Dezember und Jahr 2000	8,70	4,45	Reihe 9.2.1	Absatz von Bier, März 2001	3,40	1,74
<b>Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>				Reihe 9.4	Branntweinmonopol und Branntweinsteuer, Betriebsjahr 1999/2000	8,70	4,45
Reihe 2.1.5	Agrarstrukturerhebung/Landwirtschaftszählung 1999: Sozialökonomische Verhältnisse 1999	24,30	12,42	Reihe 9.5	Schaumweinsteuer 2000	5,20	2,66
Reihe 3.1.5	Landwirtschaftliche Bodennutzung – Rebflächen – 2000	8,70	4,45	<b>Fachserie 15: Wirtschaftsrechnungen</b>			
Reihe 3.1.6	Bodennutzung – Anbau von Zierpflanzen – 2000	11,-	5,62	Heft 4	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte	31,50	16,11
Reihe 3.2.2	Weinerzeugung 2000	5,20	2,66	<b>Fachserie 16: Löhne und Gehälter</b>			
<b>Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe</b>				Reihe 1	Verdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Landwirt- schaft in Deutschland 2000	8,70	4,45
Reihe 2.1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, Februar 2001	13,50	6,90	Reihe 2.1	Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe, Oktober 2000	31,50	16,11
Reihe 2.2	Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes – 2000	24,30	12,42	Reihe 2.2	Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, Oktober 2000	36,30	18,56
	Februar 2001	27,30	13,96	Reihe 2.3	Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe, Oktober 2000	13,50	6,90
Reihe 4.2.1	Beschäftigte, Umsatz und Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1999	18,20	9,31	Reihe 4.4	Dienstbezüge der Bundesbeamten, 1. Januar 2001	3,40	1,74
Reihe 8.1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), März 2001 (Vorbericht)	3,40	1,74	<b>Fachserie 17: Preise</b>			
Reihe 8.1	März 2001	11,-	5,62	Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft – Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1995 –, Januar und Februar 2001	13,50	6,90
Reihe 8.1	April 2001 (Vorbericht)	3,40	1,74	Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, März 2001	8,70	4,45
<b>Fachserie 5: Bautätigkeit und Wohnungen</b>				Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), März 2001	11,-	5,62
Reihe 1	Bautätigkeit 1999	24,30	12,42	Reihe 4	Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, Februar 2001 (Eilbericht)	4,30	2,20
<b>Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus</b>					Februar 2001	13,50	6,90
Reihe 1.1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Messzahlen), Februar 2001	11,-	5,62	Reihe 6	Index der Großhandelsverkaufspreise, März 2001	8,70	4,45
Reihe 3.1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Messzahlen), Februar 2001	8,70	4,45	Reihe 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, März 2001	21,-	10,74
Reihe 7.1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, Februar 2001	13,50	6,90	Reihe 7	April 2001 (Eilbericht)	4,30	2,20
<b>Fachserie 7: Außenhandel</b>				Reihe 7	April 2001	21,-	10,74
Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Januar 2001	13,50	6,90	Reihe 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, März 2001	18,20	9,31
Reihe 1	Februar 2001	13,50	6,90	Reihe 9	Preise und Preisindizes für Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung 2000	13,50	6,90
Reihe 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), Januar 2001	49,-	25,05	Reihe 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, März 2001	8,70	4,45
Reihe 3	Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezial- handel), 2. Halbjahr und Jahr 2000 (Vorläufige Ergebnisse)	40,40	20,66	Reihe 11	Preise und Preisindizes im Ausland, März 2001	11,-	5,62
Reihe 7	Außenhandel nach Ländern und Güterabteilungen der Produktionsstatistiken (Spezialhandel) 2000 (Vorläufige Ergebnisse)	21,-	10,74	<b>■ Klassifikationen</b>			
<b>Fachserie 8: Verkehr</b>					Amtliche Schlüsselnummern und Bevölkerungsdaten der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 2000	50,20	25,67
Reihe 2	Eisenbahnverkehr, Januar 2001	8,70	4,45	<b>■ Elektronische Veröffentlichungen</b>			
Reihe 2	Februar 2001	8,70	4,45		Außenhandel nach Waren und Ländern, Januar 2001	49,-	25,05
Reihe 6	Luftverkehr, Februar 2001	18,20	9,31				
Reihe 4	Binnenschifffahrt, Dezember 2000	11,-	5,62				

## Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.  
Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

<sup>1)</sup> Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (07071) 935350, Telefax (07071) 935335. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.